SITZUNGSBERICHTE
DER LEIBNIZ-SOZIETÄT
Band 97 • Jahrgang 2008

trafo Verlag Berlin

ISSN 0947-5850 ISBN 978-3-89626-757-3

Inhalt

Konferenz "Bildung und Toleranz"

01 Dieter Kirchhöfer: Bildung und Toleranz. Einführung

02 *Matthias Platzeck:* Grußwort für die 6. Toleranzkonferenz in Oranienburg

03 *Dieter Wiedemann:* Von intoleranten Medien, falschen Vorbildern und neuen Hoffnungen in der Bildung

04 *Dieter Kirchhöfer:* Gewalt und Bildung

05 *Dietmar Sturzbecher & Kai Breitling:* Wie tolerant sind Kinder? Möglichkeiten der Toleranzförderung in Kindergarten und Schule

06 *Eberhard Mannschatz:* Zur Debatte über Jugendgewalt. Bemerkungen aus sozialpädagogischer Sicht

Aus Plenar- und Klassensitzungen

07 Hans-Otto Dill: Der Nord-Süd-Gegensatz oder Erste vs. Dritte Welt: eine Hauptachse der Weltgeschichte

08 *Günter Benser:* Umkämpfte Akten und Bücher. Was wurde aus den Archiven und Bibliotheken der Parteien und Organisationen der DDR?

09 *Stefan Bollinger:* 1968 - Revolten und Reformen am Ende alter Welten - Chancen und Scheitern in Ost und West

10 *Herbert Meißner:* Zum Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bei Marx und heute

Diskussionsbeiträge zum Vortrag von Herbert Meißner

11 Wolfgang Eichhorn: Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse - eine lebendige Problematik

12 *Christa Luft:* Kein Ende der Geschichte

13 *Gerd Friedrich:* Anmerkungen zum Vortrag von Herbert Meißner

14 *Horst Bredekamp:* Die Unebenheit des Mondes und der Schmutz der Sonne. Forschungskampagnen der Jahre 1610-12

Vortrag auf dem Kolloquium "Klima - Balance - Klimabalance"

15 Herbert Hörz: Zur Balance zwischen rationaler und ästhetischer Aneignung der Welt. Anmerkungen zur Klimadebatte

Rezensionen

16 Herbert Hörz: Komplexität und Interdisziplinarität Peter Jörg Plath, Ernst Christoph Haß (Hrsg.), Vernetzte Wissenschaften

17 *Ulrich van der Heyden:* Justesen, Ole (Ed.), Danish Sources for the History of Ghana

18 *Armin Uhlmann:* Über Thermodynamische Gleichgewichte.
Arbeiten von Max Planck, hrsg. und eingeleitet von Werner Ebeling und Dieter Hoffmann

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät *97(2008), 9*
der Wissenschaften zu Berlin

Matthias Platzeck

Grußwort für die 6. Toleranzkonferenz in Oranienburg

Liebe Gäste,

herzlich willkommen in dieser traditionsreichen Stadt und herzlich willkommen in Brandenburg.

In diesem Jahr jährt sich der 350. Geburtstag des preußischen Königs Friedrich I. Er war mit einer Oranierprinzessin, Louise Henriette, verheiratet und beide fühlten sich den unveränderlichen Werten von Weltoffenheit, Toleranz und Religionsfreiheit verbunden. So spiegelt die Geschichte Oranienburgs die Hoffnungen und die Möglichkeiten wider, wenn die genannten Tugenden mit Leben erfüllt sind, aber auch, welch unendliches Leid und welche Verbrechen geschehen können, wenn sie mit Füßen getreten werden.

Im sechsten Jahr treffen sich international etablierte Wissenschaftler der Leibniz-Sozietät mit Unternehmensvertretern der Region, mit Schülern und Studenten. Die diesjährige Konferenz umfasst die Bereiche Toleranz und Bildung. Toleranz und Bildung – das sind die Grundvoraussetzungen einer offenen und modernen Gesellschaft. Aber was stellen wir uns unter „offen“ und „modern“ vor? Ist das eine vom anderen losgelöst zu betrachten? Oder bedingen sich beide Eigenschaften? Wir wollen ein Land sein, das offen für neue Ideen, für kreatives Potenzial und neue Perspektiven ist. Wissenschaft, Forschung und Entwicklung gedeihen am besten in einem Klima der Offenheit, der Toleranz und des Miteinanders.

Damit unser Land im 21. Jahrhundert eine erfolgreiche und lebenswerte Region sein kann, brauchen wir die Offenheit für neue Technologien, für Menschen mit neuen Ideen und viel Kreativität. In einer globalisierten Welt können sich die Besten der Besten aussuchen, wo sie ihre Pläne verwirklichen. Es sind das kreative Umfeld und die Aufgeschlossenheit, die den Ausschlag geben. Ich bin überzeugt: Die Region Berlin-Brandenburg hat das Zeug dazu, in den kommenden Jahrzehnten eine der attraktivsten und erfolgreichsten Regionen Europas zu sein.

Ihr

Matthias Platzeck

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *97(2008), 5–8*

Am 27. Oktober 2007 fand die bereits 6. gemeinsam von der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e.V. und dem Mittelstandsverband Oberhavel organisierte Toleranz-Konferenz statt. Sie hatte das Thema „Bildung und Toleranz". Nachstehend veröffentlichen wir einige der dort gehaltenen Beiträge.

Dieter Kirchhöfer

Bildung und Toleranz
Einführung

Am 27.10.2007 fand die nunmehr 6.Gemeinsame Wissenschaftliche Konferenz der Leibniz-Sozietät und des Mittelstandsverbandes Oberhavel in Oranienburg statt. Die Konferenz hatte sich mit dem Zusammenhang von Bildung und Toleranz einen aktuellen Schwerpunkt gewählt, der gegenwärtig in der Öffentlichkeit von sehr unterschiedlichen Positionen aus und mit z.T. entgegengesetzten Argumenten diskutiert wird. Das öffentliche Interesse wurde durch das Grußwort des Ministerpräsidenten Mathias Platzeck an die Konferenz und die Begrüßung durch den Mitveranstalter Prof. Dr. Lothar Ebner hervorgehoben.

Die vielfachen Anzeichen von wachsender Schülergewalt, sichtbar werdender Überforderung der Lehrer, Kindervernachlässigung und -missbrauch, alltäglichem jugendlichem Vandalismus, haben neben Hilflosigkeit eine zugleich wachsende Sensibilität der Öffentlichkeit erzeugt, die zwischen Empörung, Ruf nach höheren Strafen und Rechtsmitteln, der Klage über den Einfluss der Medien oder auch resignierender oder tolerierender Gleichgültigkeit schwankt.

Die Veranstaltung ging von der Überlegung aus, dass Bildung neben sozialer Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, Generationsbeziehungen, praktizierter staatlicher Autorität ein wesentlicher Einflussfaktor für die Ausprägung, Ausbildung und Entfaltung von Toleranz ist und eine Voraussetzung dafür sein kann, dass Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus zurückgedrängt werden können. Soziologische Analysen

zeigen, dass höhere Bildungsabschlüsse, vielseitigere geistige Interessen, kulturelle Aktivitäten die Gewaltbereitschaft reduzieren und die Ausprägung toleranter Haltungen stützen. Die Situation unter den Jugendlichen (s.12.Kinder-und Jugendbericht, Shellstudie 2006) zeigt aber auch, dass die Ressourcen des Miteinanderredens und verbaler Argumentationen erschöpft zu sein scheinen. Insofern war übereinstimmende Auffassung der Teilnehmer, dass den Jugendlichen Tätigkeitsfelder angeboten oder mit ihnen erschlossen werden müssen, in denen Möglichkeiten und Formen gewaltfreien Handelns praktiziert werden.

In dem Zusammenhang hatte sich die Konferenz das Ziel gestellt, Initiativen, Projekte, Experimente an Schulen zu dokumentieren, in denen in der Zusammenarbeit von Schülern und Lehrern ein Klima der Toleranz, der gewaltfreien Kommunikation und des gegenseitigen Verständnisses angestrebt wird. Es war erklärtes Ziel des Kolloquiums, mit dem Kolloquium in die regionale Szene schulischer Bildung hineinzuwirken. Die Veranstalter hatten deshalb, der Intention des Themas folgend, Lehrer und Schüler des Oberstufenzentrums Zehdenik und des Ferdinand- Runge-Gymnasiums als Gesprächspartner und Referenten eingeladen. Sowohl die Direktoren Uwe Seidler vom Runge-Gymnasium und Dieter Starke vom Oberstufenzentrum Oranienburg wie auch die Schüler Paul Kettner, der u.a. mit Erfahrungen aus dem eigenen USA-Schüleraustausch agierte, oder Enrico Entrich, der u.a. problematisierte, ob ein intolerantes System wie Schule zu Toleranz erziehen kann und Patrick Nachtigall vom Georg Mendelheim Oberstufenzentrum in Oranienburg, betonten die Bedeutsamkeit einer umfassenden schulischen Bildung, aber auch entsprechender Lernprozesse in der schulischen Sozialisation für die Herausbildung toleranter Haltungen. Toleranz – so ihre Erkenntnis – ist wesentlich Resultat gelingender Beziehungsarbeit.

Auch in diesem Jahr wurde die Tagung durch renommierte Wissenschaftler des Auslandes – Prof.Dr. Hawk vom New Yersey Institute of Technology – wahrgenommen, der in einem umfassenden Beitrag Grundvorstellungen eines flexiblen Bildungsmanagements entwickelte. Das Hauptreferat hielt Herr Prof Dr. Dieter Wiedemann, Präsident der Filmhochschule „Konrad Wolf“, Babelsberg, das im nachfolgenden Teil publiziert wird. In diesem Zusammenhang muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass auf die vollständige Wiedergabe der Beiträge verzichtet wird und nur die ausgewählt werden, die Positionsbildungen im wissenschaftlichen Diskurs anbieten. Prof. Wiedemann referierte kritisch über die heutige Medienlandschaft – mit der Mehrheit der Teilnehmer übereinstimmend – und stellte den Zusammenhang zu

Bildungsansprüchen und Bildungsniveau der Medien einerseits und der Bevölkerung andererseits her. Besonders aufschlussreich waren seine Ausführungen zum politischen Kontext der Mediengestaltung und der manipulativen Funktion gegenwärtiger Medienprogramme. Der gewollte mündige kritische Bürger verlangt – nach seiner Ansicht – auch ein qualitativ hochstehendes Medienprogramm. Quotenorientierung und Zielgruppenorientierung der medialen Werbung stehen dem entgegen.

Der schulnahe Teil des Kolloquiums wurde durch einen Beitrag von Prof. Dr. Dieter Kirchhöfer eingeleitet, der ein Pfadmodell vorstellte, das den Zusammenhang von Bildung und Gewaltakzeptanz bzw. -ausübung belegte. Bildung wurde dabei weniger als Anhäufung von Wissensbeständen durch Belehrung oder Beschulung oder als äußeres Kompendium von Bildungsqualitäten verstanden, sondern als Bildung der menschlichen Persönlichkeit im Sinne ihrer praktischen Handlungsfähigkeit, die in der Einheit von Wissen, Wertorientierungen, Verhalten und Haltungen existiert und wirkt. Kern der Toleranz als Kompetenz sind die Wertorientierungen der Persönlichkeit, deren Wertgefüge und komplexes Zusammenwirken. Hauptweg der Herausbildung von Toleranz ist deshalb die Aneignung entsprechender Wertorientierungen in den sozialen Beziehungen in der Familie, in der Schule außerhalb des Unterrichtes, der Öffentlichkeit. Erst in zweiter Linie – wenn auch nicht zweitrangig – sind es die Bildungsinhalte und die kognitiven Kompetenzen zur Antizipation von Handlungen und ihren Folgen, der Reflexion der beobachteten und erfahrenen Erscheinungen, der rationalen Verfügbarkeit über Konfliktlösungspotentiale. Entgegen vielfach geäußerter Auffassungen vertrat Kirchhöfer die Ansicht, dass Toleranz nicht lehrbar und auch durch moralische Appelle nicht vermittelbar sei, sondern der Autorität des Lehrers bedarf.

Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde der sehr anschauliche Beitrag von Prof. Dr. Sturzbecher, Direktor des Instituts für Angewandte Kindheits- und Jugendforschung der Universität Potsdam, aufgenommen, der zeigen konnte, dass Toleranz schon in frühen Kindesjahren gelernt werden muss und kann. Beide Referate und der Beitrag von Eberhard Mannschatz sind im Folgenden gleichfalls im vollen Wortlaut veröffentlicht.

Trotz bemerkenswerter Resonanz der Veranstaltung unter den Schulen der Region band die Konferenz nur wenige regionale Akteure ein. Die Bewegung zu mehr Toleranz und gegen Gewalt in den Schulen – so stellte die bildungspolitische Sprecherin der Linken im Brandenburger Landtag, Frau Geritt Große, fest – ist reicher und vielfältiger als das durch die Konferenz

aufgefangen und widergespiegelt werden konnte. Möglicherweise sind die Veranstaltungen auch überfordert, wenn man von ihnen verlangt, Leit- und Koordinierungsfunktion im Territorium zu übernehmen. Es war insofern ein beachtenswertes Zeichen, dass von der Konferenz ein Aufruf zu einem regionalen Wettbewerb zur Auseinandersetzung mit Thesen der „Dresdner Schule“ der NPD ausging, der u.a. von den Sozietätsmitgliedern Christa Luft, Christa Uhlig, Erich Hahn, Uwe-Jens Heuer, Rolf Löther, Herbert Meißner, Dieter Kirchhöfer und Kurt Pätzold unterstützt wird. Wir werden über den Fortgang der Arbeiten an diesem Projekt berichten.

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *97(2008), 11–24*

Dieter Wiedemann

Von intoleranten Medien, falschen Vorbildern und neuen Hoffnungen in der Bildung

Die Professorenkollegen Ebner und Kirchhöfer haben wiederum ein Tagungsthema gewählt, das uns beim ersten Blick vereint vorm Kamin der Gutmenschen. Auf den zweiten Blick werden natürlich die Fallstricke für die ReferentInnen klar und auf den dritten Blick weiß man, dass man sich Arbeit aufgehalst hat...

Diese Erfahrungen hinter mich gebracht habend, will ich mich dem Thema natürlich würdig erweisen, d.h. eventuell nicht immer politisch korrekt sein.

Schon im Herbst 1995 hat die UNESCO die „Erklärung von Prinzipien der Toleranz“ verabschiedet, in der unter anderem steht:

„Bildung ist das wirksamste Mittel gegen Intoleranz. Erziehung zur Toleranz gehört zu den vordringlichsten Bildungszielen. Erziehung zur Toleranz soll sich bemühen, das Entstehen von Angst vor anderen und der damit verbundenen Ausgrenzungstendenz zu verhindern.“

Ich würde diesen drei UNESCO-Empfehlungen gerne zwei weitere hinzufügen:

Erziehung zur Toleranz soll sich bemühen, Vorurteile und Stereotype abzubauen. Und: Bildung soll in den postindustriellen Gesellschaften als *der* gesellschaftliche Wert etabliert und entsprechend auch finanziert werden!

Die hier zitierten UNESCO-Forderungen und meine Erweiterungsvorschläge müssten natürlich umgesetzt werden und dafür gibt es wiederum verschiedene Möglichkeiten. Die aus meiner Sicht wichtigsten sind:

- die Schulen und außerschulischen Bildungs- und Erziehungsangebote,
- die Hochschulen,
- die akademischen Weiterbildungsangebote,
- die in Vereinen und Gesellschaften konzentrierten Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements für Bildung und Erziehung und die
- Massenmedien.

Ich werde mich in meinem Beitrag vorrangig zu den Möglichkeiten und Grenzen der (Bewegtbild)Medien und Hochschulen äußern. Im Zentrum meiner Betrachtungen werden aber eindeutig die Medien stehen, weil ich davon überzeugt bin, dass gegenwärtig das Wohl und Wehe von Bildung und Toleranz am stärksten von den Massenmedien abhängt.

1. Medien und Bildung, Erziehung und Toleranz. Von vergessenen Aufträgen und Beiträgen zur Stärkung von Vorurteilen

Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat am 11. September 2007 zum wiederholten Mal Stellung genommen zur Bedeutung des Rundfunks in demokratischen Gesellschaften.

Das Gericht stellte u.a. fest:

„Anlass der gesetzlichen Ausgestaltung der Rundfunkordnung ist die herausgehobene Bedeutung, die dem Rundfunk unter den Medien wegen seiner Breitenwirkung, Aktualität und Suggestivkraft zukommt... Seine Breitenwirkung zeigt sich in der Reichweite und der Möglichkeit der Beeinflussung großer Bevölkerungsteile... Die Aktualität des Hör- und Fernsehfunks folgt daraus, dass Inhalte schnell, sogar zeitgleich, an die Rezipienten übertragen werden können. Die besondere Suggestivkraft des Mediums ergibt sich insbesondere aus der Möglichkeit, die Kommunikationsformen Text und Ton sowie beim Fernsehfunk zusätzlich bewegte Bilder miteinander zu kombinieren und der programmlichen Information dadurch insbesondere den Anschein hoher Authentizität zu verleihen (...)“ [1]

Es fällt mir zugegebenermaßen schwer, den hinter diesem Urteil stehenden Wirkungsvermutungen zu folgen: Die suggestiven Medien, die willenlose Rezipienten nach ihrem Vorbild formen. Da schlägt er wieder durch, der Glaube an die Allmacht der Medien, den schon Lenin Gott sei Dank vergeblich geträumt hat und der nicht zuletzt durch das Mediensystem in den so genannten Ostblock-Staaten ad absurdum geführt wurde. Sicher hatten die Bundesverfassungsrichter bei diesen Überlegungen nicht die Doktrin des sozialistischen Realismus, sondern eher die Gleichschaltung der Medien in den verschiedensten Diktaturen vor Augen. Wie dem auch sei, als Medienwirkungsforscher kann ich einer solchen Wirkungsvermutung nicht folgen, akzeptiere sie aber im Rahmen der Urteilsbegründung.

1 Zitiert nach: FUNKKORRESPONDENZ 38/2007, S. 19

Diese Wirkungsvermutungen akzeptierend, also ernst nehmend, hat das natürlich Konsequenzen für unser Thema:

Die hier genannte Dreifaltigkeit von Breitenwirkung, Aktualität und Suggestivkraft des Rundfunks ist von erheblicher Relevanz für das Thema „Bildung und Toleranz".

Der mit dieser Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verbundene Funktionsauftrag für die öffentlich-rechtlichen, also gebührenfinanzierten, Medien, betrifft neben der Information und der Unterhaltung immer auch die Bildung.

Wie sieht es nun aus mit der Erfüllung des gebührenfinanzierten Funktionsauftrags von ARD und ZDF, Bildung durch geeignete, aktuelle, breitenwirksame und suggestive Angebote in die Programme zu bringen ?

Wenn Bildung auf Bild verweist, weil Gott den Menschen nach seinem Bilde geschaffen hat, und wir uns deswegen kein Bild von Gott machen dürfen, dann sind die Bewegtbildmedien auch in einer spezifischen Weise zur Bildung prädestiniert. Wenn Bildung für lebensbegleitende Entwicklungsprozesse bei Menschen steht, bei dem sie ihre geistigen, kulturellen und lebenspraktischen Fähigkeiten, sowie ihre personalen und sozialen Kompetenzen erweitern, dann ist die Sonderstellung der Medien in diesem Prozess relativ klar umrissen. Ob und wie das Fernsehen diesem hier formulierten Anspruch nachkommt, soll im Folgenden diskutiert werden:

Da stellt sich die erste Frage nach den mir zugänglichen Möglichkeiten, die Realisierung dieses Anspruchs überhaupt prüfen zu können.

Als ehemals praktizierender Sozialwissenschaftler suche ich zunächst Unterstützung durch die Empirie.

Ich gehe zu dem vom Adolf-Grimme-Institut empfohlenen Web-Portal „tvtv.de" und gebe die Suchbegriffe „Bildung", „Erziehung", „Toleranz" und „Erotik" ein und erweitere diese dann, als ich die ersten Ergebnisse bekomme. Das Portal bietet mir jeweils für einen Zeitraum von 20 Tagen Sendungen an, die nach Ansicht der Guides meinen themenbezogenen Ansprüchen gerecht werden müssten:

- für das Thema Bildung 44 Angebote,
- für das Thema Erziehung 66 Angebote,
- für das Thema Toleranz 41 Angebote und
- für das Thema Erotik 76 Angebote (abgerufen am 22.10. und am 24.10.2007 nach 20.00 Uhr).

Das Thema Sport brachte für den gleichen Zeitraum, ebenso wie Wirtschaft, Talk und Frauen 450 Angebote, es wurden 395 Spielfilmtermine angeboten

und das Thema Politik brachte 233 Hinweise. Für das Thema Religion gab es 78 und für das Thema Literatur 69 Angebote.

Mögliche Doppelungen zwischen Bildung und Literatur bzw. Bildung und Politik oder Religion konnte ich leider nicht überprüfen.

Die Themen Bildung und Erziehung stehen im Analysezeitraum vom 22.10. bis 11.11.2007 nicht gerade im Zentrum der Fernsehanbieter, das Thema Erotik aber auch nicht, und das kann ja schon mal positiv interpretiert werden.

Aber, und jetzt beginnt mein und Ihr Problem. Von den 44 Bildungsangeboten in 20 Tagen wird weniger als ein Fünftel von Programmen mit mehr als 5% Marktanteilen angeboten. Das heißt „Bildung" findet allerhöchstens noch in öffentlich-rechtlichen Nischenangeboten statt, zum Beispiel in Bayern Alpha, im ZDF-Dokukanal oder in „Phönix"! Dann gibt es noch Mehrfachangebote, d.h. in Wiederholungen Sendungen wie „Fühl dich wohl – á la carte" bei dem digitalen Kanal „focus gesundheit" oder „Z wie Zukunft" beim digitalen ZDF-Dokukanal. Auch das analoge Angebot der Sender vollzieht sich ausschließlich in den Spartenprogrammen, mit der folgenden Ausnahme: Denn dass bei den publikumsstarken Sendern dabei zweimal „Die Simpsons" als Bildungsprogramm gezählt werden, finde ich schon wieder interessant und in mein Konzept von Bildung passend.

Bei den Angeboten zum Stichwort Erziehung sieht es nicht viel besser aus: Zu den 66 Angeboten zum Thema Erziehung zählt zehn mal „Keas" im digitalen ZDF-Dokukanal über Kea „den einzigen alpinen Papagei der Welt", der in den Neuseeländischen Alpen lebt, sieben mal „Verbotene Liebe Classics" auf dem digitalen Angebot von RTL „Passion", fünf mal „Balko" des digitalen Anbieters „RTL-Crime" und vier mal „St. Tropez", wiederum von „Passion". Als Spielfilme mit erzieherischen Potenzen werden im Analysezeitraum u.a. „Mädchen in Uniform" mit Romy Schneider und „Alexander der Große" mit Richard Burton identifiziert.

Meine Programmkenntnisse lassen in mir ob dieser Ergebnisse allerdings ein Warnsignal aufleuchten, weil mir bekannte und nach meinem Verständnis dem Bereich Bildung und Erziehung zuzuordnende Sendungen fehlen. Ich wähle also einen neuen Suchbegriff und zwar „Wissen":

Treffer! Ich erhalte nämlich 450 Verweise.

Für mich etwas überraschend wird derzeitig im Fernsehen der Begriff „Wissen" durch die Serie „Sturm der Liebe" mit 171 Angeboten in drei Wochen dominiert, da geht es wohl weniger um Wissensvermittlung als vielmehr um Strategien der Zuschauerbindung. Diese Strategien einer Zuschauerbin-

dung werden wohl primär auch durch die hohen Angebote der Serien „In aller Freundschaft“ (102 Angebote), „Ein Single kommt selten allein“ (101) und „Wege zum Glück“ (99) repräsentiert: Serien als primäre Wissensvermittler der deutschen Nation! Ich halte diese Hypothese für nicht mal abwegig, wenn ich mir Ergebnisse der PISA-Studie ansehe oder mit den aktiven Wissensbeständen von Studierenden konfrontiert werde.

Das öffentlich-rechtliche Angebot „Planet Wissen“ mit 123 Möglichkeiten im Analysezeitraum und mit ziemlichem Präsentationsabstand: „Wissen & entdecken“ (49 Angebote) und „Wissen macht Ah!“ mit 35 Angeboten determinieren die eher nonfiktionalen Wissensangebote des Fernsehens.

Für mich als Medien- und Filmwissenschaftler besonders faszinierend sind die unter dem Suchbegriff „Wissen“ angeführten Spielfilme in diesem Zeitraum (Auswahl):

- „Exorzist II – Der Ketzer“;
- „Blondinen küsst man nicht“;
- „The Da Vinci Code – Sakrileg“;
- „The Dark – Mörderische Nacht“

Zum Thema „Wissen“ gehören nach Ansicht der Programmguides u.a. auch Sendungen wie „SOKO Köln“, „Kurt Krömer“ und „Kommisar Beck“.

Angesichts dieser Einordnungen frage ich mich, was in fünf Jahren und später die Bevölkerung angesichts einer unüberblickbaren Flut von Programmangeboten (schon heute gibt es in der BRD mehr als 300 von den Landesmedienanstalten zugelassene Fernsehprogramme!) mit solchen Führungshilfen durch die Programmvielfalt bzw. Programmallmacht anfängt. Der zur Beruhigung häufig angeführte Vergleich mit der Vielfalt der Printmedienangebote (Bücher, Zeitungen und Zeitschriften) und dem offenbar bisher nicht katastrophalen Umgang der Bevölkerung damit, greift m.E. nur bedingt. Anders als bei den Printmedien vermittelt der Rundfunk nur sehr eingeschränkt das Gefühl einer Ware-Geld-Beziehung! Selbst das Abonnement für Zeitungen oder Zeitschriften vermittelt ein anderes Gefühl als die Rundfunkgebühr, die ja quasi unkündbar ist und insofern wie eine Steuer wirkt. Insofern ist die Rundfunkgebühr so etwas wie der Solidaritätszuschlag oder die Filmförderung, der Bürger wird zur Liebe, Solidarität oder auch notwendigen Förderung gezwungen.

Als Fazit dieses Kurzeinblicks in Fernsehangebote zu Wissen, Bildung und Erziehung möchte ich festhalten:

1. Die Programmanbieter und auch die Programmforscher verwenden offenbar einen eher breiten Bildungs- und Erziehungsbegriff, der z.B. auch dar-

in deutlich wird, dass die Programmforschung unter dem Oberbegriff „Information“ auch Boulevard- und Morgenmagazine, sowie Dokusoaps zählt, was ich aber durchaus nachvollziehen kann.

2. Die Programmanbieter schieben aber ihre im weitesten Sinne bildungs- und erziehungsrelevanten Angebote deutlich in die publikumsschwachen Nischenkanäle ab. Damit werden die vom Bundesverfassungsgericht formulierten Auflagen nach Breitenwirkung, Aktualität und Suggestivkraft m.E. aber nicht erfüllt.

Angesichts der bisher skizzierten Bedeutung des Fernsehens als Bildungsmedium will ich kurz auf einen Diskurs eingehen, der im Umfeld einiger Fernsehangebote stattfindet, die im Umfeld des 3. Oktober gesendet wurden. Dies meint Produktionen wie „Prager Botschaft“ (RTL), „An die Grenze“ (arte/ZDF) und „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ (ARD).

Da ich Ende September/Anfang Oktober in Korea war, konnte ich keinen dieser Filme sehen. Bin aber nach meiner Rückkehr andauernd von Kollegen aus den alten Bundesländern und auch den neuen gefragt worden, was ich denn von diesen Filmen und der Diskussion darum halte. Das ging mir zuletzt beim Oskar-Preisträger „Das Leben der Anderen“ so. Medienwissenschaftler mit Ostbiografie als autorisiertes Bewertungskriterium für die filmische Darstellung der DDR? Ich versuche mich in den meisten Fällen dieser Rolle zu verweigern.

Doch zurück zu den „Anlassfilmen“ und den darüber geführten „Betroffenheitsdiskursen“, die auch in persönlichen Gesprächen häufig im Vorwurf gipfelten, dass das Fernsehen Ost-West-Vorurteile herausbilden bzw. unterstützen würde.

Friedrich Schorlemmer, ein aus meiner Sicht wichtiger Theologe und Mitverantwortlicher für einen friedlichen Herbst 89 und folgend, beginnt z.B. im Freitag 41 vom 12.10.2007 seinen Beitrag zum Thema „Erinnern und Vergessen“ folgendermaßen:

„Eine zweiteilige Horrorklamotte *Die Frau vom Checkpoint Charlie* – mit geradezu demagogischen Rührseligkeitsingredienzien garniert – lief über das menschenverachtende DDR-System mit der Absicht nachholender Drachentöterei ... im ARD-Programm zu bester Sendezeit...

Gewiss ist Erinnerung nötig; sie ist schließlich unser Reichtum und sorgt für unsere Unverwechselbarkeit. Wer allerdings bei negativen Erinnerungen verharrt, sich in ihnen verkrallt und sie hernach instrumentalisiert, um heutiges Tun und Lassen zu rechtfertigen, weiß nichts mehr von der erlösenden Kraft, die Erinnerung bewirken kann...

Der mit großer Werbung bedachte Sendekomplex der ARD war dazu angetan, Vergangenheit aufzurühren und das Menschenverachtende des DDR-Systems auf eine Weise ins Blickfeld zu rücken, dass eigentlich nur noch Abscheu übrig bleiben konnte". [2]

Die Erklärung für das von Friedrich Schorlemmer sehr emotional kritisierte „Anlassprogramm" ist sehr schwer: Ich glaube nicht, wenn Matthias Dell eine Woche vor Friedrich Schorlemmer im „Freitag" als eine Art Begründung für den nachfolgenden Diskurs schreibt, dass dies apriori stimmt:

„Fernsehen funktioniert ungefähr so: Jemand macht ... etwas Originelles oder ... – normalerweise – zumindest etwas Erfolgreiches, und ein paar Redaktionsitzungen später machen alle das Erfolgreiche nach, was dann aber auf keinen Fall mehr originell ist...

Erfolgreich war vor einem Jahr der Kinofilm *Das Leben der Anderen,* der die DDR melodramatisch auffasste (Stasi) und damit zum Teil für die Renaissance von Filmen verantwortlich ist, die nun im Fernsehen die DDR melodramatisch darstellen (Stasi, Republikflucht, Zwangsadoption). Um es kurz zu machen: Nach Ansicht dieser Filme kann man die DDR nicht mehr sehen... Die blank geputzten Trabis, Wartburgs und Ladas konnten aus dem Museum nur entliehen werden gegen die Zusicherung, sie mit keinem Körnchen Dreck zu beschmutzen. Die Aktivisten, die in den achtziger Jahren in der DDR Umweltbibliotheken gründeten, müssen sich angesichts solcher Reinheit fragen lassen, ob es Bitterfeld und Kohleheizungen je gegeben hat...

Die Stasi-Kader in *Die Frau vom Checkpoint Charlie* haben bei den Tschekisten-Seminaren offenbar so schlecht aufgepasst, dass sie nicht wissen, wie sie ein paar – nur im Film zwangsadoptierten – Kindern, die ihre Mutter im West-Fernsehen gesehen haben, die Flötentöne der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse beibringen sollen.

Wer das so sieht, kann ins Grübeln geraten, warum die DDR erst 1989 beziehungsweise überhaupt zusammen brechen musste ..." [3]

Dieser Diskurs, den ich hier nur ansatzweise skizzieren konnte, ist für unser Thema von großer Relevanz. Geht es doch nach Ansicht von Rezensenten und Zuschauern um die Bildung bzw. Bestätigung von Vorurteilen, die nach einem Bonmot von Albert Einstein schwerer zu zertrümmern sind als ein Atom, weil aus dramaturgischen Gründen Realität verändert wird: Die Kinder in *Die Frau vom Checkpoint Charlie* lebten in der tatsächlichen Geschich-

2 Schorlemmer, Friedrich: Erinnern und Vergessen. Freitag 41, 12.10.2007
3 Dell, Matthias: Es war nicht alles schlecht. Freitag 40, 5.10.2007

te beim geschiedenen Vater, wurden also nicht zwangsadoptiert und wurden der Mutter später vom Rechtsanwalt Vogel übergeben etc.

Wenn man, wie das Bundesverfassungsgericht eine Suggestivkraft des Mediums Fernsehen annimmt, dann muss man auch den Vorwurf akzeptieren, dass mit solchen „Anlassfilmen" Vorurteile entwickelt werden können.

Da ich nicht an die Suggestivkraft des Fernsehens glaube, sehe ich die hier diskutierten Sachverhalte auch nicht so dramatisch. Ich stelle mir allerdings die Frage, warum eigentlich Filme über unsere jüngste Vergangenheit ständig an der Realität gemessen werden und ob dies eigentlich ein primär ostdeutsches Problem ist? Wie dem auch sei, mich erinnert die hier skizzierte Diskussion fatal an die Doktrin des sozialistischen Realismus.

Vielleicht wird dieser Diskurs aber auch zu sehr von mangelnder Toleranz gegenüber dramatisierten Sichtweisen auf unsere jüngste Vergangenheit geprägt?

Als Einstieg für meine Überlegungen zum Thema Toleranz und Medien möchte ich aus der UNESCO-„Erklärung von Prinzipien der Toleranz" zitieren:

„Toleranz bedeutet Respekt, Akzeptanz und Anerkennung der Kulturen unserer Welt, unserer Ausdrucksformen und Gestaltungsweisen unseres Menschseins in all ihrem Reichtum und ihrer Vielfalt. Gefördert wird sie durch Wissen, Offenheit, Kommunikation und durch Freiheit des Denkens, der Gewissensentscheidungen und des Glaubens. Toleranz ist Harmonie über Unterschiede hinweg ... Toleranz ist nicht gleichbedeutend mit Nachgeben, Herablassung oder Nachsicht. Toleranz ist vor allem eine aktive Einstellung, die sich stützt auf die Anerkennung der allgemeingültigen Menschenrechte und Grundfreiheiten anderer".

Insofern ist Intoleranz primär ein Problem fehlenden Wissens. Also: Wir wissen wenig über den Islam, aber müssen oder wollen ständig darüber urteilen bzw. uns zum Islam verhalten. Intoleranz kann also entstehen, wenn unzureichende Wissensbestände mit Verhaltens- bzw. Entscheidungsnotwendigkeiten konfrontiert werden. Und in einer Art selbsterfüllender Prophezeiung belohnen sich intolerante Personen, indem sie nur das vom Objekt ihrer Intoleranz wahrnehmen, was in ihr vorgeprägtes Bewertungsschema passt.

Beim Abbau von Intoleranz und bei der Entwicklung von Toleranz können und müssen die Bewegtbildmedien eine große Arbeit leisten. Ob und inwieweit diese dafür genügend Angebote zur Verfügung stellen, kann hier nicht abschließend diskutiert werden.

2. Was könnten Hochschulen zu Bildung und Toleranz beitragen?

Im Dreieck Bildung, Toleranz und Medien kommt den Schulen und Hochschulen bei der Entwicklung von Medien- und Kulturkompetenz eine besondere Bedeutung zu.

Die Aufnahme und Umsetzung des Diktats der Medienkompetenz hat in der Medien- und Kulturpädagogik oberste Priorität. Die Begriffe Medienpädagogik und Medienkompetenz gehören uneingeschränkt zusammen und inzwischen zum Standardrepertoire von Koalitionsverträgen, Aufgabenbeschreibungen von Landesmedienanstalten, Verlautbarungen von Sendern bei Programmierungsfehlern im Tages- oder Frühabendprogramm. Nicht zuletzt werden sie in einer kaum noch überschaubaren Zahl von Publikationen erörtert. Es finden sich vielfältige theoretische Konzepte zur Medienkompetenz, wobei sich die meisten Sozialwissenschaftler dabei auf das Konstrukt von Dieter Baacke (1997) beziehen. Demnach umfasst Medienkompetenz, die in eine soziale Handlungskompetenz eingebettet ist, vier Bereiche von Fähigkeiten: die Medienkritik, die Medienkunde, die Mediennutzung und die Mediengestaltung. Im Wesentlichen geht es um:

- die Fähigkeit, die medialen gesellschaftlichen Prozesse analytisch durchdringen und reflexiv auf das eigene Handeln anwenden zu können und dies unter ethischen, sozialverantwortlichen Gesichtspunkten,
- um den Erwerb von Wissen über die Zusammenhänge des Mediensystems sowie
- um die Fähigkeit zur technischen Handhabung von Mediengeräten,
- um den Erwerb von Fähigkeiten sowohl zur rezeptiven als auch interaktiven Mediennutzung sowie zur innovativen und kreativen Mediengestaltung.[4]

In Bezug auf die neuen Informations- und Kommunikationstechniken hat die Münchner Medienpädagogin Helga Theunert ganz in diesem Sinn formuliert: „Medienkompetenz in der Multimedia-Welt zu befördern heißt, allen zu ermöglichen, sich die Systeme zugänglich zu machen, deren Strukturen und Angebote selbstbestimmt und kritisch zu nutzen, sich der technischen Möglichkeiten für eigene Zwecke zu bedienen; und es heißt nicht zuletzt, die Bedeutung der Systeme für das individuelle und gesellschaftliche Leben zu begreifen und einzuschätzen.“[5] Hier zeigt sich, wie sehr sich die praktisch

4 Baacke, Dieter(1997): Medienpädagogik. Tübingen 1997

5 Theunert, Helga(1996): Perspektiven der Medienpädagogik in der Multimedia-Welt. In:Antje von Rein (Hrsg): Medienkompetenz als Schlüsselbegriff, S. 68. Bad Heilbrunn.

konkrete Einlösung von Medienkompetenz als Zielvorstellung an den technisch-medialen Gegebenheiten orientiert.

Eine grundlegende Problematik des Begriffes Medienkompetenz liegt sowohl in seiner inhaltlichen Vieldeutigkeit wie auch in der gewollten Synthese von Wissensbeständen, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Begabungen auf sehr unterschiedlichen Ebenen und mit sehr differenzierten individuellen Bezügen und Konsequenzen. Das Wissen um Medien kann z.B. durchaus eine – manchmal gewünschte – Naivität in der Mediennutzung beeinträchtigen, und Fähigkeiten zum kritischen Reflektieren können Versuche einer individuellen Mediengestaltung belasten. Insofern kann es nicht so sehr um eine individuumsbezogene Vermittlung einer universellen Medienkompetenz gehen, sondern vielmehr um eine Zielvorstellung, die auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen zu beziehen wäre. Und: Medienkompetenz als Zielvorstellung der Medienpädagogik kann nur als Teil sozialer und kultureller Handlungskompetenz gesehen werden, mit denen die Individuen in ihrem Alltag die verschiedensten Lebenssituationen bewältigen. In einer Welt, in der sich die Persönlichkeitsentwicklung und die Identitätsprozesse der Individuen sowohl anhand direkter sozialer Erfahrungen als auch anhand medialer Erfahrungen vollziehen, müssen insbesondere Kinder und Jugendliche bei der Ausbildung sozialer und kultureller Kompetenzen unterstützt werden. Wir sehen dabei soziale und kulturelle Kompetenzen in einer direkten Wechselwirkung zur und gegenseitigen Abhängigkeit mit der Medienkompetenz.

Die Ausprägung der Medienkompetenz wird außerdem von Entwicklungen im Besitz an massenmedialen Produktionsgeräten beeinflusst, die im Zusammenhang mit Daten aus der Rezeptionsforschung sowie mit Erfahrungen aus Alltagsbeobachtungen auf die folgenden Probleme verweisen:

Erstens kommt es, wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen auch, zu einer immer stärkeren Annäherung bzw. teilweisen Verschmelzung von Medien*profis* und Medien*amateuren*.

Zweitens wird die Trennung von Produktions-, Distributions- und Rezeptionsagenturen, aber auch -prozessen angesichts neuer medientechnologischer Entwicklungen immer a-historischer.

Drittens heißt Entwicklung von Medienkompetenz in diesem Jahrtausend auch, die traditionellen Medien nicht zu vergessen.

Und *viertens*: Entwicklung von Medienkompetenz heißt immer auch, Entwicklung und Finanzierung von anspruchsvollen Medienangeboten für Kinder und Jugendliche.

Aktuelle gesellschaftliche, soziale und kulturell-mediale Entwicklungen verweisen unserer Ansicht nach auf die folgenden Aufgaben für medienpädagogische Aktivitäten, Handreichungen und Forschungen:

1. Es besteht ein erheblicher Zweifel daran, dass allein mit der Bereitstellung von Internet-Zugängen für möglichst viele Schüler und Schülerinnen („Schulen ans Netz"), die derzeitigen Wissensklüfte bei den Schülern und Schülerinnen aussichtsreich verringert werden können. Ein Internet-Zugang hat die Option zur Wissensaneignung und kann neue Lernwege anbieten; er kann aber auch anders genutzt werden. Die von Bund und Ländern forcierte Entwicklung virtueller Schulen braucht unserer Ansicht nach nicht nur einen „Daten-Führerschein", wie von Dieter Baacke gefordert, sie braucht auch kompetente Schüler und Schülerinnen, die ihre Erfahrungs- und Wissensdefizite erstens kennen und zweitens auch abbauen wollen. Demzufolge sollte ein gesellschaftliches Umfeld vorhanden sein, das einen Abbau dieser Defizite materiell und/oder ideell belohnt. Dass sich Wissen in der zukünftigen „Wissensgesellschaft" tatsächlich lohnt, wird zumindest in der gegenwärtigen Mediengesellschaft kaum spürbar. In diesem Zusammenhang haben wir z.B. auch erhebliche Zweifel daran, dass mit der Zurverfügungstellung von Internet-Zugängen für möglichst viele SchülerInnen die derzeitigen Wissensklüfte bei ihnen verringert werden könnten. Einen Internet-Zugang zu haben, heißt nämlich noch nicht, am Weltwissen teilhaben zu können bzw. überhaupt zu wollen! Insofern teilen wir Dieter Baackes Optimismus nicht, der glaubte, dass keine Wissenskluft entstehen kann, weil „die Logistik des Multimedia-Systems dafür sorgt, dass alle Lernwege gleichzeitig gangbar macht (...) und dass damit das differente Lernvermögen der künftigen Informationsnutzer schrankenlos in seine Arme nimmt" [6]

2. In dem Zusammenhang ist auch die Entwicklung und Ausprägung von „Suchkriterien" für eine bedürfnisgerechte Auswahl von Fernseh- oder allgemeiner von Wissens- und Erlebnisangeboten als wesentliche Aufgabe von Medienkompetenz notwendig. Hier wäre die Entwicklung und Stabilisierung individueller „Programmguides" insbesondere für Kinder und Jugendliche zu überlegen. Es gilt die alltägliche Medienzuwendung bewusst und zielgerichtet zu gestalten. Hier sollten Pädagogen mit ihren Qualitätsvorstellungen Einfluss nehmen.

---

6 Baacke, Dieter (Hrsg.)(1999): Handbuch Medien. Medienkompetenz. Bonn Bundeszentrale für politische Bildung.

3. Des Weiteren sollte es klienten- und bevölkerungsgruppenzentriert eine Förderung von eigenständig produzierten Medienbeiträgen geben. Ebenso sollten mediale Kommunikations- und Interaktionsprozesse stets vor dem Hintergrund der Determination der eigenen Lebenswelt durch die Medien analysiert und reflektiert werden. Insbesondere die neuen Medien sollten auf die Praxistauglichkeit von vermittelten „Weltbildern" geprüft werden. Auch sollte das Wechselverhältnis von Anonymisierung der eigenen Persönlichkeit einerseits (Internet als eine Spielwiese fiktiver Personen) und die medial geforderte und auch gewollte Offenlegung andererseits (Handy, Home-Shopping etc.) problematisiert werden.

Die hier nur skizzierten technologischen Entwicklungen, die die Gestaltung und Nutzung der Medienwelten offenbar immer neu und entscheidend strukturieren, verlangen die Entwicklung von medienpädagogischen Konzepten, die uns nicht so sehr zu Reagierenden als vielmehr zu Agierenden werden lassen. Es kann also nicht allein und nicht primär darum gehen, für jede medientechnologische Entwicklung entsprechende Förder- und eventuell notwendige Korrekturprogramme zu entwickeln, sondern es sollte ausgehend von dem jetzt dominierenden Technologiediskurs ein Sinndiskurs angestrebt werden. In der Bestimmung von und der Diskussion um Kernkompetenzen für die Medien- und Wissensgesellschaften im 21. Jahrhundert sollte deshalb stärker als bisher auf Fragen einer kulturellen und ethischen Bildung eingegangen werden und nicht so sehr auf die quasi inhaltsleere medientechnologische Bildung (wie bisher). Aktivitäten wie „Schulen ans Netz", „Webmobile" oder „virtuelle Bildungseinrichtungen" sind zu begrüßen, weil sie notwendig sind, doch sie können nur chancenreich sein, wenn sie über die Vermittlung der technischen Qualifikationen hinaus gehen und kulturelle und soziale Bedingungsfaktoren mit berücksichtigen. Wenn Medien das formen, was mitgeteilt werden kann und wie es mitgeteilt werden kann, dann sollte sich Medienpädagogik primär auf die Kultur der Inhalte und, darüber vermittelt, sekundär auf die der Vermittlungsformen von Inhalten orientieren. In der kulturellen Bildung sollte eine wesentliche ökonomische Ressource gesehen werden, weil damit Kompetenzen entwickelt werden können, die nicht nur auf die Lösung von bereits bekannten Problemen zielen, sondern zur Entwicklung kreativer und konzeptioneller Fähigkeiten beitragen, die unabhängig von aktuellen technologischen Entwicklungen zum Tragen kommen können.

Kulturelle Bildung als wesentlicher Bestandteil von Medienkompetenz zur Gestaltung der Medienwelten des 21. Jahrhunderts bedeutet auch, immer

wieder ein realistisches Bild von den Möglichkeiten und Grenzen der jeweiligen Medien zu vermitteln. Dies meint z.B. im Zusammenhang mit den jeweiligen Medien: Fragen der Repräsentation (als Vergegenwärtigung von etwas Gewesenem bzw. Seiendem verstanden), der Authentizität, aber auch der Schnelligkeit, der Beherrschbarkeit und nicht zuletzt des individuell und situativ differenzierten Mehrwertes. Hier stehen die jeweils neuen Medien im Mittelpunkt, weil bei diesen die Verlässlichkeit von Erfahrungen am geringsten ist. Eine Vernachlässigung der jeweils „älteren" Medien wäre allerdings kontraproduktiv, weil damit die – zum Teil in Auseinandersetzung mit den „neueren" Medien erfolgten – jeweiligen Funktionsveränderungen bzw. -profilierungen in der medienpädagogischen Arbeit nicht mehr ausreichend berücksichtigt werden könnten. Zur Entwicklung eines realistischen Umgangs mit den neuen Medientechnologien gehört auch, deutlich zu machen, dass die durch Vernetzungen und/oder Digitalisierungen suggerierte Ort-, Zeit- und Grenzenlosigkeit zu einem Verlust an Erfahrungen mit eben diesen Grenzen führen kann.

Entwicklung von Medienkompetenz könnte damit auch bedeuten, einen Beitrag zur Sinnesschulung zu leisten, um z.B. die unterschiedlichen Sinneserlebnisse – einschließlich der differenzierten Geschwindigkeiten der jeweiligen Erlebnisse – mit natürlichen und mit medialen/virtuellen Reizen deutlich und damit auch bewertbar werden zu lassen. Wenn es stimmt, dass der „homo sapiens sapiens" gegenwärtig immer mehr vom „homo sapiens informaticus" abgelöst wird, weil wir immer mehr kognitive Prozesse an informationstechnische Systeme abgeben, dann müssen wir uns allerdings nicht nur um differenzierte Sinneserlebnisse, sondern auch um differenzierte kognitive Prozesse kümmern, wenn gleichzeitig davon gesprochen wird, dass „ein neuer 'Markt kognitiver Prozesse' den alten Arbeitsmarkt ablöst".[7] Spätestens an diesem Punkt haben die Prognosen und Szenarien wahrscheinlich die jetzt zu diskutierenden Visionen einer Mediengesellschaft eingeholt.

Für die Erhaltung und Pflege des sozialen und kulturellen Gedächtnisses von Völkern und Gruppen ist es auch notwendig, weiterhin einen kompetenten Umgang mit Büchern und Theater, mit Livemusik und Zeichnungen etc. zu ermöglichen. Nun werden sich zwar, wie in der menschlichen Generationenfolge auch, die jeweils jüngeren (Medien) von den älteren (Medien) „abnabeln" wollen und müssen, gleichzeitig bedarf aber die Entwicklung der

7 Haefner, Klaus (1998): Medien-, bildungs- und wirtschaftspolitische Vorstellungen zu einer human computerisierten Gesellschaft. In: Rundfunk und Geschichte. 24.4.1998, S.215

Medien ebenfalls einer Art „Generationsvertrag". Die Produktion und Rezeption neuer Medientechnologien verlangt nämlich weiterhin Erfahrungen und Kenntnisse mit traditionellen Dramaturgien und narrativen Erzählstrukturen und auch die virtuell erzeugten Bilderwelten müssen vor den anthropologisch determinierten Wahrnehmungsmustern bestehen können. D.h., die Prägung unserer Wahrnehmungsgewohnheiten und -muster kann das Erkennen und Erleben virtueller Räume beeinträchtigen.

Nicht ganz so expansiv wie im Medienbereich, aber dennoch spürbar, schien in den neunziger Jahren auch die Kultur eine gesellschaftliche Aufwertung zu erfahren: Es wurde opportun, von Kultur als bedeutendem „weichen Standortfaktor" zu reden, und kulturelle Bildung sollte eine allzu technokratische Ausbildung kompensieren; im Wettbewerb der Städte um Fördermittel, Industrieansiedlungen und Touristen wurde mit kulturellen Traditionen und aktuellen Angeboten geworben, und auch die Hochschulen wollten und sollten ihren Beitrag zur kulturellen Entwicklung leisten. Studiengänge für KulturarbeiterInnen, -managerInnen oder auch -pädagogInnen sollten den mit diesen Entwicklungen prognostizierten Bedarf an Fachkräften ausbilden. Die im neuen Jahrtausend zum politischen Alltag gehörenden Haushaltsdefizite in Ländern und Kommunen haben diese Perspektiven allerdings etwas ins Wanken gebracht. Die gegenwärtigen Diskussionen um die Finanzierung bzw. um die Finanzierbarkeit der „freien" wie auch der „Hochkultur" lassen diese Perspektiven auch nicht gerade stabil erscheinen.

Dennoch wird die Zukunft der Medien- und Wissensgesellschaften ganz wesentlich von deren praktischer Gestaltung wie auch kritischer Reflexion bestimmt werden. Hochschulausbildung auf diesen Gebieten muss als ein großes Potential für die Gestaltung einer lebenswerten Zukunft zugebilligt werden. Dieser Prämisse sollten sich Lehrende und Studierende immer bewusst sein.

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *97(2008), 25–33*

Dieter Kirchhöfer

Gewalt und Bildung

1. Vielleicht nicht notwendige Vorbemerkungen zum Zusammenhang von Jugend und Gewalt

Die vorangegangenen Toleranz-Kolloquien hatten zumindest die Erkenntnis gebracht, dass Toleranz eine zivilisatorisch-menschliche Beziehung kennzeichnet, die frei von physischer oder psychischer Gewalt ist. „Gewalt" wurde regelrecht als korrelativer Begriff zu Toleranz gefasst. Es ist also auch nicht abwegig, das Thema Bildung und Toleranz durch den Zusammenhang von Toleranz, Gewalt und Bildung zu erweitern und der Frage nachzugehen, inwieweit zwischen Gewalt, Gewaltwahrnehmung und Gewaltausübung in der Jugend einerseits und ihrer Bildung andererseits Zusammenhänge bestehen. Daraus – so die Überlegung – könnten sich vielleicht Rückschlüsse auf mögliche pädagogische Interventionen für schulische Bildung ergeben.

Diese Zielstellung verlangt allerdings einige einschränkende Bemerkungen, die zur Nachdenklichkeit gegenüber vorschnellen Antworten anregen sollen:

1. Gewalt ist kein Jugendproblem, sondern ein Problem gesellschaftlicher Beziehungen, dem alle Individuen mehr oder weniger unterworfen sind. Das Verhalten sog. Erwachsener im Straßenverkehr, in den Fußballstadien, bei Oktoberfesten setzt immer wieder Wellen von Gewalt frei, die nicht oder nicht nur der Jugendlichkeit der Akteure geschuldet sind, und es wäre zu überdenken, welche Mechanismen des intergenerationalen Transfers der Gewaltakzeptanz und -ausübung erzeugt werden. Insofern wäre auch die Maskulinitätsthese zu hinterfragen, dass Gewalt vor allem ein Merkmal männlicher Verhaltensweisen sei.

2. Gewalt mag vielleicht vordergründig als Gewalt zwischen Individuen auftreten, aber diese sichtbar erscheinende Gewalt darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die jetzige Gesellschaft durch strukturelle Gewalt gekennzeichnet ist, deren sichtbarste Erscheinung die Freisetzung von Arbeitskräften oder die Ausgrenzung von sozialen Gruppen aus materieller und

kultureller Verfügung über Ressourcen ist. Ich teile voll die Meinung von Oskar Negt, dass „Arbeitslosigkeit ein Gewaltakt ist, ein Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität der betroffenen Menschen“ (Negt 2002, 4). Den Zusammenhängen zwischen dieser strukturellen Gewalt und der Gewaltausübung der Individuen oder Gruppen von Individuen wäre weiterführend nachzugehen.

3. Unter einer solchen Sicht tritt ein eigenartiger Widerspruch auf: Wenn Arbeitslosigkeit ein Gewaltakt ist, dann müsste eigentlich Arbeitslosigkeit unter den Gewaltnachrichten zu finden sein (Negt ebenda). Das ist offensichtlich nicht der Fall. Möglicherweise unterliegen wir einer Form der Selbstverschleierung von Wirklichkeit, denn gerade die Medien sind voll von Gewaltnachrichten, die uns suggerieren, dass „alles immer schlimmer“ wird, dass Jugend aus der Orientierungslosigkeit heraus zu Gewaltexzessen tendiere, Gewaltausbrüche in einem Wertevakuum der Jugend vorprogrammiert seien usw. In der soziologischen Fachliteratur spricht man von dem Spagat zwischen Dramatisierung und Bagatellisierung durch die Medien (Kersten 2002, 14). Offensichtlich wird durch die Medien die Gefahr jugendlicher Gewalt hochgepuscht, werden Einzelereignisse wie in Erfurt oder in Südfinnland zu allgemeinen Zustandsanalysen von Jugend verallgemeinert und Jugendgewalt zu einem politischen (Wahlkampf)Thema gemacht, das über andere soziale Missstände hinwegtäuschen soll. Es ist richtig, dass unsere europäische Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten für Gewalt sensibilisiert worden ist. Gewalt in der Familie, gegenüber Frauen und Kindern sind heute Themen, die öffentliche Meinung bewegen. Amtliche Statistiken, Polizeiberichterstattungen, öffentliche Verlautbarungen sind aber nur der Nachweis dafür, dass die Öffentlichkeit aufmerksamer geworden ist, sie sind noch kein Beleg dafür, dass die jugendliche Gewalt als Folge ihrer Desintegration zunimmt. Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht, Deutschland ist n o c h ein sicheres Land – was nicht gleichzusetzen ist mit einem toleranten Land –, eine Amerikanisierung sozialer Verhältnisse hat sich noch – man muss immer wieder dieses relativierende „noch“ einfügen – nicht vollzogen. Eigene Untersuchungen belegen, dass die Angst der Schüler vor Gewalt tatsächlich zunimmt, deshalb auch ihre Bereitschaft wächst, sich mit irgendwelchen tauglichen oder untauglichen Mitteln Abwehrmöglichkeiten zu organisieren – der Begriff „zu bewaffnen“ ist vielleicht zu hoch gegriffen –, aber auf die Frage, ob sie selbst schon einmal Opfer von Gewalt geworden seien oder Gewalt bei sich oder anderen erlebt hätten, verneint die übergroße Mehrheit ein solches Erleben.

4. Es ist auch noch einmal darüber nachzudenken, welches Verhältnis zwischen Gewalt und ihrer Legitimation durch Ideologien besteht. Sicher dient die Gewalt in ideologisch festgefügten Gruppen als Mittel zur Durchsetzung politischer Macht. Aber vielfach ist es so, dass jugendliche Gewalt, dort wo sie auftritt, nach einer Legitimation sucht und diese dann in rechtsradikalen, fremdenfeindlichen oder nationalistischen Ideologieangeboten findet. Oft bringen nicht diese Ideologien – so verwerflich sie auch sind – Gewalt hervor, sondern die gewaltbereiten Jugendlichen bedienen sich ihrer.

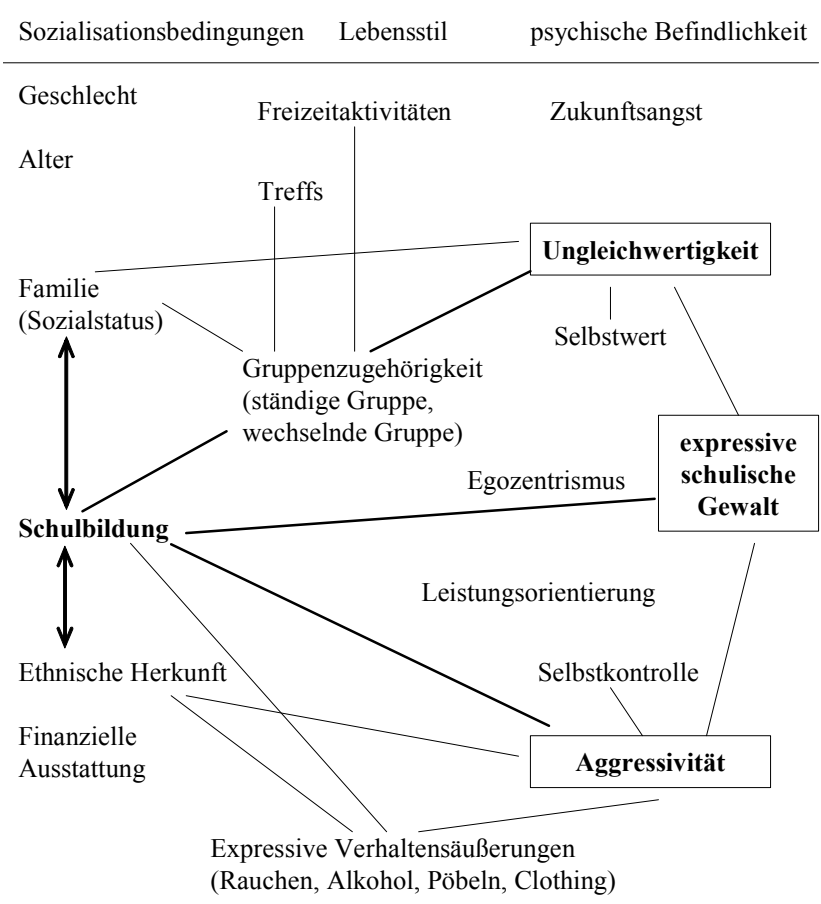
5. Erst das Zusammenwirken der gesellschaftlich-sozialen und der subjektiven individuellen Faktoren bereitet den Nährboden für Gewalt vor. Es erscheint zu einfach, zu linear, ausschließlich den gesellschaftlichen Verhältnissen die Verursachung von Gewalt zuzuweisen. Bevor das Individuum Gewalt akzeptiert und ausübt, hat es schon einen biographischen Lernprozess vollzogen. Dabei werden indirekte oder direkte Gewalterfahrungen in der Familie (Demütigungen, Strafen, Ausgrenzungen, Anerkennungsverweigerung) oft zum Ausgangspunkt von Gewaltkarrieren. Ein wichtiger Einflussfaktor für die Entwicklung von Gewaltakzeptanz und -ausübung bildet dabei die familiale oder auch die Bindungserfahrung über die Peergroups. Eine „sicher-autonome Bindungsrepräsentation" lässt Individuen offensichtlich gegenüber Gewaltgelegenheiten oder -situationen immuner sein. Eine solche Anmerkung verweist darauf, dass Schule nur eine der Sozialisationsinstanzen ist, aus der sich Gewalt entwickelt, und sich möglicherweise schon vor der Einschulung Gewaltaffinität entwickeln kann (vgl. Beitrag Sturzbecher, i. d. Bd.), die durch die nachfolgende schulische Sozialisation Verstärkung erfährt.

Diese vielleicht überflüssigen Bemerkungen sollten eigentlich nur einem Zweck dienen, das Phänomen der jugendlichen Gewalt nicht monokausal zu erklären. Jugendliche Gewalt unterliegt offensichtlich einem Geflecht multikausal konstruierter Zusammenhänge, in die soziale Kontextbedingungen, präsente Ideologien, individuelle Handlungsvoraussetzungen oder auch Eskalationsfaktoren aus gruppendynamischen Prozessen eingehen.

2. Ein aufschlussreiches Pfadmodell der Zusammenhänge zwischen jugendlicher Gewalt, psychosozialen Dispositionen und sozialen Kontexten

Die folgende Darstellung der statistischen Zusammenhänge eines sog. Pfadmodells, in dem Zusammenhängen in Regressionsanalysen ihrer Signifikanz

nachgegangen wird, beschränkt sich auf die verkürzte verbale Interpretation, der interessierte Leser kann in Merkens/Schmidt (1995) nachlesen. In einer vergleichenden Untersuchung zwischen osteuropäischen Städten, die von der Freien Universität Berlin und dem Zentrum für Europäische Bildungsforschung Berlin durchgeführt wurde, fragten wir nach dem Auftreten von Gewalt in den Schulen (vgl. Kirchhöfer/Wenzke 1995, Kirchhöfer 1997). Die Items bezogen sich auf „Sachen kaputtmachen", „jemanden verhauen, der schwächer ist", „andere erniedrigen (mobben)", „mit anderen prügeln", „Lehrern freche Antworten geben", „Lehrer ärgern".



Diese ersten drei Items, die zu einem Indikator zusammengefasst wurden und deren Verursachung weiter nachgegangen wurde, signalisierten offensichtlich eine spezifische Gewalt – von uns als „expressive Gewalt" bezeichnet –, die jeglicher Toleranz entgegengesetzt war. Geprüfte Zusammenhänge zu psychosozialen Befindlichkeiten wie Zukunftsangst, Leistungsorientierung, Egozentrismus, Selbstwert, Selbstkontrolle, Ungleichwertigkeit und Aggressivität zeigten insbesondere bei den zuletzt genannten Faktoren Gleichwertigkeit und Aggressivität eine hohe Signifikanz. Der unmittelbar statistisch nachweisbare Zusammenhang bestand also zwischen expressiver Gewalt und diesen psychosozialen Befindlichkeiten. Eine solche Erkenntnis ist sicher nicht überraschend. Weitere hochsignifikante Zusammenhänge ergaben sich von Ungleichwertigkeit zu Selbstwertwahrnehmung bzw. von Aggressivität zu Selbstkontrolle.

Der vielleicht im Sprachgebrauch ungewohnte Begriff „Ungleichwertigkeit" enthält sowohl die Ideologie eigener Ungleichwertigkeit, im Sinne von Minderwertigkeit, wie auch der Ungleichwertigkeit andrer, d. h. der Höherwertigkeit der eigenen Person oder Gruppe. Ideologien der Ungleichwertigkeit finden sich im Rassismus, Antisemitismus, Ethnozentrismus, Fremdenfeindlichkeit, Heterophobie oder den Vorstellungen über Etabliertenvorrechte (Sitzer/Heitmeyer 2007, 3).

In der weiteren regressiven Rückführung wurden als Faktoren des Lebensstils vorgegeben: Freizeitaktivitäten (Sport treiben, Shoppen gehen, Kino oder Disco gehen, Fußballspiel besuchen, Theater oder Museen besuchen, Rumhängen), expressive Verhaltensäußerungen (Rauchen, Alkohol, Pöbeln, auffällige Kleidung), Treffs (Kino, Disco, Tankstelle, Straße), Gruppenzugehörigkeit (Fanclub, ständige, wechselnde, zufällige Gruppe). Bei allen Faktoren ergaben sich hochsignifikante Zusammenhänge zu diesen beiden Faktoren Aggressivität und Ungleichwertigkeit. Die Rückführung auf den sozialen Kontext ergab einen auffälligen Befund: Ethnische Herkunft, Sozialstatus der Familie und Schulbildung waren gegenüber Geschlecht, Alter, finanzieller Ausstattung eindeutig präferiert und schlugen über die Freizeitaktivitäten unmittelbar auf die beiden psychosozialen Faktoren durch: der Familienstatus auf den Faktor Ungleichwertigkeit, die ethnische Herkunft auf die Aggressivität, auf beide wirkte mit hoher Signifikanz wiederum die Schulbildung. *Es war offensichtlich die Schulbildung, die einen hohen Einfluss auf die Gewalt begünstigenden Faktoren Aggressivität und Ungleichwertigkeit und von dort auf den Gewaltindikator (expressive Gewalt) ausübte*, dem gegenüber waren z. B. die oft angenommenen Zusammenhänge

zu Zukunftsangst, Perspektivwahrnehmung oder Leistungsorientierung (als Fehlen oder Verweigerung) weniger signifikant.

3. Schulische Bildung – ein offenes Problemfeld

Auch diese Botschaft, dass zwischen Gewalt (von uns als expressive Gewalt bezeichnet) und Bildung ein Zusammenhang besteht, ist wiederum von geringem Neuigkeitswert.

3.1 Anerkennungsdefizite oder Anerkennungsgewährleistung

Aufschlussreich war in der Untersuchung jedoch ein anderer Befund. Der Faktor „Schulbildung" wurde durch solche Items Schulleistung/-erfolg, Lehrerverhalten, Unterrichtsinhalte, Unterrichtsgestaltung, Schulordnung, Partizipationsmöglichkeiten, Klassenbeziehungen aufgeschlüsselt. Es waren nicht die Unterrichtsinhalte, auch nicht die Schulordnung oder die Partizipationsmöglichkeiten, sondern neben dem besuchten Schultyp der schulische Erfolg und das Lehrerverhalten, nachrangig Unterrichtsgestaltung und Klassenbeziehungen, welche die Stärke des Faktors Schulbildung bestimmten. Eine solche Feststellung stimmt mit Analyen überein, *die Gewalt als Resultat von Anerkennungsdefiziten bzw. Toleranz als Ausweis gelungener Anerkennungsbeziehungen sehen*. Gewalt wird dabei als Folge von Anerkennungsdefiziten bzw. Toleranz als Folge gesicherter Anerkennung in drei zentralen Integrationsdimensionen gewertet. Diese Analysen unterscheiden die *positionale Anerkennung*, in unserem Fall der Schultyp, die Zugänge zu beruflichen Perspektiven und /oder Aufstiegsoptionen; die *moralische Anerkennung*, in der Schule vor allem die erreichten Leistungsnachweise (Zensuren), die dabei praktizierten Gerechtigkeitskriterien und deren Transparenz, die Anerkennung der Anstrengung und die *emotionale Anerkennung,* im Sinne der Akzeptanz normativer Anforderungen, der Entwicklung sozialer Nahbeziehungen, der Ausbilanzierung sozialen Rückhaltes oder die Gewährleistung von Freiräumen der eigenen Positionierung.

Für die Schule bilden alle drei Integrationsdimensionen wesentliche pädagogische Handlungsfelder. *Die statistischen Daten über den Zusammenhang zwischen der besuchten Schulstufe (Hauptschule, Realschule, Gesamtschule, Gymnasium) und Häufigkeit von expressiver Gewalt sind leider überzeugend*. Die Wahrnehmung, einen nachgeordneten Schultyp zu besuchen und diesen möglicherweise erfolglos, lässt Gewaltakzeptanz und -ausübung als Produkt fehlgeleiteter Realitätsverarbeitung erscheinen. Der

Besuch der Hauptschule bildet ein aktuelles und noch mehr projektives positionales Anerkennungsdefizit, die Dreigliedrigkeit unseres Schulwesens bringt systematisch Anerkennungsdefizite und damit auch potentielle Gewaltressourcen hervor. Eine solche Feststellung stimmt mit Analysen von Tatverdächtigen rechtsextremer Straftaten überein, bei denen nachweisbar überdurchschnittlich viele Jugendliche unterdurchschnittliche Bildungsabschlüsse hatten (Sitzer/Heitmeyer 2007, 5).

Der schulische Erfolg wurde wiederum neben dem Zensurenspiegel vor allem durch die Anerkennung der Leistungsanstrengung bestimmt. In der Schule ist es – so hatten wir festgestellt – wesentlich das Lehrerverhalten, das Lernprozesse von Gewaltakzeptanz oder -handlung bzw. auch Toleranzakzeptanz und -verhalten auslöst. Das Lehrerverhalten wurde neben „einen interessanten Unterricht geben", vor allem nach der vom Lehrer praktizierten Gerechtigkeit, das Vertrauen und die Transparenz seiner Bewertungskriterien und seiner Bereitschaft, „Spaß verstehen/machen" (Lockerheit) bewertet. Zumindest in seiner Klasse wurden der Lehrer und dessen Autorität anerkannt, der beides vermochte.

Das Erfolgserlebnis stellte sich ein, wenn die Anstrengung bei dem Lehrer und in der Klasse moralische Anerkennung erfuhr, dass damit Gefühle der Minderwertigkeit abgebaut wurden, ist nachvollziehbar.

3.2 Kompetenzen – lehr- und/oder lernbar?

Die pädagogischen Implikationen sind relativ leicht einsehbar:

Toleranz und der Abbau von Gewaltakzeptanz und -ausübung sind komplexe Kompetenzgeflechte, in die u. a. Kompromissbereitschaft, Kooperationsbereitschaft, Einfühlungsvermögen und verbale Konfliktlösungsbereitschaft eingehen. Kompetenzen sind jedoch ob dieser Komplexität nicht vorrangig über die Vermittlung stofflicher Inhalte lehrbar – und auch die bestgemeinte Modularisierung in einem Stoffkanon hilft da wenig. Offen muss auch bleiben, inwieweit sozio-moralisierende Argumente helfen, komplexe psychosoziale Dispositionen des Kompetenzerwerbs zu verändern, also bleibt auch die Wirkung einer Lehrbarkeit ethischer Toleranzkriterien umstritten. Kompetenzen kann man nicht weitergeben wie eine Münze, die von einer Hand in die andere wechselt. *Toleranz und damit auch der Gewaltverzicht sind nicht lehr- oder vermittelbar, aber in der schulischen – und nicht nur dort – Sozialisation lernbar*. Kompetenzen werden jedoch wesentlich in Tätigkeiten erlernt. In Tätigkeiten und den sozialen und gegenständlichen Beziehungen in der Tätigkeit erfährt das Individuum, was es vermag und worin

seine Grenzen bestehen. Die dominierende Tätigkeit – so zumindest die Wunschvorstellung – ist das Lernen. Im Lernen erfährt der Schüler die Reaktionen des Lehrers und die seiner Kameraden. Es ist der pädagogische Stil, die durch den Lehrer bewirkten sozialen Beziehungen in der Klasse, die Erfahrungen mit Freundlichkeit ermöglichen, das Aushandeln von Konfliktlösungen und die Fähigkeit Dialoge zu führen, erlernbar und Empathie verstehbar machen und auch Vorurteile ausräumen helfen.

3.3 Asymmetrie des Lehrer – Schüler- Verhältnisses. Die Autorität des Lehrers

Eine solche Perspektive setzt sehr stark bei der Lehrerpersönlichkeit an. So sehr Partizipationsgeschehen, Selbstverwaltung oder auch Vereinbarungsmodalitäten die pädagogische Kultur beeinflussen mögen – und wir tun viel zu wenig dafür –, es bleibt bei der nicht ersetzbaren Funktion des Lehrers und seines Stils. Pädagogische Modelle, die den Klassenlehrer durch Vertrauenslehrer ersetzen, den Kindern ihren Klassenraum nehmen, den persönlichen Kontakt zwischen Klassenlehrer, Eltern und Schüler aufgeben, verringern pädagogische Einflussmöglichkeiten.

Und damit ist ein zweites Problemfeld benannt, zu dem in der Profession und einer durch die 68- Bewegung beeinflussten öffentlichen Meinung sehr unterschiedliche Meinungen existieren. *Es bedarf der Autorität des Lehrers*. Bindungsintensität, Vertrauensverhältnis auf der einen Seite und Autorität bilden gegenseitig bedingende Seiten eines Verhältnisses. Diese Autorität – und das unterscheidet den heutigen Lehrer vom Studienrat der Vergangenheit – erwächst aus seiner pädagogischen Kompetenz, die auch Eindeutigkeit, Ahndung von Vergehen und Nachlässigkeiten ohne entwürdigende Persönlichkeitsdiffamierung und Konsequenz in der Forderung einschließt. „Der macht klare Ansagen“, „der lässt nichts durchgehen“, „der hat Charakter“ sind positive Annotationen für einen Lehrer. Jugendliche – so zumindest meine nicht durch Untersuchungen, sondern durch Erfahrung gestützte Auffassung – wollen nicht eine grenzenlose Nachgiebigkeit, eine opportunistisch einschmeichelnde Popularitätshascherei bei Schülern, sondern diese Autorität.

Literatur

Negt, Oskar (2002): Gewalt und Gesellschaft: In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 4. Nov. 2002, S. 3-5.

Kersten, Joachim (2002): Jugendgewalt und Gesellschaft. In: Ebenda, S. 14-20.

Sitzer, Peter/Wilhelm Heitmeyer (2007): Rechtsextremistische Gewalt von Jugendlichen. In: Ebenda, 10. Sept. 2007, S. 3-10.

Kirchhöfer, Dieter/Gerhard Wenzke (1995): Gewalt als nationales oder internationales Jugendproblem.

Jugenddiskus und Gewalt. In: Merkens, Hans/Folker Schmidt (Hrsg.): Lebenslagen Schuljugendlicher und sozialer Wandel im internationalen Vergleich. Hohengehren 1995, S. 29-44.

Kirchhöfer, Dieter(1997): Jugend ohne nationale Identität? Eine empirische Bestandsaufnahme. In: Hoffmann, Dietrich/Gerhart Neuner (Hrsg.): Auf der Suche nach Identität. Weinheim 1997, S. 105-121.

Rink, Dieter (2002): Essay. Beunruhigende Normalisierung: Zum Wandel von Jugendkulturen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 1. Febr. 2002, S. 3-6.

Köhler, Thomas: Jugendgenerationen im Vergleich. Konjunkturen des (Non)Konformismus. In: Ebenda, S. 7-13.

Allmendinger, Jutta/Rita Nikolai (2006): Bildung und Herkunft. In: Ebenda, 30. Okt. 2006, A.32-38.

Hradil, Stefan (2006): Soziale Milieus – eine praxisorientierte Forschungsperspektive. In: Ebenda, 30. Okt. 2006, S. 3-10.

Vester, Michael(2006): In: Ebenda, S. 11-17.

Ramelsberger, Anette (2005): Erkundungen in Ostdeutschland. In: Ebenda, S. 3-8.

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *97(2008), 35–46*

Dietmar Sturzbecher & Kai Breitling

Wie tolerant sind Kinder? Möglichkeiten der Toleranzförderung in Kindergarten und Schule

„Toleranz […] bezeichnet allgemein das Dulden oder Respektieren von Überzeugungen, Handlungen oder Praktiken, die einerseits als falsch und normabweichend angesehen werden, andererseits aber nicht vollkommen abgelehnt und nicht eingeschränkt werden“. [1] Ausgehend von dieser Definition bedeutet Toleranz folglich die Schaffung eines Spielraums für Menschen mit abweichendem sozialem Verhalten und anderen Normen. Sie richtet sich auf Mitbürger, denen wegen ihrer Andersartigkeit sozialer Ausschluss droht. Für die moderne, pluralistische Gesellschaft bildet Toleranz damit einen Grundpfeiler, ohne den das friedliche Nebeneinander von Menschen mit unterschiedlichen Kulturen und Lebensentwürfen nicht denkbar ist. Im Gegenzug gilt als unstrittig, dass ein Mangel an Toleranz Konformitätsdruck, Gewalt und soziale Destabilisierung bewirken kann. Die große Bedeutung von Toleranz für die Stabilität des sozialen Gefüges haben die Gründer der Bundesrepublik gewürdigt, indem sie Toleranz im geistigen Fundament des Staates verankerten. So heißt es im Artikel 3 des Grundgesetzes: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Trotz dieser Verankerung begegnen uns im Alltag immer wieder Anzeichen fehlender Toleranz, denken wir an politisch motivierte Gewalt oder Angriffe auf Ausländer. Daher erscheint es wünschenswert, bereits in der Kindheit ein frühzeitiges Erlernen von Toleranz zu fördern. Wie könnte aber Toleranzförderung bei Kindern aussehen; wie lässt sie sich effektiv gestalten?

1 Forst, R.: Toleranz im Konflikt. Geschichte, Gehalt und Gegenwart eines umstrittenen Begriffs, Frankfurt am Main 2003.

Um diese Fragen zu beantworten, muss man wissen, welche altersspezifischen Entwicklungsbesonderheiten von Kindern der Ausbildung einer toleranten Grundhaltung potenziell entgegenstehen und welche sie fördern. Daher sollen im Folgenden zunächst Wirkungszusammenhänge erläutert werden, die aus psychologischer bzw. soziologischer Sicht die Entwicklung von Toleranz beeinflussen. Im Anschluss daran werden Möglichkeiten aufgezeigt, unter Berücksichtigung dieser Besonderheiten tolerantes Verhalten in Kindergarten und Schule zu fördern.

Jeder Mensch empfindet schon seit den ersten Lebensmonaten Freude am „Selber machen", am „Es sich selbst und anderen zeigen". Bereits Zweijährige bestehen oft trotzig darauf, etwas allein tun zu wollen. Fünfjährige besitzen schon ein differenziertes Tüchtigkeitskonzept: Sie wissen, was sie im Hinblick auf unterschiedliche Anforderungen und Referenzgruppen „drauf haben", und erlernen durch Erfolge und moderate Misserfolge, dass sich Anstrengungsbereitschaft lohnt und man Handlungsschwierigkeiten durch kompetentes Handeln bewältigen kann. Die Wahrnehmung und Überzeugung, dass man in der Lage ist, gezielt Handlungen auszuführen, die mit für die eigene Personen wünschenswerten Auswirkungen verbunden sind, wird „Selbstwirksamkeitserleben" genannt.[2] Diese Überzeugung hat allerhöchste Bedeutung für die Lebensqualität und den Lebensverlauf. So ist aus der Resilienzforschung bekannt, dass Selbstwirksamkeitserfahrungen entscheidende Voraussetzungen dafür darstellen, um trotz widriger Umstände eine integre und erfolgreiche Persönlichkeit zu werden. Aus der Altersforschung weiß man, dass das Gefühl, „zu nichts nütze" zu sein, „nichts mehr fertig zu bekommen", zu geringem Lebenswillen führt und sowohl physische als auch psychische Krankheit befördert.

Im Hinblick auf Toleranz und Toleranzförderung ist allerdings neben den unstrittigen Vorzügen eines stark ausgeprägten Selbstwirksamkeitserlebens für das persönliche Wohlergehen die Tatsache zu beachten, dass Menschen stets innerhalb sozialer Netzwerke (z.B. Familie, Arbeitskollegen) leben. Das hat zur Folge, dass der individuelle Drang nach Selbstwirksamkeitserleben meist durch die Interessen, Überzeugungen und Handlungen anderer und somit durch das Gebot zu Toleranz und Respekt gegenüber den anderen begrenzt wird. Der Wunsch, individuelle Ziele zu erreichen und sich dabei als selbstwirksam zu erleben, und die Forderung, sich im Verhalten gegenüber

2 Bandura, A.: Sozial-kognitive Lerntheorie, Stuttgart 1977.

anderen als tolerant zu zeigen, werden also im Alltag nicht selten kollidieren und müssen daher ausbalanciert werden.

Eine weitere Einflussgröße, die der Entwicklung von Toleranz entgegensteht, stellen Vorurteile dar. Unter Vorurteilen versteht man „ausgeprägte positive und negative Urteile oder Einstellungen eines Mitmenschen über ein Vorurteilsobjekt […], wenn wir diese für nicht realitätsgerecht halten und der Betreffende trotz Gegenargumenten nicht von seiner Meinung abrückt“[3]. Die moderne Vorurteilsforschung befasst sich mit den Funktionen des vorurteilsvollen Denkens und hat herausgefunden, dass Vorurteile dem Einzelnen nicht selten leicht erreichbaren Nutzen bringen. So können Vorurteile erstens als Orientierungshilfen verstanden werden, die in der unübersehbaren Fülle an Urteilen und Entscheidungen, die im Alltagsleben zu treffen sind, die Komplexität reduzieren und die Handlungsfähigkeit erhalten (kognitive Funktion).[4] Darüber hinaus können Vorurteile zweitens den Einzelnen von Verantwortung entlasten: Wenn die wahren Ursachen unserer Frustration entweder unbekannt oder nicht erreichbar sind, kann man mit Hilfe von Vorurteilen leicht Ersatzobjekte bzw. „Sündenböcke“ finden, gegenüber denen man seine Frustrationen abreagieren kann (emotionale Funktion). Eine weitere wichtige Rolle spielen Vorurteile schließlich drittens bei der Organisation des sozialen Zusammenlebens (soziale Funktion): Vorurteile verschaffen soziale Anerkennung durch Abwertung von Fremdgruppen gegenüber der eigenen Gruppe. Das Anderssein wird somit instrumentalisiert, um den eigenen Status zu erhöhen und die Kohärenz der eigenen Gruppe zu steigern.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass sich in einem von abwertenden Vorurteilen geprägten Klima Toleranz nur schwer entwickeln kann. Besonders die emotionale und die soziale Funktion von Vorurteilen für das Denken und Handeln des Einzelnen weisen darauf hin, dass bei der Diskussion über Toleranz in erster Linie die negativen Einstellungen gegenüber anderen Menschen(gruppen) besonderer Beachtung bedürfen. Aufgrund ihrer aufgezeigten Funktionalität erscheint es einerseits schwierig, gegen abwertende Vorurteile vorzugehen und damit Toleranz zu fördern. Andererseits ist der Kampf gegen Vorurteile und für Toleranz unbedingt notwendig, da negative Vorurteile eine Abweichung von den Wissens- und Moralstandards einer

3 Bergmann, W.: Was sind Vorurteile? (Informationen zur politischen Bildung, Heft 271). Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2005.

4 Jaschke, H.-G.: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Wiesbaden 2001.

Gesellschaft darstellen und gegen die fundamentalen Normen der Rationalität, der Gerechtigkeit und der Mitmenschlichkeit verstoßen.

Die Verinnerlichung allgemeinverbindlicher Wertenormen sowie der Fähigkeit, Übertretungen zu erkennen, ist dem Menschen nicht angeboren, sondern muss durch einen Prozess der moralischen Entwicklung erworben werden. Diese Entwicklung spannt einen Bogen von einer ausgesprochen egozentrisch orientierten Begründung von normativen Urteilen in der frühen Kindheit zu einer eher universalistischen Sichtweise von Normen und Werten im (frühen) Erwachsenenalter. Die Entwicklung im Kindes- und Jugendalter ist entsprechend Kohlbergs Modell der moralischen Entwicklung (zitiert nach Keller[5]) durch drei Stadien charakterisiert. Die Stufe 1 des sogenannten präkonventionellen moralischen Urteils wird als egozentrisch gekennzeichnet, da die Interessen anderer mit den eigenen gleichgesetzt werden. Das moralisch Gebotene definiert sich durch vorgegebene Regeln oder Autoritäten, die unbedingten Gehorsam fordern. Die Stufe 2 des präkonventionellen moralischen Urteils beruht auf der Fähigkeit zur Differenzierung und teilweisen Koordination konkreter individualistischer Perspektiven. Die Geltung moralischer Perspektiven wird allerdings nur insoweit anerkannt, als es den konkreten Interessen einzelner Personen unmittelbar dient. Auf dieser Entwicklungsstufe gilt die einfache Handlungsregel des „wie du mir, so ich dir". In der sozialen Perspektive der Stufe 3 des sogenannten konventionellen moralischen Urteils werden die individuellen Perspektiven in die Perspektive der dritten Person beziehungsweise einer Beobachterperspektive integriert. Das moralisch Richtige bemisst sich nun an interpersonalen Erwartungen wie Dankbarkeit, Vertrauen, Verlässlichkeit. Die Geltung dieser Normen resultiert aus der Goldenen Regel „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem anderen zu!" Danach versetzt sich die Person in die Perspektive anderer und beurteilt Handlungen aus dieser Perspektive.

Das Erreichen höherer Stufen der Moralentwicklung ist demnach untrennbar mit der Fähigkeit zur Perspektivübernahme verbunden. Damit ist im psychologischen Sinne „ein gedankliches ‚Sich-in-die-Lage-eines-anderen-Versetzen'" bzw. „das kognitive Nachvollziehen des Standpunktes einer anderen Person" gemeint.[6] Da auch Toleranz auf der Fähigkeit basiert, das Ver-

5 Keller, M.: Moralische Entwicklung als Voraussetzung für soziale Partizipation. In: D. Sturzbecher & H. Großmann (Hrsg.), Soziale Partizipation im Vor- und Grundschulalter. Grundlagen, München 2003, S. 143-172.

6 Damon, W.: Die soziale Entwicklung des Kindes: ein entwicklungspsychologisches Lehrbuch, Stuttgart 1989, S. 161.

halten, das Erleben und die Erwartungen anderer aus ihrer Perspektive wahrzunehmen und zu verstehen, kann die Perspektivenübernahmefähigkeit ebenso als Grundvoraussetzung einer toleranten Grundhaltung aufgefasst werden. Sie stellt damit neben dem Streben nach Selbstwirksamkeitserleben und den Vorurteilen einen dritten (motivationalen und kognitiven) Einflussfaktor auf die Toleranzentwicklung dar.

Welchen Entwicklungsstand können wir hinsichtlich Selbstwirksamkeitserleben, Vorurteilen und Toleranz bei Kindern beobachten? Alltägliche Beobachtungen ebenso wie objektive Forschungsbefunde liefern viele Hinweise darauf, dass Vorschulkinder nicht selten den später als selbstverständlich erwarteten Formen des zwischenmenschlichen Umgangs noch nicht entsprechen. Betrachten wir die Häufigkeit von Konflikten unter Vier- bis Fünfjährigen sowie die alterstypische Weise der Konfliktbewältigung, so tragen Vorschulkinder nicht nur besonders viele Konflikte aus, sondern sie setzen dabei anscheinend auch besonders häufig aggressive Mittel ein. In keiner Altersgruppe sind so viele physische Auseinandersetzungen (z. B. Schubsen, Beißen, Treten, Schlagen) beobachtbar wie bei Vier- bis Fünfjährigen.[7] Eine wichtige Ursache für die hohe Konflikthäufigkeit bei Vier- bis Fünfjährigen ist darin zu suchen, dass kooperative Spiele, bei denen die Kinder gemeinsame Ziele und Strategien aushandeln müssen, in dieser Altersgruppe anteilmäßig stark zunehmen. Kooperatives Spiel erscheint den Kindern in diesem Alter einerseits als attraktiv, weil es Vorzüge gegenüber dem Allein- oder Parallelspiel bietet. Beispielsweise stellen der Austausch von Ideen, Spielzeug oder die Erfahrung von sozialer Anerkennung durch den Spielpartner eine Bereicherung dar. Andererseits verfügen die Vier- bis Fünfjährigen in diesem Alter bereits ansatzweise über die notwendigen psychischen Voraussetzungen zum kooperativen Spiel; es liegt in der „Zone ihrer nächsten Entwicklung" und stellt eine Entwicklungsaufgabe dar.

Welches sind diese kooperationsrelevanten Persönlichkeitsvoraussetzungen, die zugleich auch bedeutsame Einflussfaktoren auf die Toleranzentwicklung darstellen? Zu diesen Voraussetzungen zählen Fähigkeiten,

- die Intentionen anderer zu durchschauen und zu „berechnen" sowie Handlungsfolgen und ihre emotionale Bewertung durch andere zu antizipieren („Perspektivenübernahmefähigkeiten"),
- kooperationsrelevante Informationen zu erkennen und zu geben („Kom-

7 Cairns, R. B.: Social Development: The Origins and Plasticity of Interchanges, San Francisco 1979.

munikationsfähigkeiten“),
- seine Impulsivität zu zügeln, abzuwarten, sich abzustimmen und „Kooperationstakte“ einzuhalten („Impulsivitätssteuerung“) und nicht zuletzt
- das Eigentum anderer zu respektieren („Eigentumsverständnis“).

Eine besondere Bedeutung erlangen diese Fähigkeiten, weil mit der Zunahme des kooperativen Spiels auch die Gefahr interpersoneller Konflikte wächst, denn wenn man mit anderen gemeinsam etwas unternimmt, treten normalerweise Interessengegensätze auf, die im Interesse des gemeinsamen Tuns bewältigt werden müssen. Dabei zeigt sich nun allerdings, dass die aufgeführten sozialen Kompetenzen, die Kooperation und auch die Konfliktbewältigung ermöglichen, im Vorschulalter meist noch nicht sicher beherrscht werden. Ein zusätzliches Hindernis, das einem kooperativen Miteinander entgegensteht, sind die bei Kindern dieses Alters besonders stark ausgeprägten stereotypen Vereinfachungen, mit denen sie ihre (soziale) Umwelt kategorisieren und organisieren. Gruppenbasierte Vorurteile, eine Eigengruppen-Favorisierung sowie eine Fremdgruppen-Diskriminierung sind daher in diesem Alter häufig beobachtbar und tragen zusätzlich zu interpersonellen Konflikten bei. Einfacher ausgedrückt: Die häufigen Konflikte im kooperativen Spiel von Vorschulkindern, die ihre Ursachen offensichtlich nicht in einer alterstypischen „Bösartigkeit“, sondern in altersspezifischen soziokognitiven Defiziten haben, deuten darauf hin, dass eine Kontrolle des Selbstwirksamkeitsstrebens und von Vorurteilen im Interesse von Toleranz und einem kooperativen Miteinander noch schwerfällt.

Ein weiteres Indiz dafür, dass die Erfüllung des Toleranzgebots Vorschulkindern noch schwer fallen dürfte, stellen ihre Strategien des „Gruppeneinstiegs“ dar. Wo auch immer potentielle Spielpartner und attraktives Spielzeug verfügbar sind, spielen in der Regel andere Kinder schon zusammen. Man muss sich also Zugang zu solchen Spielgruppen verschaffen können, um am Spiel der anderen teilhaben zu können. Bei Vorschulkindern schlagen aber mehr als die Hälfte der Versuche fehl, in ein kooperatives Spiel einzusteigen. Dies liegt daran, dass die Kinder in der Regel eine von fünf Einstiegsstrategien verfolgen: 1. Annäherung an die spielende Gruppe und Verharren, 2. Umkreisen, 3. Störung der Gruppenaktivität, 4. Erheben eines Anspruchs auf einen Ort oder ein Objekt der spielenden Gruppe sowie 5. Nachahmung und Variation der Gruppenaktivität. Davon verspricht meist nur die fünfte Strategie Erfolg; alle anderen führen fast immer dazu, dass der Gruppeneinstieg misslingt oder im Konflikt endet.

Worin liegen die Ursachen dafür, dass Vorschulkinder meist verfehlte Gruppeneinstiegsstrategien verfolgen? Grundsätzlich besteht die Schwierigkeit eines Gruppeneinstiegs darin, die Diskrepanz zwischen dem individuellen und dem kollektiven Bezugsrahmen (z. B. Interessen, Ziele, Pläne, Werte und Normen) zu verringern.[8] Für einen erfolgreichen Gruppeneinstieg erscheint es demnach ratsam anzudeuten, dass man sich den Bezugsrahmen der Gruppe bereits erschlossen hat oder zumindest bereit dazu ist und dass man ihn respektiert („Idiosynkratischer Kredit"[9]). Der Erwerb solcher Kredite setzt aber die bereits genannten soziokognitiven Fähigkeiten und insbesondere Perspektivenübernahmefähigkeiten voraus.

Fassen wir zusammen: Vorschulkinder beginnen mit vier bis fünf Jahren, sich die unmittelbaren psychischen Voraussetzungen für Toleranz anzueignen. Das kooperative Spiel stellt dabei die ideale Ausgangsbasis und das Medium dar, um solche psycho-sozialen Kompetenzen bereits im Kindesalter zu fördern. Die Förderung besteht darin, dem Kind zu vermitteln, wie man kooperative Anforderungen erfüllt. Zu diesen Anforderungen gehören insbesondere die folgenden Aufgaben[10]:

1. Es müssen Spielpartner gewonnen werden.
2. Die Spielpartner müssen sich wechselseitig die gewünschten Spielinhalte, -ziele und -strategien mitteilen.
3. Danach muss man gemeinsame Spielziele und -strategien aushandeln (z. B. Verteilung der Spielmaterialien, Wechsel von Spielfunktionen) und dabei die Interessen und Besonderheiten des anderen respektieren, auch wenn sie einem als schwer akzeptabel erscheinen.
4. Beim Spielen ist das eigene Handeln mit den Partnern zu koordinieren sowie ein Konsens bei der Bewertung vorangegangener Handlungen herzustellen. Die ursprünglich vereinbarte Spielstrategie muss meist weiterentwickelt werden.

Es ist offensichtlich, dass die beschriebenen Kommunikations- und Aushandlungsprozesse nicht nur dem kooperativen Spiel dienen, sondern auch eine Bedingung für tolerantes Handeln darstellen.

---

8 Phillips, E. L., Shenker, S. & Revitz, P.: The Assimilation of the New Child into the Group, Psychiatry 14, 1951, S. 319-325.

9 Hollander, E. P.: Leader, Groups and Influence, Oxford 1964.

10 Sturzbecher, D. & Waltz, C.: Kooperation und soziale Partizipation als Bedürfnis und Entwicklungsaufgabe von Kindern. In: D. Sturzbecher & H. Großmann (Hrsg.), wie Anm. 5, S. 13-44; Sturzbecher, D. & Holtmann, D. (Hrsg.): Werte, Familie, Politik, Gewalt – Was bewegt die Jugend? Berlin 2007.

Gelingt es dem Kind nicht, die beschriebenen kooperativen Anforderungen zu erfüllen, so verbleiben ihm zwei Handlungsalternativen: Entweder es wendet sich wieder dem Alleinspiel zu oder es reagiert mit aggressivem Verhalten. Auch wenn die letztgenannte Alternative häufig zu beobachten ist und daher als Normalphänomen betrachtet werden kann, bedeutet dies keinesfalls, dass Konflikte im Vorschulalter nicht beachtet werden müssen. Da Konflikte in dieser Altersstufe noch oft durch das Nachgeben des angegriffenen Kindes beendet werden, besteht die Gefahr, dass es zu gefährlichen Lerneffekten bei erfolgreichen Angreifern kommt und sich aggressive Verhaltensweisen festigen. Das Ignorieren der Interessen anderer sowie das Nichtbeachten ihres Fühlens und Denkens führen dann zum individuellen Erfolg; Intoleranz avanciert zum probaten Mittel, Vorteile zu erzielen.

Bei der Beurteilung, inwieweit die Vermittlung sozialer Kompetenz als Voraussetzung für kooperatives und tolerantes Verhalten in Kindergarten und Grundschule gelungen ist, kann man sich leicht täuschen. Die Tatsache, dass nach dem fünften Lebensjahr die Anzahl beobachtbarer Konflikte deutlich abnimmt, wird oft fälschlicherweise als Anzeichen wachsender Friedfertigkeit und Toleranz sowie als Erziehungserfolg gedeutet. In Wirklichkeit zeigen sich darin die Etablierung von Dominanz- und Statushierarchien sowie die Habitualisierung von Täter- und Opferrollen. Entwicklungspsychologische Befunde deuten darauf hin, dass aggressive Verhaltensmuster schon im Vorschulalter erworben und stabilisiert werden, wenn Kinder ihre Ziele durch aggressives Verhalten in der Regel erreichen und sie keine negativen Sanktionen erfahren. *Aggression in der Kindheit lässt auf antisoziales Verhalten in Jugend und Alter* schließen. Deshalb ist die Förderung sozialer Kompetenz auch und gerade im Kindergarten dringend notwendig, zumal aggressives Verhalten hier als ein Anzeichen von sozialer Hilflosigkeit und nicht als Indiz für Bösartigkeit anzusehen ist.

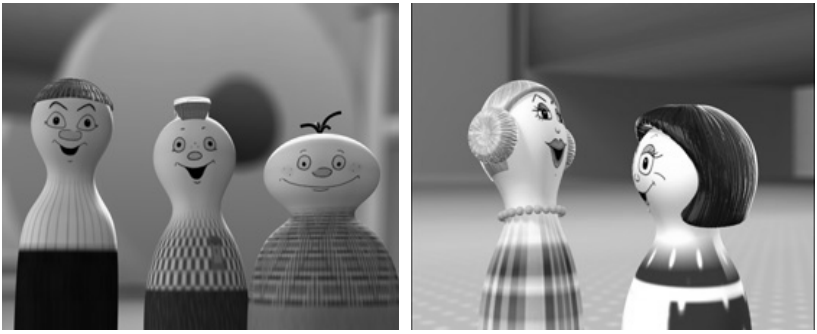
Bei der Gestaltung konkreter Fördermaßnahmen für die Werteerziehung im Allgemeinen und für die Toleranzförderung im Besonderen müssen drei „eiserne" Regeln beachtet werden, die sowohl beim Umgang mit Kindern als auch mit Jugendlichen zu beachten sind.[11] Pädagogische Instruktionen (inkl. kurzzeitiger Angebote) und Strafen haben (nicht nur bei Heranwachsenden) kaum Effekte auf das moralische Urteilen und Handeln; diese können nur über die geduldige Bearbeitung realer Konflikte in der sozialen Gemeinschaft verbessert werden. Dies bedeutet, dass jeder authentische Konflikt eine Chan-

11 Oser & Althof, W.: Moralische Selbstbestimmung, Stuttgart 1992.

ce darstellt, moralische Entwicklung und tolerantes Handeln bei Heranwachsenden zu fördern!

1. Man darf Kinder (und Jugendliche) nicht mit Argumenten aus der soziomoralischen Systemperspektive überfordern. So hilft es nichts, darauf hinzuweisen, dass jede Gesellschaft Normen brauche und dies individuelle Pflichten beispielsweise zu tolerantem Handeln begründe. Erziehungspersonen müssen zunächst vermitteln: „Was Du nicht willst, das man dir tu, das füge auch keinem anderen zu!“, d. h. sie müssen Perspektivenwechsel fördern, Opferperspektiven darstellen und Mitgefühl wecken. Die Bewältigung dieser Aufgaben muss moral- und rechtspädagogischen Diskussionen mit Heranwachsenden vorangehen.
2. Die Partizipation der Kinder (und Jugendlichen) sowie Meinungsstreit sind für die Werte- und Toleranzerziehung unbedingt notwendig, wobei zu betonen ist, dass dieser unter den Heranwachsenden selbst ausgetragen werden muss. Die Argumente der eigenen Gruppe („peers“) erscheinen ihnen viel bedeutsamer als die Anschauungen der Erwachsenen.

Neben der Aufarbeitung realer Konflikte aus dem Lebensalltag der Kinder in Kindergarten und Schule können auch mediengestützte Bildungsangebote für die Vermittlung kooperativer Fähigkeiten und zur Toleranzerziehung verwendet werden. Ein Beispiel für ein derartiges pädagogisches „Handwerkszeug“ stellen die „Duddels“ dar, die in kurzen Filmsequenzen (ca. vier Minuten) kleine und große Abenteuer erleben.



Quelle: http://www.duddels.com

Mit den „Duddels“-Geschichten wird nicht nur die Phantasie der Kinder angeregt, sondern es werden zugleich Modelle für sozial kompetentes Verhalten vermittelt. Konflikte werden durch neue Ideen gelöst, die alle Beteiligten

nach dem Streit wieder in das Spiel integrieren. Die Filme fördern die differenzierte Personenwahrnehmung, Empathie, eine angemessene Verhaltensantizipation, konstruktive Aushandlungs- und Konfliktlösestrategien sowie damit auch tolerantes Handeln und interkulturelle Kompetenz. Nach dem Anschauen der Geschichten sollen die Kinder die Inhalte selbst nachspielen und eigene Erfahrungen sammeln. Sie werden durch die Figuren zum Nachahmen und zur Weiterentwicklung ihrer sozialen und schöpferischen Fähigkeiten angeregt. Das soziale Lernen mit den Duddels kann auf vielerlei Arten geschehen. So können auch Geschichten weiterentwickelt oder neue Geschichten erfunden werden. Diese Geschichten können vertont oder Bilder und Bildergeschichten gemalt werden. Sujets aus den Filmen regen zu Rollen-, Puzzle- und Memoryspielen an. Aus Fimo, Knete oder Salzteig lassen sich die Filmfiguren modellieren. Zu einer Szene kann ein Bilderbuch gestaltet und als Hörspielvorlage genutzt werden. Auf diese Weise ist es möglich, die Fähigkeit zur Perspektivübernahme und andere sozio-kognitive Fähigkeiten spielerisch zu erlernen, Vorurteile abzubauen und so letztlich einen von Toleranz geprägten Umgang miteinander zu fördern.

Eine sensible Phase für die Förderung von Toleranz stellt neben der Kindheit auch das Jugendalter dar. Dieser Lebensabschnitt wird entsprechend Eriksons Stufenmodell der psychosozialen Entwicklung (Erikson, 1973, zit. nach Montada[12]) von der Entwicklungsaufgabe dominiert, eine eigenständige Identität aufzubauen, um eine eigenständige soziale Rolle innerhalb der Gesellschaft zu spielen. Laut Tajfel[13][13] gelingt die Ableitung dieser sozialen Identität als Quelle von positiven Selbstwertgefühlen besonders gut aus Gruppenmitgliedschaften heraus. Die Einteilung von Gruppen erfolgt im Alltag vornehmlich über den Prozess der sozialen Kategorisierung, d. h. aufgrund von sozialen Merkmalen und Eigenschaften (z. B. Schichtzugehörigkeit, Wohnort). Aus der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe und aus den Beziehungen dieser zu anderen Gruppen wird die soziale Identität eines Individuums maßgeblich bestimmt. Informationen über die Charakteristika der eigenen sozialen Identität gewinnt das Individuum über Ergebnisse von sozialen Vergleichen zwischen der eigenen und anderen Gruppe.

Aus den dargestellten psychologischen Zusammenhängen resultiert, dass sich die meisten Heranwachsenden im Jugendalter für eine mehr oder weni-

12 Montada, L.: Fragen, Konzepte, Perspektiven. In: R. Oerter & L. Montada (Hrsg.): Entwicklungspsychologie, Weinheim 1998, S. 1-71.

13 Tajfel, H.: Gruppenkonflikt und Vorurteil: Entstehung und Funktion sozialer Stereotype, Bern, Stuttgart, Wien 1982.

ger lange Zeit eng an bestimmte Jugendgruppen anschließen. Um ihre eigene soziale Identität zu stabilisieren, werten sie dabei die eigene Gruppe auf und andere Gruppen nicht selten ab; bei diesen Vergleichsprozessen spielen Vorurteile eine herausragende Rolle. Da diese Mechanismen des Erwerbs und der Festigung des sozialen Status besonders stark im Jugendalter wirksam sind, liegt hier auch ein besonderes Potenzial für abwertende Vorurteile und Intoleranz.

Derartige Vorurteile bilden auch den Kern von ausländerfeindlichen, antisemitischen und rechtsextremistischen Einstellungen. Im Zusammenhang mit der Toleranz unserer Gesellschaft und der Resultate der Toleranzförderung unter Heranwachsenden erscheint deshalb interessant, wie verbreitet derartige Einstellungen unter Jugendlichen sind und welche diesbezüglichen Trends sich abzeichnen. Betrachtet man die Verbreitung rechtsextremistischer Positionen unter brandenburgischen Jugendlichen[14], so zeigt sich erfreulicherweise beim Anteil derer, die solche Positionen völlig ablehnen, eine kontinuierliche Zunahme seit 1993 und insbesondere in den letzten Jahren (s. folgende Tabelle). Dies kann als Erfolg der Zivilgesellschaft und insbesondere des Bildungssystems bei der Toleranzförderung gewertet werden. Jedoch wird auch deutlich, dass es einen „harten Kern" von rechtsextremen Jugendlichen (rund drei Prozent) gibt, der offenbar über die Zeit stabil blieb. In dieser Gruppe wirken also die Mechanismen der Intoleranz und Abwertung von Menschen nachhaltig und stellen eine Gefahr für das soziale Zusammenleben dar.

	Rechtsextremistische Statements werden …							
	…völlig abgelehnt		…tendenziell abgelehnt		…tendenziell befürwortet		…völlig befürwortet	
	1999	2005	1999	2005	1999	2005	1999	2005
Gesamt	41,5	51,9	38,1	34,4	17,3	10,9	3,2	2,8

Tab. 1: Trends zur Verbreitung von rechtsextremistischen Einstellungen unter brandenburgischen Jugendlichen im Zeitraum 1999 bis 2005

Wie kann man Intoleranz und soziale Vorurteile (nicht nur bei Jugendlichen) abbauen? Intoleranz und soziale Vorurteile lassen sich weder durch Verbote noch durch soziale Ächtung wirksam bekämpfen oder unterdrücken. Als Resultat solcher Maßnahmen erreicht man häufig das Gegenteil des ursprüng-

14 Sturzbecher & Holtmann, wie Anm. 10.

lich Angestrebten, nämlich Trotzreaktionen („Jetzt erst recht."). Erfolgversprechender ist dagegen der Vorurteilsabbau mittels pädagogisch gestalteter Kontaktsituationen. Pettigrew und Troop[15] fanden heraus, dass soziale Vorurteile durch gemeinschaftliches Handeln und Erleben reduziert werden können, wenn dieses unter bestimmten Bedingungen erfolgt:

- Die beteiligten Gruppen müssen in der Kontaktsituation den gleichen Status haben.
- Die Kontakte müssen in kooperatives Arbeiten für ein gemeinsames Ziel eingebettet werden.
- Die Mitglieder der beteiligten Gruppen müssen Möglichkeiten haben, sich persönlich näher kennenzulernen.
- Die Kontakte müssen durch Autoritäten begleitet und durch ausgehandelte Normen für das Miteinander flankiert werden.

Ergänzend dazu lassen sich Erfolge bei der Toleranzerziehung durch das lebensnahe Aufzeigen von negativen Folgen der Intoleranz und von Inkonsistenzen in den eigenen Vorurteilen erzielen.[16] Das Erkennen von individuellen Schadensrisiken, die aus dem Verfolgen von Vorurteilen erwachsen, und von Inkonsistenzen verändert das moralische Urteil wirksam und nachhaltig, da erwartungskonträre Informationen besser erinnert werden als erwartungskonforme. In Verbindung mit gestalteten Kontakten zu sozialen Fremdgruppen stellt dies eine pädagogische Chance zum Abbau sozialer Vorurteile und zur Förderung von Toleranz dar.

---

15 Pettigrew, T. F. & Troop, L. R.: Does Intergroup Contact Reduce Prejudice? Recent meta-analytic findings. In: S. Oskamp (ed.), Reducing Prejudice and Discrimination. Social Psychological Perspectives, Mahwah, NJ 2000, pp. 93-114.

16 Ehrenberg, K. A.: Effekte sozialer Erwartungen auf Personengedächtnis und Eindrucksbildung. Dissertation [Online]. Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Verfügbar unter: http://hss.ulb.uni-bonn.de/ulb_bonn/diss_online/phil_fak/2002/ehrenberg_katja/0071.pdf [23.01.2008].

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *97(2008), 47–54*

Eberhard Mannschatz

Zur Debatte über Jugendgewalt
Bemerkungen aus sozialpädagogischer Sicht

Verhalten Jugendlicher als Ordnungstörung, Kriminalität, Gewalttätigkeit und die Konzepte und Praktiken, das zu verhindern und als Problem zu überwinden, sowie das gefächerte Umfeld dieser Phänomene stehen nicht das erste Mal im Fokus politisch-öffentlicher Debatten.

Nach der Wende betraf das vor allem die Jugendhilfe und Heimerziehung in der DDR. Die Kritik daran wurde und wird benutzt, um an diesem sensiblen Bereich den Unrechtscharakter der DDR zu suggerieren. Das aufgebaute Zerrbild hat sich verfestigt und wird nicht oder nur selten hinterfragt. In jüngerer Zeit wurde auf die „verdrängte Geschichte der Heimkinder in der Bundesrepublik“ bis etwa 1970 verwiesen. Das verlief sich allerdings sehr bald unter dem Hinweis, dass seit etwa 1968 eine grundsätzliche Heimreform gegriffen hat und solche Zustände heute nicht mehr vorzufinden sind. Es bleibt die nüchterne Aussage aus der Fachwelt, dass es „sehr wohl auch, und zwar keineswegs ruhmreiche, Gemeinsamkeiten in der Geschichte der Heimerziehung in den beiden deutschen Staaten gegeben hat, die jedenfalls jenen in Erinnerung zu rufen sind, die in den Jahren nach der Wende mit einiger Selbstgerechtigkeit meinten, auf schier unglaubliche Verhältnisse in den Heimen der ehemaligen DDR hinweisen zu müssen“.[1]

Gegenwärtig kocht die Debatte über Jugendgewalt hoch und mausert sich zum Wahlkampfthema. Das ist angesichts brennender politischer und sozialer Fragen eigentlich verwunderlich. Aber das Thema scheint in besonderer Weise geeignet, Aufmerksamkeit zu erregen und zu finden, weil Vorkommnisse von Jugendgewalt nicht nur von unmittelbar Betroffenen als Belästigung und Bedrohung empfunden werden, Unsicherheit verbreiten, Sorge aufkommen lassen, dass Teile der nachfolgenden Generation sich die Lebensperspektive verbauen oder sie ihnen genommen wird. Allerdings auch: Die

1 Heimerziehung im Blick, 2003, S. 19.

Politiker zeigen sich sensibilisiert, weil sie erspüren, dass nicht wenige Bürger einen Zusammenhang vermuten mit der Verfasstheit der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse und geneigt sind, diesbezügliche Fragen an die Politik zu stellen. Also reagiert Politik quasi nach dem Motto „Haltet den Dieb", um ihrerseits kritischer Befragung zu entgehen. Die Vorkommnisse werden letztlich der Verderbheit der Jugend selbst angelastet und benutzt, der Politik durch vorgebliche Empörung und kampagnehafte Aktivität ein Alibi zu verschaffen. Damit wird der Weg beschritten, das Phänomen politisch zu missbrauchen. Zugleich drängt sich der Eindruck auf, dass durch die Thematisierung abgelenkt werden soll von Vorkommnissen ähnlicher Natur, wie zum Beispiel von zunehmenden Fällen von Kindervernachlässigung, die in letzter Zeit ruchbar geworden sind.

Die Debatte über Auswege konzentriert sich auf das *Jugendstrafrecht*. Nur verhalten wird erwähnt, dass Ursachen auch oder gar vor allem in Gebrechen in der durch die Politik verursachten sozialen Lage, Beschäftigungssituation, Familiennotständen, Bildungsmisere, niedrigem Kulturniveau, Gewaltverherrlichung in den Medien und Mängeln in der Integrationspolitik zu suchen sind.

Diese Einengung und Instrumentalisierung übersieht geflissentlich die vielschichtige Verursachung von Vorkommnissen der Jugendgewalt und vernachlässigt die notwendige Vielfalt und Differenziertheit der Vermeidungs- und Bekämpfungsstrategien.

Und sie hat den fatalen Nebeneffekt, dass gewissermaßen mit dem Finger auf angeblich „Zuständige" verwiesen wird und die Bürger wähnen können, sie seien aus der Verantwortung. Das aber ist eine verheerende Fehlorientierung; und zwar im allgemeinen Sinne und im Spezialfall ihrer Anwesenheit vor Ort bei Vorkommnissen. Eine Desorientierung als Delegierung oder Abschiebung der „Zuständigkeit" darf nicht zugelassen werden. Gerade in Bezug auf Jugendgewalt ist es von besonderer Wichtigkeit, dass die Gewalttäter den Gegenwind einer aufmerksam-zupackenden, mutigen, entschlossenen und angstfreien Haltung allgemein und am Ort des Geschehens spüren. Dafür reichen Appelle an Zivilcourage der Bürger nicht aus, schon gar nicht „taktische" Hinweise, sich zur eigenen Sicherheit herauszuhalten. Vielmehr müssen sich Bürger, wenn sie den Gewalttätern entgegentreten oder zumindest nicht „wegsehen", darauf verlassen können, dass sie im allgemeinen Einverständnis handeln und unverzüglich Unterstützung erhalten.

Zudem ist die Art und Weise, wie die Debatte initiiert und geführt wird, in höchstem Maße *fahrlässig*. Es wird zugelassen, dass sie mit der Ausländer-

frage verknüpft wird. Sie wird zugespitzt nahezu ausschließlich auf Repressionsmaßnahmen mit der fatalen Ausweitung, dass der Staat sich gegenüber „Problemkindern nicht als schwach erweisen darf" (Beckstein). Es wird der Begriff „Erziehungscamps" hineingeworfen und eine Für- und Wider-Debatte geführt, ohne zu klären, worum es sich eigentlich handelt. Der Parteienstreit hebt auf die Frage ab, ob neue gesetzliche Regelungen nötig sind, oder es vielmehr um die Anwendung und Ausschöpfung bestehender Möglichkeiten geht. Schließlich wird die Behandlung von Symptomen oder die Bekämpfung tieferliegender Ursachen als angebliche Alternative dargestellt. Die nüchterne Erkenntnis wird verdrängt, dass man das eine tun und das andere nicht lassen darf.

Wenn man eine sachliche und verantwortungsvolle Diskussion führen will, muss man sich spätestens ab hier auf eine unaufgeregte, komplexe und zugleich differenzierte Betrachtung einlassen und die jeweils arteigene Logik der Maßnahmen berücksichtigen. Das bezieht sich wenigstens auf die Aspekte Gesellschaftspolitik, Ordnungspolitik und Sozialerziehung.

Gesellschaftspolitik muss in unserem Falle als Prävention ins Auge gefasst werden. Jugend"probleme" werden vermieden oder eingedämmt, wenn der jungen Generation eine erstrebenswerte Lebensperspektive eröffnet ist, wenn sie sich bilden kann, in gesicherten sozialen Verhältnissen lebt, ihr Berufswege zugänglich sind, ausländische Jugendliche sich integrieren können. Diese „vorbeugende" Sicherung muss als Querschnittsaufgabe alle Politikbereiche durchziehen. Der Umgang mit „Problemkindern" darf nicht allein besonderen Fachorganen zugeschoben werden. Die Gesellschaft als Ganzes ist verantwortlich.

Vor allem muss die öffentliche Atmosphäre diese Verpflichtung und Aufgabe einschließen und offensiv zum Ausdruck bringen. Auch dazu ist die Politik aufgerufen.

Die Bundeskanzlerin wirbt mit der suggestiven Bemerkung, dass „es nicht sein darf", dass eine Minderheit die Mehrheit terrorisiert, um Zustimmung für die Verschärfung des *Jugendstrafrechtes*. Sie lässt sich damit darauf ein, das Phänomen Jugendgewalt unzulässig zu überhöhen und stimmt in einen Generalvorwurf oder Generalverdacht gegenüber der Jugend ein. Das überschreitet die Grenze zur Demagogie, wenn man bedenkt, dass ihr die Richtlinienkompetenz für deutsche Politik zusteht und aus dieser Verantwortung heraus doch wohl zu erwarten wäre, dass sie die Zusammenhänge von Jugendgewalt mit Sozialpolitik, Bildungspolitik, Familienpolitik und anderen großflächigen Politikbereichen nicht ausklammert. Mit der Einengung auf repressive Maß-

nahmen wird die öffentliche Meinung manipuliert und der Boden bereitet, Jugendgewalt als Wahlkampfthema zu etablieren.

Ordnungs- und Sicherheitspolitik muss sich entsprechend ihrer spezifischen Funktion der Jugendproblematik annehmen. Dazu gehören polizeiliche Tätigkeit, Justiz (Gesetzgebung und Rechtsprechung) sowie Strafvollzug. Sie ist *ein* Aspekt des Umganges mit Jugendproblemen und Jugendgewalt, der spezifische Möglichkeiten eigen und zugeordnet sind.

Der *Sozialerziehung* kommt für die hier in Rede stehende Problematik eine besondere Bedeutung zu; und zwar als „Hilfe zur Erziehung" im ambulanten Bereich und als Heimerziehung.

Vermeidung und Überwindung von Jugendgewalt muss und wird sich im *Zusammenspiel* wenigstens dieser drei Arbeitsstränge vollziehen. Und das um so wirkungsvoller, wenn die jeweilige spezifische Logik beibehalten und voll ausgeschöpft wird. Das betrifft insbesondere Ordnungspolitik und Sozialerziehung. Ihre diffuse Vermischung nach der populistischen Losung „Erziehung statt Strafe" oder gar „Strafe statt Erziehung" ist Augenauswischerei.

Vor diesem Hintergrund versuche ich eine *Stellungnahme zur gegenwärtigen Debatte;* wobei ich mich ihr aus sozialpädagogischer Sicht nähere. Das bedarf einer etwas ausführlicheren Begründung und Erläuterung.

Der sozialpädagogische Zugang ist von Bedeutung zunächst aus der Sicht von *Verursachung* von Jugendgewalt. Gewalt als Vorsatz, aber auch als Affekt, ist kein isolierter und voraussetzungsloser Handlungskomplex, sondern Ausdruck einer gewachsenen Haltung, also nur die Spitze des Eisberges. Der Stammbaum der je persönlichen Entwicklung lässt sich in der Regel zurückverfolgen bis zu desolaten und gestörten Sozialbeziehungen in relevanten Gruppen, vor allem als Herkunftsfamilie. Variiert wird er durch je eigentümliche ungünstige Lebensverläufe. Das alles hat dazu geführt, dass die betreffenden Kinder oder Jugendlichen mit ihrer Umgebung und damit mit sich selbst Schwierigkeiten haben. Bei ihnen hat sich eine eigenartige Lebensphilosophie herausgebildet, die sich in überbordender Frechheit, Bindungslosigkeit, permanentem Aufbegehren, Gewalthandlungen, Kriminalität usw. äußert und in Ablehnung der Erwachsenenwelt und der Haltung münden kann, sich nicht helfen lassen zu wollen. Das erscheint zuweilen als Vorsatz, ist aber letztlich eine Reaktion auf Vernachlässigung und Allein-Gelassen-Sein. *Das „schwierige Verhalten" ist nicht Ausdruck einer Defektivität der Persönlichkeit, sondern einer Defektivität der sozialen Beziehungen.*

Jugendgewalt muss in diesem Kontext gesehen werden. Sie sollte eingeordnet werden in den Themenkreis junge Menschen in Problemlagen; und die

Vermeidungsstrategien müssen daraus gewonnen werden. Das ist der Zusammenhang mit der sozialpädagogischen Sichtweise, zunächst auf die Verursachung bezogen.

Das gilt nun auch für die *Überwindung* von Jugendgewalt und den Umgang mit jugendlichen Gewalttätern. Im Kern geht es um *erzieherischen* Einfluss auf sie, um Hilfe, sie auf eine sinnvolle Lebensperspektive zurückzuführen und ihnen ein erfülltes und glückliches Leben zu ermöglichen. Davon sollte sich die Gesellschaft nicht abbringen lassen durch die Diffamierung solcher Bemühungen als „Kuschelpädagogik".

Dem sozialpädagogischen Erziehungsgedanken wohnt eine andere Charakteristik inne. Er hebt darauf ab, den Kindern und Jugendlichen zu helfen, sich zugehörig zu fühlen zu einer wertvollen Gemeinschaftlichkeit, die ihnen Geborgenheit, Aktivitätsanregung und Mitverantwortung ermöglicht und vermittelt. Nur das kann als Ausweg betrachtet und beschritten werden aus der Misere ihrer Beziehungsstörungen und auch ihrer gelegentlichen wegsteckenden „Unterbringung" an einen anderen Lebensort.

Das aber ist ein langer, komplizierter und verschlungen-störanfälliger Prozess, der mit Risiken und Rückschlägen verbunden ist. Unfehlbare Perfektion ist nicht zu erwarten.

Erziehungswirkung setzt erst und nur dann ein, wenn dieser Weg mit Erfolg als Gefühl der Zugehörigkeit beschritten wird.

Erziehungswirkung bleibt aus, wenn das nicht gelingt.

Erziehungswirkung schlägt in ihr Gegenteil um, wenn die Zugehörigkeit sich auf eine deformierte moralische Verfasstheit bezieht.

Erziehungswirkung verzwergt, wenn ein labiler Zustand von Gemeinsamkeit besteht, in dem „Ordnung" mühsam durch Interessenlavierung aufrecht erhalten wird.

Mit dieser (zugegeben verkürzten Fassung) sozialpädagogischer Konzeptionalität ist ein Kriterium gewonnen, die gegenwärtig gehandelten Vorschläge zur „Bekämpfung" von Jugendgewalt zu beurteilen.

Ich folge der aktuell vorgegebenen Reihenfolge der Bedeutungszumessung, obwohl ich zu deren Richtigkeit weiter oben Zweifel angemeldet habe.

Für das *Jugendstrafrecht* wird vorgeschlagen, den Strafrahmen für Haftdauer auf 15 Jahre zu erhöhen, einen „Warnschussarrest" einzuführen, gegen Heranwachsende nach dem Erwachsenenstrafrecht zu verhandeln, Sicherungsverwahrung zu ermöglichen. Damit etabliert sich ein Tenor zur Erhöhung von „Abschreckung" zur Vermeidung von Wiederholung. Das ist aus der Sicht der Funktion des Strafrechtes zunächst legitim. Aber die Vorschläge

sind insofern überflüssig, als eine Ausweitung der Strafandrohung auf 15 Jahre angesichts des Zeitempfindens von Jugendlichen keine Wirkung haben wird, heute schon nach dem Erwachsenenstrafrecht verhandelt werden kann und in diesem Falle die fatale Möglichkeit von Sicherungsverwahrung besteht.

Auch die Anordnung von Jugendarrest ist möglich. Dieser Option als Maßnahme mit „Warnschusscharaker" zuzüglich zu einer Bewährungsstrafe höhere Bedeutung zuzumessen, ist fragwürdig. Eine Abschreckungswirkung könnte in Einzelfällen erwartet werden, aber man muss sich im Klaren darüber sein, dass sie im sozialerzieherischen Sinne nur wenig bewirken wird. Die Wirkung bleibt aus, weil in dieser kurzen Zeit Zugehörigkeit zu einer wertvollen Gemeinsamkeit nicht angebahnt werden kann, zumal die Beziehungen unter den „einsitzenden Kurzzeitbewohnern" eher Kumpanei als Nachdenklichkeit hervorbringen wird.

Es bleibt die Abschreckung hinsichtlich Wiederholung, nicht mehr. Ob sie nachhaltig bewirkt werden kann, sollte experimentell mit wissenschaftlicher Begleitung ausprobiert werden. Die Entscheidung sollte man nicht fachfremden Politikern überlassen.

Richtig ist die Forderung nach Beschleunigung der Verfahren. Gerade bei Jugendlichen muss die Reaktion der Tat „auf dem Fuße" folgen. Über alle Detailvorschläge hinweg sollte sich das als Besonderheit des Jugendstrafverfahrens durchsetzen.

Es werden *Erziehungscamps* vorgeschlagen. Sollte damit dem amerikanischen Vorbild von „Bootcamps" gefolgt werden, ist diese Maßnahme strikt abzulehnen. In diesen Einrichtungen geht es erklärterweise um körperliche Belastung, Drill, kasernenmäßigen Umgangston in zugespitzt-negativem Sinne mit dem Ziel, die Würde und den Willen als Persönlichkeit zu „brechen", um angeblich danach einen Neubeginn einzuleiten. Vom sozialerzieherischen Standpunkt ist das unhaltbar. Die „Erziehungswirkung" schlägt in ihr Gegenteil um, weil Zugehörigkeit nicht angebahnt bzw. auf eine verschworene Gegenkultur herabgewürdigter Drillobjekte bezogen ist.

Das gilt auch für „Geschlossene Unterbringung", also für eingemauerte Einrichtungen der Jugendhilfe außerhalb des Strafvollzugs, deren Berechtigung in der gegenwärtigen Diskussion trotz begründeter Gegenargumente der Fachwelt beschworen und auf deren Immer-noch-Existenz in einigen Bundesländern mit Stolz verwiesen wird. Geschlossene Heime gehören nicht in das sozialpädagogische Hilfesystem. Erziehungswirkungen bleiben aus, schlagen in ihr Gegenteil um oder verzwergen „im günstigsten Falle", weil

wertvolle aufgabenbezogene und freiwillige Gemeinsamkeit sich unter Zwangsbedingungen nicht entwickeln kann.

Damit ist der gedankliche Bogen zu *Jugendhaft* geschlagen. Es wird die Frage erörtert, ob Gefängnisunterbringung Effekte der Resozialisierung hervorbringt; und wie sie mit diesem Ziel auszugestalten ist.

Nach heutigem Konzept von Jugendstrafrecht und Gesetzeslage sind Jugendhaftanstalten unverzichtbar. Allerdings zeigt sich in der Zurichtung auf Jugendliche die Problematik von Freiheitsentzug überhaupt als besonders anfällig. Deshalb ist als zivilisatorischer Fortschritt zu werten, dass Jugendstrafhaft eine besondere Ausgestaltung erfährt, was Tätigkeiten der Jugendlichen, schulische und berufliche Qualifizierung, kulturelles Leben und das innere Regime anbelangt. Sie bleibt aber Freiheitsentzug, behaftet mit den diesem innewohnenden Unwägbarkeiten und Unzulänglichkeiten. Es sollte nicht die Illusion genährt werden, unter den Bedingungen von Gefängnishaft unfehlbar und in jedem Falle persönlichkeitswirksame Ergebnisse zu erzielen, die über Abschreckung hinausgehen. Erziehungsergebnisse sozialpädagogischer Charakteristik bleiben unter diesen Bedingungen des Eingesperrtseins aus, verzwergen oder kehren sich gar in ihr Gegenteil. Darüber sollte man sich und andere nicht hinwegtäuschen, auch nicht mit dem Trick, sich für Haftanstalten das Image einer sozialpädagogischen Betreuung gewissermaßen auszuborgen.

Mit der Anregung, Erziehungscamps zu schaffen, wird der weite Bereich von *ambulanter und stationärer Jugendhilfe* berührt; denn dieser schillernde Terminus kann in anderer Auslegung auch dieser Tätigkeit zugeordnet werden. In der aktuellen Debatte spielt Jugendhilfe erst ansatzweise eine Rolle. Aber das wird und muss sich ändern, wenn sich die erforderlich komplexe Betrachtung durchsetzt. Jugendhilfe befasst sich nicht nur mit der Spitze des Eisberges, sondern mit der Gesamtheit des oben erwähnten Stammbaumes. Erst wenn das in den Blick genommen wird, verliert „Jugendgewalt" den Charakter eines Wahlkampfthemas.

Wenn man schon von Erziehungscamps reden will, dann sind *Projekte* gemeint, an denen sich Jugendliche freiwillig beteiligen. Das Zusammengehen von Jugendlichen und Erwachsenen bezieht sich dann auf eine *Aufgabe mit perspektivischer Sogkraft,* auf die man sich vereinbart hat. Diese kann im Bereich schulischer oder beruflicher Qualifizierung angesiedelt sein, in praktischen Arbeitsvorhaben, in kultureller oder sportlicher Tätigkeit (warum nicht auch Boxen). Die Konzentration auf solche abrechnungsbezogene Aufgaben erfordert bestimmte Strukturen, Organisationsformen und Regeln im Einver-

ständnis der Beteiligten. Sie fördert eine bestimmte verbindende Atmosphäre als verschworenes gegenseitiges Einverständnis. Die Jugendlichen fühlen sich nicht beurteilt nach vorgegebenen Tugendkatalogen, sondern nach ihrem Beitrag zur Aufgabenbewältigung.

Solche Projekte können in unterschiedlicher Personenanzahl als Tagesbetreuung oder stationär angeboten werden; auch unter unterschiedlicher Trägerschaft.

Es zeichnet sich ab, wenn auch erst in Anfängen, dass *Heime* der Jugendhilfe für „schwierige Jugendliche“ auf diese Projektorientiertheit einschwenken. Es ist nach aller Erfahrung zu vermuten, dass Heime eine Zukunftsperspektive gewinnen auf dem Wege ihrer inhaltlich-qualitativen Ausgestaltung als Projekte der vorgestellten Art. Aber das ist noch ein weiter Weg. Andernfalls aber bleiben sie oder entwickeln sie sich sogar zu fremdbestimmter Unterbringung ohne Chance auf Erziehungsergebnisse im Sinne von Akzeptanz von Heimaufenthalt als Zugehörigkeit zu einer wertvollen Gemeinschaftlichkeit.

Es ist zu hoffen, dass die provozierte aufgeregte Debatte über Jugendgewalt abgelöst wird oder einschwenkt auf unterstützende Aufmerksamkeit von Gesellschaft, Politik und Fachwelt gegenüber den anstehenden Aufgaben in der Jugendpolitik; und insbesondere gegenüber den Akteuren, die sie schon heute in aufopferungsvoller Arbeit zu bewältigen suchen.

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *97(2008), 55–82*

Hans-Otto Dill

Der Nord-Süd-Gegensatz oder Erste vs. Dritte Welt: eine Hauptachse der Weltgeschichte[1]

Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 12. Juni 2008

Der Gegensatz Nord-Süd, heute fälschlich als solcher zwischen Erster und Dritter Welt bezeichnet, ist eine Hauptachse der Weltgeschichte. Dennoch gibt es kaum Arbeiten, die dieses Phänomen im systematisch-historischen Gesamtzusammenhang mit seinen Problemfeldern Wirtschaft, Politik, Recht, Kultur, Ethnos, Imagologie darstellen. Dabei sprach bereits 1774 Johann Gottfried Herder von einer „Überschwemmung des Süds durch den Nord! (...) welche neue nord-südliche Welt!“ (Herder 1991: 43). Diese „Überschwemmung“ führte *à la longue* zur wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Schieflage zwischen beiden Hemisphären, die Willy Brandt mit seinem Nord-Süd-Dialog beseitigen wollte.

Obiger Gegensatz wurde lange verdunkelt und begrifflich überlagert von dem Binom Westen vs. Osten, Abendland vs. Orient. Der West-Ost-Konflikt ist weit älter als die ephemere und marginale Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Kommunismus im 20. Jahrhundert und verweist in die Zeit der Kreuzzüge zurück. Der kulturell-religiöse Diskurs hob das durch das antike griechisch-römische Erbe und das Christentum definierte europäische „Abendland“ – lexikales Komplement zu Luthers glücklicher Wortfindung „Morgenland“ – vom asiatischen Osten ab. Beide Begriffspaare, Nord vs. Süd und Okzident vs. Orient, laufen in dem binären Konstrukt „Erste“ vs. „Dritte“ Welt zusammen, das das zwischenzeitliche Abhandenkommen der „zweiten“, realsozialistischen Welt terminologisch bis heute überlebte. Auf die Quasi-Synonymie von Nord und West verwies ebenfalls bereits Herder:

1 Ich behandle das Thema nur aus meiner Sicht als Literaturwissenschaftler, interpretiere sozialwissenschaftliche, politische, juristische und historische Sachverhalte nur mit literaturwissenschaftlicher Texthermeneutik. Da mein Fachgebiet die hispanolusitanische Literatur ist, rede ich über die Dritte Welt nur ausgehend vom Beispiel Lateinamerika qua Teil der außereuropäischen Welt. – Die verdeutschten Zitate sind unautorisierte Übersetzungen des Verfassers.

„Warum sollte der westliche Winkel unsres Nordhemisphärs (sic!) die Kultur allein besitzen, und besitzet er sie allein?“ (Herder 1991: 672). Auch im Begriff „NATO“ findet sich die Identität Nord-West. Ich benutze beide Begriffspaare daher synonym.

1. Abschreckende Ethno-Klischees: Monster, Menschenfresser und Barbaren

Die Beziehungen zwischen beiden Weltteilen begannen mit den Handels- und Forschungsreisen und den Raubzügen der antiken Bewohner des nördlichen Mittelmeers in den Süden, den sie als fremd und feindlich, aber mit brauchbaren agrarischen und mineralischen Reichtümern und menschlichen Ressourcen reichlich ausgestattet vorfanden, dem sie sich zivilisatorisch wie technisch überlegen dünkten und den sie mit Inferioritätszuweisungen in Form von *Ethnostereotypen* bedachten. Damit begann ein mit diskriminierenden Klischees arbeitender Diskurs**.** Die Griechen sahen sich als edle Hyperboreer („Nordwindige“) und nach dem Goldenen Schnitt gebaute wohlproportionierte Gestalten, während sie die Südländer zu subhumanen, deformierten Wesen deklarierten, wie sie von Herodot und Plinius d.Ä. zusammenphantasiert worden waren: als Pygmäen, Giganten, einäugige Monocoli, einfüßige Monopoden, Acephali mit Kopf am Nabel, die durch Bellen kommunizierenden hundsköpfigen Cenocephali, ferner Skiapoden, das sind Schattenfüßler, die ihren einzigen Fuß in Rückenlage als Sonnenschirm benutzten, und dergleichen Missgestalten mehr.

Da Kolumbus und andere „Entdecker“, vollgestopft mit antiker Mythologie, glaubten, sie hätten den Seeweg nach Ostasien gefunden, bevölkerten sie auch das südliche Amerika mit diesen imaginären Ungeheuern, wodurch der ganze Süden der damals bekannten Welt monsterisiert wurde. Noch 1768 stellte der in Berlin ansässige holländische Abbé Corneliuz de Pauw in seinen *Recherches philosophiques sur les Americains* Geographie, Fauna, Flora und Bewohner der Neuen Welt als rachitisch hin, eine von Hegel unkritisch weitergegebene Behauptung.

Harmlosere Ethno-Klischees mit Breitenwirkung finden sich als Bodensatz in der Trivialliteratur, in den in Südamerika spielenden Romanen Karl Mays, Friedrich Gerstäckers und Hedwig Courths-Mahlers sowie in den *siesta-und fiesta*-Filmen. Ein Mexiko-Roman von Max Daudenthey meint mit dem bezeichnenden Titel *Raubmenschen* nicht etwa die Europäer, sondern die Mexikaner. Heutige Ethnostereotype kondensieren sich im Standardbild

der Dritten Welt als einer Region schreiender Gegensätze zwischen Reich und Arm, voller korrupter Politiker, Diktatoren, Drogen- und Waffenhändler, Aidskranker, Analphabeten, dröhnender Folkloristen, religiöser Fanatiker, Fundamentalisten, Terroristen und Migranten. Laut der Heidelberger Romanistin Gewecke enthalten diese Ethnostereotype „Strukturen und Mechanismen, die heute bei der Begegnung der ‚ersten' mit der ‚dritten' Welt keinesfalls als überwunden gelten können" (Gewecke 1986: 13). Nicht selten werden pauschalierende Vorurteile aus dem massenmedialen Imagologie-Reservoir verbreitet, so wenn ein RIAS-Rezensent 1960 in Bezug auf den weltberühmten argentinischen Schriftsteller Borges meinte, es sei "verwunderlich, dass in den südamerikanischen Tropen und Subtropen überhaupt gedacht, gedichtet, geschrieben, gelehrt und gelernt wird" (zit. nach Broyles 1979: 34).

Das europäische Superioritätssyndrom manifestiert sich über Stereotype und Alltagsvorurteile hinaus in quasi-theoretischen kulturhistorischen Begrifflichkeiten wie dem Gegensatz (abendländische) Zivilisation vs. (außereuropäische) Barbarei. Die Griechen nannten alle nicht ihre Sprache sprechenden Ausländer „Barbaren", eine Bezeichnung, der seit den Perserkriegen die Konnotation des Ungebildeten, Rohen, Grausamen und sprachlich Defekten anhaftet. Sie wurde von den Römern auf alle nichtmediterranen Völker ausgedehnt. Aus ihr leiteten sie das Recht gab, letztere zu unterwerfen, wobei Cicero und Tertullian der Rhetorik große Bedeutung bei deren Domestizierung beimaßen. Diese Funktion übernahm bei der Missionierung Amerikas die barocke, speziell die jesuitische Kanzelrhetorik (vgl. Dill 2006).

Der spanische Völkerrechtler Vitoria übertrug im 16. Jahrhundert den Barbarenstatus auf diejenigen nichtchristlichen Völker, mit denen die Iberer in Berührung kamen, die Türken und Indianer. In Argentinien rechtfertigte die Unterscheidung *Zivilisation* vs. *Barbarei* im 19. Jahrhundert blutige Indianerkriege nach USA-Muster zwecks Ausrottung der „barbarischen" Indios und Gauchos (=Mestizen) durch die „zivilisierten" Kreolen, wodurch der amerikanische Südkegel – neben Argentinien auch Chile und Uruguay – zu einer fast rein weißen Region wurde.

Der britische Positivist Herbert Spencer verwendete im kolonialistischen 19. Jahrhundert als erster dieses Binom als Synonym für das Begriffspaar Abendland-außerwestliche Welt. Marx griff gelegentlich nicht ohne westliche Überheblichkeit darauf zurück, so wenn er die (zivilisierten) USA den (barbarischen) Russen gegenüberstellt und meint, es sei ein „verteufelter Un-

terschied, ob Barbaren Anlage haben zu allem verwandt zu werden, oder ob Zivilisierte sich selbst zu allem verwenden“ (Marx 1974: 25). Lenin trat leidenschaftlich für die „Zivilisierung“ bzw. Verwestlichung, sprich „allseitige Europäisierung Russlands“ ein (*Auf welches Erbe verzichten wir?,* Lenin 1978: 103). Englands Kolonialminister Winston Churchill ordnete in den 1930er Jahren per Kabinettsorder die Anwendung von „Giftgas gegen *unzivilisierte Stämme“* an (zit. nach Chomsky 2004: 88-89), wobei es mir nicht um die implizite Ungeheuerlichkeit dieses Dictums, sondern die Kontinuität der Rechtfertigung für Gewaltanwendung in Drittweltländern geht. 1991 spricht der Franzose Jean Christophe Rufin in *L´empire et les nouveaux barbares* (Das Reich und die Neuen Barbaren) von der nach römischem Vorbild erfolgenden Errichtung eines *limes* der Europäischen Union gegen migrierende Drittweltbarbaren.

Besondere Fortune hatte in diesem geoideologischen Diskurs das Ethno-Klischee *Kannibale,* Verballhornung von "Karibe", des indianischen Namens der Antillenbewohner, denen wie vielen Barbarenvölkern nicht zu Unrecht Anthropophagie nachgesagt wurde. In Deutschland wurde dieser ethnostereotype Diskurs durch den ab 1557 in 80 (!) Auflagen massenhaft verbreiteten und mit gruseligem Vergnügen verschlungenen autobiographischen Bericht des beinahe von Indianern aufgegessenen Hans Staden *Vahrhaftige beschreibung eyner Landschaft der wilden, nacketen grimmigen menschenfresser leuten* akklimatisiert. Das Kannibalenstereotyp finden wir bei den Conquistachronisten Cortés und Díaz del Castillo, die damit beispielsweise die barbarische Zerstörung der Aztekenhauptstadt Tenochtitlans, des heutigen Mexiko-Stadt, durch die spanischen Eroberer begründeten. In Shakespeares *The tempest* ist *Caliban* (Anglisierung von Kannibale=Karibe) der Ureinwohner der karibischen Insel, auf der eine Gruppe Europäer strandet, ein subhumanes, nur animalischen Trieben hingegebenes, kaum menschlicher Sprache mächtiges Monster, das für die eingereisten arbeitsunwilligen Europäer die materielle Produktion sichern muss. Sein Gegenbild ist der intellektuell herausragende, ergo europäische Luftgeist Ariel. Das Gegensatzpaar Ariel vs. Caliban soll den Unterschied zwischen Erster und Dritter Welt, Zivilisierten und Barbaren, Geist und Materie demonstrieren.

Infam ist Defoes Kannibalisierung des Indio in dem ebenfalls in der Karibik spielenden, einstmals der Kolonisierung gewidmeten und heute der Kindererziehung dienenden Roman *The Life and Adventures of Robinson Crusoe,* ein bedeutendes Monument des eurokolonialistischen Diskurses. Die Kariben, die auf der von Robinson eroberten Insel laut Defoe Anfang des 18.

Jahrhunderts Menschen fraßen, waren bereits zweihundert Jahre vorher von den Spaniern allesamt ausgerottet worden. Defoes Beschreibung des Menschenfresserfestmahls der *Wilden,* das Robinson angsterfüllt beobachtet, ist zudem kulturhistorisch dubios, insofern die Kariben Ihresgleichen nicht bei kulinarischen Banketten, sondern bei magischen Ritualen verzehrten. Auch unterstellt Defoe, der allerdings Morgans *Ancient Society* noch nicht kennen konnte, bei den Iindianern moderne europäische Familienverhältnisse. Für Kant (1984: 26), der indirekt gegen Defoe polemisiert, war die Karibik nicht schrecklich wegen der Kannibalen, sondern wegen der europäischen Kolonen, als „Sitz der allergrausamsten und ausgedachtesten Sklaverei" – wohin Robinson seinen muslimischen Freund Xury als Sklaven verkaufte.

Humanisten aller Couleur betrachteten in ihrem Konterdiskurs zu diesem „Diskurs der Entdecker und Eroberer" die Anthropophagie als anthropologisches Phänomen aller Frühgeschichte, auch der des Okzidents. Der französische Renaissance-Schriftsteller Montaigne hielt in seinem Essay *Über Kannibalismus* das Aufessen toter Indios durch Ihresgleichen für humaner als das Braten lebendiger Ketzer auf den Scheiterhaufen der Inquisition in Europa. Herder fand es, wie auch später Lévi-Strauss, sogar moralisch gerecht, wenn Indios europäische Missionare verspeisten **(**Herder 1994: 74). Für Humboldt war Kannibalismus Ausdruck fehlender Interiorisierung des Begriffes „Menschheit" bei Stämmen, für welche mangels externer Kontakte bzw. im Kriegsfalle nur die Stammesangehörigen als Menschen galten (Humboldt 1995: 309f.).

Dies alles ist Vorgeschichte des Diskurses zur moralisch-ideologischen Disqualifizierung der Nichteuropäer. Den Höhepunkt erreichte er im 19. Jahrhundert mit dem Aufschwung der Biologie, der Vererbungslehre, des Darwinismus und der positivistischen Soziologie in Europa. Auf diesen Wissenschaften beruht der Rassismus als den Kolonialismus begleitende Doktrin. Er hatte ursprünglich weder mit Deutschland, da Nichtkolonialmacht, noch mit Antisemitismus zu tun, sondern wurde in den klassischen Kolonialländern England und Frankreich von Buffon, Gobineau, Chamberlain und anderen mit Blick auf den Süden begründet. Er behauptet die quasi genetische, wesenhafte Überlegenheit der Europäer *qua* Weiße gegenüber den gelben, schwarzen oder roten Erdbewohnern. Sein Ahnherr war der Evolutionstheoretiker Buffon, der eine die Superiorität des Nordens betonende menschliche Werteskala aufstellte: „(...) an der Spitze befinden sich die Nationen Nordeuropas, gleich darunter die anderen Europäer, danach kommen die Völkerschaften Asiens und Afrikas, und ganz am unteren Ende der Skala

die amerikanischen Wilden“ (zit. nach Todorov 1989: 144). Ihm folgte der französische Philosoph Renan (1824–1892), der übrigens in seinem Drama *Caliban* (Kannibale) Shakespeares kolonialistischen *Tempest* modernisierte. Dieser erfasste klar den Zusammenhang zwischen europäischem „Herrenmenschentum“ (=*maître; master* bei Defoe), kolonialer Ausbeutung und Kolonialkrieg: „Die Natur hat eine Rasse von Arbeitern erzeugt, das ist die chinesische Rasse, (...), eine Rasse von Erdarbeitern, das ist der Neger (...), und eine Rasse von Lehrern und Soldaten, das ist die europäische Rasse.“[2] (zit. nach Todorov 1989: 159)

2. Ein halbes Jahrtausend europäischer Krieg in der und gegen die Dritte Welt

Während der rassistische Diskurs die koloniale Unterdrückung motivierte, war der Diskurs zur Zivilisierung der Barbaren Vorwand für Europas Kolonialkriege. Nach den Einfällen der Hunnen, Araber und Osmanen hat sich Europa nie mehr gegen außereuropäische Mächte militärisch verteidigen müssen, doch Kriege ohne Zahl in der und gegen die Dritte Welt geführt, von der Totalvernichtung Karthagos durch die Römer bis zur Ausrottung ganzer Populationen durch Spanier und Engländer in Amerika. USA-Wissenschaftler errechneten 70 Millionen tote Indios durch Tötung, Misshandlung, Massenexekutionen, fehlenden Immunschutz gegen von Europäern eingeschleppte Seuchen und Kollektivselbstmorde. Laut Lenin werden jedoch Kolonialkriege nicht als Kriege registriert, weil als solche nur die zwischen zwei Armeen rechnen, hier aber „die mit den modernsten Vernichtungswaffen ausgerüsteten europäischen und amerikanischen Kolonialtruppen die unbewaffneten und wehrlosen Bewohner der Kolonialländer abschlachteten“ (Lenin 1979: 507).

Robinson Crusoe, der den Lesern vorführt, welch moralische Befriedigung das sportliche „Kannibalentotschießen“ – wie der kolumbianische Nobelpreisträger García Márquez diese europäische Tradition nennt – verschafft, fakturiert mit buchhalterischer Exaktheit die Liste der von ihm und seinem Kumpan Freitag wegen Kannibalismus getöteten *Wilden* und beschreibt präzis Ort und Art des Umbringens:

3 beim ersten Schuss vom Baum aus getötet
2 beim nächsten Schuss getötet

2 La nature a fait une race d´ouvriers, c´est la race chinoise (...); - une race de travailleurs de la terre, c`est le nègre (...); une race de maîtres et de soldats, c´est la race européenne"

2 von Freitag im Boot getötet
2 von Freitag getötet, von denen, die erst nur verwundet
1 von Freitag im Wald getötet
3 von dem Spanier getötet
4 hier und da ihren Wunden erlegen oder von Freitag auf der Flucht erschossen
4 im Boot entkommen, davon einer verwundet, wenn nicht tot

Nach dem Schlussstrich zieht er kaufmännisch die Gesamtbilanz: „im ganzen 21". Es ist dies gleichsam ein betriebswirtschaftliches Herunterrechnen der von den Kolonialländern *qua* Nationen bei ihren Kriegen verübten Massaker. Die unverhohlene Befriedigung Robinsons beim Kannibalentotschießen ist noch ganz dieselbe wie in dem 200 Jahre älteren Bericht des Fraters Carvajal über die Erstbefahrung des Amazonas durch spanische Conquistadoren der Orellana-Expedition: „(Eines Morgens) sahen wir eine Armada von vielen und sehr großen Kanus auf uns zukommen (...). Sie umkreisten unsere Brigantinen von allen Seiten und schossen auf uns mit vielen Pfeilen, und ohne unsere Arkebusen und Armbrüste wäre es uns sehr schlecht ergangen. Wir gaben darauf zwei kräftige Arkebusenschüsse ab, die uns das Leben retteten und die Feinde zur Flucht nötigten. Ein Schuss traf derart, dass er ein paar Indios umlegte, die darob so sehr verwirrt waren, dass das Kanu sank und wohl zwölf oder dreizehn Indios schwimmend das Weite suchten, wobei ihnen auch ihre Freunde nicht helfen konnten, die vor der Verheerung flüchteten, die die Arkebusen unter ihnen anrichteten. Den anderen Schuss gab ein Kamerad aus Biscaya ab, der zwei weitere Indios erledigte. Die Brigantinen verfolgten die schwimmenden Indios und schossen auf sie mit den Armbrüsten und stachen auf sie mit den Lanzen ein, so dass es keinen gab, der nicht von Hand der Spanier starb oder ertrank. Diese Schlacht war sehr hübsch anzusehen." (Carvajal 1992: (269**)**

Erstaunlicherweise hatten die meisten marxistischen Kritiker als unbedingte Anhänger des kapitalistischen „Fortschritts" keinen Sensus für Defoes antihumanen Kolonialismus und die Leiden von dessen Opfer in der Drittwelt, weshalb sie diese unsympathische Seite des *Robinson* in ihren ausführlichen Kommentaren geflissentlich übersahen. Marx selber verliert darüber in seiner berühmten Robinson-Analyse in der Einleitung zu den *Grundrissen zur Kritik der Politischen Ökonomie* kein einziges Wort, und auch Michael Nerlich interessiert dieser Aspekt in seiner *Kritik der Abenteuer-Ideologie* (1977) nicht. Robert Weimann sieht zwar in *Daniel Defoe. Eine Einführung in sein Romanwerk* (1962) „die tiefen Widersprüche des bürgerlichen Kolo-

nisators, jenes unerschrockenen Weißen, der die Eingeborenen barbarisch niedermetzelt“ (Weimann 1962: 68), bezeichnet das Buch aber vor allem das „Hohelied des tätigen Menschen schlechthin“, für den der Inselaufenthalt in der Karibik „zur großen Bewährungsprobe seiner zivilisatorischen Fähigkeiten“ wird (ibd.: 51). Für Jürgen Kuczynski (in *Gestalten und Werke*, 1971) ist *Robinson* gar „eine seltsame und schöne Erscheinung in der Geschichte des Überbaus einer Ausbeutergesellschaft“, insofern nämlich „ein kapitalismusfremder Humanismus“ durchschimmere (Kuczynski 1971: 21f.). Die Kolonialgreuel sind gewissermaßen der notwendige Tribut des kapitalistischen Fortschritts – den allerdings seine Opfer zu erbringen haben – dessen „Schönheit und Größe“, im Gegensatz zu Defoe, Swift in seiner reaktionärer Kritik laut Kuczynski leider nicht habe sehen wollen (Kuczynski 1971; 37). Denn der Dubliner Dean of St. Patrick`s war als Ire, als Mitglied eines von England kolonisierten Volkes, das durch dessen wirtschaftlichen Progress wie alle Kolonien verarmte, äußerst kolonialismuskritisch – wobei *notabene* Irland zwar eine englische Kolonie war, jedoch trotz Rückständigkeit zum „Abendland“ gehörte. **E**rst Hans-Jörg Tidick (1983) arbeitete die kolonialismusapologetischen Aspekte des *Robinson* heraus.

Rousseau idealisierte im selben Jahrhundert, im Unterschied zu Defoe, den Indio und schuf den Haupttopos des europakritischen Diskurses der europäischen Aufklärung, den *bon sauvage.* Ihm ging es aber, anders als Herder, nicht um die Dritte Welt als solche, die vielmehr nur eine utopisches Gegenbild zur europäischen Realität liefern sollte. In diesem Sinne beschrieb Seume 1793 in *Der Wilde*, wie ein wohlhabender Weißer einem Schwarzen bei einem Unwetter Obdach verwehrt, das ihm aber letzterer selbstlos bei anderer Gelegenheit gewährt und dabei ausruft: „Seht ihr fremden, klugen, weißen Leute,/Seht, wir Wilden sind doch bessere Menschen!“

Das 19. und 20. Jahrhundert wurde zur Hochzeit der Kolonialkriege Englands, Frankreichs, Belgiens und Hollands. 1900 forderte die gemeinsame Expedition Englands, Frankreichs, Deutschlands, der USA und Japans zur Niederschlagung des ausländerfeindlichen Boxer-Aufstands in China, präludiert durch die berüchtigte „Hunnenrede“ Wilhelms II., Tausende Tote per Kanonaden und Massenexekutionen. England bekriegte die Bewohner seiner überseeischen Besitzungen regelmäßig durch Beschießungen von der Reede und Bombardements vom Flugzeug. 1932 verhinderte der britische Premier Lloyd George im Völkerbund die von der Mitgliedermehrheit angestrebte Ächtung des Luftkriegs gegen die Zivilbevölkerung (die vielleicht die Zerstörung Coventrys und Dresdens verhindert hätte), um in den Mandatsgebieten

die Royal Air Force gegen Eingeborene einsetzen zu können: „Wir haben uns das Recht vorbehalten, Nigger zu bombardieren", erklärte er (zit. nach Chomsky 2004: 88/89). Frankreich veranstaltete mehrere Gemetzel im Vietnamkrieg, so als am 23. November 1946 bei vietnamesisch-französischen Zollstreitigkeiten im Hafen von Haiphong der Oberkommandierende die Stadt mitten im Nachkriegsfrieden ohne Vorwarnung durch Artillerie beschießen ließ und 6.000 vietnamesische Zivilisten tötete. Im Algerienkrieg massakrierten die *parachutistes* unzählige Partisanen oder folterten sie zu Tode (siehe Henri Allegs von Jean-Paul Sartre bevorwortetes Buch *La question)*. Als sich die USA 1954 durch eine Agrarreform der bürgerlichen Regierung Arbenz in Guatemala bedroht fühlten, bombardierten sie aus heiterem Himmel die Landeshauptstadt. Bilanz: mehrere Hundert Tote. Hunderttausende von Opfern forderten die USA-Interventionen in Vietnam, der Dominikanischen Republik, Nicaragua, Grenada und Haiti.

Auf dieses halbes Jahrtausend Vernichtungs- und Eroberungskriege des christlichen Abendlandes in der und gegen die Drittwelt verwies Hans Magnus Enzensberger 1966 in dem von ihm herausgegebenen und neu übersetzten Werk von Bartolomé de las Casas *Kurzgefaßter Bericht von der Verwüstung der Westindischen Länder,* welches seiner Zeit, der Zeit der Conquista, den europakritischen, subversiven Diskurs begründete und prompt vom offiziellen spanischen Diskurs als „schwarze Legende" zurückgewiesen wurde. Im Kommentar verglich Enzensberger den von Las Casas beschriebenen Genozid unter den Indianern unter Berufung auf Frantz Fanon und Hannah Arendt mit den Gräueln der europäischen Kolonialisten, dem Holocaust, den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki und dem Algerienkrieg:

„Der Krieg in Vietnam ist die Probe aufs Exempel: das Regime der reichen über die armen Völker, das Las Casas als erster beschrieb, steht dort auf dem Spiel. Die Schlagzeilen, die wir jeden Morgen im Briefkasten finden, beweisen, dass die Verwüstung der Indischen Länder weitergeht. Der *Kurzgefasste Bericht* von 1542 ist ein Rückblick in unsere eigene Zukunft." (in: Las Casas 1981: 150).

Soll heißen: Las Casas' Werk, das den antikolonialistischen Diskurs aus der Sicht des unmittelbaren Augenzeugen eröffnete, reflektiert den Anfang einer endlosen Kette europäischer Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Dritten Welt. Den Versuch der Widerlegung der Aussagen von Las Casas durch Vertreter des offiziellen Diskurses setzt Enzensberger in Parallele zur Leugnung des Holocausts durch die Neonazis.

3. Kriege um Gold und Bodenschätze und wirtschaftlich-kultureller Aufschwung Europas

Alle Kolonialkriege verfolgten das wirtschaftliche Ziel der Bereicherung. Zum *manu militari* verübten Genozid der Spanier in Südamerika schrieb Las Casas: „Die einzige und wahre Grundursache, warum die Christen eine so ungeheure Menge schuldloser Menschen ermordeten und zugrunde richteten, war bloß diese, dass sie ihr Gold in ihre Gewalt zu bekommen suchten“ (Las Casas 1981: 13). Diese banale Tatsachenfeststellung wird von Gewecke unter der Rubrik „Rascher Reichtum im Dienst imperialistischer Politik“ (Gewecke 1986: 39–44) historisch untersetzt. Die Aufklärer sahen den motivational-kausalen Zusammenhang zwischen Geldgier und Eroberungskrieg. Friedrich der Große stellt in seinem Libretto für Grauns Unter den Linden 1756 aufgeführte Oper *Montezuma* Cortés als habgierigen Eroberer vor, eine Haltung, die dem „aufgeklärten“ mexikanischen Monarchen fremd ist. Herder macht für die Unterdrückung der Eingeborenen die Goldgier und Habsucht des Handelskapitals verantwortlich.

Mit dem Eldorado-Gold erhielt das Europa der Renaissance die notwendigen Zahlungsmittel, um die sich mit wachsendem Handel vergrößernde Menge gleichzeitig fälliger Zahlungen zu realisieren. Aus der Dritten Welt kamen die Rohstoffe für die Industrie von chinesischer Seide für feine Damen bis zum kolumbianischen Kautschuk für Autorreifen. Die einseitige Ausrichtung auf die Fremdbedürfnisse Europas ersetzte einstmals diversifizierte Landwirtschaft durch Monokultur, in Ägypten Baumwolle für die Engländer, in Kuba Zucker für ganz Europa. Indien wurde zum Land des Hungers laut Lévi-Strauss u.a., weil die Engländer den Handwerkern das Weben verboten, um den Baumwollstoffen aus Manchester einen Markt zu öffnen. Die Folge überall: Saisonarbeit, Arbeitslosigkeit, Bodenerosion, Nahrungsmittelverteuerung und Unterernährung von heute einer Milliarde hungernder Drittweltmenschen.

Zur selben Zeit, da Robinson seine Karibikinsel besetzte und England im Frieden von Utrecht Nordamerika als Kolonie zugesprochen bekam, schlug Defoe, der das kommerzielle Kapitel des eurokolonialistischen Kriegsdiskurses inaugurierte, einen Krieg gegen Spanien zwecks Aneignung der Karibik, Meso- und Südamerikas vor. Der Titel seines in der Berliner Staatsbibliothek inventarisierten, seinerzeit ins Deutsche übersetzten Flugblattes lautet: „Die augenscheinlichen Vortheile, welche Grossbritannien und dessen Alliierte von dem bevorstehenden Kriege, insonderheit was die Handlung [den Handel, HOD] betrifft, zu erwarten habe“**.** In diesem Zusammenhang muss seine

Humble Proposal gesehen werden, in der er den schwunghaften britischen Sklavenhandel und die „Zivilisierung" der Indios durch die portugiesischen Kolonialisten lobt:

„Die Portugiesen haben die Eingeborenen und die schwarzen Bewohner des Landes so weit zivilisiert, dass sie diese, die doch zuvor so sehr nackt herumliefen, sogar dazu brachten, sich nunmehr anständig und bescheiden zu kleiden. Und alle diese Völkerschaften werden mehr oder weniger von unseren englischen Wollmanufakturen eingekleidet, im gleichen Verhältnis wie in den Ostindischen Faktoreien."[3] **(**(zit. nach Tidick 1983: :121f.)

Als pragmatischer Frühkapitalist verwertete Defoe die von ihm als puritanischem Pietisten aus moralischer Entrüstung bekämpfte Nacktheit der Wilden ökonomisch, weshalb er auch im Nachtrag zu *Robinson Crusoe* für britische Wollcompanies Reklame machte.

Kein Zweifel: der materiell-industrielle und darauf aufbauende welteinmalige Reichtum Europas an Kultur, Kunst und Wissenschaft wäre ohne die Ausbeutung der Dritten Welt unmöglich gewesen, die ihrerseits dadurch verarmte, obwohl sie den Surplusreichtum des Okzidents mitschuf.[4] Ihre Ressourcen dienten der ursprünglichen Akkumulation in Europa, seiner Verwandlung in die erste und lange Zeit einzige kapitalistische Region, während durch Entzug des für die Eigenwirtschaft nötigen Surplusses die Kapitalismus-, Reichtums- und Kulturentwicklung in der übrigen Welt behindert wurde, wie schon Herder, der das wichtigste Kapitel im europakritischen Diskurs schrieb, sehr wohl wusste: der Europäer habe „nicht cultiviert, sondern die Keime eigener Kultur der Völker, wo und wie er nur konnte, zerstört." (Herder 1991: 74) Auf diesen Sachverhalt gründete in den 1960er Jahren die Theorie vom nichtkapitalistischen sozialistischen Entwicklungsweg der Drittweltländer.

Der Zusammenfall von schnellem Wachstum des europäischen Industriekapitalismus und Kolonisierung der Dritten Welt ist signifikant. Hobsbawm konstatiert: "(...) between 1750 and 1800 [also vor dem europäischen Indus-

3 The Portuguese have so civilized the natives and black habitants of the country, as to bring them, where they went even stark naked before, to clothe decently and modestly now. And all these nations are clothed more or less with our English woolen Manufactures, and the same in proportion to their East India factories.

4 Erst mit der industriellen Technik konnte Europa seine Kolonialkrieger überlegen bewaffnen. Während Napoleon in Ägypten 1798 laut Hobesbawn noch einem waffentechnisch ebenbürtigen Mameluckenheer gegenüber stand, war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts jeder Widerstand gegen die modern bewaffneten Europäer ein Selbstmordunternehmen.

trialisierungsschub, HOD] the *per capita* gross product in what are today known as the 'developped countries' was substantially the same as in what is now known as the 'Third World'." (Hobsbawm 1987: 15) Das *per-capita*-Einkommen Europas stieg diesem Historiker zufolge erst mit der Industrialisierung auf das Mehrfache der Dritten Welt, 1880 auf das Doppelte, 1913 das Dreifache, 1950 das Fünffache, 1970 das Siebenfache.

4. Zweierlei Völkerrecht und politische Abhängigkeit

Der Missbrauch des pazifistischen Christentums für den Krieg gegen Andersdenkende und Andersgläubige bei den Kreuzzügen zur Befreiung des Heiligen Grabes, der Vertreibung der Juden und Muslime während der spanischen Reconquista 713–1492, und der Eroberung Amerikas zeigte sich auch in den Rechtsauffassungen des europäischen kolonialistischen Diskurses. Völkerrecht war im Mittelalter pontifikales *ius*. So sprach 1494 Papst Alexander VI. als Legislator des Kolonialismus Portugal alle Gebiete östlich Brasiliens und Spanien alle Gebiete westlich Venezuelas zu. Spaniens Hofhistoriograph Sepúlveda, der Las Casas als Urheber der *Schwarzen* (Spanien anschwärzenden, also verleumdenden) *Legende* denunzierte, aber in Wahrheit selber einer der Urheber der eigentlichen Schwarzen, die Indios verleumdenden Legende war, erklärte 1550 den Krieg einer „zivilisierten" Nation gegen „unzivilisierte" für gerecht, da letztere „keine Schrift haben, kein Geld benutzen, Menschenopfer praktizieren, nackt herumlaufen, keine Christen sind, als Lasttiere arbeiten und Witwen verbrennen". Kriterien, die nur auf Nichteuropäer zutrafen. – Dabei dürfen die Laien und Amtsträger aber nicht mit der Institution Kirche verwechselt werden: die schärfsten Kritiker des Kolonialismus waren hohe geistliche Hierarchen beider Konfessionen, der Bischof Las Casas und der Oberkonsistorialpräsident Herder.

Die weltliche Rolle der Kirche verneinte der thomistische Renaissancedenker Francisco de Vitoria (1483–1546), der die Macht des Papstes auf die Seele beschränkte. Auch dezentralisierte er das Recht und machte es für ein Europa der Nationalstaaten passfähig. Der römische Kaiser sei nicht der Weltherrscher, da auch England, Frankreich und Russland souverän seien. Seine Absage an die Reichsidee und seine Anerkennung der entstehenden souveränen Nationen begründete das moderne Völkerrecht: in *de Indois recenter inventis relectiones* sprach er erstmals statt des üblichen *ius gentium* von *ius inter gentes*.

Vitoria machte, und darin besteht seine Modernität, statt religiöser Verbrämung handfeste merkantile Interessen als legitime *tituli et causae belli*

geltend. Wenn man (europäischen) Eindringlingen in fremde Länder das Gastrecht und das Recht, dort Handel zu treiben (womit er den von Kolumbus eingeführten nichtäquivalenten Tausch von Glasperlen und roten Mützen gegen Gold und Silber umschrieb), untersage oder sich weigere, den Fremden ungenutzten Ackerboden, Gewässer, ungehobene Bodenschätze wie Gold und Silber oder herrenlose Tiere zu überlassen, berechtige dies zum Krieg gegen diese Völker und zur Regierungsübernahme über diese. Vitoria statuiert damit das Kolonialrecht als Recht der europäischen Mächte auf Eroberung, wirtschaftliche Ausbeutung und politische Bevormundung der Restwelt, denn obgenannte Kriegsgründe konnten der Natur der Sache nach nur auf letztere gemünzt sein. Sein europäisch-imperiales Rechtsdenken illustrieren seine Modellannahmen, in denen er nur von den Rechten der Spanier in Amerika und Asien spricht. Ein reziprokes Recht der Barbaren, in Europa zu siedeln, den Europäern ihre ungenutzten Bodenschätze wegzunehmen und dort nach Belieben Herrscher einzusetzen, erwägt er nicht einmal theoretisch. Auch gilt ihm nur das Christentum als wahre Religion und das neutestamentarische Gebot der Missionierung der Heiden als Rechtsgrundlage, weshalb er es zum Kriegsgrund erklärt, wenn Christen das Recht auf Religionsverbreitung verweigert wird, während er den indianischen Schamanen kein Missionierungsrecht in Europa zugesteht.

Der Jesuit Francisco Suárez definierte hundert Jahre später in *De legibus* schon abstrakt das *ius gentium* als Beziehungen zwischen souveränen Staaten und ignoriert den diesem zuwiderlaufenden Kolonialismus. Nichtchristliche Länder sind für ihn keine vollwertigen Völkerrechtssubjekte. Nichtrechtgläubige Frauen und Kinder von Besiegten dürfen nötigenfalls niedergemacht, nichtchristliche Geiseln erschossen, gefangene Heiden zu Sklaven gemacht werden, während gefangene Christen in Freiheit gesetzt werden müssten: „sic enim ius gentium de servitute captivorum in bello iusto in Ecclesia mutatum est, et inter Christianos id non servatur“ **(**Suárez 1965: 76). Er etabliert damit zwei Völkerrechte, ein souveränes zwischen den Staaten des christlichen Abendlandes und ein koloniales zwischen europäischen und nichtchristlichen Ländern. Diese Rechtsgrundlage gestaltete die Beziehung zwischen der Ersten und der Dritten Welt zu solcher zwischen Vormündern und Mündeln, weshalb Vitoria das Recht der Europäer auf Absetzung unchristlicher oder tyrannischer Souveräne – beide Epitheta sind für ihn synonym – postulierte.

Dem entspricht psychologisch die Erziehung der Eingeborenen zu „mentalen Kolonisierten“. Robinson lehrt Freitag als erstes englisches Wort die Anrede „master“ (Herr), macht ihn zu seinem Diener, der den ihm gut behan-

delnden Herrn mit hündischer Treue ergeben ist, dressiert ihn für seine Rolle als subalternen Drittweltler.

Dagegen erklärte Las Casas im subversiven Gegendiskurs die Indios zu gleichberechtigten Subjekten des Völkerrechts einschließlich des Rechts, Spanien den Krieg zu erklären. Für ihn waren alle Völker gleichberechtigt. Herder dehnte wohl als erster den Begriff „Menschheit" explizit auf alle Menschen der Erde unter Einschluss ihrer außereuropäischen Bewohner aus: „Das Menschengeschlecht ist ein Ganzes; wir arbeiten und dulden, säen und ernten füreinander" (Herder 1991: 735). Kant**,** der Herders antikolonialistischen, europakritischen Diskurs, sich auf die offiziellen Berichte über das Treiben der Europäer in der nichteuropäischen Welt stützend, weiterführte, prägte in indirekter Polemik gegen Vitoria und Suárez einen kosmopolitischen „Welt"-Begriff, der nicht nur das Abendland, sondern alle Völker der Erde meinte, indem er forderte, die Beziehungen zwischen Europa und der übrigen Welt in einem „Völkerbund" auf ein zu schaffendes Völkerrecht mitsamt Weltbürgerverfassung und Weltbürgerrecht zu gründen, das alle Völker, auch die der Kolonien, für mündig erklärt, entsprechend seiner Definition der Aufklärung als Ausgang des Menschen aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit. Angesichts des infolge der Kugelgestalt der Erde begrenzten Raumes hätten alle Erdbewohner – nicht nur die Europäer – das Hospitalitäts- oder Besuchsrecht, das die Weltbürgerverfassung allen zuerkennen müsse. Die Besuchserlaubnis hänge von den Bewohnern ab, was die Europäer leider ignorierten, da für sie Besuch gleich Eroberung sei:[5]

„Vergleicht man mit (der künftigen Weltbürgerverfassung) das *inhospitale* Betragen der gesitteten, vornehmlich Handel treibenden Staaten unseres Weltteils [Europa, HOD], so geht die Ungerechtigkeit, die sie in dem *Besuche* fremder Länder und Völker (welches ihnen mit dem *Erobern* derselben für einerlei gilt) beweisen, bis zum Erschrecken weit. Amerika, die Negerländer [Afrika, HOD], die Gewürzinseln [Asien, HOD] das Kap etc. waren bei ihrer Entdeckung für sie Länder, die keinem angehörten: denn die Eingeborenen rechneten sie für nichts. In Ostindien (Hindustan) brachten sie unter dem Vorwande bloß beabsichtigter Handelsniederlagen [Niederlassungen, HOD] fremde Kriegsvölker hinein, mit ihnen aber Unterdrückung der Eingeborenen, Aufwiegelung der verschiedenen Staaten desselben zu weit ausgebreite-

5 Uhland hingegen fand es ganz normal, dass die schwäbischen Kreuzritter ohne Besuchserlaubnis der türkischen Behörden die Türkei durchritten und die sich wehrenden Einheimischen aus dem Sattel hieben („zur rechten sieht man wie zur linken, einen halben Türken hinuntersinken.").

ten Kriegen, Hungersnot, Aufruhr, Treulosigkeit, und wie die Litanei aller Übel, die das menschliche Geschlecht drücken, weiter lauten mag. (Die Eingeborenen würden von den Europäern zu Kriegsdiensten gepresst) mit der nicht sehr löblichen Absicht, zur Bildung der Matrosen für Kriegsflotten, und also wieder zur Führung der Kriege in Europa zu dienen, und dieses von Mächten, die von der Frömmigkeit viel Werks machen und, indem sie Unrecht wie Wasser trinken, in der Rechtgläubigkeit für Auserwählte gehalten werden wollen." (Kant 1984: 25-26).

Die Europäer übernahmen im 19. Jahrhundert fast überall die Regierungsgewalt. Nahezu die gesamte Dritte Welt wurde von ihnen administriert und bevormundet. Die Engländer in Afrika, im Nahem Osten, in Indien, der Karibik; die Franzosen in Indochina, Afrika, Amerika (Guayana, Martinique, Gouadeloupe), der König der Belgier, Leopold, im riesigen Kongo, die Holländer in Indonesíen und Curaçao, die Portugiesen in Mozambique, Angola, Madeira und Cabo Verde, die Spanier in Marokko, Kuba, Puerto Rico, auf den Philippinen. Europa war der Welt-Kolonisator, der Süden die Welt-Kolonie.

Von 1870 bis 1914 herrschte das britische Empire, laut Hobsbawm (in *The Age of Empire,* 1987) der Imperialismus *par excellence*, weil es als einzige Macht außer über ein weltweites Kolonialimperium auch über ein weltumspannendes Netz von Militärstützpunkten verfügte: Gibraltar, Malta, Zypern, Aden, Port Said etc. Nach dem Zweiten Weltkrieg sind diesem Historiker zufolge die USA das neue Empire mit einem weltumfassenden System von Marine-, Luftwaffen- und Atombombenstützpunkten.[6] Sie ersetzten klassischen Kolonialismus durch Dependenz und begrenzte Kriege. Als Supplement des traditionellen nichtäquivalenten Austausches Rohstoffe-Fertigwaren liefern sie der durch Importsubstitution industrialisierten Dritten Welt *high tec* und *new-economy*-Produkte gegen Arbeitskräfte.

Einen Schub völkerrechtlicher Mündigkeit brachte die Dekolonisierung der 50er und 60er Jahre des 20. Jahrhunderts mit der Unabhängigkeit fast aller Kolonien und ihrem Einzug in die relativ undemokratische, reformbedürftige UNO, in deren Sicherheitsrat China vier Milliarden Menschen der Entwicklungsländer vertritt, aber gleich drei ständige Mitglieder die Minderheit von einer Milliarde Okzidentalen repräsentieren.[7]

6 Venezuela hat bis heute als einziges Dritt-Welt-Land per Verfassung Militärstützpunkte auf seinem Territorium untersagt.

7 Der Versuch, sich in der von Castro und Tito begründeten Tricontinental-Bewegung der Blockfreien gegen NATO und Warschauer Pakt zusammenzuschließen, scheiterte.

Die Kolonialmächte bevormundeten ihre Schutzgebiete nicht nur extern, sondern auch intern. Für Rousseau war der Wilde als Mitglied einer Gesellschaft der Gleichen ohne unterschiedliche Besitztümer das Ideal, das er den europäischen, auf materiellem Besitz und monopolisiertem kulturellen Kapital beruhenden Ungleichheitsgesellschaften im *Discours sur l´origine et les fondements de l´inégalité parmi les hommes* (1755) entgegensetzte. Doch die Kolonialisten beschnitten die Selbstverwaltung und die partiell existierende kommunitäre, auch Minderheiten berücksichtigende konsensuelle und partizipative Demokratie, schalteten und walteten ohne Wahlen und Parlament. Statt Demokratie Zentralismus und Kommandostruktur. Selbst im unabhängigen Mexiko erstellte der USA-Botschafter Wilson 1923 die Kabinettsliste und präsentierte die neue Regierung des Landes der Einfachheit halber gleich in seinen Diensträumen der Öffentlichkeit.

5. Einheitliche Gattungsgeschichte als Philogenese

Gegen die rassistisch-biologistische Ontologisierung der Unterschiede zwischen Nord und Süd durch den eurokolonialistischen Diskurs, welcher der These des Aristoteles vom „geborenen Sklaven“ folgend die Unterschiede beider Weltregionen als naturgegebene Differenzen der Menschen und Klimata und daher als unveränderlich-perennierend hinstellt, entwickelte sich im europakritischen Gegendiskurs die Denkfigur der menschlichen *Lebensalter* als Metapher oder Analogon der Menschheitsentwicklung: kulturelle Philogenese wurde als Repetition der individuellen Ontogenese angesehen, die Drittweltler als Völker, die noch im Kindesalter stecken, wogegen die Europäer sich im Mannesalter wähnten. Diese Denkfigur, die Herder vertrat („da gibt’s Völkerschaften im Kindes-, Jünglings- und Mannesalter“, Herder 1991: 122), sieht alle geographisch-räumlichen Unterschiede zwischen Nord und Süd nur als zeitlich-historische Entwicklungsunterschiede ein und derselben Gattung Mensch an und ist insofern monistisch, humanistisch und demokratisch.

Humboldt meint, man müsse in den primitiven Wilden seine eigenen Vorfahren sehen und ergo im zivilisierten Europa die Zukunft der Nichteuropäer, womit er eine humanistische Gleichstellung vornimmt, die nur eine zeitlich-historische Verzögerung für die kulturellen Unterschiede verantwortlich macht. Er legt zugleich Verwahrung dagegen ein, aus dieser Denkfigur zu schlussfolgern, dass die Indios große Kinder seien. Doch auch er war letzten Endes Eurozentrist, denn er suggeriert, dass alle Völker *nach europäischem Modell* erwachsen, zivilisiert und kapitalistisch werden müssen. Auch Marx

erweist sich als Eurozentrist, wenn er die Einleitung von *Zur Kritik der Politischen Ökonomie* mit Bezug auf die Griechen schließt: „Warum sollte die geschichtliche Kindheit der Menschheit, wo sie am schönsten entfaltet, als eine nie wiederkehrende Stufe nicht ewigen Reiz ausüben. Es gibt ungezogene Kinder und altkluge Kinder. Viele der alten Völker gehören in diese Kategorie. Normale Kinder waren die Griechen." (Marx 1974: 31).

Die antiken Griechen werden von Marx als „normal", also zur Norm erklärt, die asiatischen „alten" Völker dagegen zu Anomalien. Damit repetierte Marx wohl seine Lektüre Herders, der geschrieben hatte: „In der Geschichte der Menschheit wird Griechenland ewig der Platz bleiben, wo sie ihre schönste Jugend und Brautblüte verlebt hat." (Herder 1990: 22)

Der auch heute im geschichtsphilosophischen *mainstream* persistierende teleologische, eurozentristische Diskurs erklärt die Geschichte der Drittweltländer als bloßen Nachvollzug der europäischen Fremdgeschichte und verklärt das spezifisch Europäische, Nordwestlich-Regionale zum Allgemein-Menschlichen. Diese Selbstidealisierung geht davon aus, dass alle nicht-europäischen Gesellschaften deformiert sind – meist ohne einzugestehen, dass diese Deformationen durch den Kolonialismus und den von diesem aufgezwungenen subalternen Platz hervorgerufen wurden, und ohne nachzufragen, ob die okzidentale Gesellschaft mit ihren sozialen Gegensätzen, ihrer Kriegstreiberei, ihrem Konsumismus und ihrer totalen Kommerzialisierung nicht selber eine Deformation des ursprünglichen Menschheitsentwurfs darstellt. Dieser lässt sich jedoch nur aus dem Gesamt der Menschheit bzw. den Interessen der Gesamtmenschheit ableiten.

In nicht-teleologischer, in die Zukunft offener Weltsicht hätte die Menschheit auch andere, im Abendland wie in den Drittweltländern präformierte Entwicklungsmöglichkeiten (gehabt); es gab auch nichteuropäische Entwicklungsoptionen kapitalistischer oder nichtkapitalistischer Industrie, Wissenschaft und Kultur, die jedoch vom „stummen" ökonomischen Zwang des Eurokapitalismus niedergewalzt wurden. Schon Herder kritisierte scharf, die Diskussion des 20. Jahrhunderts antizipierend, die Selbsternennung Europas zum Maß allen Menschlichen. Er nennt Europa „eine Weltregion unter anderen" und stellt sich daher dagegen, dass „(...) die Europäer alle Völker nach ihren eigenen Maßstäben messen wollen. Wo ist das Mittel der Vergleichung? Jene Nation, die Ihr wild oder barbarisch nennt, ist im Wesentlichen viel menschlicher als Ihr (...). Der Neger hat so viel Recht, den Weissen für (...) einen gebohrenen Kackerlaken (sic) zu halten, als wenn der Weisse ihn für eine Bestie, ein schwarzes Tier hält." (Herder 1991 699)

6. Die Innensicht kultureller Identität der Kolonisierten

Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts wurde die Relation Europa vs. Rest der Welt nur als ökonomisches, politisches und ideologisches, kaum jedoch als kulturelles Problem gesehen. Für die Philanthropie des 18. Jahrhunderts bedeutete das Heranführen der Wilden an die europäische Zivilisation implizit, dass diese ihre eigene Kultur aufgeben. Robinson beraubt Freitag seines indianischen Namens, indem er ihn auf den europäischen *Friday* tauft, entfremdet ihn so seiner kulturellen Identität. Alle Kolonisierungsideologeme ignorieren oder diskriminieren außereuropäische Lebensweisen, Mentalitäten und Kulturen. Die Wortführer des europakritischen Diskurses von Las Casas bis Herder spielten nur die Rolle von Stellvertretern, von wohlmeinden Vormunden der Drittwelt, lieferten letztlich ein Fremdselbstbild. Alfred Döblin, Autor von *Berlin Alexanderplatz*, beschrieb in seiner Amazonas-Trilogie die Reaktion der Indianer auf die Ankunft der Weißen aus ihrer Sicht, aber er beschrieb in Wirklichkeit nur, wie er als Europäer dachte, dass die Indios auf diese reagierten.

Deshalb kommt der eigenen, sogenannten "Vision der Besiegten" große Bedeutung zu, wie sie im Kontext des antikolonialistischen Aufbruchs der 60er und 70er Jahre des 20. Jahrhunderts theoretisiert wurde. Nachdem bislang nur Europäer über die Drittwelt räsonierten, entwickelten emanzipatorische Philosophen der Dritten Welt wie der Mexikaner Zea und der Kubaner Fernández Retamar die These, dass der Andere, der Nichtokzidentale weder schlechter noch inferiorer, sondern wertgleich dem Europäer ist. Erstmals kam in *Les damnés de la terre* (1961) des schwarzen Martinikesen Frantz Fanon, von Jean-Paul Sartre bevorwortet, das kulturelle Selbstbild des farbigen Menschen der Dritten Welt und eine Kritik des vom Europäer geschaffenen Fremdbilds zum Ausdruck. Dieser heute fast vergessene Theoretiker stellt den okzidentalen Rassismus als psychologisches Problem für die Drittweltler heraus: ihre Minderwertigkeitskomplexe, ihre zwischen unterwürfiger Habacht-Stellung gegenüber dem Weißen und irrational-unmotiviert scheinender aggressiver Überkompensation changierende Haltung, ihr Nachäffen des Weißen, ihre Persönlichkeitsveränderung nach Europa-Aufenthalt. Zum Europasyndrom der Afrikaner gehört ihr angeblich spärlicher Anteil an der Weltkultur, so wenn der US-Amerikaner Huntington diskriminatorisch Afrika als Null (Zero)-Zivilisation bezeichnet, wie dies einst auch Hegel in Bezug auf Amerika als „geschichtslosem“ Kontinent tat. Ihr konstitutiver Beitrag zur europäischen Zivilisation als „Opfer“ bleibt unterirdisch und unsichtbar.

Fanon, von Beruf Psychiater und überzeugter Freudianer, aktiv in der algerischen Revolution tätig, stützt sich bei seiner Alteritätsthese auf Marcuses Theorie vom eindimensionalen Menschen und auf Hegels Herr-und-Knecht-Dialektik, also *nolens volens* auf westliche Begriffsinventarien. Er wendet die Marxsche Kategorie der Entfremdung auf die Schwarzen an, die ihrer eigenen Kultur durch kritiklose Übernahme europäischer *qua* weißer Verhaltensweisen entfremdet würden, ohne in der weißeuropäischen Kultur heimisch zu werden.

Die US-amerikanische *Africanness*-Bewegung statuiert – ein umgekehrter Rassismus – eine allen Schwarzen Afrikas, Nord- und Südamerikas und der Diaspora eigene Afroidentität. Doch es gibt meiner Ansicht nach keine auf Rasse als biologischem Phänomen gegründete Kultur, sondern nur eine je geschichtlich gewordene, die nachweislich als afrokubanische Kultur ganz anders ausfällt als die schwarzafrikanische in Senegal.

Der jüdisch-französische Ethnologe und Begründer des Ethno-Strukturalismus Claude Levi-Strauss bewies in *Tristes Tropiques* und *Le cuit et le cru*, dass primitive Waldindianer über eine komplizierte Struktur der Dorfanlagen, Verwandtschaftsbeziehungen, Sprachen und Mythen verfügen, woraus er die Gleichwertigkeit der Kulturen dieser angeblich kulturlosen Wilden und ihr Recht auf Differenz postuliert. Wichtig war seine (bereits von Herder vor ihm gemachte) Entdeckung, dass die Kulturen, die nach Marxscher bzw. westlicher Geschichtsauffassung in der Zeit aufeinanderfolgen, im Raum existieren, so dass die klassische Denkfigur der Individualgeschichte als Synekdoche der Menschheitsgeschichte, die ja das geographisch-räumliche Nebeneinander in historisch-chronologische Sequenzen auflöst, verschwindet: er diagnostiziert gleichzeitig-gleichwertige Verschiedenheit, weder Superiorität des Späteren noch Inferiorität des Früheren. Dies gilt auch für das polykulturelle Nebeneinander Orient, Amerika, Afrika und Okzident.

Der französisch-bulgarische Semiotiker Tzvetan Todorov hat in Verfolgung dieser Diskursfigur in *La conquête de l´Amérique*, *le problème de l´autre* (1982) die unglücklichen Beziehungen zwischen Europäern und Nichtokzidentalen als semiotisch-kommunikatives Problem dargestellt, als wechselseitiges Nichtbegreifen der Alterität des Anderen, als Missverständnis, das aus der Zugehörigkeit zu verschiedenen Kulturen mit verschiedener Geschichte erwächst. Der eigenen Subjektivität im Gadamerschen Sinne und dem Eigeninteresse im Habermas'schen Verständnis kann man nicht entrinnen. Der Europäer wird aus Unkenntnis vom Nichteuropäer missverstanden und umgekehrt. So war laut Todorov für den Conquistador Pizarro das Weg-

werfen der Bibel durch den Inka Atahualpa Gotteslästerung, obwohl Atahualpa als Analphabet nicht wusste, was ein Buch, noch als heidnischer Polytheist, was die Bibel und was Gotteslästerung war, während Pizarro nicht wusste, dass der Inka dies alles auf Grund seiner anderen Kultur nicht wissen konnte; ein Missverständnis mit tödlichem Ausgang für Atahualpa.

Diese Inkompatibilität von Kulturen und Kulturstufen, besonders zwischen oraler nichteuropäischer und skripturaler europäischer Kultur, ontologisieren manche Forscher zum unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Erster und Dritter Welt. Die Dritte Welt durchkreuze durch Ethnisierung der Beziehungen die kantianische Perspektive des mit der Herrschaft der transnationalen Monopole angebrochenen Ewigen Weltfriedens und beschwöre so kriegerische Konflikte mit dem Westen herauf. Der USA-Publizist Samuel Huntington teilte in *Clash of civilizations* (1993) in Nachfolge Oswald Spenglers die Welt „in the west and the rest": der Rest ist die Dritte Welt, immerhin vier Fünftel der Menschheit. Er prognostiziert den künftigen Krieg der Weltkulturen um kulturelle Identitäten statt um Wirtschaftsressourcen, zwischen Ethnien statt zwischen Staaten. Besonders aggressiv seien die islamische „culture with bloody borders" und der chinesische Konfuzianismus. Das schrieb er zehn Jahre vor dem New Yorker 11. September und fast zwanzig vor der Eskalation der Tibetfrage. Norman Podshoretz spricht heute sogar vom „Vierten Weltkrieg" des „Islamofaschismus" gegen den Westen.[8]

Hinter dieser Polemik steckt der westliche Anspruch auf aprioristische kulturelle Universalität, die Ansicht von der Allgemeingültigkeit der westlichen Kultur und die Herabstufung der nichtwestlichen Kulturen zu bloßen Epiphänomenen des okzidentalen Kulturimperialismus. Dies trifft heute besonders auf die USA zu, die laut Hobsbawm die Welt nicht nur beherrschen und ausbeuten, sondern in Missionierungseifer auch nach ihrem Bilde homogenisieren wollen, was die Kulturidentität der Völker der Dritten Welt bedroht. Deren Kultur ist nicht nur anders, sie ist auch anders strukturiert, ist Nebeneinander und Ineinander von Kultur westlicher und außerokzidentaler Herkunft, weist Spuren integraler Einheit materieller und immaterieller Weltaneignung im Widerspiel mit vom Abendland übernommener arbeitsteiliger Differenzierung von Religion, Kunst, Moral, Wissenschaft etc. auf.

Andererseits darf man das Beharren der nichtokzidentalen Völker auf ihrer Selbstheit und Alterität nicht als gewollte Konservierung des Drittweltsta-

8 (Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 3 (2008), S. 74 (über den Briefwechsel zwischen dem Nazijuristen Carl Schmitt und Hans Blumberg).

tus, als Verherrlichung kolonialer Deformierung, als freiwilliges Verbleiben in vorindustrieller Rückständigkeit und als Beschränkung auf Volkskultur, Folklore und Oralität statt Aneignung der im Westen entwickelten intellektuellen, skripturalen, wissenschaftlich-technisch untersetzten Hochkultur missdeuten, ohne welche im übrigen auch nicht der ersehnte sozialökonomische Gleichstand mit dem Okzident erreicht werden kann. Bei Kulturidentität geht es um die Erhaltung, Weiterentwicklung und „Aufhebung" von Ansätzen zu anderen, authentischen Gesellschaften und Kulturen, die weder in die Richtung des realen europäischen Kapitalismus noch des theoretischen europäischen Sozialismus, auch nicht in die des „realen" Sozialismus gehen, jedoch zwangsweise in die Gleise von Postmoderne und Postkolonialismus geleitet wurden.

Die nichtkapitalistische arabische Kolonisierung 714 bis 1492 verhalf beispielsweise der Pyrenäenhalbinsel zu hoher wirtschaftlicher und kultureller Blüte. Das islamisch-jüdische Spanien mit Averroes, Maimonides, Abraham ibn Daud und anderen Gelehrten war mit Medizin, Philosophie, Geographie, Übersetzungspraxis und Philologie dem barbarischen christlichen Europa hoch überlegen, vermochte so, Aristoteles und die griechische Antike, die zivilisatorische Grundlage des Okzidents, vor der Vernichtung durch den mittelalterlichen Feudalismus zu retten. Der nichtmuslimische Teil Spaniens dagegen blieb so ‚barbarisch' unentwickelt wie das christliche Resteuropa. Die Mayas und Azteken waren wirtschaftlich den Spaniern überlegen, verfügten über eine raffinierte Bewässerungslandwirtschaft und eine intensive Ökokultur, die erst die Kreolen verkommen ließen. China und Japan standen auch ohne Industriekapitalismus nicht im wirtschaftlichen Abseits. Chinas "average standard of living may at that stage have actually been superior to that of Europeans" (Hobsbawm 1987: 15). Diese Entwicklungen wurden jedoch durch den Okzident überholt und vernichtet. Wie es bereits (s. oben) Herder sagte: der Europäer habe die „Keime eigener Kultur der Völker, wo und wie er nur konnte, zerstört." (Herder 1991: 74)

Infolge der weltmarktlichen Ökonomisierung aller Beziehungen erfolgt die kulturelle Homogenisierung nach dem Muster der trivialen Kommerzkultur, zumal eine wirklich multikulturelle weltweite Vielfalt infolge der politisch-wirtschaftlichen Machtlosigkeit und Marginalisierung der auf Folklore reduzierten Drittweltkulturen perspektivisch nicht realisierbar ist. Der Österreicher Rössner von der Münchener Ludwig-Maximilians-Universität sieht die zukünftige kulturelle Gleichstellung zwischen Lateinamerika (bzw. der Dritten Welt) und Europa in ihrer gemeinsamen Nivellierung durch die Kom-

merzkultur, in „der schnellen Peripherisierung Europas, die mit der völligen Nordamerikanisierung Lateinamerikas zusammenfällt, um so eine gänzlich durch Hollywood & Co. homogenisierte Welt zu bilden." (Rössner 2005: 266)

7. Ursachen der Ungleichheit zwischen Erster und Dritter Welt

Der antikolonialistische, antihegemoniale Diskurs proklamiert wie erwähnt die Einheit und damit Gleichheit des Menschengeschlechts. Der jüdisch-christliche Monotheismus geht explizit von der Abkunft aller Menschen von einem Urpaar, Adam und Eva, aus. Montaigne, Herder und Kant postulierten ohne Kenntnis der modernen Abstammungsforschung einen einheitlichen menschheitlichen Ursprung, der Superiorität oder Inferiorität und jeden Rassismus ausschließt.

Aus diesem monistischen Menschheitskonzept resultierten die obengenannten Vergleiche der verschiedenen Welt"alter" mit den Generationsfolgen im menschlichen Individualleben sowie die Betrachtung der Unterschiede zwischen dem Okzident und den Entwicklungsländern als nur verschiedene Lebensalter der Menschheit, deren gleichzeitige Existenz der ungleichzeitigen Geschichtsentwicklung der verschiedenen Völker entspricht. Verschiedene Völker befinden sich gleichzeitig auf verschiedenen Stufen derselben einheitlichen Entwicklung.

Warum aber diese historischen Unterschiede zwischen Erster und Dritter Welt, warum blieb der Süden von Anfang an in Stagnation zurück? Warum erlangte die Nordatlantikregion – heute meist als der „Westen" bezeichnet – überhaupt Superiorität? Von einer ontologischen, rassen- und wesensmäßigen Inferiorität der Nichteuropäer und Nichtchristen, wie sie fast ein halbes Jahrtausend vom Kolonialdiskurs behauptet wurde, kann wohl nicht die Rede sein. Abgesehen von den kulturellen Höchstleistungen der Asiaten, Orientalen, Azteken und Inkas in der Vergangenheit beweist die kapitalistische Praxis der Schwellenländer, dass man im Süden sehr wohl imstande ist, aus akkumuliertem Kapital Profit zu schlagen, und die zwei Nobelpreise für ägyptische Naturwissenschaftler sowie die wissenschaftlich-technischen Spitzenleistungen der Chinesen, Japaner, Inder und Brasilianer, dass im Süden ungeahnte kreative intellektuelle Potenzen schlummern, die wirtschaftlich, bedenkt man seinen mineralischen und natürlichen Reichtum sowie seine größeren Humanressourcen, sogar die Machtverhältnisse auf der Erde zuungunsten des Westens bzw. Nordens verändern könnten – vielleicht ein

Grund für okzidentale Politik, die „Entwicklung der Entwicklungsländer" möglichst abzubremsen.

Die historische Wahrheit ist, dass der heutige Westen durch besonders privilegierte exogene Bedingungen einen Entwicklungsvorsprung gewann, der *a posteriori* sowohl als angeborener Wesenszug der Europäer als auch als universal und allgemeingültig *erscheinen* konnte.

Alexander von Humboldt, Kenner beider Welten und Natur- und Sozialwissenschaftler, sah im *Natur*unterschied zwischen dem heißen Klima des Südens und dem gemäßigten Europas die Ursache des *Kultur*unterschieds. Marx mutmaßte, diesen Gedanken weiterführend, der Wechsel der Jahreszeiten hätte die Europäer naturnotwendig zur Vorratswirtschaft gezwungen, weshalb sie einen voraussehenden, akkumulativen Zweckrationalismus entwickelten, der die Anhäufung von Produktionsmitteln *qua* fixen Kapitals begünstigte, wogegen dem Süden wegen der verschwenderischen, ganzjährigen Vegetation die Naturnotwendigkeit zu Sparsamkeit, Vorratswirtschaft und Akkumulation fehlte.

Den Rationalismus Descartes' sahen Herder, der von „kalter europäisch-nordischer Abstraktion" spricht (Herder 1990: 88), und Lateinamerikaner wie García Márquez und Carpentier als mentales Hauptmerkmal des Okzidents an, der sich zu wirtschaftlichem und politischen Zweckrationalismus, zu Philosophie, Wissenschaft, reiner Begrifflichkeit und kapitalismustypischem Pragmatismus entwickelte, alles geistige Instrumente im Dienste seiner weltweiten Dominanz. Demgegenüber verharrten die Nichteuropäer meist in Empirismus, Sensualismus und magisch-mythischem Vorrationalismus.

Sabine Kebir vermutet unter Rekurs auf Max Weber und Gramsci den Einfluss **„**(...) des protestantischen Arbeitsethos und der rationalen Lebensweise auf die arbeitende Klasse und seine Rückkoppelung auf die entsprechenden Nationalökonomien (...) Katholizismus und Orthodoxie hätten niemals so präzise auf den Industrialismus abzielende ideologische Funktionen ausüben können**."** (Kebir o. J.: 56/57)

Der iberische gegenreformatorische Katholizismus – vom magischen Mythenglauben der sogenannten „Primitiven" ganz zu schweigen – trug jedenfalls zum Zurückbleiben Lateinamerikas bei, während einige mehrheitlich euro-protestantische britische Kolonien in Amerika, Afrika und Australien zu entwickelten kapitalistischen Drittweltländern wurden. Meiner Ansicht meint der Weber-Gramscische „Arbeitsethos"-Begriff eigentlich Mehrarbeitsethos, Mehrarbeitszwang über bloße Subsistenz hinaus, wie er für den westlichen Industriekapitalismus charakteristisch ist. Die als weiterer endogener Grund

für das Zurückbleiben der Entwicklungsländer geltende stagnative, von Marx sogenannte *asiatische Produktionsweise* kennt keine Mehrarbeit und erzeugt kein Mehrprodukt.

Doch die vom Westen für die Menschheit erarbeitete und disponibel gemachte Kultur ist nicht an die natürlichen und kulturhistorischen Bedingungen seiner Entstehung gebunden, ist von allen Nicht-Okzidentalen aneignenbar, da die intellektuelle Grundausstattung aller Menschen gleich ist.

8. Perspektiven der Beziehungen Europa-Dritte Welt

Europas ruhmreiche Geschichte ist kein Ruhmesblatt. Die offiziellen Brüsseler Dokumente glorifizieren sie oder ignorieren sie in ihren *parties honteuses*. Im jüngsten Dialog zwischen SPD-Außenminister Steinmeier und Bundesphilosoph Habermas war viel von mangelnder europäischer Identität, aber nicht von Europas Beziehungen zur Dritten Welt und Entwicklungskooperation die Rede, höchstens von „gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitiken“ (Habermas/Steinmeier 2008: 11), was sich wohl nur auf die nichtwestlichen Länder beziehen kann. Finanzminister Peer Steinbrück spricht von Gerechtigkeit als Wettbewerbsvorteil in einer globalisierten Wirtschaft, meint damit aber nur innereuropäische Verhältnisse, keineswegs Gerechtigkeit für alle Völker in einer globalisierten Welt, und ist befremdet über die doch realitätskonforme neoliberale Behauptun, es gehe der BRD im Vergleich mit Ländern wie China, Indien und Russland immer noch sehr gut (Steinbrück 2008: 61).

Wenn man von Europa spricht, sollte jedoch immer auf den Europäer Herder als Begründer des europäischen selbstkritischen Diskurses und Chefankläger des Eurokolonialismus zurückgreifen. Zwar nennt Herder speziell die klassischen Kolonialmächte Spanien und Portugal und die kapitalistischen Parvenus England und Holland (und stellt befriedigt fest, dass Deutschland nicht zu den damaligen Kolonialländern gehört), betrachtet aber generalisierend ganz Europa. Heutiger Europakult und Europaeuphorie tabuisieren jede Selbstkritik an der eigenen Vergangenheit gegenüber der Dritten Welt, wie sie Herder gefordert hatte, als er schrieb, Europa selber halte zwar keine Sklaven, weil diese teurer seien als Freie, „(...) nur einen Luxus gestattet sich das gesittete Europa noch, nämlich "drei Weltteile" als Sklaven zu gebrauchen. (...) Drei Weltteile durch uns verwüstet und polizieret (...) Eigentlich müßte sich der Europäer wegen des Verbrechens beleidigter Menschheit fast vor allen Völkern schämen. (Europa müsste) nicht der weise, sondern der anmaassende, zudringliche, übervortheilende Theil der Erde heissen; er hat nicht

cultiviert, sondern die Keime eigener Kultur der Völker, wo und wie er nur konnte, zerstört (...)." (Herder 1994: 672)[9]

Herder ist wohl der erste, der die drei Erdteile Afrika, Asien und (Latein)Amerika als Einheit begreift und sie Europa gegenüberstellt. Europa müsste sich in seinem Geiste bei den Völkern der Dritten Welt entschuldigen für die Hunderte Millionen Opfer seiner Kolonialkriege und einen diesbezüglichen Reue-Text in seine Verfassung aufnehmen. Als eine der wenigen europäischen Regierungen hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland durch die Entwicklungsministerin bei einem Besuch in Namibia eine solche Entschuldigung für die deutschen Kolonialgräuel in Südwestafrika ausgesprochen.

Doch darüber hinaus geht es um Entschädigung: statt bisheriger Entwicklungshilfe, die im Falle Mittelamerikas geringer ist als die Zolleinnahmen des Bundes für die Importe aus jener Region, und die zu einem „symbolischen Sühneopfer für riesige Ausplünderungsprozesse, zum Feigenblatt kommerzieller Gewinnmaximierung" verkommen ist, mit dem sich Europa loskaufen wolle und so eine Gleichberechtigung verhindere (Wiese 1992: 70).

Es geht vor allem um Rückzahlung jener zwangsweise abgepressten Entwicklungshilfe, die man Europa über ein halbes Jahrtausend gewährt hat. Europa muss laut Herder materiell „ersetzen, was es verschuldet, gutmachen, was es verbrochen hat" (Herder 1991: 672). So radikal wird das heute nicht mehr zu sagen gewagt. Es ist aber der einzige Weg: Europa muss allen Entwicklungsländern nicht nur symbolisch, sondern effektiv die Schulden bezahlen, die nicht höher sind als die Kosten, die eine aufholende Modernisierung verursachen würde. Europa hat heute mehr zu bieten als Branntwein, Handel, Krieg und Christentum, seine laut Herder ehemals einzigen vier Hauptexportgüter in die Dritte Welt. Das notwendige Geld ist in dem schwerreichen Kontinent in 500 Jahren übergenug akkumuliert worden. Schwellenländer wie Brasilien und Länder wie China, Japan, Chile, Argentinien und Uruguay, die geographisch dem Westen bzw. Norden fern lagen, können auf eigenen Füssen stehen. Effektive Hilfe benötigen vor allem Schwarzafrika, Mesoamerika, die Andenregion, einige Länder des Nahen und Fernen Ostens und punktuelle Problemregionen. Europa muss mittelfristig die fehlenden Infrastrukturen, Industrien, Bildungsinstitutionen aller Kategorien von den Elementarschulen bis zu Exzellenzuniversitäten sowie ein Gesundheits- und Sozialwesen auf dem Stand des 21. Jahrhunderts finanzieren bzw. installieren,

9 Das Zitat folgt in der Rechtschreibung dem Herderschen Original (HOD)

so man will, dass die heute Geborenen in menschenwürdigen, den westlichen vergleichbaren Lebensumständen leben, nicht früh an heilbaren Krankheiten sterben, nicht an Unterernährung leiden, sich im Leben Zahnersatz, Auto oder Tourismusreise in die Nachbarregion leisten können.

Sozialökonomische Transformationsprozesse sind langwierig. Noch nach 20 Jahren Einheitsprozess verfügen die Ostdeutschen über niedrigere Löhne und Rentenentgeltpunkte als die Westdeutschen, so rechnet man heute in Polen, der Ukraine, Rumänien und anderen früheren Ostblockstaaten mit mehreren Jahrzehnten, um westliches Lebensniveau zu erreichen. Die Beseitigung der Ungleichheit zwischen Erster und Dritter Welt ist ein noch viel aufwendigeres Jahrhundertwerk; eine selbstläufige Angleichung der Lebensverhältnisse wird es nie geben. Selbst mit Theodor Heuss' wohlgemeinter, idealischer Devise von gegenseitigem „freudigem Geben und Nehmen"[10] ist es nicht getan. Auf der industriellen und kulturellen Höhe des 21. Jahrhunderts müssen Armut, Hunger, Epidemien und Analphabetismus beseitigt werden - ohne Import von Konsumismus und Kommerzkultur. Das Geld kann durch Umwidmung der unproduktiven Rüstungsausgaben freigemacht werden, zumal die stärkste Militärkoalition der Welt, die NATO, ausschließlich den Westen umfasst, dieser also souverän entsprechende Entscheidungen fällen kann. Mittelbare Folgen wären: die Abminderung der Terrorismusgefahr von Seiten solcher Vertreter der Dritten Welt, die zum Festbankett der Reichen dieser Welt zu spät gekommen sind und glauben, den Okzident erpressen zu können, sowie der Abbau des historisch begründeten Misstrauens der Dritten Welt gegen den Westen.

Bibliographie

Broyles, Yolanda: Julia: The German Response to Latin American Literature and the reception of Jorge Luis Borges and Pablo Neruda. Ann Arbor – London: University Microfilms International 19979 (auch Heidelberg 1981)

Carvajal, Fr. Gaspar de: *Descubrimiento del Río de las Amazonas*. Valencia: Estudios Ediciones y Medios EDYM. 1992

Chomsky, Noam: Power and Terror. US-Waffen, Menschenrechte und internationaler Terrorismus. Hamburg-Wien: Europa Verlag 2004

10 Der auf die Kulturbeziehungen zwischen Deutschland und Lateinamerika bezogene Titel eines von Günther Maihold herausgegebenen Sammelbandes lautet: Ein "freudiges Geben und Nehmen". Frankfurt am Main: Vervuert 2001

Dill, Hans-Otto: Retórica europea y retórica autóctona de la Conquista y Colonia. In: Hans-Otto Dill: Dante criollo. Emsayos euro-latinoamericanos. Frankfurt am Main: Peter Lang 2006, 57–67

Fanon, Frantz: Das kolonisierte Ding wird Mensch. Leipzig: Reclam 1986

Gewecke, Frauke. Wie die neue Welt in die alte kam. Stuttgart:Klett-Cotta 1986

Habermas, Jürgen/Steinmeier, Frank Walter: Integration oder Devolution. In: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte 3/ 2008, 9–14

Herder, Johann Gottfried: Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit, in J. G. Herder: Werke, Bd. 4, Frankfurt am Main, Deutscher Klassiker Verlag 1994

Herder, Johann Gottfried: Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit. Stuttgart: Reclam 1990

Herder, Johann Gottfried: Briefe zur Beförderung der Humanität, in: J. G . Herder: Werke, Bd. 7, Frankfurt am Main, Deutscher Klassiker Verlag 1991

Hobsbawm, E. J.: History of the Civilization The Age of Empire. New York: Pantheon Books, 1987

Humboldt, Alexander von: Vom Orinoco zum Amazonas. Wiesbaden. Heinrich Albert Verlag 1995

Hummel, Hartwig/Wehrhöfer, Birgit: Geopolitische Identitäten Kritik der Ethnisierung einer sich regionalisierenden Welt als paradigmatische Erweiterung der Friedensforschung: In: WeltTrends, 1996/12, 7–34

Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. Leipzig, Reclam 1984

Kebir, Sabine: Die Internationalisierung der "Zivilgesellschaft." Ein Versuch zur Aktualisierung Gramscis. In: Argument Sonderband AS 159, o. J., 51–67

Kuczynski, Jürgen: Defoe, Pope und Swift. In: Gestalten und Werke, Bd. 2. Berlin: Aufbau Verlag 1971; 9–40

Las Casas, Bartolomé de las: *Kurzgefaßter Bericht von der Verwüstung der Westindischen Länder.* Frankfurt am Main. Insel 1969

Lenin, Wladimir Iljitsch: Ausgewählte Werke I. Berlin: Dietz 1978

Lévi-Strauss, Claude: Tristes tropiques. Paris: Plon 1955 (dt. Traurige Tropen. Leipzig Reclam 1988)

Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie. Berlin: Dietz 1974 (2. Aufl.)

Nerlich, Michael: Kritik der Abenteuer-Ideologie. Berlin: Akademie Verlag 1977

Rössner, Michael: Lateinamerikanische Literaturgeschichte. Stuttgart: Metzler, 1994

Rössner, Michael Érase una vez un boom. Reflexiones carnavalescas acerca de fenómenos de preglobalización postcolonial en el siglo pasado. In: López de Abadia, Manuel /José Morales Saravia (ed.): *Boom* y *Postboom* desde el nuevo siglo: impacto y recepción. Madrid: Editorial Verbum, 2005, S. 248–267

Schmitt, Albert R.: Herder und Amerika. The Hague- Paris: Mouton & Co. 1967

Suárez, Francisco: De legibus. Ausgewählte Texte zum Völkerrecht. Lateinischer Text nebst deutscher Übersetzung herausgegeben von Josef de Vries S. J. Einleitung von Josef Soder S. J.. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1965.

Steinbrück, Peer: Gerechtigkeit – Wettbewerbsvorteil in einer globalisierten Wirtschaft, in : Frankfurter Hefte 3/ 2008, 60–63

Tidick, Hans-Jörg: Daniel Defoes kleinbürgerliche Gesellschafts- und Literaturkritik. Vorstudien zu einer Analyse des "Robinson Crusoe". Frankfurt am Main – Bern: Peter Lang 1983

Todorov, Tzvetan: Nous et les autres. La réflexion française sur la diversité humaine. Paris: Seuil 1989

Todorov, Tzvetan: La conquête de l´Amérique. Le problème de l´autre.. Paris. Seuil 1982

Vitoria, Francisco de (1988): Relecciones sobre los indios y el derecho de guerra. Compilador: Guillermo Malavassi. San José (de Costarica): Editorial Alma Mater.

Weimann, Robert: Daniel Defoe. Eine Einführung in sein Romanwerk. Halle: VEB Sprache und Literatur 1962

Wiese (-Höbler), Claudia: Die Rezeption der hispanoamerikanischen Boom-Romane in Deutschland. Frankfurt am Main: Vervuert 1992

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *97(2008), 83–99*

Günter Benser

Umkämpfte Akten und Bücher
Was wurde aus den Archiven und Bibliotheken der Parteien und Organisationen der DDR?

Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 8. Mai 2008

Wovon ist die Rede?

In den Jahren 1990 bis 1992, als so viele der Institutionen und Strukturen aus DDR-Zeiten einer ungewissen Zukunft entgegensahen, wurde auch um den Fortbestand von Archiven und Bibliotheken der Parteien und Organisationen der DDR hart gerungen. Interessen stießen schroff auf einander. Die Vernünftigen, die einen sachgemäßen Umgang mit den unersetzlichen Quellen, den tradierten Einrichtungen und dem kompetenten Personal forderten, hatten keinen leichten Stand. Denn für so manche Verantwortungsträger und Publizisten stellte Unwissenheit keinen Hinderungsgrund dar, sich massiv einzumischen und politische Grabenkämpfe auszutragen. Unterschiedliche Institutionen und Personen meldeten ihre – meist unseriösen – Begehrlichkeiten an. Insofern spiegeln sich in den Auseinandersetzungen um diese Archive und Bibliotheken zugleich die politischen Umstände und Fehden der Endzeit der DDR und des Anschlusses der ostdeutschen Länder an die BRD wider.

Ins Zentrum der Auseinandersetzungen – von den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit abgesehen – geriet verständlicherweise das Zentrale Parteiarchiv der SED, das sich in dem aus dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML) hervorgegangenen Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA) befand. Hier wurden etwa 5.000 laufende Meter Regalfläche einnehmende archivalische Überlieferungen aufbewahrt. Es handelte sich um das Endarchiv der zentralen Überlieferung der SED, doch reichten die Bestände bis in die Anfänge der Arbeiterbewegung zurück. Dazu zählten Dokumente internationaler Arbeiterorganisationen wie des Bundes der Kommunisten, der I., II. und III. Internationale, der Marx-Engels-Bestand, organisationseigenes Schriftgut zur Geschichte der SPD und von proletarischen Massenorganisationen, das Historische Archiv der KPD,

Nachlässe verstorbener und Vorlässe noch lebender Arbeiterfunktionäre, Sammlungen mit über 2500 Erinnerungen oder Erlebnisberichten über historische Ereignisse, Schriftgut zur Geschichte der Arbeiterbewegung der BRD sowie ein umfangreiches Bildarchiv wie auch Film- und Tondokumente, Sammlungen von Plakaten, Abzeichen und Geschenken an die Partei beziehungsweise deren führende Vertreter. Die Überlieferung der engeren Parteiführung, also vor allem die Protokolle der Sitzungen des Politbüros und Sekretariats des Zentralkomitees der SED befanden sich in einem internen Archiv, das formal dem ZPA zugeordnet war, aber strenggefaßten Bestimmungen unterlag. Außerdem hatte das Zentrale Parteiarchiv 1957 in beträchtlichem Maße Aktenbestände ehemaliger deutscher Reichsbehörden übernommen, vor allem Akten des Ministeriums des Innern, des Justizministeriums, des Reichssicherheitshauptamtes, des Reichsgerichts und des Volksgerichtshofes. Dieses Schriftgut enthielt auch beschlagnahmtes authentisches Material von Arbeiterorganisationen beziehungsweise Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung. Dennoch gehörte dieses Schriftgut der Sache nach in die staatlichen Archivfonds. Vermutlich wollten in diesen Akten ausgewiesene Spitzenfunktionäre der SED derartige Materialien bewußt unter Kontrolle der Partei halten. Diese Bestände wurden von der Archivleitung, abgestimmt mit der neuen Direktion des IfGA, im Mai 1990 an das Staatsarchiv abgegeben.

Die politische Brisanz ergab sich daraus, daß sich in den Überlieferungen der SED die Zeugnisse ihres Handelns als Machtzentrale der DDR einerseits und als gesellschaftspolitische Organisation andererseits unentwirrbar überkreuzten und durchdrangen. Eine besondere Verantwortung erwuchs dem Archiv und bald auch den neuen Verantwortungsträgern der Nachfolgepartei PDS daraus, daß einige ausländische Kommunistische oder Arbeiterparteien, die in die Illegalität gedrängt worden waren, Schriftgut ihrer Organisationen im Zentralen Parteiarchiv der SED deponiert hatten. Der Zugriff auf solche Materialien konnte Arbeiterfunktionäre unmittelbar an Leib und Leben gefährden, somit waren solche Deposita unbedingt schutzwürdig.

Die Bibliothek – eine der größten sozialgeschichtlichen Büchereien im deutschsprachigen Raum – umfaßte etwa 700.000 inventarisierte und ca. 100.000 unbearbeitete bibliographische Einheiten. Besonders ihr umfangreicher Bestand an Periodika der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, die große Zahl interner Veröffentlichungen der Parteien und Organisationen, die vielen in Verbotszeiten illegal herausgegebenen Schriften, der Fundus an Erstausgaben und andere Raritäten machten den hohen Wert dieser Bibliothek aus.

Archiv und Bibliothek bildeten in ihrer Gesamtheit und ihrer gegenseitigen Ergänzung einen unverzichtbaren Fundus für die Erforschung der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, für die Herausgabe der Marx-Engels-Gesamtausgabe und der damit verbundenen Marx-Engels-Forschung und nicht zuletzt für die bald ausufernden Untersuchungen zur DDR-Geschichte. Und wenn von Akten und Büchern die Rede ist, so sollte immer mitgedacht werden, daß diese Sammlungen durch zuverlässig erarbeitete Bestandsübersichten, Findbücher, verschiedenartige Kataloge, Karteien, Dokumentationen und Bibliographien erschlossen waren, daß auch eine modern ausgestattete Restaurierungswerkstatt und eine Buchbinderei, vor allem aber ein Mitarbeiterstab mit einem hohen Maß an Sachkompetenz dazu gehörten.

Der Umgang mit dem Zentralen Parteiarchiv der SED und der Bibliothek im IML sollte sich gewissermaßen als Modellfall für die Behandlung der ungedruckten und gedruckten Überlieferungen aller Parteien und Massenorganisationen in der Endphase der DDR und nach dem Anschluß an die BRD erweisen. Die politischen, juristischen und wissenschaftsrelevanten Probleme, die beim Umgang mit dem Eigentum sogenannter staatsnaher Organisationen hochkamen, traten hier in konzentrierter und besonders krasser Form in Erscheinung. Doch zeigte sich bald, daß nicht nur für das SED-Archiv und die IML-Bibliothek Handlungsbedarf bestand, sondern auch hinsichtlich der Archive und Bibliotheken der anderen Parteien des Demokratischen Blocks sowie der Organisationen der DDR. Über umfangreiche und wertvolle Überlieferungen verfügte der FDGB mit seinen Industriegewerkschaften im Umfange von etwa 2.000 lfm Akten und der ehemals größten Gewerkschaftsbibliothek Europas sowie die FDJ mit über 1.000 lfm Archivalien.

Über die Auseinandersetzungen um Archive und Bibliotheken und die schließlich gefundenen Lösungen existiert mittlerweile eine ansehnliche Literatur, bestehend einerseits aus zeitgenössischen Stellungnahmen und andererseits aus später verfaßten Rückblicken – vor allem aus der Sicht des Bundesarchivs und des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Auf diese Literatur, auf mein persönliches Archiv und auf meine Erfahrungen als gewählter Direktor des IfGA, also als unmittelbar Beteiligter, stützt sich dieser Bericht. Als erste und am ausführlichsten hat sich Inge Pardon, die im Juli 1990 die Nachfolge des langjährigen Archivleiters Heinz Voßke antrat, der hier erörterten Thematik gestellt.[1] Über

1 Inge Pardon: Das Zentrale Parteiarchiv unter veränderten politischen Rahmenbedingungen (1990–1992). Zur Sicherung und Bewahrung seiner Bestände. Abschlußarbeit im Postgradualen Studium Archivwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1992.

ihre Darstellung und Dokumentation, mit der noch in bevorstehende Entscheidungen eingegriffen werden sollte, kann hier nur insofern hinausgegangen werden, als nun die Rückschau mit dem Abstand von anderthalb Jahrzehnten möglich ist, zusätzliche Dokumente und Erinnerungen ausgewertet und die real eingetretenen Wirkungen eingeschätzt werden können.

Gefährdungen und Befürchtungen, Interessen und Pläne

Bekanntlich richtete sich Ende 1989/Anfang 1990 der Volkszorn in erster Linie gegen die allmächtige Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, speziell gegen deren Führung und deren Apparate. Davon war naturgemäß das in der Wilhelm-Pieck-Straße (jetzt Torstraße) ansässige Institut für Marxismus-Leninismus unmittelbar betroffen. Es verfügte ja nicht nur über Akten und Bücher, sondern war Sitz des Rates für Geschichtswissenschaft, Leitinstitut für die Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung sowie für die Marx-Engels-Forschung. Dieses Institut hatte über das parteioffizielle Geschichtsbild zu wachen, was nicht heißen soll, daß dort nicht auch ernsthaft geforscht worden wäre.

Das erste, was wir auf uns selbst gestellt unternehmen konnten, war die Öffnung des Archivs und der Bibliothek und das Herstellen von Transparenz, um diese Einrichtungen aus dem sie umgebenden Dunstkreis herauszuführen. Im März 1990 wurde eine neue Archiv- und Benutzungsordnung erarbeitet, die sich an der Bundesarchivgesetzgebung orientierte. Die entscheidende Neuerung war die Öffnung aller SED-Bestände, zu denen seit Februar 1990 auch das interne Archiv gehörte, für die allgemeine Forschung. Das löste nicht nur einen riesigen Andrang aus, sondern fand auch bei Forschern unterschiedlicher Herkunft Anerkennung. So schrieb der Herausgeber der in Westberlin erscheinenden „Internationalen Wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Henryk Skrzypczak, in einem Brief, über das Archiv, „von dessen Benutzung ich ... nicht einmal zu tagträumen gewagt hätte.“[2]

Die ersten Gefährdungen für Akten und Bücher hatten ihren Ursprung in der SED selbst. Der erzwungene Rücktritt des Politbüros und des Zentralkomitees, der Zerfall des Parteiapparates hatten zwangsläufig zu einer enormen

2 Henryk Skrzypczak an Agnes F. Peterson, 15.7.1991. In: Älter ist nicht alt genug. Festschrift zum 80. Geburtstag von Henryk Skrzypczak. Hrsg. v. Günter Benser im Auftrage des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 2007, S. 94.

Verunsicherung der peripheren Einrichtungen geführt, deren Zukunft ungewiß war. Der neuen Mannschaft, die als Arbeitsausschuß die Geschicke der Partei nun zu lenken suchte, war die Problematik von Archiven und Bibliothek fremd. Hier mußte Aufklärungsarbeit geleistet werden, damit diese neuen Leute begriffen, was da noch alles unter ihre Verantwortung geraten war. Am 8. Dezember 1989 trat der Außerordentliche Parteitag der SED/PDS zusammen. Er erreichte seinen kritischsten Punkt, als über einen Antrag auf Auflösung der SED abzustimmen war. Die politischen Folgen einer Auflösung sollen uns hier nicht interessieren. Die in Parteieigentum befindlichen Archive und Bibliotheken wären im Falle einer Selbstauflösung ohne Rechtsnachfolger (falls so etwas juristisch überhaupt Bestand gehabt hätte) herrenloses Gut gewesen. Diese Gefahr wurde indes von den Parteitagsdelegierten einmütig abgewendet.

Dennoch zeichnete sich ab, daß Archiv und Bibliothek als Parteieinrichtungen keine Zukunft hatten. Diejenigen, die mit den Akten und Büchern am engsten verbunden waren und die Gefährdungen am ehesten voraussahen, dachten zunächst an eine Lösung im Rahmen des staatlichen Archivwesens der zunächst noch handlungsfähigen DDR. So entstand im Januar 1990 die Idee, ein „Nationalarchiv" beziehungsweise Zentralarchiv der DDR ins Leben zu rufen. Hier sollten „das Zentrale Staatsarchiv Potsdam und dessen Außenstellen, das Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung, das Zentrale Parteiarchiv der PDS, die Zentrale Bibliothek für Geschichte der Arbeiterbewegung, Nachlässe und Dokumentationen von Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens Eingang finden".[3] In einer Vorlage für den Ministerrat wurde darauf verwiesen, daß sich die Situation „durch die Notwendigkeit der Sicherung der Quellen bei der Verwaltungsreform sowie Quellen aufgelöster Einrichtungen und gesellschaftlicher Organisationen" verschärfe. Auch eine „Entwicklung in Richtung Vereinigung der beiden deutschen Staaten" erfordere „die Schaffung eines Zentralarchivs der DDR in Berlin als Teil eines künftigen Nationalarchivs". Standort dieses Archivs sollte das frühere Gebäude des Zentralkomitees der SED werden. Es war gelungen für dieses Projekt Verbündete im Innenministerium der DDR und in der Staatlichen Archivverwaltung zu gewinnen, so daß die Sache bis zu einer Ministerratsvorlage gedieh, aber dann von den sich überstürzenden Ereignissen überrollt wurde.

3 Schreiben an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Herrn Dr. Hans Modrow. In Inge Pardon: Das Zentrale Parteiarchiv, Dokumentenanhang.

Im Umfeld überwog zunächst die Zufriedenheit darüber, daß nun bisher nur begrenzt benutzbare Bestände allgemein zugänglich geworden waren, und zwar für Forscher aus Ost und West. Es gelang zahlreiche Kontakte zu knüpfen und auf nationalen und internationalen Foren, den Fachkollegen die Gefährdungen der ostdeutschen Archive und unsere Überlegungen zum Erhalt von Archiven und Bibliotheken darzustellen. Unter Leuten, die von der Sache etwas verstanden, bildete sich ein gewisser Konsens heraus:

Erstens war der Wert dieses Kulturgutes erkannt worden, das ja keineswegs nur zu DDR-Zeiten entstandene und DDR-Entwicklungen widerspiegelnde Materialien umfaßte. Nicht die politischen Aufgeregtheiten jener Monate durften ausschlaggebend werden, sondern Sachkompetenz sollte obsiegen.

Zweitens wuchs die Zustimmung, daß die Bestände in ihren genetischen Zusammenhängen und unter Respektierung des Provenienzprinzips zu bewahren sind. Daß hätte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollen, stieß aber auf folgenden Einspruch: Da die Führungsinstanzen der SED die eigentliche Machtzentrale der DDR verkörperten, tragen die in Ausübung dieser Funktion entstandenen Überlieferungen den Charakter staatlicher Akten. Infolgedessen könnten im Parteiarchiv vielleicht Bestände wie Mitgliederbewegung, Parteiorganisation, Agitation und Propaganda, Parteischulung und ähnliches verbleiben, aber die Dokumente, in denen sich die politischen, ökonomischen und kulturellen Entscheidungsprozesse widerspiegeln, seien ihrem Wesen nach staatliches Schriftgut und gehörten in staatliche Archive. Die Überlieferung war jedoch so komplexer Natur, daß ein Zerreißen der Bestände nicht nur unberechtigt gewesen wäre, sondern die Erforschung von Entwicklungen und Zusammenhängen arg behindert, wenn nicht unmöglich gemacht hätte.

Drittens herrschte unter Forschern allgemeine Übereinstimmung, daß der großzügige Zugang zu den Beständen – ohne jegliche Sperrfristen – nicht rückgängig gemacht werden darf. Eine bloße Eingliederung dieser Bestände in das Bundesarchiv und damit deren Behandlung entsprechend dem bundesdeutschen Archivgesetz hätte eine dreißigjährige Sperrfrist mit sich gebracht. Deshalb befürwortete anfangs die Mehrheit der involvierten Wissenschaftler, Archivare und Bibliothekare eine neue Struktur außerhalb des staatlichen Archivwesens.

Viertens sprachen sich die meisten für den Standort Berlin aus. Denn Berlin war der Entstehungsort der hauptsächlichen Bestände, hier befanden sich wesentliche weitere Überlieferungen, die mit den infragestehenden Bestän-

den korrespondierten. Der Erhalt des Standortes lag nicht zuletzt im Interesse der abgewickelten DDR-Forscher, die sich künftig Archivreisen kaum noch leisten konnten.

Fünftens schließlich ging es darum, den Zusammenhang von Archiv und Bibliothek zu bewahren und beide nicht als abgeschlossene, sondern als lebendige Sammlungen zu behandeln, die ihre Erwerbungen in den Hauptsammelgebieten fortsetzten.

Waltete auf der einen Seite Vernunft, so wogten auf der anderen Seite die Emotionen, offene Anfeindungen häuften sich. Die Gerüchteküche brodelte: Die PDS beziehungsweise das IfGA seien im Begriff, das Archiv ins Ausland (zum Beispiel nach Japan oder in die Vereinigten Staaten) zu verscherbeln oder in der UdSSR einzubunkern. Tatsächlich war die PDS mit dem abenteuerlicher Ansinnen konfrontiert worden, das Archiv nach Moskau zu verbringen. Da ging es wohl nicht so sehr um Fürsorge für unser Archivgut als um den Versuch, Materialien, die sowjetische beziehungsweise russische Interessen tangierten, unter Kontrolle zu bekommen. Gregor Gysi hat am 5. November 1991 zu Agenturmeldungen eine Erklärung[4] abgeben, in der er unmißverständlich erklärte: „Im Frühjahr 1990 wurde an mich seitens der KPdSU das Angebot herangetragen, das Parteiarchiv nach Moskau auszulagern. Dieses Angebot habe ich abgelehnt, weil die Bestände des Archivs für die Aufarbeitung der Geschichte der DDR und darüber hinaus für die Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung von großer Bedeutung sind." Dem Vertreter der KPdSU Portugalow habe er erklärt, sollte das Archiv in Bundeseigentum übergehen, müßte sich im Falle eigenständiger Interessen der Generalsekretär der KPdSU an den Bundeskanzler und nicht an ihn wenden.

Mit solcher Schärfe stellten sich für andere Archive und Bibliotheken die Probleme nicht. Im Unterschied zur SPD hatten CDU und FDP keinerlei Skrupel, sich der ehemaligen Blockparteien zu bemächtigen, wissend, daß sich ohne deren Logistik in den wieder gebildeten ostdeutschen Ländern keine überragenden Wahlergebnisse erzielen ließen. So gingen die CDU(Ost) und die DBD in der CDU, die LDPD und die NDPD in der FDP auf. Damit war zunächst auch ein schützendes Dach über das Eigentum dieser Parteien einschließlich der Archive, Bibliotheken und Verlage gespannt. In der Endphase der DDR war nach dem noch kurz vor ultimo erlassenen Stiftungsgesetz die Johannes-Sassenbach-Stiftung als Auffangbecken für Archiv und Bibliothek des in Liquidation befindlichen FDGB ins Leben gerufen worden.

4 Siehe ebenda, Dokumentenanhang.

Das FDJ-Archiv versuchte sich als ein Institut für Zeitgeschichtliche Jugendforschung zu etablieren, was aus eigener Kraft nicht gelingen konnte, aber zu einem längeren Ringen um Selbstbehauptung führte.

Das Projekt eines paritätischen Vereins mit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Den Strukturen der Bundesrepublik Deutschland hätte es eigentlich entsprochen, Archiv und Bibliothek der PDS in einer parteinahen Stiftung zu verankern, analog dem Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Archiv für christlich-soziale Politik in der Konrad-Adenauer-Stiftung oder dem Archiv des Deutschen Liberalismus in der Friedrich-Naumann-Stiftung. Eine Anbindung des Zentralen Parteiarchivs an eine parteinahe Stiftung der PDS hatte aber zu dieser Zeit keinerlei Chance.

Es blieb nur der Weg, Partner zu suchen. Vom Charakter der Überlieferungen her und auch angesichts der zu DDR-Zeiten gepflegten Kontakte lag es am nächsten, die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen beziehungsweise auf dort vorhandene Überlegungen einzugehen. Im März 1990 schon wurde im IfGA eine Delegation der FES empfangen und eine engere Zusammenarbeit vereinbart. Im Mai 1990 entstanden erste Überlegungen, die sich an einer Art skandinavischem Modell orientierten, wo Überlieferungen der Arbeiterbewegung in staatlich unterstützten gemeinnützigen Einrichtungen aufbewahrt werden.

Je näher ein Anschluß der ostdeutschen Länder an die BRD heranrückte, desto mehr mußte die PDS auf eine Regelung für Archiv und Bibliothek bedacht sein. Als anzustrebende Lösung schälte sich ein gemeinnütziger Verein „Archiv und Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ heraus, der von PDS und FES paritätisch besetzt werden sollte.[5] Das erste grundsätzliche Positionspapier, das im IfGA erarbeitet wurde, datiert in seiner Reinschrift vom 18. Juni 1990.[6] Grundidee war, „daß die PDS die materiellen und ideellen Werte des Archivs und der Bibliothek, andere Beteiligte die Umlaufmittel einbringen“. Es enthielt folgende eindeutige Aussage: „Ein freiwilliger oder ein nur finanziell motivierter Totalverzicht der PDS auf ihr Parteiarchiv bzw. eine komplette Übertragung des Archivs auf die Friedrich-Ebert-Stiftung verbieten sich, weil die Partei damit politisch ihr Gesicht verlieren würde und den Unterzeichnern eines solchen Abkommens von der Basis das Vertrauen entzogen würde...“ Deshalb war es auch immer das Bestreben unserer Seite,

5 Siehe das Positionspapier vom 12. September 1990. In Ebenda, Dokumentenanhang.
6 Vertrauliches Positionspapier betr.: Verhandlungen mit Vertretern der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 18. Juni 1990 (im Besitz des Verf.).

die Verhandlungen mit der FES durch Parteitagsbeschlüsse der PDS legitimieren zu lassen.

In der Folgezeit wurde vor allem über die Ausgestaltung der Satzung eines solchen Vereins, für die von uns am 6. Juli 1990 ein erster Entwurf vorgelegt wurde, und über den Inhalt einer Vereinbarung zwischen PDS und FES verhandelt. Dabei wurde seitens der PDS vor allem folgende Schwerpunkte der Verhandlungsstrategie verfolgt:

- eindeutige Aussagen zur Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit von Archiv und Bibliothek, zur Einheit der Bestände am Standort Berlin,
- Festschreiben der weiteren Sammlungs- und Erwerbungstätigkeit von Archiv und Bibliothek und deren Teilnahme am nationalen und internationalen Austausch, an Tagungen und Kontakten,
- Sicherung voller Parität, einschließlich der Personennachfolge, das Ausschließen irgendwelcher Manipulierbarkeit von Entscheidungen,
- Vorkehrungen für den Fall der Auflösung des Vereins.

Dissens bestand anfangs, ob – so die Vorstellung der FES – die PDS Archiv und Bibliothek dem Verein übereignet, oder – so die Position der PDS – Archiv und Bibliothek dem Verein zur Verwahrung und Nutzung gegeben werden. In unserer Verhandlungsdirektive vom 12. September 1990 war formuliert: „Bisher ist vor allem unter dem Aspekt verhandelt worden, wie Archiv und Bibliothek finanzierbar werden, inzwischen ist aber in den Vordergrund gerückt, wie sie vor unrechtmäßigem Zugriff anderer Interessenten geschützt werden können."[7]

Wie real diese Gefahr war, zeigte sich, als am gleichen Tage in der Volkskammer der DDR von den Fraktionen der CDU/DA, der SPD, der DSU, der F.D.P. und von Bündnis 90/Grüne beantragt wurde, das „Archivgut der Parteiarchive des Politbüros der SED und des Zentralkomitees der SED durch den Staat" zu sichern.[8] Wenn dieser Antrag abgewehrt werden konnte, so war dies wesentlich der überzeugenden Argumentation zu danken, die Klaus Höpcke als Abgeordneter der PDS auf der Plenarsitzung vom 13. September 1990 vortrug. Es sprach auch für die PDS, daß sie nie der Versuchung erlegen ist, aus dem Zentralen Parteiarchiv Munition für den Wahlkampf zu entnehmen, obwohl es ein Leichtes gewesen wäre, so manchen gewendeten, sich nun in der Allianz für Deutschland hervortuenden Blockfreund in Schwierigkeiten zu bringen.

---

7 Siehe das Positionspapier vom 12. September 1990. In Inge Pardon: Das Zentrale Parteiarchiv. Dokumentenanhang.

8 Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 10. Wahlperiode. Drucksache Nr. 235a.

Im Zuge der Verhandlungen legten FES und PDS/IfGA mehrere Entwürfe einer Vereinssatzung vor, in denen sich eine Annäherung der Positionen widerspiegelte. In den Verhandlungen, die unsererseits zunehmend auf den Parteivorsitzenden Gregor Gysi und das zuständige Parteivorstandsmitglied Klaus Höpcke übergingen, zeigte die PDS Kompromißbereitschaft, denn ihr lag daran, noch vor dem definitiven Ende der DDR eine Regelung zu erzielen. Strittig blieb die Rechtsform der Übertragung des Archivs auf den Verein, wobei die PDS das Archiv „in Verwahrung" geben wollte. Ähnlich verhielt es sich mit dem als Vereinssitz vorgesehenen Gebäude Wilhelm-Pieck-Str. 1, das die PDS dem Verein zur unentgeltlichen Nutzung übergeben wollte, das aber nicht in das Eigentum des Vereins übergehen sollte und konnte.[9]

Für die FES war es offenbar keine einfache Aufgabe, die Entscheidungsträger der SPD von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines paritätischen Vereins zu überzeugen. Es kann nicht folgenlos geblieben sein, daß am 14. Oktober 1990 Landtagswahlen und am 2. Dezember 1990 Bundestagswahlen stattfanden, in denen PDS/LL und SPD konkurrierten und seitens der SPD vor allem Abgrenzung angesagt war. Wie das Geschäftsführende Vorstandsmitglied der FES, Dr. Jürgen Burckhardt, der in der Regel als Verhandlungsführer fungierte, bei einem Treffen am 23. März 1991 kundtat, hatte sich die FES wie folgt abgesichert: Die Vereinsgründung sei „keine Institution, keine Kumpanei oder Einheitsfront mit der PDS, sondern Personenverein, d.h. zwei Bänke, paritätisch, mit Vertrauenshintergrund – SPD bzw. Friedrich-Ebert-Stiftung und PDS; parteiunabhängiger, autonomer, wissenschaftlicher Trägerverein, in dem Fachleute das Sagen haben, der nach wissenschaftlichen Grundsätzen arbeitet und in dem keine Parteipolitik betrieben wird".[10] Auch hinsichtlich der finanziellen Aspekte war die FES natürlich auf Absicherungen bedacht. Mit dem eigenen Etat wollte sie und konnte sie wohl auch nicht die Kosten eines solchen paritätischen Vereins schultern. Es bedurfte also eines staatlich gestützten Finanzierungsmodells beziehungsweise der Freigabe von Mitteln aus dem beschlagnahmten Altvermögen der SED.

Im Frühjahr 1991 stagnierten die Bemühungen um die Gründung des paritätischen Vereins Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung. Die Ver-

9 Siehe Ausarbeitung (vermutlich September 1990) für eine Vereinbarung zwischen dem Bevollmächtigten Vertreter des Parteivorstandes der PDS und dem Bevollmächtigen der Friedrich-Ebert-Stiftung (im Besitz des Verf.).

10 Niederschrift über das Gespräch mit dem Geschäftsführenden Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung Dr. J. Burckhardt am 23. März 1991 in Berlin (im Besitz des Verf.).

handlungen traten auf der Stelle. Es gab Anzeichen dafür, daß das Interesse der Friedrich-Ebert-Stiftung erlahmte oder von außen gebremst wurde. Als letzte Hoffnung blieb die Mobilisierung der Öffentlichkeit.

Der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung

In den Abendstunden des 6. März wurde der „Förderkreis Archiv und Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung" gegründet und ein Vorstand mit Dr. Henryk Skrzypczak als Vorsitzenden gewählt. Skrzypczak, der vom IML als eine Art Intimfeind behandelt worden war und der seinerseits im Schlagabtausch des kalten Krieges auch nicht durch besondere Zurückhaltung aufgefallen war, hat die ihn überraschende Wahl in einem Brief wie folgt beschrieben: „Als ich am 5. März zu der Luxemburg-Tagung ging, schwante mir nicht im geringsten, mit welchem Sorgenbündel belastet ich am nächsten Abend aus der Wilhelm-Pieck-Straße heimkehren würde. In der Hoffnung, den Kelch an Hermann Weber weiterreichen zu können, habe ich mich mit Händen und Füßen gegen die neue Würde gesträubt, doch dann sah ich mich mit einem Male in den Schlingen meiner eigenen Argumentation gefangen. Mein Altersprinzip, mich auf keine Aufgaben mehr einzulassen, die andere besser, zumindest aber genau so gut bewältigen könnten, stach plötzlich nicht mehr."[11]

Als Vereinszweck dieses Förderkreises war an erster Stelle hervorgehoben: „Die gemeinsam zwischen der PDS und der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. beabsichtigte Gründung eines parteipolitisch neutralen, wissenschaftlichen Trägervereins, in den das Archiv und die Bibliothek im Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA) eingebracht werden, fördernd zu begleiten" und die Geschlossenheit der derzeitigen Bestände in Berlin zu sichern.[12] Schon nach kurzer Zeit zählte der Verein über 300 Mitglieder aus 24 europäischen und außereuropäischen Ländern. Der Förderkreis und namentlich sein Vorsitzender eröffneten sofort eine intensive Aufklärungskampagne über seine Ziele und suchte Verbündete. Skrzypczak mußte allerdings schon bald einschätzen: „Seit dem April hatten wir gegen die Bestrebungen des Förderkreises eine nicht nur offen, sondern auch verdeckt geführte Kampagne zu

11 Henryk Skrzypczak an Hans-Peter Harstick. Information an den Verf.

12 Zehn Jahre Förderkreis. Chronik zusammengestellt v. Günter Benser. In: Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung (MFK), Beilage zu Nr. 19.

registrieren, die sich mit ihren Methoden teilweise außerhalb des Spektrums einer fairen Austragung von Interessengegensätzen bewegte."[13] Der Förderkreis hatte keinen leichten Stand, denn der Haupttrend ging in eine andere Richtung.

Initiativen des Bundesarchivs und das Konzept einer unselbständigen Stiftung

Das Bundesarchiv hatte selbstverständlich nicht tatenlos neben den Ereignissen gestanden. Doch erst mit Inkrafttreten des Einigungsvertrages erwuchsen ihm juristisch abgesicherte Handlungsmöglichkeiten. Diese erstreckten sich jedoch zunächst nur auf die Unterlagen der Stellen der DDR im engeren staatlichen Sinne. Am 20. Februar 1991 hatte der Präsident des Bundesarchivs im Innenausschuß des Bundestages über archivische Fragen im Einigungsprozeß zu berichten. Er hat später hierzu folgendes festgehalten: „Im Laufe der ungewöhnlich eingehenden Diskussion fragte der Obmann der CDU/CSU-Fraktion Johannes Gerstner mit unüberhörbarem Vorwurf, warum ich nicht Sorge getragen hätte, das Parteiarchiv der SED und die Unterlagen des Zentralkomitees im Bundesarchiv zu sichern. Meine Antwort mußte lauten, weil der Gesetzgeber mir dafür keine gesetzliche Grundlage gegeben habe. Nach mehreren vergeblichen Vorträgen des Bundesarchivs im Bundesministerium des Innern seit Sommer 1990 zum Gesamtproblem der Überlieferungen der Parteien und Massenorganisationen der DDR und deren archivischer Sicherung stand von nun an die Frage einer Ergänzung des Bundesarchivgesetzes auf der Tagesordnung."[14] Es bedurfte also einer Novellierung des im Januar 1988 erlassenen Bundesarchivgesetzes, um eine Zuständigkeit des Bundesarchivs für Akten von Parteien und Massenorganisationen der DDR rechtsstaatlich überhaupt zu ermöglichen.

Die endgültige Verabschiedung eines entsprechenden Ergänzungsgesetzes sollte sich bis März 1992 hinziehen und war von heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Bundestagsfraktionen begleitet. Am Anfang stand eine vor allem von CDU/CSU und FDP ausgehende Initiative, die auf eine bloße Verstaatlichung hinauslief. Solches Vorpreschen entsprach nicht den

13 Henryk Skrzypczak an Wolfgang Mommsen, 15. Juli 1991. In: Älter ist nicht alt genug, S. 95. Der damalige Vorsitzende des Verbandes der Historiker Deutschlands hatte in der Öffentlichkeit den Förderkreis politisch in die Nähe der PDS gerückt und dessen Anliegen entstellt wiedergegeben.

14 Friedrich P. Kahlenberg: Ut omnes unum sint. Zur Erinnerung an die Gründung von SAPMO. In: MFK, Sonderheft 2006.

Intensionen des Bundesarchivs, das überhaupt nicht konsultiert worden war. Klaus Oldenhage, dem die Hauptverantwortung für das Agieren des Bundesarchivs in den neuen Bundesländern übertragen wurde, schätzte den Antrag von CDU/CSU und FDP wie folgt ein: „Seine Umsetzung in ein Gesetz hätte zu einer fachwidrigen Zerreißung der Bestände vor allem der SED und des FDGB geführt." [15] In dieser für das Bundesarchiv politisch sehr schwierigen Situation kam ihm der Umstand zu Hilfe, daß die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR (UKVP) darauf pochte, daß auch bedeutende Teile der Archive unter §§ 20a, b Parteiengesetz-DDR fallen, so daß ohne deren Zustimmung nicht über sie verfügt werden durfte.

Wichtiger war indes ein anderer Vorgang, über den Gregor Gysi berichtet. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU – so Gysi – versuchte „der PDS die Verfügung über ihr Parteiarchiv zu entziehen. In diesem Archiv lagerten aber auch die Protokolle der Gespräche zwischen führenden Vertretern der KPdSU und der SED. Michael Gorbatschow, damals noch Generalsekretär des Zentralkomitees seiner Partei, ließ Helmut Kohl einen geharnischten Protest zukommen, der Wirkung zeigte. Bundesminister Wolfgang Schäuble lud mich zu einer Unterredung ein und gab darin offen zu, daß die Bundesregierung von Gorbatschow unter Druck gesetzt werde und er deshalb an einer Verständigung interessiert sei. Die Fragen um die es ging konnten nur in einem Vertrag zwischen der Bundesregierung und der PDS geregelt werden, und ich legte großen Wert darauf, daß wir Eigentümer des Archivs blieben."[16]

Seit Mitte 1991 – der Gesprächskontakt wurde am 5. Juli 1991 aufgenommen – kam es zu intensiven Verhandlungen mit den für Archivfragen zuständigen Mitarbeitern des Bundesministeriums des Inneren. Den Durchbruch brachte eine Anhörung des Innenausschusses des Bundestages, die am 28. August 1991 stattfand. Die meisten Teilnehmer der Anhörung waren merklich überrascht, als in der knisternden Atmosphäre politischer und fachlicher Divergenzen der Bundestagsabgeordnete der SPD Gerd Wartenberg als Lösung den Vorschlag einer unselbständigen Stiftung unter dem Dach des Bundesarchivs offerierte. Zum Erstaunen vieler Teilnehmer ging der Sprecher der CDU/CSU sofort auf dieses Angebot ein. Damit war ein Konsens zwischen den beiden großen Fraktionen in greifbare Nähe gerückt.[17] Daß dies spontan,

15 Klaus Oldenhage: Die Gründung der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv". In: MFK Nr. 31, S. 26.

16 Gregor Gysi: Ein Blick zurück. Ein Schritt nach vorn, Hamburg 2001, S. 344.

17 Siehe Klaus Oldenhage, Die Gründung..., S. 27.

im Verlaufe einer Anhörung ohne vorherige Absprachen, passiert ist, erscheint rückblickend eher unwahrscheinlich.

Bis Ende 1991 hatten sich die Essentials einer Regelung weitgehend herausgeschält. In einem Schreiben des Innenministeriums an den Vorsitzenden der PDS wurden die angenäherten Positionen unter anderem wie folgt umrissen:

„1. Zusammenhalt der Bestände ohne Rücksicht auf ihre Herkunft im Interesse der öffentlichen Nutzung, insbesondere der wissenschaftlichen Forschung.

2. Finanzielle Sicherung durch Schaffung einer öffentlichen Stiftung auf Dauer.

4. Gesetzliche Verpflichtung des Bundes zur Übertragung der staatlichen Unterlagen als Stiftungsvermögen unter Wahrung der Eigentumsrechte der PDS im übrigen, soweit das Eigentum bei der PDS verbleibt.

6. Mitgliedschaft der PDS im Kuratorium der Stiftung.

8. Besondere Nutzungsrechte der PDS hinsichtlich der eingebrachten Bestände.

9. Berücksichtigung bereits bestehender Vereinbarungen (Nachlässe) und Kontakte zu anderen Institutionen („Bruderparteien“ im Ausland etc.)

11. Ergänzung der Bestände unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Arbeiterbewegung.

13. Insgesamt Wahrung der Eigentumsrechte und der Eigentümerposition der PDS mit den im vorgelegten Gesetzentwurf vorgesehenen notwendigen Einschränkungen, und zwar entgegen anderen, weitergehenden Vorstellungen.

14. Möglichkeit der PDS, ihren Rechtsvorbehalt in der abzuschließenden Vereinbarung zum Ausdruck zu bringen.

15. Übernahme der Mitarbeiter im Rahmen des Möglichen auf der Grundlage des Einigungsvertrages (Prüfung im Einzelfall).“[18]

Die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv – ihre Gründung und ihre heutige Rolle

Bei der Änderung des Bundesarchivgesetzes, die der Bundestag Anfang 1992 beriet, wurde diesen Prinzipien im wesentlichen Rechnung getragen. Die praktische Lösung bestand darin, daß der Gesetzgeber in einem neu aufgenommenen § 2a festlegte „unter dem Namen ‚Stiftung Archiv der Parteien

18 Schreiben Dr. v. Köckritz an Gregor Gysi vom 12. Dezember 1991. (Kopie im Besitz des Verf.).

und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv‘ eine unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts“ zu errichten. Diese Stiftung hat die Aufgabe, „Unterlagen von Stellen nach § 2 Abs. 9 zu übernehmen, auf Dauer zu sichern, nutzbar zu machen und zu ergänzen. Dies gilt auch für Unterlagen, Materialien und Bibliotheken zur deutschen Geschichte, insbesondere zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, die damit in historischem und sachlichem Zusammenhang stehen. Unterlagen nach § 2 Abs. 9 sind als Stiftungsvermögen der Stiftung zu übertragen. Für andere Unterlagen, Materialien und Bibliotheksbestände sind mit den Eigentümern besondere Vereinbarungen zu schließen.“ Zu den Besonderheiten dieser Regelung gehört, daß damit auch riesige Bibliotheksbestände in das Bundesarchiv übergingen, wie sie üblicherweise in Archiven nicht anzutreffen sind.

Bevor die Stiftung ins Leben treten konnte, kam es allerdings zu bedrohlichen Turbulenzen, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Schließlich konnte die Stiftung am 3. Januar 1993 ihre Arbeit aufnehmen, anfangs unter der unmittelbaren Zuständigkeit des Präsidenten des Bundesarchivs Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg, dann unter der Leitung des für diese Aufgabe gewonnenen Direktors der SAPMO-BArch Dr. Konrad Reiser. Wenn das Projekt Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv eine Erfolgsgeschichte wurde, so nicht zuletzt dank des umsichtigen Handelns dieser beiden Männer, die sich nicht nur durch hohes fachliches Können, sondern auch durch politisches Fingerspitzengefühl auszeichneten und die die Kompetenz des aus früheren Einrichtungen der DDR übernommenen Personals zu schätzen wußten.

Obwohl nach Sinn und Wortlaut des Gesetzes die Unterlagen der CDU(Ost) und der LDPD in die Stiftung gehören, befinden sich diese Überlieferungen nicht in den Magazinen der SAPMO-BArch, wie der Stiftungsname abgekürzt bald lautete. Diese Archive waren noch vor dem Stiftungserlaß handstreichartig in das Archiv für christlich-soziale Politik in der Konrad-Adenauer-Stiftung beziehungsweise das Archiv des Deutschen Liberalismus in der Friedrich-Naumann-Stiftung verbracht worden. Die Repräsentanten des Bundesarchivs und der Stiftung mochten sich mit den damaligen Regierungsparteien wegen der Herausgabe dieser Archive nicht hart auf hart anlegen. Sie begnügten sich mit der formellen Zugehörigkeit dieser Materialien zur SAPMO-BArch und mit der Übergabe von Findmitteln und von Mikroformen von Teilen dieser Bestände an die Stiftung.

Was nach der Ergänzung des Bundesarchivgesetzes noch zu regeln blieb, waren die konkreten Modalitäten der Übernahme von Beständen aus den

Händen der bisherigen Träger, also der Abschluß von Einbringungsverträgen. Inzwischen sind die Bestände der SED, der DBD, der NDPD und der meisten gesellschaftlichen Organisationen der DDR in der SAPMO-BArch zugänglich. Die im Zentralen Parteiarchiv der SED befindlichen Bestände der westdeutschen KPD aus dem Zeitraum von 1945 bis 1971 gelangten auf Grund eines Einspruchs der DKP erst 1995 in die SAPMO-BArch. Sie werden dort als ein von der SED-Überlieferung abgetrennter, rekonstruierter Bestand behandelt.

Mittlerweile ist die Stiftung eine guterschlossene vielgenutzte wissenschaftliche Institution. Nachdem ihr Sitz aus Berlin-Mitte nach Berlin-Lichterfelde[19] verlagert wurde, haben sich die Arbeitsbedingungen spürbar verbessert. Gegenwärtig werden hier neue Magazine und ein moderner Benutzertrakt errichtet.

Zur Zeit verfügt die Stiftung über etwa 11.336 lfm Archivschriftgut und über 1.700.000 bibliographische Einheiten, was 34.216 lfm entspricht. Das Bildarchiv umfaßt ca. 1.725.000 Bilder. Außerdem gehören zu den Beständen 30.200 Plakate und 5.800 Tonträger. Die SAPMO-BArch beschäftigt knapp 60 Mitarbeiter. Detaillierte Auskunft über alle Bestände, deren Entstehungsgeschichte, deren Inhalt und Benutzbarkeit gibt der 2006 von der Stiftung herausgegebene umfangreiche äußerst instruktive Führer zu Archiv- und Bibliotheksbeständen.[20] Im übrigen verfügt die Stiftung auf der Website des Bundesarchivs über ein vorzügliches Internetportal, das ausgezeichnete Recherchemöglichkeiten bietet.

Fazit

Schauen wir auf die Vergangenheit der umkämpften Akten und Bücher zurück und bewerten wir die gegenwärtige und künftige Situation, so läßt sich folgendes Fazit ziehen:

- Es ist gelungen die wertvollen archivischen Bestände an ungedruckten und gedruckten Quellen sowie die reichhaltige Literatur der Parteien und

19 Sitz der Stiftung ist seit Anfang 1996 das Gelände Finckensteinallee 63. Hier befand sich ursprünglich die Preußische Kadettenanstalt. In der NS-Zeit war an diesem Ort die Leibstandarte Adolf Hitler kaserniert. In der Viersektoren statt Berlin waren hier amerikanische Besatzungstruppen untergebracht.

20 Führer zu Archiv- und Bibliotheksbeständen. Hrsg. v. der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, bearb. v. Elrun Dolatowski u.a., Berlin 2006. Über die Neuzugänge wird auf Grundlage der dem Kuratorium der Stiftung vorgelegten Berichte regelmäßig in den MFK informiert.

Organisationen der DDR dauerhaft zu sichern.
- Die Archive und Bibliotheken der Parteien und Organisationen der DDR sowie wertvolle Nachlässe und Sammlungen sind am Standort Berlin verblieben beziehungsweise hier konzentriert worden.
- Es ist erreicht worden, daß Archiv und Bibliothek als lebendige, nicht abgeschlossene, sondern ihre Bestände durch Neuerwerbungen ergänzende Einrichtungen in das bundesdeutsche Archivwesen integriert worden sind.
- Es ist eine Institution entstanden, in der nicht nur die Überlieferungen der Parteien und Organisationen, sondern auch das staatliche Schriftgut der DDR eingesehen und das Aktenstudium mit der Einsicht in amtliche Veröffentlichungen und Organisationsschriften sowie in Sekundärliteratur verbunden werden kann.
- Mit dem Ausbau der Stiftung ging ein Schub der Erschließung durch die Erarbeitung und Bereitstellung von Findmitteln, vorzugsweise in digitalisierten Formen, und deren Präsentation im Internet einher.

Gemessen an den Turbulenzen und Gefährdungen, denen Archive und Bibliotheken in den Jahren der Transformation ausgesetzt waren, gemessen an den Anfeindungen und Angriffen, die jene Leute über sich ergehen lassen mußten, die sich für die Bewahrung und den Fortbestand dieses Kulturgutes verantwortlich fühlten und engagierten, aber auch gemessen an der zu DDR-Zeiten geübten Geheimniskrämerei, der bürokratischen Willkür und obrigkeitlichen Gängelei darf die Gründung und Entwicklung der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv mit Fug und Recht als eine akzeptable, tragfähige und zukunftsträchtige Lösung bezeichnet werden.[21]

21 Eine wesentlich ausführlichere, vom Autor ausgiebig belegte Behandlung dieser Thematik mit einem Dokumentenanhang ist in der vom Bildungsverein „Helle Panke“ zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V. herausgegebenen Reihe hefte zur ddr-geschichte (Nr. 113) erschienen.

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *97(2008), 101–116*

Stefan Bollinger

1968 – Revolten und Reformen am Ende alter Welten – Chancen und Scheitern in Ost und West

Vortrag im Plenum der Leibniz-Sozietät am 13. März 2008

1. Die 68er sind an allem schuld

„Der 68er steht immer noch unter Beobachtung, mal wie ein seltenes Tier, mal wie ein gefährliches Virus. Zwischen 'nichts bewirkt' und 'alles ruiniert' schaukeln die öffentlichen Rückblicke auf das Wirken dieser Wesen, im Zehnjahresrhythmus der Gedenktage."[1] Dieser etwas verwundert-verzweifelte Ausruf zweier Journalisten, die 40 Jahre nach ihrer 68er-Erweckung sich und ihre einstigen Mitstreiter erneut befragen ob der alten Ideale und dem, was daraus wurde, ist wohl symptomatisch für eine Generation West, die sich durch 1968 befreit, verbogen, geprägt fühlt. Irmela Hannover und Cordt Schnibben wissen aus ihrer Profession, „warum, wann und wie Themen in der Öffentlichkeit wichtig werden, wir kennen das Geheimnis von Moden, Kampagnen und Konjunkturen, aber die seltsame Medienkarriere des 68ers hat uns immer wieder verblüfft. Kreiert wurde der 68er erst 1977, in den ersten Rückblicken auf das Jahr 1967, das für die deutschen 68er eher konstituierend war als 1968. Sein Auf und Ab seither ist rätselhaft wie der Aktienkurs eines Dax-Unternehmens, zum Teil zu erklären aus der Rationalität der Fakten, zum Teil aus der Irrationalität der Massenpsychologie, und dennoch bleibt ein Rest von Rätsel."[2]

Wir wollen versuchen, ein wenig in diese Rätsel einzudringen.[3] Denn sie

1 Hannover, Irmela/Schnibben, Cordt: I Can't Get No. Ein paar 68er treffen sich wieder und rechnen ab. Köln 2007, S. 14.

2 Ebd.

3 Zu meinem konzeptionellen Ansatz siehe u.a. Bollinger, Stefan: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg ? SED zwischen NÖS und Prager Frühling. hefte zur ddr-geschichte. H. 5. Berlin 1993; ders.: Dritter Weg zwischen den Blöcken? Prager Frühling 1968: Hoffnung ohne Chance. Berlin 1995; ders.: 1968 – Jahr der vertanen Chancen. In: Utopie kreativ. Berlin. 9. Jg. H. 94 (1998), S. 39ff.

haben wesentlich mit den damaligen Ereignissen zu tun. Diese Zeit liegt rund 40 Jahre zurück, die Veteranen dieser Ereignisse – die vom Historiker haßgeliebten Zeitzeugen – haben mittlerweile oft das Rentenalter erreicht. Und es darf nicht vergessen werden, daß sich meist „die Akteure der Bewegungen, ... diejenigen, die die Initiative ergriffen haben und versuchten, die Führung zu übernehmen, überraschende Illusionen über sich selbst (machten), über ihre Taten, über den Sinn und die Tragweite der gelebten Ereignisse“.[4] Das ist post festum kaum besser geworden.

Über die Ereignisse der damaligen Zeit scheint alles[5] gesagt, es liegen sachlich-vernichtende Standardwerke etwa von Wolfgang Kraushaar[6] vor, es gibt mehr oder weniger informative Querschnittsdokumentationen[7], selbst die abwegigsten Erfahrungswelten der *umherschweifenden Haschrebellen*[8] sind dokumentiert, zu den Jubiläen sind Erinnerungsberichte Legion[9]. Persönlich geprägte Rückblicke mittlerweile gestandener und emeritierter, linkslastiger Professoren wie Uwe Wesel oder Oskar Negt[10] liegen vor wie auch die eher sexuell-revolutionäre Biographie einer Uschi Obermaier[11] aus der *Kommune 1*.

Vor allem wissen wir aus der jüngsten, nicht unvorbereiteten Verrißwelle, daß die 68er an allem schuld sind, egal ob sie die drei K – Kinder, Küche, Kirche – verrieten[12] oder allein durch die *antiautoritäre Erziehung* die Jugend

4 Terray, Emmanuel: 1968 – Glanz und Elend der Intellektuellen. In: Francois, Etienne/Middell, Matthias/Terray, Emmanuel/Wierling, Dorothea (Hrsg.): 1968 – ein europäisches Jahr? Leipzig 1997, S. 37.

5 Zum Überblick bieten sich an: Kurlansky, Mark: 1968. Das Jahr , das die Welt veränderte. München 2007; Gilcher-Holtey, Ingrid: Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA. München 2003, 2. A.; Hodenberg, Christina von/Siegfried, Detlef (Hrsg.): Wo „1968“ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik. Göttingen 2006.

6 Siehe u.a. Kraushaar, Wolfgang (Hg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946-1995. 3 Bd. Hamburg 1998; ders.: 1968: das Jahr, das alles verändert. München 1998; ders.: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur. Hamburg 2000.

7 Siehe Sievers, Rudolf: 1968. Eine Enzyklopädie. Frankfurt/M. 2004.

8 Siehe Kramer, Bernd (Hrsg.): Gefundene Fragmente. Die umherschweifenden Haschrebellen & Peter Handke/Hartmut Sander/Rolf Dieter Brinkmann/Rudi Dutschke/Rainer Langhans/Fritz Teufel u. a. 1967 -1980. Berlin 2004.

9 Siehe z.B. Gester, Jochen/Hajek, Willi (Hg.): 1968 – und dann? Erfahrungen, Lernprozesse und Utopien von Bewegten der 68-er Revolte. Bremen 2002; Cohn-Bendit, Daniel/Dammann, Rüdiger (Hg.): 1968 – Die Revolte. Frankfurt/M. 2007.

10 Siehe Negt, Oskar: Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht. Göttingen 1995; Wesel, Uwe: Die verspielte Revolution. 1968 und die Folgen. München 2002.

11 Siehe Obermaier, Uschi/Kramer, Olaf: High Times. Mein wildes Leben. München 2007.

12 Siehe Herman, Eva: Das Eva-Prinzip: für eine neue Weiblichkeit. Unter Mitarbeit von Christine Eichel. München 2006.

kriminalisierten.[13] Noch mehr wissen wir mittlerweile, daß es gradewegs vom totalitären Anspruch der 68er[14] zu den RAF-Terroristen[15] führte, was aber seit Götz Alys Enthüllungen auch nicht mehr wundern muß, weil 68er und Nazirevolutionäre Seelenverwandte seien.[16] Eigentlich ist 1968 ein abgeschlossenes Sammelgebiet, auch wenn neben den Beerdigungserklärungen und Rufmordkampagnen andere, wie der neue, der Partei Die.Linke nahe Studentenverband Linke.SDS, recht unvermittelt und undifferenziert die Erbschaft antreten wollen und sein Kongreß verspricht: „Die letzte Schlacht gewinnen wir“[17].

2. Das Ausblenden der östlichen Reformen

Dieser kurze Blick auf die aktuelle Forschungs- und Diskussionslandschaft läßt uns zumindest im Osten aufmerken. Denn das Jahr 1968 wird als „westliches Ereignis“[18] vereinnahmt, in dessen Mittelpunkt – je nach Penetranz der Darsteller – die alte Bundesrepublik (inklusive Westberlin) steht. Gerechterweise besinnt man sich dann noch darauf, daß es in Frankreich[19] weit radikaler zuging, daß Ursprünge der Bewegung jenseits des großen Teichs in den Bürgerrechts- und Antivietnamkriegs-Bewegungen seit Beginn der 1960er Jahre lagen, daß sich auch sonst in Westeuropa[20] einiges tat.

Neuerdings wird immerhin anerkannt, daß es Studenten- und Jugendproteste auch im Osten gab, insbesondere in Polen und Jugoslawien[21]. Auch die

13 Siehe Bueb, Bernhard: Lob der Disziplin. Eine Streitschrift. Berlin 2007.

14 Siehe exemplarisch Kraushaar, Wolfgang: Linke Geisterfahrer. Denkanstöße für eine antitotalitäre Linke. Frankfurt/M. 2001.

15 Siehe ebenfalls Kraushaar, Wolfgang: Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus. Hamburg 2005; ders./Wieland, Karin/Reemtsma, Jan Philipp: Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF. Hamburg 2005; Kraushaar, Wolfgang (Hg.): Die RAF und der linke Terrorismus. 2 Bd. Hamburg 2006.

16 Siehe Aly, Götz: Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück. Frankfurt/M. 2008; ders.: Machtübernahme. Die Väter der 68er. In Frankfurter Rundschau vom 31.01.2008.

17 Siehe den Programmflyer unter http://1968kongress.de/spip.php?article13 [13.03.2008 05:22].

18 Grunenberg, Antonia: Das Neue der Bewegung von 68. In: Faulenbach, Bernd/Eckert, Rainer (Hg.): Auf dem Weg zur Zivilgesellschaft? Mythos und Realität der 60er und 70er Jahre in Ost und West. Essen 2003, S. 68.

19 Siehe instruktiv Gilcher-Holtey, Ingrid: „Die Phantasie an die Macht“. Mai 68 in Frankreich. Frankfurt/M. 1995.

20 Siehe Etzemüller, Thomas: 1968 – Ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegungen in Westdeutschland und Schweden. Konstanz 2005.

21 Siehe Kanzleiter, Boris/Krunoslav, Stojakovic (Hrsg.): „1968“ in Jugoslawien. Studentenproteste und kulturelle Avantgarde zwischen 1960 und 1975. Gespräche und Dokumente. Bonn 2008.

DDR wird als potentieller Hort von 68ern ausgemacht, wo nur die geringe Zahl der festzustellenden und festgenommenen Akteure verwirrt. Schließlich ist der Einmarsch in Prag gegen die Prager Reformer präsent, wobei die Ideen eines *Sozialismus mit menschlichem Antlitz* hier verloren wirken, eher die Betonköpfe der sowjetrussischen Supermacht und in der DDR bewegen, obschon auch hier kräftig und realitätsfern schwarz-weiß gemalt wird.[22] Beim südlichen Nachbarn ist die Vorgeschichte des 21. August inzwischen sowieso auf dem Altar der neoliberal-nationalistischen Unwissenheit geopfert.

Ein solches Resümee läßt Defizite erkennen, ohne deren ernsthafte Beachtung aber ein Verständnis für das Jahr 1968, gar die Akzeptanz einer *Weltrevolution* unmöglich wird. Immanuel Wallerstein und Kollegen haben richtig beobachtet: „In unserer Argumentation war das zentrale Charakteristikum von 1968 als 'Weltrevolution' – eine Revolution, die eigentlich in der frühen Mitte der sechziger Jahre begann und ungefähr zehn Jahre andauerte – eine das ganze System umfassende Rebellion, die gleichzeitig auf zwei Ziele gerichtet war. Auf der einen Seite richtete sie sich gegen die bestimmenden Kräfte des kapitalistischen Weltsystems und integrierte aus diesem Grunde theoretische Voraussetzungen älterer antikapitalistischer Bewegungen in ihre eigene Ideologie. Auf der anderen Seite war – im Vergleich zu früheren gegen das System gerichteten Umwälzungen – die *differentia specifica* von 1968 ihr heftiger Angriff auf die Leistungen der historisch 'alten Linken' – der Sozialdemokraten im Westen, der Kommunisten im Osten, der nationalen Befreiungsbewegungen im Süden – mit der Begründung, daß diese Bewegungen nachgiebig, korrupt und arrogant seien, sie die herrschenden Kräfte stillschweigend duldeten und sich gleichgültig gegenüber den wirklich rechtlosen Schichten verhielten."[23] Aber auch bei ihnen bleiben die DDR-, ČSSR- oder Ungarn-Erfahrungen Blindstellen. Der Wirtschaftshistoriker Christoph Boyer ist einsam, wenn er bescheinigt: „Staatssozialistische Systeme sind nicht starre, zu jeder Entwicklung unfähige Reiche des Bösen. Sie besitzen die Fähigkeit, inhärente Problemlagen zu bearbeiten und sich, zumindest für eine gewisse Zeitspanne, durch Umbauten zu stabilisieren. Staatssozialismen sowjetischen Typs sollten also nicht als Fehlkonstruktionen ex tunc mit einer

22 Siehe recht ausgewogen Prieß, Lutz/Kural, Václav/Wilke, Manfred: Die SED und der „Prager Frühling" 1968. Politik gegen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz". Berlin 1996; dagegen Zwahr, Hartmut: Die erfrorenen Flügel der Schwalbe. DDR und „Prager Frühling". Tagebuch einer Krise 1968 bis 1970. Bonn 2007; Wolle, Stefan: Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968. Berlin 2008.

23 Arighi, Giovanni/Hopkins, Terence/Wallerstein, Immanuel: 1989 – Die Fortsetzung von 1968. In: Francois, Etienne/Middell, Matthias/Terray, Emmanuel/Wierling, Dorothea (Hrsg.): 1968 ? ein europäisches Jahr? a.a.O., S. 147.

notwendigen, mehr oder weniger geradlinigen Verfallsgeschichte behandelt werden, sondern als soziale und politische Gebilde mit gewissen Möglichkeiten der Überlebenssicherung durch Wandel."[24]

In den 1960er Jahren bedeutete das die Durchführung in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich gearteter Reformen zunächst von oben, aus dem Herzen des Führungen und der prosozialistischen Intelligenz für einen effizienteren, vielleicht auch demokratischeren Sozialismus. Dies ist ein springender Punkt bei der Einordnung und Bewertung jener Ereignisse, die unter der Chiffre 1968 eingeordnet werden, die in der westlichen Bewertung rasch auf die Ebene Generationskonflikt, Beginn neuer sozialer Bewegungen und vor allem Kulturbruch reduziert wird.

3. Die Tiefe eines Bruchs

Wogegen in West wie Ost angetreten wurde, war für die damaligen Akteure klar und teilweise blockübergreifend. Sie wollten mehr Demokratie, die unmittelbare Beteiligung des Bürgers, des Studenten, des Arbeiters an der Selbstverwaltung der ihn betreffenden Prozesse, solidarische Verteilung, letztlich oft sozialistische Ziele. Sie fanden sich nicht mehr mit Unterdrükkung und Ausbeutung, mit Hierarchien und Bevormundungen ab. Entfremdete gesellschaftliche Verhältnisse und zunehmend – im Westen – die Einsicht in eine manipulierende geistige und materielle Bedürfniswelt von Konsum und Massenkultur, die als Bedrohung empfunden wurde. Nicht zuletzt wurden jene Intellektuellen und künftigen Intellektuellen aktiv, die nun massenhaft gebraucht, nachgefragt, tendenziell proletarisiert wurden.

Dahinter stand ein grundlegender Bruch gesellschaftlicher Entwicklung. Die 1960er Jahre brachten eine Herausforderung in der Entwicklung der Produktivkräfte, jene Entwicklung, die im Osten in Anlehnung an John D. Bernal als *Wissenschaftlich-technische Revolution* verstanden wurde und die in überzeugendster zeitgenössischer Form im *Richta-Report*[25] als *Zivilisation am Scheideweg* thematisiert wurde.[26] Eine Herausforderung, der sich beide

24 Boyer, Christoph: Einleitung: In: Boyer, Christoph (Hrsg.): Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich. Frankfurt/M. 2007, S. IX.

25 Siehe Richta, Radovan und Kollektiv (Hrsg.): Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Zivilisation am Scheideweg. Die Auswirkungen der technisch-wissenschaftlichen Revolution auf die Produktionsverhältnisse. Frankfurt/M. 1971; dies. (Hrsg.): Technischer Fortschritt und industrielle Gesellschaft. Frankfurt/M. 1972.

26 Siehe Bollinger, Stefan: Der 'Richta-Report' – Vergessene marxistische Alternativen in Zeiten der Produktivkraftrevolution". In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät. Bd. 76 (2005). Berlin 2005, S. 75ff.

Systeme zu stellen hatten und in der für die tschechoslowakischen Wissenschaftler klar schien, „daß die gegenwärtigen Veränderungen in der materiellen Grundlage des menschlichen Lebens (die 'kybernetische Revolution') eine neue Qualität gewinnen, die Grenzen der heutigen Industriezivilisation und die Möglichkeiten des kapitalistischen Industriesystems zu sprengen".[27] Übrigens sahen das manche der studentischen Akteure im Westen ebenso, wenn sie vom „Aufstand der lebendigen wissenschaftlichen Produktivkraft gegen ihre Fesselung" sprachen.[28]

Diese Einsichten waren keineswegs Privileg von nur und zuallererst realsozialistischen und marxistischen Akteuren, um so weniger, wenn über den Kreis um die Reformer so konträrer Provenienz wie Walter Ulbricht oder Ota Šik, Zdenek Mlynar und Radovan Richta hinausgeblickt wird. Die meisten Ostblockpolitiker fürchteten wie Erich Honecker und Leonid Breschnew Veränderungen. Nicht umsonst warnte Ulbricht kurz vor seinem Sturz: „Die wissenschaftliche-technische Revolution hat tiefere, gefährlichere Wirkungen, als wir anfangs einschätzten. Nicht nur die Werktätigen müssen die neuen Aufgaben lernen, die Führung muß lernen. Das gilt es auszuarbeiten, aber nicht darüber zu klagen."[29]

Die Geschichte des Realsozialismus kann als eine Geschichte der Krisen geschrieben werden – oder als eine der Reformen. Gerade in den hier interessierenden 1960er Jahre erlebten letztere einen Höhepunkt. Sie offenbarten die Krise des stalinistischen Sozialismusmodells, der sowjetischen Großmachtambitionen und des Einigelns in der Systemauseinandersetzung. Nicht zuletzt waren das NÖS in der DDR, das NÖM in der Ungarischen Volksrepublik oder eben die Prager Reformen auch Herausforderungen an Theorie, Ideologie und Lebensweise einer alternativen Gesellschaftsordnung. Wie kann eine sozialistische Gesellschaft funktionieren, wenn sie noch sozialistisch, solidarisch, gerecht sein will und kann, aber gleichzeitig die ökonomischen Gesetze einer Warenwirtschaft mehr oder minder noch politisch gefesselt, aber doch umfassend genutzt in den Mittelpunkt rückt?

27 Richta, Radovan und Kollektiv (Hrsg.): Richta-Report. a.a.O., S. 17.

28 So in einer Kapitelüberschrift - Lefèvre, Wolfgang: Reichtum und Knappheit. Studienreform als Zerstörung gesellschaftlichen Reichtums. In: Bergmann, Uwe/Dutschke, Rudi/Lefèvre, Wolfgang/Rabehl, Bernd: Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition. Eine Analyse. Reinbek bei Hamburg 1968, S. 128.

29 Aus einem geheimen Vermerk über die gemeinsame Besprechung der Delegation des ZK der KPdSU mit der Delegation des ZK der SED am 21. August 1970 in Moskau. In: Przybylski, Peter: Tatort Politbüro. Die Akte Honecker. Berlin 1991, S. 295.

Die 1960er Jahre brachten dabei die spannendste Periode praktizierten Sozialismus, weil nach der Entstalinisierung – bei aller Verschiedenheit und Inkonsequenz – der Staatssozialismus sich bewegte und bewegen konnte. Die Entscheidung für eine neue Rolle der Wirtschaft, für den Verzicht auf eine allein politisch motivierte Umgehen mit der Ökonomie, der Verzicht auf einen umfassenden – und in der Praxis starren – Plan ohne die Interessenunterschiede und -widersprüche auszunutzen, eröffnete die Möglichkeit für einen Abschied vom durch Stalin verewigten „Kriegskommunismus". Moderne Technik, Wissenschaft, intelligenzintensive Arbeit war nur durch neues Wirtschaften und möglicherweise auch endlich praktizierte Demokratie zu bekommen. Angesichts der wirtschaftlichen Fortschritte und des nun möglichen Konsums geriet der Osten um ein weiteres in Zugzwang. Alsbald geriet der Realsozialismus in eine Konsumismusfalle, die zunehmend auch durch die westliche Politik – mit ihren Krediten gegen politisches Wohlverhalten – vertieft werden sollte. Das Problem jeder sozialistischen Gesellschaft besteht aber darin, wieviel Konsum – individuell und/oder gesellschaftlich – funktionieren kann. Das Kurzhalten der Bevölkerung, das Vertrösten auf eine bessere Zukunft, so die Erfahrungen der 1950er Jahre, aber nicht zuletzt auch der polnischen Krisen, belegten die geringe Chance für einen asketischen Sozialismus. Hier wurde die Suche nach dem „neuen Menschen" und einer neuen Lebensweise akut. Hier konnten eher die Funktionärskinder mit den elterlichen Sonderprivilegien, die Studenten und die künstlerische Intelligenz kühne Ideen entwickeln. Die anderen, vor allem die Arbeiter wußten, daß das Sein sehr wohl das Bewußtsein bestimmte und hauten im Zweifel mit der Faust auf den Tisch. Mehr Lohn ja, aber nicht unbedingt Verzicht auf die mit dem Ende des Kapitalismus möglich gewordene Solidarität, die sich oft genug als Gleichmacherei buchstabierte.[30] Gerade hieraus resultierten in den 1970er Jahren die Reformersatze in Polen, der DDR oder der ČSSR, nur waren die auf Pump und letztlich ohne die geistige und zunehmend auch geographische Freiheit, die Intellektuelle und Jugend bewegten in Zeiten, da Krieg und Kalter Krieg zunehmend als Abgrenzungsargument ausschieden.

Auch im Westen spüren Theoretiker wie Walt Rostow, Daniel Bell oder Herman Kahn diesen Umbruch und theoretisierten in dieser Zeit über eine *nachindustrielle Gesellschaft*, in der nicht mehr Tonnen Stahl zählten, sondern wissenschaftlich-technische Leistungen und Lebensstandard. Andere,

30 So die Tendenz in vielen Beiträgen zur Lage und zum Verhalten der Arbeiter in den realsozialistischen Staaten, siehe z.B. Brenner, Christiane/Heumos, Peter (Hrsg.): Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und DDR 1948-1968. München 2005.

wie Jean-Jacques Servan-Schreiber und noch mehr Franz Josef Strauß sahen diesen wirtschaftlichen und politischen Umbruch als Gelegenheit, auch in Europa-West einen Neuanfang zu versuchen. Sie wollten das Zerwürfnis zwischen Moskau und Peking nutzen, sahen die Möglichkeiten der technologischen Entwicklung. Aber sie begriffen, daß dies nicht mehr allein durch Nationalstaaten, sondern durch ein gemeinsam handelndes (West-)Europa geleistet werden muß. Es würde Bindekraft und Potenzverstärkung nach innen bieten, auch Dank der Entwicklung des Lebensstandards Chancen aufzeigen, die die Schwächung der Blockbindungen durch die jeweiligen Supermächte mit einer Lockerung der Situation im Osten ermöglichten. Für Strauß lag hier die Chance einer neuen, sicher eingebundenen, aber starken Rolle (West-)Deutschlands.[31] Nur wenige Jahre später reagierte Milton Friedman – zunächst in Gefolge des Putsches in Chile – mit seiner Antwort auf die neue Runde sozialer Kämpfe und Emanzipationsbewegungen, mit der Hinwendung zu einem neoliberalen Konzept des Kapitalismus, das die individuelle Befreiung für eines radikalen Marktegoismus nutzen wird.

4. Der Wandel in der Systemauseinandersetzung

Zugleich ist eine weitere Komponente zwar nur anzudeuten, aber wesentlich für den Verlauf und die damalige Zukunft der beiden Systeme, der Wandel der Systemauseinandersetzung von einem Kalten Krieg des *Roll back* und des drohenden nuklearen Systemkrieges hin zu einem *Wandel durch Annäherung* und zur *indirekten Strategie*.[32] Viele vermuten wie Bell: „Wenn sich ein einzelner Faktor als Katalysator der sozialen Spannungen in den Vereinigten Staaten – vielleicht auch in der ganzen Welt – benennen läßt, so ist es der Krieg in Vietnam ... Ein großer Teil, vielleicht gar die Mehrheit der Bevölkerung, empfand ihn als moralisch unklar, wenn nicht gar zweifelhaft. Und durch die Kriegführung stellte sich das kritische Problem der Glaubwürdigkeit, das schließlich sogar die Legitimität des Präsidentenamtes bedrohte.“[33] Der Krieg richtete sich nicht nur gegen eine als kommunistisch klassifizierte nationale Befreiungsrevolution, er war gleichzeitig auch der letzte offene Angriff gegen einen Staat des Ostblocks. Spätestens die Tet-Offensive belegte

31 Siehe Servan-Schreiber, Jean-Jacques: Die amerikanische Herausforderung. Hamburg 1968, 5. A.; Strauß, Franz Josef: Herausforderung und Antwort. Ein Programm für Europa. Stuttgart 1968.

32 Siehe Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947-1991. Köln-Weimar-Wien 2002; ders.: Der Kalte Krieg. München 2003.

33 Bell, Daniel: Die kulturellen Widersprüche des Kapitalismus. Frankfurt/M.-New York 1991 (1976 1. A.), S. 225.

nach der Kuba-Krise, aber auch nach dem Sechstage-Krieg 1967, daß eine aussichtsreiche militärische Konfrontation der Supermächte irreal, weil selbstmörderisch war. Zugleich wurde es unmöglich, daß eine Supermacht oder ihre Verbündeten einen Vernichtungssieg über ein kleines, aber motiviertes Volk, zumal mit der Unterstützung durch die andere Supermacht erringen konnte. Spätestens mit dem *Harmel-Bericht* von 1967 hatte die NATO ihre Strategie angepaßt, akzeptierte eine gewandelte Blockkonfrontation, in der bei durchaus vorhandener Bereitschaft zum eventuellen großen Krieg das entscheidende Feld die ökonomische und ideologische Auseinandersetzung sein sollte. Für die deutsch-deutsche Konfrontation hatten dies schon 1963 in Anlehnung an John F. Kennedys Einsichten Egon Bahr und Willy Brandt als das Konzept eines *Wandels durch Annäherung* formuliert. Flexiblere Auseinandersetzung mit dem Blockgegner, der differenzierte Umgang mit einzelnen Ostblockstaaten, auch die versuchte Isolierung der DDR waren Elemente dieser Strategie.

Trotzdem wirkte immer noch die Jalta-Ordnung, akzeptiert von beiden Blöcken trotz Sympathien für diejenigen, die die Ordnung des Kontrahenten antasten. Für die innenpolitische Auseinandersetzung war die Drohung mit einem Bürgerkrieg und dem Sieg der Kommunisten oder der Kapitalisten ein probates Mittel, um diesen Wandel letztlich wieder zu stoppen. Sowjetische Panzer in den Straßen Prags konnten so die Bedrohung des stalinistischen Systems ebenso beenden wie die weit blutigeren Putsche in Griechenland 1967, das Massaker auf der *Plaza Tlatelolco* im Mexiko City am Vorabend der Olympischen Spiele, später Pinochets Putsch in Chile 1973 den linken Aufbruch. Es war auch die Hochzeit der politischen Morde, deren prominenteste Opfer Martin Luther King, Robert Kennedy oder Ernesto Che Guevara waren. Nötigenfalls gab es auch die Bereitschaft, mittels Geheimdiensten und der Stay-Behind-Geheimarmee *Gladio*[34] Rechtsputsche gegen legal gewählte Linksregierungen in Westeuropa auszulösen. In diesem Kontext ist besser der Kampf gegen die Notstandsgesetze in der BRD zu begreifen, aber auch der durchaus nicht grundlose Aufschrei westdeutscher Linker und Liberaler angesichts des Putsches in Chile.[35]

34 Siehe Ganser, Daniele: Nato's secret Armies. Operation Gladio and Terrorism in Western Europe. London 2005.

35 Siehe z.B. Bredow, Wilfried von: Möglichkeiten des innenpolitischen Einsatzes bewaffneter Einheiten in der BRD. In: Brock, Lothar/Jahn, Egbert/Rajewsky, Christiane/Steinweg, Reiner (Redaktion): Rüstung und Militär in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1977, S. 80ff; Ebert, Theodor: Widerstandsmöglichkeiten gegen innenpolitisches Eingreifen mit bewaffneten Einheiten. In: ebd., S. 92ff; Mez, Lutz: Schlußfolgerungen aus dem Putsch in Chile für westdeutsche Verbände und Parteien. In: ebd., S. 116ff.

5. Die Vielfalt von Revolte und Reform

Eine Würdigung unseres Gegenstandes muß berücksichtigen, daß das Jahr 1968, geschweige denn jene Umbruchsepoche, die mit dieser Chiffre versehen ist, sich aus mannigfachen Komponenten und Akteuren und Ereignissen zusammensetzt, die unterschiedlich zu bewerten sind und die keineswegs immer zusammengehören. Die Ereignisse des eigentlichen Jahres 1968 mit seiner unmittelbaren Vorgeschichte von 1966/67 und der unmittelbaren Nachgeschichte von 1969/71 vollzogen sich vielfältig. Die Begebenheiten, die den eigentlichen Kern der Weltrevolution mit der Chiffre 1968 ausmachen, das Doppeljahrzehnt der langen 1960er Jahrzehnts ab 1956, des 1970er Jahrzehnts bis zum Bruch der Ereignisse in Polen und Afghanistan 1980/81 (mit den Folgewirkungen von 1989/91) sind leicht zu erschließen. Die heute gern gebrauchte These von der *globalen* sozialen Bewegung ist aber trotz ähnlicher Ziele und dem gegenseitigen Lernen, auch des Verwendens ähnlicher neuer Kampfformen zumindest zu präzisieren.

Für das Jahr 1968 und sein Umfeld kommen global vielfältige und unterschiedliche Schauplätze zusammen, die damals die Schlagzeilen und die Diskussionen beherrschten. Es war eine frühe, aber um so nachdrücklichere Form von Globalisierung der politischen Kämpfe, deren Berührungspunkte – tatsächlich oder auch nur vermeintlich – Zeitungsleser wie Demonstranten bewegen konnte:

- der *Realkapitalismus* mit seinen revoltierenden Jungintellektuellen gegen Krieg, repressiv-manipulierenden Kapitalismus und für eine sozialistische, aber antirealsozialistischen Perspektive;
- die Reformversuche in *Osteuropa* für einen effizienteren, teilweise einen demokratischen Sozialismus, partiell begleitet von Studentenprotesten mit radikal sozialistischen Vorstellungen wie in Belgrad, allgemeindemokratischen und antisowjetischen Positionen wie in Warschau oder von demokratisch-sozialistischen, pluralistischen Ideen wie in Prag, übrigens nicht immer frei von Instrumentalisierungen in Machtkämpfen innerhalb der KP;
- die sich wandelnde Systemauseinandersetzung, in der *nationale Befreiungsbewegungen* und linke Bewegungen an der Peripherie erfolgreich (Vietnam), erfolglos (Palästina) oder unentschieden (z.B. Bolivien) agierten und nicht selten trotz zeitweiliger Erfolge wie dem Wahlsieg von Allende und der *Unidad popular* schließlich gewaltsam niedergeworfen wurden;
- dazu parallel *Bürgerrechtsbewegungen* besonders in den USA gegen die

Rassendiskriminierung;
- schließlich *Machtkämpfe*, deren Formen und Erscheinungen in Gestalt der chinesischen Kulturrevolution wiederum vor allem die Jugend im Westen inspirieren konnten.

Es ist ein Zeitabschnitt, der geistige und politische Köpfe hervorbrachte oder wiedererweckte, von denen einige erst in der Revolte Politiker werden. Zu ihnen gehörten Alexander Dubcek, Daniel Cohn-Bendit, Rudi Dutschke, zugleich viele Namenlose. Es war die Renaissance linker, durchaus marxistisch beeinflußter Theorien, mit direkter oder indirekter Wirkung von Karl Marx und Wladimir Lenin bis Rosa Luxemburg und Mao Dzedong, die Wiederentdeckung verfemter Linker der 1910-1930er Jahre von Leo Trotzki über Nikolai Bucharin bis zu Karl Korsch, weit stärker die der Zeitgenossen um Ernst Bloch, Herbert Marcuse, Georg Lukács, Jean-Paul Sartre, oder die *Frankfurter Schule* mit Theodor W. Adorno und Max Horkheimer.

Gerade in letzterer Gruppe sind die Argumente für die kritische Stoßrichtung der westlichen Bewegungen wie auch die Ansätze zu vermuten, die ihr schlußendliches Scheitern berühren. In Osteuropa sind es die staatsnahen Konzepte eines Ulbricht ebenso wie die demokratisch-sozialistischen Ansätze der Prager Reformer mit Richta, Mlynar, Šik und den Parteidokumenten, die konzeptionell relevant waren, auch die Antworten von Jacek Kuron und Karol Modzelewski auf einen *Monopolsozialismus*[36] oder Erweiterung des marxistischen Denkens durch die *Praxis-Philosophen* in Jugoslawien.

6. 1968 – Radikaler Bruch und ausgeschlagene wie mißverstandene Erbschaften

Das Jahr 1968 ist das Jahr einer breiten Bewegung gegen die Macht, nicht nur der realen der bürgerlichen Regierungen und der alten Politbüros, sondern auch der Macht und dem Staat schlechthin. Endlich sollte für nicht wenige die anarchistische Forderung gelten: Die „Phantasie an die Macht". Die Macht sollte wieder zum Volk zurückkehren, obschon das eher revoltierende Studenten in Paris, Frankfurt/M. oder Belgrad, gar in Westberlin forderten, die „Brecht dem Schütz die Gräten, alle Macht den Räten!" skandierten. Sie praktizierten es für ihren universitären Bereich, nach 1968 sollten Arbeiterräte bei

36 Siehe Kuron, Jacek/Modzelewski, Karol: Monopolsozialismus. Offener Brief an die Mitglieder der Grundorganisation der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und an die Mitglieder der Hochschulorganisation des Verbands Sozialistischer Jugend an der Universität. Übertragen aus dem Polnischen, herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Helmut Wagner. Hamburg 1969.

Betriebsbesetzungen in den romanischen Ländern eine Rolle spielen. In den Reformversuchen Osteuropas war von einer solchen basisdemokratischen Aufhebung der Macht weniger die Rede, selbst die Prager Reformer blieben im Rahmen einer Verbindung klassischen Parlamentarismus mit funktionierenden Betriebsräten und Rechtsstaatlichkeit, nun allerdings tatsächlich mit Leben erfüllt.

Nicht zufällig begann am 30. Mai 1968 der Bruch, als nach einer Rückversicherung bei General Massu, dem „Held von Algier", in Paris de Gaulle mit der Diktatur drohte und Bonn die Notstandsgesetze verabschiedete und wenige Wochen später in Chicago der Parteitag der Demokraten im Belagerungszustand stattfand, während die Panzer des Warschauer Paktes rollten. Die Konservativen in beiden Blöcken zeigten die Zähne und wiesen die Phantasie in ihre Grenzen, zumal es gelang, die alten Bewegungen gegen die neuen auszuspielen. Die Studenten fuhren in die wohlverdienten Semesterferien und die Revolte begann zu versanden.

Daß manche Studentenbewegte aus dieser Gegen-Entwicklung ihre immer radikaler werdenden Schlüsse zogen und diverse Geheimdienste ihre Finger im Spiel hatten, gehört zu den Fernwirkungen des Jahres 1968. Für sie war es die Flucht von Aktivisten in den Widerstand und in einen bewaffneten Angriff auf die übermächtige Macht, seien es die *Weatherman*, die *Black Panther*, die *RAF* oder die *Roten Brigaden*. Jenseits dieser Irrwege, die letztlich der Reaktion die Chance für den Gegenschlag öffneten, war es die unauffällige *repressive Toleranz* einer aufgesogenen und prokapitalistisch instrumentalisierten Protestbewegung, die wirkte.

Sartre hat Recht: „Im Mai 1968 waren Partei und Gewerkschaften nicht bloß keineswegs an der Macht, sondern auch sonst weit davon entfernt, eine vergleichbare Rolle zu spielen. Das Element, das den Kampf vereinte, ist etwas, das meiner Ansicht nach von weither kommt: eine Idee, die aus Vietnam zu uns gelangt und von den Studenten in der Formel *'L'imagination au pouvoir'* [Die Phantasie an die Macht – StB.] ausgedrückt wurde. Mit anderen Worten: Das Feld des Möglichen ist sehr viel größer, als die herrschenden Klassen uns glauben gemacht haben."[37] Oder was Rudi Dutschke gern betonte: Geschichte ist machbar![38]

37 Das Risiko der Spontaneität, die Logik der Institution. Ein Gespräch mit Jean-Paul Sartre (27. August 1968). In: Rossanda, Rossana: Über die Dialektik von Kontinuität und Bruch. Zur Kritik revolutionärer Erfahrungen – Italien, Frankreich, Sowjetunion, Polen, China, Chile. Frankfurt/M. 1975, S. 137f.

38 Siehe Dutschke, Rudi: Geschichte ist machbar. Texte über das herrschende Falsche und die Radikalität des Friedens. Hrsg. von Jürgen Miermeister. Berlin 1992.

Trotzdem ist nicht zu übersehen, daß viele der Ideen und Ansätze des Jahres 1968 nur Imagination blieben. Insofern ist es nicht abwegig, von einer *mißverstandenen* Revolution zu sprechen. Das betrifft

- die Einordnung als Generationen- oder Kulturrevolte,
- ihre Reduzierung auf eine Revolte der Studenten und der Jugend,
- ihre Einengung auf den Westen,
- die Abkoppelung von den Unruhen in der 3. Welt,
- vor allem das Ausblenden der osteuropäischen Entwicklungen
- und deren Reduzierung auf die revoltierenden Studenten in Prag, Warschau oder Belgrad bzw. die Proteste gegen die sowjetischen Interventen.

Das berührt nicht zuletzt

- das Ignorieren der Reformen von oben im Osten wie deren politisch motivierte weitgehende Liquidierung auch außerhalb von Prag,
- das schließt den abwesenden Blick auf die schließlich neoliberale Reaktion auf diesen Umbruch ein.

Ohne das Begreifen des radikalen Bruchs im Charakter der Arbeit, später wird vom *Ende des Fordismus* gesprochen werden, der neuen Rolle von Wissenschaft und Intelligenz, die nicht allein Studenten und Jugendliche unzufrieden machte und Industrie und Arbeiterschaft entwertete, kann diese *Weltrevolution* kaum richtig gewürdigt werden. Auch wenn hier genauer sortiert werden könnte und jede der genannten Sichtweisen ihre historische und politische Begründung findet, so verweisen sie doch auf eine in den Folgewirkungen und Folgedeutungen unübersehbare Einäugigkeit, die den damaligen Akteuren ebensowenig gerecht wird wie denn heutigen und künftigen Überlegungen und Erfordernissen für eine antikapitalistische Emanzipationsbewegung.

Wir haben gezeigt, daß der Osten sich unterschiedlich radikal zu reformieren suchte. Es ist zu erinnern, daß in Frankreich und Italien, aber auch in Spanien die Arbeiter einen wesentlichen Teil der Unruhen ausmachten und mit ihren Streiks und Betriebsbesetzungen tatsächlich an den Grundfesten des Kapitalismus rüttelten.[39] Das Zusammenwirken und die Konkurrenz alter und neuer sozialer Bewegungen war immer wieder vorhanden, wobei die Arbeiter keineswegs immer wie die Westberliner Arbeiter reaktionär oder wie die Pariser Arbeiter vordergründig konsumorientiert sein mußten.

---

39 Verdienstvoll zeigen das Gehrke, Bernd/Horn, Gerd-Rainer (Hrsg.): 1968 und die Arbeiter. Studien zum „proletarischen Mai“ in Europa. Hamburg 2007.

7. Geschichtspolitik in Zeiten des Endes der Geschichte

Es müssen Schneisen durch das Dickicht der Überlieferungen und der Interpretationen des Phänomens 1968 geschlagen werden, zumal wenn Lehren aus dieser Geschichte gezogen werden sollen. Lehren ziehen verlangt aber zuerst zu begreifen, zu erfassen, herauszufinden was geschah und warum es geschah. Sonst ist die Gefahr jener historischen Neuverkleidung groß, von der Marx sprach und die Tragödien zur Farce verkommen lassen. Es ist ein zumindest doppelter Kampf *sowohl* gegen die Interpretation der Herrschenden und ihrer bezahlten Klopffechter, nicht zuletzt der Renegaten, die ihr einstiges Denken und Handeln vergessen lassen wollen und jenen Apathischen, die nicht mehr wissen wollen, wofür sie einst aufstanden und bereit waren, etwas zu riskieren. Aber es ist *auch* eine Auseinandersetzung mit jenen, die mit revolutionärem oder reformerischem Pathos der alten Zeiten hausieren gehen und sich ob manch erfreulicher Seite dieser Dinge verirren in der Illusion, eine verbindliche Sichtweise auf das damals und das heute Gültige gefunden zu haben.

Jenen, die das Jahr 1989 als Niederlage erlebt und akzeptiert haben, aber nicht an das Ende des Sozialismus glauben, fällt es wohl leichter als jenen, die 1989 als die Zeit des Triumphes der Demokratie und der ewigen allgemeinmenschlichen Interessen mißverstanden. Wobei dies nicht die Ablehnung der notwendigen, überfälligen antistalinistischen Revolution für einen demokratischen Sozialismus im Osten bedeutet, sondern lediglich das Eingeständnis, daß auch diese Revolution gescheitert ist und der Kapitalismus obsiegte, wenn auch politisch mit freundlicheren Mitteln als dies einst die Kommunarden oder die Aufständischen im Berliner Zeitungsviertel oder Opfer der peripheren Kriege des Kalten Krieges zwischen den beiden Blöcken erleiden mußten.

Aber die Niederlage, die dem Jahre 1989 vorherging, war die Niederlage des Jahres 1968 – trotz Pille, Woodstock, neuen sozialen Bewegungen und der unendlichen Vielfalt des Denkens. Diese Niederlage hat Namen und Orte, ob Prag oder den 30. Mai mit de Gaules *„La réforme oui, la chienlit non“* („Reformen ja, Saustall nein“). Die Verlierer von 1989 wissen auch: Die Sieger wollen keinen Sozialismus, weder in der Moskauer noch in der Pariser Gestalt.

Ja, das Jahr 1968 und sein Umfeld war eine Zeit der geistigen Befreiung aus den Zwängen des Kalten Krieges und des Antikommunismus, noch einmal eine Welle sozialer Utopien und sehr begrenzter praktischer Emanzipation. Ja, es war eine Zeit der neuen Ideen, zumindest der entschiedenen

Modifizierung der alten klassenkämpferischen Ideen eines Marx und Lenin, nun bereichert wie verwässert durch Psychoanalyse, Massenpsychologie, kritische Theorie und diversen neuen -ismen. Ja, es war eine Zeit neuer Organisationsformen und Bewegungen, die Massen zu mobilisieren mochten, die kulturelle Wendungen und Öffnungen bewirkten und die in ihrer politisch relevanten Dimension ebenso rasch zerstoben, meist weniger vor dem Widerstand der Mächtigen als in Bequemlichkeit und Alltagstrott sowie im Streit der einen Organisation gegen die andere, in der permanenten Spaltungssehnsucht und -praxis.

Eine kritischere Sicht auf die Ereignisse, Bewegungen, Personen und Ideen, die mit dem Jahre 1968 verknüpft sind, müßte erkennen, daß es eine mißverstandene Weichenstellung war. Es ging auch um kulturelle Befreiung, Entdogmatisierung, neue soziale Bewegungen und den Bruch mit der verbürokratisierte Arbeiterbewegung. Es ging um den Bruch mit dem Parteikommunismus ebenso wie mit der zahm gewordenen Sozialdemokratie. Es war die Zeit der revolutionären Romantik, die mit Revolutionären und Revoluzzern fern der heimischen Klassenkämpfe mitfiebert und mitkämpfte, nicht immer deren Tragweite erkennte. Es war sicher ein Bestandteil des internationalen Kampfes gegen die westliche, weniger die östliche Vormachtstellung einer Supermacht und ihrer Bereitschaft, ihre Macht gewaltsam zu verteidigen, sei es gegen ein kleines asiatisches Volk in einem blutigen Krieg, sei es in einer polizeilichen Strafaktionen mit hunderttausenden Soldaten gegen ein kleines mitteleuropäisches Volk.

Die Auseinandersetzung kam daher als eine der neuen Bewegungen, der neue sozialen Schichten gegen die bestehende Ordnung und Autorität, vor allem aber gegen die alten, verknöcherten, immobil gewordenen Bewegungen, Partein und Ideologismen der Linken. Und doch ging es um mehr, wenn die Bandbreite der Ereignisse des Jahres 1968 und ihres Umfeldes Revue passieren, wenn die Vielfalt der Akteure jenseits der Basisrevolutionäre und Revoluzzer auf den Straßen von Paris, Berkeley, Frankfurt/M. oder Berlin/West, selbst jenseits der Studenten im polnischen März 1968 oder gegen die sowjetischen Panzer in den Straßen Prags geblickt wird. Es ging um eine nicht geschmiedete Einheit von kommunistischen Reformern und libertären Studentenbewegungen gegen eine Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur des verfallenden Fordismus, die mit ihrer Entfremdung und Hierarchisierung, ihrer sozialen Immobilität und politischen wie sozialen Stagnation sichtbar an die Grenzen der Produktivkraftentwickelung im Marxschen Sinne gestoßen war. Eine Technologie-, eine Produktivkraftrevolution drängte zu neuen Ant-

worten nach den Subjekten gesellschaftlichen Wandelns, ihren Ideologen und Avantgarden und nach den Antworten, wie eine nicht- und antikapitalistische Gestaltung von Produktionsverhältnissen und wie die Rolle der Produktivkraft Mensch in ihr aussehen konnte und mußte. Wogegen alle sein wollten, war zu verschiedenen Zeiten, an mannigfachen Orten und von unterschiedlichen Akteuren meist nur abstrakt, und wenn politisch, nur ungleichzeitig ausgesprochen: gegen Entfremdung, Gängelung, Konsumdiktatur und Entmündigung. Alternativen blieben vage – Demokratisierung, Pluralität, Rätemacht und Mitbestimmung, kulturelle und geistige Freiheit. Noch vager blieb das ökonomische Konzept, in dem selbstverwaltete Betriebe, marktwirtschaftliche Elemente einen dritten Weg jenseits Profimaximierung und Kommandowirtschaft ermöglichen sollte. Man verzettelte sich in einzelne Kampffelder und war von den disziplinierenden wie irritierenden Wirkungen der Blockkonfrontation überwältigt. Und der Osten verriet sein eigenes Entwicklungspotential, beendete in Prag mit Panzern, in der DDR mit Intrigen und im gesamten Block mit einem weitgehenden Reformverzicht die Hoffnungen und Chancen, die Produktivkraftrevolution für einen demokratischen Sozialismus zu nutzen.

Konservative waren ebenso erfolgreich wie die radikalen Vereinfacher, und die Revolte wie die Reform brachen zusammen, bevor sie auch nur einen Zipfel eines neuen Sozialismus, eines demokratischen Sozialismus erreichen konnte. Jenseits des Kampfes um die Macht begann sich jene Tendenz der Machtsicherung der Herrschenden jenes Systems durchzusetzen, das seit Jahrhunderten erfolgreich auf Egoismus, Neid, Unterrückung und Ausgrenzung gesetzt hat, des Kapitalismus in einer nie gekannten und bislang seit den 1945er Jahren unerkannten Sozialstaatlichkeit ersetzend wirksam wurde. Ein Neoliberalismus wurde zum Sieger des Jahres 1968, der zuerst in Chile fünf Jahre später seine politische Bewährungsprobe fand, statt den Verheißungen von Basisdemokratie, sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit die Aussicht für jeden, um das goldene Kalb zu tanzen und seines Glückes Schmied zu sein, ohne nach links oder rechts zu schauen, ohne – jenseits der allgemeinen Barmherzigkeit – die neben ihm Fallenden und am Boden liegenden zu beachten.

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *97(2008), 117–130*

Herbert Meißner

Zum Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bei Marx und heute

Vortrag in der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften am 13. März 2008

Die Wahl dieses Themas ergab sich aus der Einsicht, dass sowohl das Marxsche Verständnis der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als auch die später daraus gezogenen Schlussfolgerungen heute auf ihren Bestand hin zu prüfen sind.

Nach Marx bestimmen die Produktivkräfte und die Produktionsverhältnisse in ihrer Einheit den Charakter der jeweiligen Produktionsweise. Im „Kapital" brachte Marx dies auf die bekannte – sehr vereinfachende und daher in der späteren Literatur immer wieder heftig umstrittene – Formel: „Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Feudalherren, die Dampfmühle eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten."

Im Kommunistischen Manifest heißt es: „Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung dieser Produktions- und Verkehrsmittel entsprechen ... die feudalen Eigentumsverhältnisse den schon entwickelten Produktivkräften nicht mehr. Sie hemmten die Produktion statt sie zu fördern. Sie mussten gesprengt werden, sie wurden gesprengt".[1]

Somit entwickelte Marx aus der Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ihren Widerspruch. Am ausdrucksvollsten ist dies wohl formuliert im Vorwort von „Zur Kritik der politischen Ökonomie": „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen ... Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein."[2] Dieser Kerngedanke kehrt in vielen Schriften von Marx und Engels wieder. So sprechen sie im Oktober 1850 davon, dass „... in den Re-

1 K. Marx, F. Engels, Das Kommunistische Manifest, Hamburg 1999, S. 50 MEW, Bd. 4, S. 467

2 K. Marx, Marx-Engels-Werke (MEW) Berlin 1978, Band 13, S. 9

sultaten und Produktionen der großen Industrie die von der Geschichte selbst hervorgebrachten und täglich sich neu erzeugenden realen Bedingungen der proletarischen Revolution erkannt und enthüllt werden.“[3] An anderer Stelle schrieb Engels, dass infolge der „… übermäßig angewachsenen Produktivkräfte ... die ganze moderne Gesellschaft an Überfülle unverwendbarer Lebenskraft auf der einen Seite und an gänzlicher Abzehrung auf der anderen zugrunde gehen müsste, trüge nicht dieser abnorme Zustand sein eigenes Heilmittel in sich und hätte nicht die industrielle Entwicklung zugleich die Klasse erzeugt, die dann allein die Leitung der Gesellschaft übernehmen kann: das Proletariat. Die proletarische Revolution ist dann unvermeidlich, und ihr Sieg ist gewiss.“[4]

Aber Marx und Engels warnen auch, wenn „ ... die Produktivkräfte der bürgerlichen Gesellschaft sich so üppig entwickeln, wie dies innerhalb der bürgerlichen Verhältnisse überhaupt möglich ist, kann von einer wirklichen Revolution keine Rede sein. Eine solche Revolution ist nur in den Perioden möglich, wo diese *beiden Faktoren,* die *modernen Produktivkräfte* und die *bürgerlichen Produktionsformen,* miteinander *in Widerspruch* geraten.“[5]

Aber damit entstehen sogleich die entscheidenden Fragen:

- Wann erreicht denn dieser Widerspruch zwischen Produktivkräften und den Eigentumsverhältnissen diesen Höhepunkt, wo die Fesseln gesprengt werden müssen und können?
- Wann ist diese „gewisse Stufe“ erreicht, wo eine Epoche „sozialer Revolution“ eintritt?
- Woran erkennt man die daraus folgende Möglichkeit und Notwendigkeit der sozialen Revolution?

Marx und Engels haben diesen Zeitpunkt so beschrieben: „Die Produktivkräfte, die ihr (der Bourgeoisie) zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Zivilisation und der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse ... sie gefährden die Existenz des bürgerlichen Eigentums.“[6] Damit „tritt ... offen hervor, dass die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben ...“[7], bzw. dass „... die kapitali-

3 K. Marx, F. Engels, MEW, Bd. 7, S. 416
4 F. Engels, MEW, Bd. 7, S. 242
5 K. Marx, F. Engels, MEW, Band 7, S. 440
6 K. Marx, F. Engels Das Kommunistische Manifest, Hamburg 1999, S. 51 MEW, Bd.4, S. 468
7 ebenda, S. 58/473

stische Produktionsweise ihrem Wesen nach über einen gewissen Punkt hinaus jede rationelle Verbesserung ausschließt."[8]

Engels ging in seinem Vorwort zur englischen Ausgabe des „Kapital" sogar so weit, zu sagen: „... wir können den Zeitpunkt beinahe berechnen, wo die Arbeitslosen die Geduld verlieren und ihr Schicksal in ihre eigenen Hände nehmen werden."[9]

Der Hinweis auf diese Engels'sche Annahme ist deshalb nicht bedeutungslos, weil sie am 6. November 1886 formuliert wurde, also 38 Jahre nach dem Kommunistischen Manifest und damit auch ungeachtet aller von Marx und Engels inzwischen vollzogenen Entwicklungen ihrer Denkweise. einschließlich vorsichtigerer Bestimmungen von Zeitpunkt und Bedingungen der künftigen Revolution.

Vielmehr wurden diese und ähnliche Formulierungen der Gewissheit des revolutionären Umbruchs von Marx und Engels aus ihrem weitsichtigen historischen Blickwinkel getroffen und waren nicht – oder nicht in erster Linie – auf die damalige Gegenwart zugeschnitten, obwohl auch diesbezügliche Erwartungen eine gewisse Rolle spielten. Aber 150 Jahre danach ist die Frage angemessen, ob der Geschichtsverlauf seitdem diese Thesen bestätigt hat, ob sie modifiziert oder gar widerlegt wurden.

Da sich die entsprechenden Aussagen auf das Verhältnis der hochentwikkelten Produktivkräfte zu den sie fesselnden kapitalistischen Eigentumsverhältnissen beziehen, woraus dann eine Epoche sozialer Revolution folge, ist es gerechtfertigt, die Veränderungen in den heute hochentwickelten kapitalistischen Industrieländern zur Prüfung dieser Fragen heranzuziehen.

Dabei zeigt sich, dass in den imperialistischen Staaten die Entwicklung von Wissenschaft und Technik, von industrieller Forschung und moderner Maschinerie ungehemmt vorangeht. Das geht von der Vollautomatisierung über die moderne Kommunikationstechnik und Informatik bis zur Atomenergie und Weltraumforschung und nicht zuletzt zur Militärtechnik.

Mit diesen technischen Entwicklungen gehen einher eine ständig zunehmende Kapitalkonzentration und -zentralisation, Profitsteigerungen in früher ungekanntem Ausmaß, eine konstante Massenarbeitslosigkeit, eine zunehmende Verarmung großer Bevölkerungsteile bei Ausdehnung der Herrschaft des Finanzkapitals über Kontinente hinweg in globalem Maßstab. Eine Hemmung oder Fesselung dieser Entwicklung ist nicht erkennbar.

8 MEW, Band 24, S. 506
9 MEW, Bd. 23, S. 40

Die durch die Wirtschafts- und Technikentwicklung hervorgerufenen Probleme des Klimawandels, der Erderwärmung, der Erschöpfung der Naturressourcen usw. stoßen zwar an die „Grenzen des Wachstums“, wie das seinerzeit der Club of Rome formulierte, rufen auch in zunehmendem Maße Warnungen und Vorschläge progressiver Wissenschaftler und Politiker hervor. Neuartige Widersprüche des Systems werden sichtbar gemacht. Neue Bedingungen der ökonomischen und sozialen Reproduktion, also des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses werden untersucht. Aber obwohl diese bedrohlichen Entwicklungen sogar die Existenz unseres Planeten in Gefahr bringen, gibt es keine Anzeichen dafür, dass diese Problematik die Existenz des kapitalistischen Systems als Solches ins Wanken bringt. Auch wenn dabei neue ökonomische und soziale Widersprüche aufbrechen, entsteht, soweit es um die wissenschaftlich-technische Dynamik und Innovationskraft geht, keine Fesselung der Produktivkräfte durch die Eigentumsverhältnisse.

Aber obwohl die imperialistischen Metropolen auf diesem gefährlichen Entwicklungsweg fast ungebremst weiterschreiten, zeichnet sich gegenwärtig in den Zentren des Kapitalismus unter den sehr unterschiedlichen Gegenkräften keine systemüberwind wirksame Bewegung ab.

Dafür gibt es m.E. vier Hauptursachen:

1. Die herrschende Klasse – und dazu gehören die ökonomischen und politischen Eliten – verfügt mittels modernster Technik über hochentwickelte Herrschaftsmethoden, die sie mit Erfahrung und Herrschaftswissen verbindet. Das geht von der subtilen Massenmanipulation durch die Medien über die bürokratische Beherrschung des Alltags bis zur rücksichtslosen Anwendung des staatlichen Gewaltmonopols im Bedarfsfall.
2. Im Falle systemgefährdender ökonomischer oder politischer Krisen verfügen die herrschenden Eliten über hinreichende Intelligenz und Flexibilität, um Auswege zu finden, die möglicherweise ihren zeitweiligen Interessen widersprechen, aber langfristig die Systemerhaltung sichern. Marx wies zu Recht darauf hin, dass der Kapitalismus aus ökonomischen Gründen nicht zusammenbrechen wird, sondern stets Auswege findet. Genau deshalb hielt er ja die revolutionäre Überwindung des Systems für unabdingbar.

   Bei dieser sehr differenzierten Systemerhaltungsstrategie werden die herrschenden Kräfte von jenen sozialreformistischen Strömungen unterstützt, die lediglich auf eine erträglichere Gestaltung des Alltags aus sind. Bereits im März 1850 haben Marx und Engels in der „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund“ festgestellt: „Die demokratischen Kleinbürger

... erstreben eine Änderung der gesellschaftlichen Zustände, wodurch ihnen die bestehende Gesellschaft möglichst erträglich und bequem gemacht wird."[10]

Die dabei zur Debatte stehenden sozialen Reformen, die vielen Menschen das Leben erleichtern, sind natürlich anzustreben und durchzusetzen. Viele progressive Sozialwissenschaftler machen dafür praktikable Vorschläge. Das sollte aber nicht mit der Illusion verbunden sein, dass bei unangetastetem Eigentum von Großindustrie und Hochfinanz soziale Reformen „transformatorische Potentiale" besitzen und dass darin „entscheidende Ansätze für eine Transformation zu einer gerechten Gesellschaft zu finden" seien,[11] wie Dieter Klein meint.

Zu welchen Konsequenzen dieser reformtheoretische Ansatz führt, sagt Dieter Klein an gleicher Stelle (S. 105): „In diesem Sinne kann Sozialismus auch als Menschenrechtsideologie moderner Gesellschaften bezeichnet werden", und die sozialistische Linke kann „für Freiheit und Menschenrechte als sozialistische Bürgerrechtspartei" wirken (S103). Den Sozialismus zu einer allgemeinen Menschenrechtsideologie zurechtzustutzen und die Linke zu einer Bürgerrechtspartei zu deformieren ist bei aller Bedeutung der Menschenrechte, wenn sie umfassend verstanden und auch auf die soziale Frage bezogen werden, um so überraschender, als genügend Erfahrungen damit vorliegen, auf welchen einseitigen Positionen viele frühere Bürgerrechtler in dieser Frage heute gelandet sind.

So notwendig der Kampf für soziale Reformen im Interesse der Bevölkerung ist – sie vollziehen sich im Rahmen des bestehenden Herrschaftssystems. Für die Überwindung dieses Systems bleibt gültig, dass die Eigentumsfrage die Grundfrage der sozialistischen Bewegung ist.

Beim Kampf um soziale und wirtschaftliche Verbesserungen darf auch die Dialektik nicht übersehen werden, dass durchgesetzte Reformen die soziale Lage der Bevölkerung verbessern, damit aber gleichzeitig das System erträglicher gestalten und keineswegs automatisch zu einer Stärkung des Widerstands dagegen führen. Wir müssen uns an den Hinweis von Friedrich Engels erinnern, der 1850 im Zusammenhang mit einer Darstellung der blutsaugerischen Ausbeutung in England feststellte: „Dennoch wagte niemand zu fordern, dieses schändliche System zu beseitigen; man verlangte nur, dass es einigermaßen eingeschränkt werde." Und als ob En-

10 MEW, Bd. 7, S. 247

11 Dieter Klein, Notwendigkeit und Möglichkeit sozialer Reformen im Kapitalismus – und über ihn hinaus, in: Links oder lahm? edition ost, Berlin 2006, S. 97/98

gels die heutigen Wirtschaftstheoretiker gekannt hätte, schrieb er weiter: „auf der anderen Seite kamen die kalten, herzlosen politischen Ökonomen, die bezahlten Diener derjenigen, die sich bei diesem System mästen, und bewiesen an Hand einer Reihe von Schlussfolgerungen, so unwiderleglich und zwingend wie das Einmaleins, dass es bei Strafe, das Land zu ruinieren, keine Möglichkeit gibt, dieses System irgendwie anzutasten.“[12]

3. Das Scheitern des geschichtlich ersten Versuchs, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, hat in großen Bevölkerungsteilen ernsthafte Zweifel daran aufkommen lassen, dass es eine Alternative zum Kapitalismus geben kann. Diese Zweifel werden durch eine systematische Entstellung der Geschichte der sozialistischen Länder durch massenhafte Diskriminierung, Delegitimierung und Kriminalisierung aller gesellschaftlichen Einrichtungen der früher sozialistischen Länder geschürt, vertieft und gefestigt.

   Da auch unter antikapitalistischen Linken die Bewertung sozialistischer Vergangenheiten durchaus unterschiedlich ausfällt, verstärkt dies die Unsicherheit über die Möglichkeit einer sozialistischen Alternative.
4. Letztlich ergibt sich aus all dem, dass die Mehrheit der sozial benachteiligten Bevölkerung erfasst ist von Hoffnungslosigkeit, Lethargie und Depression. Der in Gesprächen am meisten zu hörende Satz lautet: es hat ja doch alles keine Zweck, man kann ohnehin nichts ändern. Die täglichen Erfahrungen der Menschen mit Politik und Wirtschaft, mit Sozial- und Gesundheitswesen, mit Justiz und Verwaltung scheinen diesen Satz zu bestätigen.

   Natürlich gibt es zwischenzeitlich aufflammenden Widerstand gegen staatlichen Sozialabbau, gegen Militäreinsätze im Ausland, gegen Lohndumping und gegen den ständigen Abbau von Arbeitsplätzen. Aber die Träger solchen Widerstandes, die sich in Sozialforen und Netzwerken organisieren, machen stets zwei Erfahrungen. Zum einen ist die Beteiligung – verglichen mit der Bevölkerungsmehrheit und der Stärke des Systems – deutlich zu gering. Zum anderen aber wird durch geschickte Kompromisse zwischen den politischen Parteien, durch Absprachen mit den Gewerkschaften und andere Winkelzüge immer wieder erreicht, dass der Widerstand abflaut oder ins Leere läuft. Dadurch wird die allgemeine Hoffnungslosigkeit genährt.

12 F. Engels, MEW, Bd. 7, S. 227

Auch unter linksorientierten und alternativen Ökonomen gibt es ernsthafte Auseinandersetzungen mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik. Dabei wird in zunehmendem Maße auf „Keynes als Alternative(r)?“ zurückgegriffen. In dem von Günter Krause herausgegebenen Sammelband mit diesem Titel versuchen 18 Autoren unterschiedlicher Prägung, „Argumente für eine gerechtere Wirtschaft“ (Untertitel des o.g. Buches) zu finden. (vgl. unten Anm. 23) Die Vielfältigkeit dieser ökonomisch-konzeptionellen Vorstellungen macht deutlich, wie weit die antikapitalistischen Kräfte noch von einer klar strukturierten wirtschaftspolitischen Strategie entfernt sind. Außerdem bewegen sich diese Überlegungen vornehmlich im theoretischen Bereich und klammern die Frage nach den praktischen Möglichkeiten der wirtschaftspolitischen Realisierung weitgehend aus. Das vorstehend Dargelegte gibt also im Hinblick auf die künftige Entwicklung in den imperialistischen Metropolen kaum Anlass zu ernsthaftem Optimismus. Es geht hier jedoch nicht um kaum begründbaren Optimismus oder um demotivierenden Pessimismus, sondern um theoretisch sauber analysierenden Realismus.

Aus all dem ergeben sich zwei für die marxistische Gesellschaftstheorie bedeutsame Schlussfolgerungen. Die erste bezieht sich auf die angesichts der realen Entwicklungen oben bereits aufgeworfene Zweifelsfrage, ob in der Tat die hochentwickelten Produktivkräfte von den Produktionsverhältnissen gehemmt und gefesselt werden und aus diesem Konflikt die Überwindung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse folgt.

Dabei sind vor allem die oben zitierten Feststellungen von Marx zu hinterfragen. Ist es so, dass die heutigen Produktivkräfte „nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Zivilisation und der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse“ dienen?

Ist es so, dass diese Produktivkräfte „die Existenz des bürgerlichen Eigentums“ gefährden, dass „die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben“ bzw. „ihr Leben nicht mehr verträglich ist mit der Gesellschaft“?

Offensichtlich ist die reale Geschichte des Kapitalismus in allen diesen Fragen anders verlaufen.

Vielmehr hat die stetige Entwicklung von Wissenschaft und Technik zur Festigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse beigetragen, werden die modernen technischen Möglichkeiten zu immer effektiverer Herrschaftssicherung eingesetzt, wird auch die ständig weiterentwickelte Militärtechnik und die dazugehörige Militärstrategie zur internationalen Herrschaftssiche-

rung genutzt und auch im Inneren bei ernsthafter Systemgefährdung rücksichtslos angewendet.

Damit hat sich die von Marx konstatierte Beziehung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im Kapitalismus auch anderthalb Jahrhunderte nach Marx nicht zu einem systemsprengenden n Konflikt zwischen beiden geführt. Vielmehr trägt genau umgekehrt die Entwicklung der Produktivkräfte trotz der Zuspitzung alter und neuer Widersprüche zur Festigung und Sicherung der bestehenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse bei. Das ist m.E. eine sehr bedeutsame Schlussfolgerung aus diesen Betrachtungen über Marx' Analyse der Beziehung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen.

Die zweite Konsequenz bezieht sich auf die Feststellung von Marx im Vorwort von „Zur Kritik der politischen Ökonomie": „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind."[13]

Nun sind zwar alle Produktivkräfte entwickelt, die für die Existenz der monopolkapitalistischen Gesellschaft erforderlich sind und sie entwickeln sich ungehemmt weiter, und sie sind auch durchaus hinreichend für die Existenz einer nichtkapitalistischen Ordnung – und dennoch hat die kapitalistische Gesellschaftsformation alle Krisen und Revolutionen überstanden, ist nicht zusammengebrochen, und höhere Produktionsverhältnisse sind nicht an ihre Stelle getreten bzw. die versuchte Alternative ist gescheitert.

Aber gleichzeitig hat Marx auch stets den „nur historischen, vorübergehenden Charakter der kapitalistischen Produktionsweise"[14] betont. Wenn das richtig bleibt und diese Ordnung nicht das Ende der Geschichte ist, dann ist zu fragen, ob sich – und das ist die zweite bedeutsame Konsequenz aus diesen Überlegungen – im weltgeschichtlichen Prozess diese Veränderung der Produktionsweise jetzt an anderem Ort, als in hochentwickelten Industrieländern, und unter anderen Bedingungen, als bei höchstentwickelter Technik, vollziehen kann.

Tatsächlich hat der Geschichtsverlauf gezeigt, dass gerade in Ländern mit sehr niedrigem Entwicklungsstand der Produktivkräfte, mit sehr niedrigem Lebensstandard und mit sehr geringen Demokratie- und Politikerfahrungen

13 MEW, Band 13, S. 9
14 MEW, Band 23, S. 252

eine revolutionäre Situation entstehen kann und dass dies auch gesellschaftsverändernd wirksam zu werden vermag.

So wurde am Ende des ersten Weltkrieges im ökonomisch schwach entwickelten Russland der Zarismus gestürzt. Eine starke Volksbewegung drängte auf Beendigung des Krieges, auf eine radikale Agrarreform und auf die Schaffung von revolutionär- demokratischen Arbeiter- und Bauernsowjets. In den bekannten April-Thesen rief Lenin zur Überleitung der bürgerlich- demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution auf.

Interessant ist in unserem Zusammenhang, dass in den damaligen Auseinandersetzungen darüber Plechanow genau mit der vorhin dargestellten These von Marx gegen Lenin argumentierte, dass in einem Land ohne die höchste Stufe des Kapitalismus und ohne die Fesselung der Produktivkräfte durch die Eigentumsverhältnisse es sinnlos sei, die Arbeiter und die Bauernschaft zum Sturz des Kapitalismus aufzurufen.

Ob die Bolschewiki „Zu früh zur Macht gegriffen?“[15] haben, wird auch gegenwärtig noch oder wieder diskutiert. Einerseits sahen die Kritiker Lenins seinen Aufruf zur Machtergreifung in einem so schwach entwickelten Land deutlich im Gegensatz zu der vorhin zitierten These von Marx. Darauf berief sich ja auch Plechanow. Andererseits aber stützte sich Lenin ja auch auf Marx, und bei genauem Hinsehen zeigen sich viele Gemeinsamkeiten in der Denkweise von Marx und Lenin. Davon seien hier nur drei wesentliche Aspekte hervorgehoben:

Erstens hat Marx im Herbst 1870 einige Monate vor der Pariser Kommune die Pariser Arbeiter vor dem Versuch gewarnt, die Regierung zu stürzen und er hielt dies für eine verzweifelte Torheit. Als aber der Aufstand ausbrach, begrüßte Marx trotz der schlimmen Vorzeichen diese proletarische Revolution mit der größten Begeisterung. „Marx versteifte sich nicht auf eine pedantische Verurteilung der `unzeitgemäßen´ Bewegung“.[16]

Zweitens stellte Lenin im Hinblick auf die Möglichkeiten sozialer Revolutionen in seiner Auseinandersetzung mit Kautsky fest: „Gibt es historische Gesetze, die für die Revolutionen gelten und keine Ausnahmen kennen? ... Nein, solche Gesetze gibt es nicht“. [17]

---

15 Helmut Bock, Zu früh zur Macht gegriffen?, in :Neues Deutschland, Berlin, 7/8. April 2007 S. 24

16 W. I. Lenin, Werke Berlin, Band 25, S. 426

17 ebenda, Band 28, S. 236

Auch damit befand er sich in Übereinstimmung mit Marx und Engels, denn Engels hat schon 1893 im Figaro geschrieben: „... wir haben nicht die Absicht, der Menschheit endgültige Gesetze zu diktieren.“[18]

Lenin hat sich also an den konkreten Bedingungen des Klassenkampfes orientiert statt an abstrakten Gesetzen. Dass er sich auch dabei in Übereinstimmung mit Marx befand, zeigt drittens eine Gedankenführung von Marx in einem Brief an Kugelmann, die in ihrer Weitsicht für unsere Problematik erstaunlich aktuell ist: „Die Weltgeschichte wäre allerdings sehr bequem zu machen, wenn der Kampf nur unter der Bedingung unfehlbar günstiger Chancen aufgenommen würde. Sie wäre andererseits sehr mystischer Natur, wenn `Zufälligkeiten´ keine Rolle spielten ... Aber Beschleunigung und Verzögerung sind sehr von solchen `Zufälligkeiten` abhängig – unter denen auch der `Zufall´ des Charakters der Leute, die zuerst an der Spitze der Bewegung stehen, figuriert.“[19]

Diese Passage zeigt, dass sich Marx ungeachtet seiner sehr grundsätzlich formulierten Ausgangsthese gegenüber den jeweiligen historischen Bedingungen sehr flexibel verhielt. Mit dem Hinweis auf Zufälligkeiten, die den Geschichtsverlauf beschleunigen oder verzögern können und zu denen insbesondere auch der Charakter von Persönlichkeiten gehört, hat Marx seine mehrfach formulierte These vom unvermeidlichen Zusammenstoß der Produktivkraftentwicklung mit den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen vorsichtig relativiert.

Es ist an der Zeit, diese Hinweise von Marx ernst zu nehmen, zu Ende zu denken und mit dem inzwischen erfolgten Geschichtsverlauf in Übereinstimmung zu bringen. Denn wenn wir an der ursprünglichen These von der revolutionären Lösung des Konflikts zwischen den hochentwickelten Produktivkräften und den sie fesselnden Eigentumsverhältnissen festhalten, dann hätte Plechanow gegen Lenin Recht gehabt.

Aber nicht nur das. Aus der Behauptung, dass Lenin „den verfrühten Sprung zum Sozialismus wagte“,[20] wird die Frage abgeleitet, ob durch Lenin „und seine Mitkämpfer nicht schon damals politisch-genetische Erblasten entstanden, die die Geschichte des ‚real existierenden Sozialismus‘ bis zu seinem Ende beschwerten“.[21] Wäre das richtig, so wären die Fehlentwicklungen des sowjetischen Systems, die dann zu seinem Zusammenbruch führten, be-

18 MEW, Band 22, S. 542
19 MEW, Band 33, S. 209
20 Helmut Bock, ebenda
21 ebenda

reits durch die verfrühte Oktoberrevolution vorprogrammiert und gewissermaßen unausweichlich.

Im Hinblick auf die vielfältigen Diskussionen und unterschiedlichen Bewertungen der Oktoberrevolution sollten aber drei Gesichtspunkte nicht außer Acht gelassen werden.

Erstens geht der oft erhobene Vorwurf, eine kleine Gruppe von Berufsrevolutionären habe diese Revolution „gemacht", an der Tatsache vorbei, dass ein Großteil der kriegsmüden russischen Soldaten und Matrosen zusammen mit der armen Bauernschaft und den hungernden Industriearbeitern eine revolutionäre Massenbewegung konstituierten. Ohne diese wäre es nicht möglich gewesen, die weiße Konterrevolution unter Koltschak und Denikin zu schlagen, die Interventionsarmeen von 14 feindlichen Staaten aus dem Lande zu treiben und die Sowjetmacht im ganzen Lande fest zu verankern.

Zweitens wird oft vorgehalten, dass die Bolschewiki eine zentralistisch organisierte Partei waren, das Wahrheitsmonopol beanspruchten und keine Demokratie zuließen. So sehr das für die spätere Zeit gilt und die extreme Situation von Revolution und Bürgerkrieg diktatorische Maßnahmen erforderten, hat Lenin in der Frühphase stets den demokratischen Charakter der Sowjetmacht betont. Ohne enge Verbindung zur Bevölkerung hätte Lenin nicht das unbestritten hohe Ansehen im Volke finden können. Ohne enge Beziehung zu den Truppen hätte Trotzki nicht erfolgreich die Rote Armee aufbauen und zum Erfolg führen können. Und studiert man die Dokumente in den Archiven, so ist man überrascht darüber, welche kritischen Auseinandersetzungen in den Führungsgremien von Partei und Staat es gab, wie offen Leo Trotzki und Bucharin, Kamenjew und Sinowjew ihre Meinung vertraten und – mitunter auch gegen Lenin – durchsetzten.

Drittens aber ist für die grundsätzliche Umwandlung einer Gesellschaftsordnung die Leitung dieses komplizierten Prozesses durch eine zielklare und einheitlich handelnde politische Kraft unabdingbar. Darauf wies Lenin im März 1919 auf dem I. Kongress der Kommunistischen Internationale hin: „Die Geschichte lehrt, dass noch nie eine unterdrückte Klasse zur Herrschaft gelangt ist und auch nicht gelangen konnte, ohne eine Periode der Diktatur durchzumachen, d. h. der Eroberung der politischen Macht und der gewaltsamen Unterdrückung des verzweifeltsten, wildesten, vor keinem Verbrechen zurückschreckenden Widerstands, der immer von den Ausbeutern geleistet wurde." Für die Richtigkeit dieser These gibt es genügend Beispiele aus der Geschichte.

Und auch hierbei befindet sich Lenin in Übereinstimmung mit Marx, der schrieb: „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz.“[22]

Wenn wir also akzeptieren, dass sich das Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ins Gegenteil verkehrt hat und wenn wir die relativierenden Hinweise von Marx zu Ende denken, werden konkrete historische Vorgänge der neueren Geschichte erst erklärbar.

Trotz enormer technischer und wirtschaftlicher Rückständigkeit fand in China eine soziale Revolution statt, in deren Verlauf die kapitalistischen und halbfeudalen Eigentumsverhältnisse liquidiert wurden. Entstandene Verzerrungen wie Maoismus und Kulturrevolution wurden überwunden und führten keineswegs zu einem vorprogrammierten Zusammenbruch. Die Wirtschaftspolitik beruft sich auf Lenin und die NÖP und es wurde eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Gang gesetzt, die zunächst eine stabile nichtkapitalistische Gesellschaft konstituiert. Laut Programm und Statut bekennt sich die KP Chinas zum Marxismus und zu sozialistischer Entwicklung. In ihren Dokumenten wird betont, dass sich China am Anfang eines sozialistischen Weges befindet, dass dieser Weg lang ist und dass für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft eine historische Periode von etwa 100 Jahren ins Auge gefasst wird.

In Vietnam hat sich das Gleiche vollzogen einschließlich der Vertreibung der US-amerikanischen Invasoren. Das gilt auch für Kuba. Und jetzt wird in einigen Südamerikanischen Ländern damit begonnen, ebenfalls diesen Weg zu beschreiten.

Natürlich ist noch keinesfalls endgültig klar, zu welchem Ziel diese Wege führen, welche Hemmnisse dabei zu überwinden sind und welche Irrtümer und Fehler dabei noch zu begehen und zu korrigieren sein werden. Dies ist zu unterstreichen, weil es viele verständliche Zweifel an den Entwicklungsmöglichkeiten in China und Südamerika gibt. Günter Krause hat unbedingt Recht mit der Feststellung, Alternativen zur herrschenden Ordnung werden nicht „für alle Regionen, Ökonomien und Gesellschaften dieser Welt einem stets gleichen Strickmuster folgen.“[23] Aber wenn in einem halben Dutzend Länder auf drei Kontinenten eine solche Überwindung kapitalistischer Verhältnisse bzw. die Einleitung dieser Überwindung registriert werden kann, ist sicher nicht mehr von historischen Zufällen oder Ausnahmen zu sprechen. Offensichtlich haben sich die Bedingungen für das Entstehen und Realisieren revo-

22 MEW, Band 23, Seite 779

23 Günter Krause, Keynesianische Ökonomie für eine „andere Wirtschaft“ – zum pro und contra, in: Keynes als Alternative(r)?, Karl Dietz Verlag Berlin 2007, Seite 112

lutionärer Situationen dahingehend geändert, dass dies nicht in den hochentwickelten, sondern in den schwach entwickelten Ländern eintritt. Und da diese nicht in Europa und Nordamerika, sondern in Asien und Südamerika liegen, bedeutet dies zugleich eine räumliche Verschiebung historischer Entwicklungszentren.

Dafür ist sicher auch wesentlich, dass dort die alten Herrschaftsapparate korrupt und brüchig waren bzw. sind und die alten politischen und ökonomischen Eliten noch nicht über jenes ausgefeilte und erfahrungsreiche Herrschaftswissen verfügen, welches erforderlich und in den hochentwickelten Ländern vorhanden ist. An diese räumliche Verschiebung weltrevolutionärer Entwicklungszentren wird sich unser eurozentristisches Denken erst noch gewöhnen müssen.

Dabei ist solche Verschiebung gar nicht so neu, wie es erscheinen mag. Nach dem deutsch- französischen Krieg 1870/71 und der Niederlage der Pariser Kommune verschob sich der Schwerpunkt der europäischen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland.[24] Nach dem ersten Weltkrieg verschob sich das Zentrum nach Russland, später nach Asien, und heute ist Mittel- und Südamerika einbezogen. Die alten und noch verwendeten Begriffe von den imperialistischen Metropolen als Zentrum und den schwach entwickelten Ländern als Peripherie der Weltgeschichte verlieren ihre Gültigkeit.

Zu diesen veränderten Bedingungen gehört gemäß dem Hinweis von Marx an Kugelmann auch der „Charakter der Persönlichkeiten, die zuerst an der Spitze der Bewegung stehen." Das gilt für Lenin und den Roten Oktober, für den jungen Mao und den „Langen Marsch", für Ho Chi Minh und Fidel Castro. Wir können nur hoffen, dass es ebenso für Hugo Chavez und Evo Morales einmal gelten wird.

Aus diesen veränderten internationalen Entwicklungen sollte auch abgeleitet werden, dass diese Länder und Bewegungen, die einer antikapitalistischen Richtung einschlagen, der besonderen politischen, ökonomischen und ideologischen Solidarität bedürfen. Sie sind der Aggressivität des internationalen Großkapitals in besonderem Maße ausgesetzt. Die progressiven Kräfte in den hochentwickelten Ländern sollten sich im Rahmen dieser historischen Auseinandersetzungen nicht unter dem Vorwand von Bürgerrechts- und Menschenrechtsdiskussionen für großbürgerliche Interessen vereinnahmen lassen.

---

24 F. Engels, MEW, Bd. 7, Seite 518

Zu welchen Konflikten es dabei zwischen den antikapitalistischen Staaten und Bewegungen einerseits und den imperialistischen Metropolen kommen wird und wie diese Konflikte ausgetragen werden, ist nicht voraussehbar.

Zunächst geht es darum, die durchaus unterschiedlichen Aspekte revolutionstheoretischen Denkens, welches eben eng mit der Veränderung der Beziehung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen verknüpft ist, neu zu überdenken, sie an den inzwischen gesammelten historischen Erfahrungen zu messen und ihre einzelnen Aspekte widerspruchsfrei ineinander zu fügen, um sich in den historischen Auseinandersetzungen unserer Zeit theoretisch seriös orientieren zu können.

Aber auch eine andere Thematik wird dabei sichtbar, denn die Widerspruchsproblematik des kapitalistischen Systems hört damit nicht auf. Sie setzt sich fort und verschärft sich auf einer neuen, höheren Ebene. Im Unterschied zum Kapitalismus des 19. Jahrhunderts hat sich der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen so umgekehrt, dass kein Konflikt zwischen beiden zustande kommt, dass aber durch die kapitalistische Nutzung und profitorientierte Anwendung der modernen Produktivkräfte der Gegensatz zwischen dem Imperialismus einerseits und den Menschheitsinteressen andererseits eine qualitativ neue Stufe erreicht. Natürlich bestand immer ein Gegensatz zwischen dem Ausbeutungscharakter des kapitalistischen Systems und einer humanistischen Existenz der Menschen. Bisher wurde dieser Gegensatz durch die imperialistischen Eliten beherrscht und nur in wenigen Fällen von Seiten der Ausgebeuteten durchbrochen. Die qualitativ neue Stufe besteht jedoch darin, dass heute die kapitalistische Verwertung der Produktivkräfte die Existenz der Menschheit und sogar des Planeten aufs Spiel setzt. Bei einem militärischen Konflikt gleicht das atomare Potenzial, um die Menschheit zu vernichten. Bei einer weiterhin hemmungslosen Ausbeutung aller Naturressourcen und profitorientierter Anwendung der modernen Technik besteht die Gefahr, dass die Erde unbewohnbar wird. Anstehende Klimakatastrophen, Abschmelzung der Pole, nie gekannte Überschwemmungen, Orkane, Taifune usw. sind erste Vorzeichen. Dieser neuartige Widerspruch zwischen diesen vom Kapitalismus verursachten Gefahren und den generellen Menschheitsinteressen wird zunehmend zum Hauptkonflikt der Gegenwart. Nicht aus dem bisher angenommenen Konflikt von Produktivkräften und den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen, der sich in sein Gegenteil verkehrt hat, sondern aus diesem Hauptkonflikt der Gegenwart müssen jene gesellschaftlichen Kräfte erwachsen, die durch Überwindung der imperialistischen Herrschaft diese Gefahren bannen.

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *97(2008), 131–141*

Wolfgang Eichhorn

Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse – eine lebendige Problematik

Es ist ein Verdienst Herbert Meißners, mit seinem Vortrag über Wechselbeziehungen von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ein klassisches Thema der an Marx orientierten Geschichtstheorie aufgegriffen und mit geschichtlichen Erfahrungen konfrontiert zu haben. Dieser Gegenstand mag in den Zeitdebatten selbst unter den Linken etwas zurückgetreten sein – aus der realen Geschichte ist er nicht verschwunden, und es ist anzunehmen, daß er im Zusammenhang mit den widerspruchsreichen Wirkungen heutiger Wissenschaft und Technik und mit den Konflikten und Verwerfungen der Globalisierungsprozesse mit neuen Inhalten massiv in die Debatte zurückkehren wird.

* * *

Der Vortrag behandelt eigentlich zwei unterschiedliche Problemkomplexe, die allerdings miteinander inhaltlich verzahnt sind: Die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen und Fragen der Revolutionstheorie.

Hinsichtlich der Revolutionstheorie wird geltend gemacht, daß revolutionäre Umgestaltungen im zurückliegenden Jahrhundert nicht von den industriell hoch entwickelten, sondern von weniger entwickelten Regionen der Welt ausgegangen sind. Das ist ein berechtigter Problemhinweis. Ebenso berechtigt und der Unterstützung wert ist das Bestreben Meißners, die diesen Punkt betreffenden theoretischen Leistungen Lenins entgegen der verbreiteten Verteufelung ins rechte Licht zu setzen. Tatsächlich haben sich revolutionäre Umgestaltungen von der Peripherie oder Semiperipherie des damaligen imperialistischen Weltsystems her entwickelt. Das gilt von einer ganzen Reihe revolutionärer Ereignisse unterschiedlichen Charakters in fast allen Teilen der Welt, vor allem natürlich von den revolutionären Großereignissen des 20. Jahrhunderts, dem russischen Revolutionszyklus und dem chinesischen Revolutionszyklus. Hier zeichnete sich in der Bewegungsrichtung der Geschichte eine tiefgreifende Verschiebung ab, die wesentliche Züge der

kommenden Jahrzehnte im Pro wie im Kontra determinierte. Ihre Wirkungsgeschichte ist, wenngleich sich Inhalte und Dimensionen wandeln und neue Konfliktfelder in den Vordergrund des Geschehens treten, durchaus nicht beendet. Jedenfalls ist diese Verschiebung eine der geschichtlichen Grundlagen, aus denen die unübersehbare *Verlagerung geschichtlicher Entwicklungs- und Einflußzentren nach Asien, speziell China*, erwächst.

Die weit verbreitete Ansicht, nach Marx hätten revolutionäre Veränderungen von den hochentwickelten Industrieländern ausgehen müssen – auch Meißner rührt daran nicht – ist irrig. In Wahrheit hat Marx vor allem seit der 1848er Revolution die Wahrscheinlichkeit hervorgehoben, daß künftige revolutionäre Veränderungen von der Peripherie ausgehen werden.[1] Dabei spielen bei ihm Russland und China eine besondere Rolle. Der Zusammenhang Produktivkraftentwicklung – Produktionsverhältnisse – Schauplätze revolutionären Geschehens wird bei Marx und dann ja auch ganz deutlich bei Lenin als viel komplizierter und widersprüchlicher begriffen als das oft unterstellt wird. Dabei sollte auch berücksichtigt werden, daß es methodologisch einen erheblichen Unterschied macht, ob man über die großen weltgeschichtlichen Progressionsepochen urteilt oder ob man nach den politischen, sozialen, ökonomischen, kulturellen, ethnischen Konfliktpotentialen fragt, die revolutionären Erschütterungen in dieser oder jener Region zugrunde liegen. Das sind unterschiedliche geschichtliche Prozesse mit unterschiedlichen Entwicklungsqualitäten und -tendenzen, auch wenn sie miteinander zusammenhängen und einander überlagern, was normalerweise der Fall ist.

All das hat in der internationalen wissenschaftlichen Literatur zurückliegender Jahrzehnte eine große Rolle gespielt. Das gilt auch von der theoretischen Entwicklung in der DDR vor allem seit den 1970er Jahren. Da wären Veranstaltungen, Diskussionen und Veröffentlichungen zu nennen, die von

1 So können wir bereits in einem Artikel aus dem Jahr 1850, der sich gewissermaßen auf das Verhältnis von Zentrum und Peripherie in der damaligen Zeit bezieht, folgendes lesen: „In England findet stets der ursprüngliche Prozeß statt; es ist der Demiurg des bürgerlichen Kosmos. Auf dem Kontinent treten die verschiedenen Phasen des Zyklus, den die bürgerliche Gesellschaft immer von neuem durchläuft, in sekundärer und tertiärer Form ein ... Wenn daher die Krisen zuerst auf dem Kontinent Revolutionen erzeugen, so ist doch der Grund derselben stets in England gelegt. In den Extremitäten des bürgerlichen Körpers muß es natürlich eher zu gewaltsamen Ausbrüchen kommen als in seinem Herzen, da hier die Möglichkeiten des Ausgleichs größer ist als dort. Andrerseits ist der Grad, worin die kontinentalen Revolutionen auf England zurückwirken, zugleich der Thermometer, inwieweit diese Revolutionen wirklich die bürgerlichen Lebensverhältnisse in Frage stellen, oder wie weit sie nur ihre politischen Formationen treffen.“ (Karl Marx/ Friedrich Engels: Revue. Mai bis Oktober [1850]. In: MEW 7. S. 440).

dem Arbeitskreis für vergleichende Revolutionsforschung in Leipzig, vom Institut für Alte Geschichte und Archäologie der Akademie der Wissenschaften der DDR und vom Institut für Wirtschaftsgeschichte der AdW ausgingen. Die umfangreiche Literatur über Revolutionsschübe und geschichtliche Verwicklungen, die vom Verhältnis von Metropolen und Peripherien des imperialistischen Systems und von den zunehmenden Verwerfungen in diesem Verhältnis ausgingen, findet jedoch in Meißners Vortrag kaum Widerschein. Das ist schade, denn in diesem Problemumfeld hat eine *Erkenntnisentwicklung* stattgefunden, *hinter die nicht zurückgegangen werden sollte.* Natürlich darf auch da bei dem Erreichten nicht stehen geblieben werden. Die Schauplätze, die sozialen Triebfedern und die Aktionsarten gesellschaftlicher Wandlungen verändern sich weiter, und sie werden im Gefolge der revolutionierenden Wirkungen heutiger Wissenschaft und Technik und durch die gegensätzlichen ökonomischen und politischen Entwicklungslinien, die den Prozessen der sogenannten Globalisierung eigen sind, zu neuen perspektivischen Fragestellungen führen.[2]

* * *

Das theoretische Hauptinteresse des Vortrags gilt dem erstgenannten Problemkomplex. Gleich zu Beginn bestimmt Meißner den Anspruch seines Vortrags dahingehend, eine kritische Sicht des Marxschen Verständnisses der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen vorzulegen. Das ist, wohlgemerkt, eine sehr umfassende Problemstellung, die ernst genommen werden muß. Dabei wird auch zu fragen sein, ob und wie sie eingelöst wird. Meißner notiert eine Reihe geschichtstheoretischer Aussagen, die er aus einzelnen Zitaten von Marx und Engels gewinnt, und er konfrontiert sie mit zwischenzeitlich stattgefundenen und heute stattfindenden realgeschichtlichen Fakten und Prozessen. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Meißner kommt dabei zur Ansicht, daß die geschichtliche Realität die theoretischen Aussagen, die er aus Marx und Engels gewonnen hat, falsifiziert hat, und im Großen und Ganzen ist ihm im Rahmen seiner Fragestellung in den von ihm aufgegriffenen Fällen durchaus zuzustimmen. Die Frage ist, ob seine

2 Zu verweisen ist vor allem auf Matthias Middell: Neue Trends der Weltgeschichtsschreibung. In: Wolfgang Eichhorn/Wolfgang Küttler: Was ist Geschichte? Aktuelle Entwicklungstendenzen von Geschichtsphilosophie und Geschichtswissenschaft. Berlin 2008; Ulf Engel/ Matthias Middell: Bruchzonen der Globalisierung, globale Krisen und Territorialitätsregimes – Kategorien einer Globalgeschichtsschreibung. In: Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung. 2005. Heft 5/6

– im Grunde doch *übermäßig selektiv* vorgehende – Verfahrensweise dem Anliegen, ein kritisches Verständnis der Marxschen Auffassung zur Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zu liefern, zu dienen vermag. Und dann: Kann sie die als Quintessenz des ganzen Vortrags vorgestellte These begründen, die von Marx konstatierte Beziehung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen hätte sich *in ihr Gegenteil verkehrt*[3]?

Ich vermisse an dem Vortrag nämlich auch in puncto Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, daß der Entwicklung der Ansichten Marx' hinlänglich Rechnung getragen wird. Denn gerade bei dieser Thematik gibt es nur ein „Marxsches Verständnis", das sich entwickelte und wandelte, das *stets ein werdendes* war und das schließlich weite Räume des Nachdenkens über mögliche geschichtliche Perspektiven öffnete. Die geschichtliche Wirklichkeit machte gravierende Wandlungen durch, und bei Marx erweiterte sich ständig das Untersuchungsfeld, auch hin zu außereuropäischen Prozessen, Verhältnissen, Kulturen.

Zunächst liegt mir daran, auf den methodischen Einsatz aufmerksam zu machen, mit dem Marx in seinem politökonomischen Riesenwerk arbeitet, um die gewaltige Fülle des von ihm zusammengetragenen empirischen Materials zur geschichtlichen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise (die der industriellen Revolution eingeschlossen) zu ordnen, zu verarbeiten und geschichtlich zu deuten. Da zeichnet sich nämlich eine *vertiefte dialektische Sicht* auf die Wechselbeziehungen von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ab. Man kann das an einer ganz kurzen und einfachen Stelle aus dem ersten Band der „Theorien über den Mehrwert" festmachen: „Einerseits gestaltet es (das Kapital – WE) die Produktionsweise um, andrerseits ist diese veränderte Gestalt der Produktionsweise und eine besondre Stufe der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte die Grundlage und Bedingung – die Voraussetzung seiner eignen Gestaltung."[4] Was in diesem Satz ausgedrückt ist, wird in ungezählten Stellen, Hinweisen, Wendungen, in denen die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise dargelegt wird, immer wieder angesprochen.[5] Und das Erkenntniskonzept, die Methodologie, die in dem zitierten Satz ihre kurze Fassung findet, führt Marx bei der Darlegung politökonomischer Zusammenhänge über Hunderte von Seiten konkret durch.[6] Die beiden Seiten der Produktionsweise werden immer wieder in ihrer komplexen und durch das Kapitalverhältnis geprägten Wechselbeziehung,

3 Herbert Meißner: Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bei Marx und heute. In: Leibniz-Intern. Nr. 39. S. 7

4 Karl Marx: Theorien über den Mehrwert. Erster Teil. In: MEW Bd. 26.1. S. 365

in der sie einander voraussetzen und zugleich bedingen, theoretisch gefaßt, mit anderen Worten, *in ihrem bewegten und bewegenden Widerspruch gedacht.* Auf diese Weise wird die innere Dynamik einer Produktionsweise sichtbar, bei der es nirgends, auf keiner Seite, einen Stillstand gibt.

Wenn diese theoretisch wie empirisch wohlbegründete und wohlfundierte Sicht der dialektischen Wechselbeziehungen von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in das Kalkül einbezogen und zu einer Grundlage des Urteilens gemacht wird, verschwindet nach meiner Meinung jeder Anlaß, das Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen umzukehren, wie das Meißner vorschwebt.

* * *

Außerdem wird damit von vornherein – und hier schiebe ich zugleich ein kleines theoriegeschichtliches Intermezzo ein – eine mechanistische Verballhornung der Beziehungen von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen abgewiesen, die in der marxistischen Literatur zurückliegender Jahrzehnte als „Gesetz" der „Übereinstimmung" der Produktionsverhältnisse

5 Ich bringe hier noch ein außerordentlich instruktives Beispiel: „Damit das Capitalverhältnis überhaupt eintrete, ist bestimmte historische Stufe und Form der gesellschaftlichen Production vorausgesetzt. Es müssen sich, innerhalb einer früheren Productionsweise, Verkehrs- und Productionsmittel und Bedürfnisse entwickelt haben, die über die alten Productionsverhältnisse hinaus und zu ihrer Verwandlung in das Capitalverhältnis hindrängen. Aber sie brauchen nur soweit entwickelt zu sein, daß die formelle Subsumtion der Arbeit unter das Capital vor sich gehe. Auf Basis dieses veränderten Verhältnisses entwickelt sich aber eine spezifisch veränderte Productionsweise, die einerseits neue materielle Produktivcräfte schafft, andrerseits auf deren Grundlage sich erst entwickelt, und damit in der That sich neue reale Bedingungen schafft. Es tritt damit eine *vollständige ökonomische Revolution* ein, die einerseits erst der Herrschaft des Capitals über die Arbeit ihre realen Bedingungen schafft, vollendet, entsprechende Form gibt, andrerseits in den von ihr gegensätzlich zum Arbeiter entwickelten Productivkräften, Productionsbedingungen und Verkehrsverhältnissen, die realen Bedingungen einer neuen, die gegensätzliche Form der capialistischen Productionsweise, und so die materielle Basis eines neu gestalteten gesellschaftlichen Lebensprozesses und damit einer neuen Gesellschaftsformation schafft." (MEGA II, 2.1. S. 129).

6 Verwiesen sei speziell auf die „Grundrisse", vor allem die Untersuchung über fixes Kapital und Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft (Karl Marx: „Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie". In: MEW Bd. 42. S. 590 ff, wo daraus eine weit vorausgreifende Betrachtung über mögliche künftige Entwicklungsperspektiven gewonnen wird, die an theoretischer Tiefe – auch im Hinblick auf ganz aktuelle Probleme - nach wie vor unerreicht ist), ferner auf Band 1 des „Kapital", wo die Problematik vor allem in dem ganzen Abschnitt, der der Produktion des relativen Mehrwerts gewidmet ist, detailliert ausgebreitet wird (Karl Marx: Das Kapital. Band 1. In: MEW Bd. 23. S. 331 ff); ähnlich in Band 2 unter anderem bei der Analyse von Kreislaufprozesse und in Band 3 bei der Untersuchung der Profitrate und der geschichtlichen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise).

mit den Produktivkräften eine große, dogmatisch überhöhte und nicht gerade positive Rolle spielte. Sehen wir uns an der Geburtsstätte dieses „Gesetzes" um. Da lesen wir, daß die Veränderungen und die Entwicklung der Produktion „immer mit Veränderungen und mit der Entwicklung der Produktivkräfte beginnen, vor allem mit Veränderungen und mit der Entwicklung der Produktionsinstrumente ... Zuerst verändern und entwickeln sich die Produktivkräfte der Gesellschaft und dann, *in Abhängigkeit* von diesen Veränderungen und *in Übereinstimmung mit ihnen*, verändern sich die Produktionsverhältnisse der Menschen, ihre ökonomischen Beziehungen." Die Produktivkräfte sind demnach das beweglichste, sich offenbar autonom entwickelnde Element, während die Produktionsverhältnisse das Beharrende, Starre verkörpern und daher hinter der Entwicklung der Produktivkräfte zurückbleiben. Sie müssen aber früher oder später mit den sich entwickelnden oder entwickelt habenden Produktivkräften „in Übereinstimmung" gebracht werden, denn: „Wie die Produktivkräfte, so müssen auch die Produktionsverhältnisse sein". Nur so können sie diesen „freien Spielraum" gewähren. In den kapitalistischen Ländern herrsche „schreiende Nichtübereinstimmung", während in der Volkswirtschaft der Sowjetunion „völlige Übereinstimmung" besteht.[7]

Hier wird die lebendige geschichtliche Dialektik durch eine starr-mechanistische Interpretation umgedeutet. Deren Inhalt kann man sich bildlich an einem Alltagsbeispiel vorstellen: Angenommen, das Wurzelwerk einer Pflanze, die in einen Blumentopf eingesetzt wurde, entwickelt sich prächtig, bis der Topf für diesen Vorgang zu eng wird und durch einen neuen Topf ersetzt werden muß, der dem Pflanzenwachstum wieder für eine Weile einen "Spielraum" ermöglicht. Daß ein Gedankenmodell dieser Art nicht in der Lage ist, die Spannungen, die Widersprüche und die Veränderungsdynamik von Produktionsweisen gedanklich einzufangen, um auch Ansätze für überzeugende strategische Konzepte zu gewinnen, liegt auf der Hand. Am allerwenigsten eignet es sich als theoretisches Instrumentarium, um Übergangsprozesse vom Kapitalismus zu einer höheren Gesellschaftsform zu erhellen. Es scheint aber Meißner entgangen zu sein, daß seine Kritik gerade diese Fehldeutung mit vollem Recht trifft, nicht aber ein „Marxsches Verständnis" wie es sich bei

7 J. W. Stalin: Über dialektischen und historischen Materialismus. In: Geschichte der KPdSU(B). Berlin 1952. S. 153/154/155. Dieses „Gesetz" erfuhr unterschiedliche Formulierungen: Gesetz der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit den Produktivkräften oder mit dem „Charakter", dem „Niveau" oder dem „Zustand" der Produktivkräfte. 1952 wurde diese Gesetzformulierung zugespitzt zu Gesetz der „vollständigen" oder „unbedingten" Übereinstimmung".

der Untersuchung der geschichtlichen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise darstellte.

* * *

Das größte Gewicht seiner ganzen Argumentationskette legt Meißner auf die Feststellung, daß die heutigen kapitalistischen Produktionsverhältnisse der Entwicklung der Produktivkräfte keine Fesseln anlegen, daß sie vielmehr die wissenschaftlich-technische Entwicklung ständig vorantreiben, da folglich eine Sprengung dieser Produktionsverhältnisse nicht auf der Tagesordnung stehe. Auch darin steckt Wahrheit. Es ergeben sich aber zwei Fragen. Zunächst: Kann man die Entwicklung des Menschen als Produktivkraft, seine sozialen Lebensbedingungen, seine Bildung und Kultur – verallgemeinert: die Entwicklung der produktiven Potenzen der Völker – ausklammern, wenn von der hemmenden, destruierenden Rolle der Produktionsverhältnisse die Rede ist? Und dann die zweite Frage: Wenn eine Sprengung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht ansteht, wie ist dann die Entwicklung zu einer höheren gesellschaftlichen Form über die kapitalistische Produktionsweise hinaus denkbar?

Natürlich kann man das subjektive Moment der Produktivkräfte nicht ausklammern, am wenigsten heutzutage, hat doch gerade diese Entwicklung seit der sogenannten „Wende" eine böse und gefährliche Richtung eingeschlagen. Massenarbeitslosigkeit, zunehmende Armut (nicht nur in weniger entwickelten Ländern!), materielle und kulturelle Unterentwicklung in weiten Teilen der Welt, die Verschleuderung ungeheurer Mittel für Kriegsrüstung und imperiale Herrschaftsaktionen, die von produktiven Funktionen abgekoppelten Finanzspekulationen, die zerstörenden Eingriffe in die natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen – all das bedeutet Brachlegung und Vernichtung produktiver Kräfte und Potenzen. Das ist Destruktion par excellence, und zwar massenhaft und mehr und mehr in globalem Maßstab. Nur tritt diese Tendenz tatsächlich nicht als allgemeine Fesselung der Produktivkraftentwicklung und als generelle Stagnation hervor, sondern als *Widerspruch, der seinen Ursprung in der Integration des gewaltig anwachsenden Innovations- und Produktivitätspotential heutiger Wissenschaft und Technik (das immer auch Gefahrenpotentiale einschließt) in die produktiv-destruktive Doppeldynamik der kapitalbestimmten Produktionsweise hat.*[8] Diesen Widerspruch

8 Wolfgang Eichhorn/Wolfgang Küttler: Geschichte in möglichen Perspektiven denken. A. a. O. S. 41

sollte man im Auge behalten. Seine theoretische Erfassung umschließt das Wesentliche der heute aktuellen Problematik der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse.

Daß man in Europa bis weit ins 19. Jahrhundert beim Nachdenken über gesellschaftliche Umwandlungen von den Erfahrungen der französischen Revolution ausging, ist leicht zu verstehen, geradezu selbstverständlich. Auch Marx schildert im „Manifest" die Sprengung feudaler Fesseln durch die bürgerliche Revolution[9], und zugleich spricht er davon, daß die Bourgeoisie nicht existieren kann, ohne die Produktionsinstrumente und alle gesellschaftlichen Verhältnisse „fortwährend zu revolutionieren" – im Gegensatz zur unveränderten Beibehaltung der alten Produktionsweise als Existenzbedingung der zuvor herrschenden Klassen.[10] Das rückt nun in Marx' Spätwerk[11] stark in den Vordergrund. Mehrfach wird der transitorische Charakter der kapitalistischen Produktionsweise betont. Antagonismen, Krisen, Katastrophen offenbaren, so Marx in dem Entwurf eines Briefes an Vera Sassulitsch, den "reinen Übergangscharakter" der kapitalistischen Produktionsweise.[12] Mit Bezug auf die Aktiengesellschaften spricht Marx von einem sich selbst aufhebenden Widerspruch, der sich als „bloßer Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform" darstelle[13] und von einer „Übergangsform zu einer neuen Produktionsweise".[14] Auch Engels betont den transitorischen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise, die bei ihm als „kapitalistische Revoluti-

9 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW Bd. 4. S. 467

10 Ebenda S. 465

11 Wir sprechen hier von geschichtstheoretischen Resultaten, die sich Marx aus Studien zu der immer weiter in die nichtkapitalistische Welt sich ausbreitenden kapitalistischen Produktionsweise, zu vorkapitalistischen Gesellschafts-, Produktions- und Eigentumsformen im alten Amerika, in Russland, China, Indien, in arabischen Gebieten und schließlich zu den Wechselbeziehungen und Syntheseprozessen kapitalistischer und vorkapitalistischer Gesellschaftsformen ergaben. Aus der Literatur hierzu siehe Lawrence Kader (Hg.): Ethnologische Exzerpthefte von Marx. Frankfurt 1976; Hans-Peter Harstick (Hg.): Karl Marx über Formen vorkapitalistischer Formation. Vergleichende Studien zur Geschichte des Grundeigentums. Frankfurt/New York 1977; Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Im Anschluß an Lewis H. Morgans Forschungen. (MEW Bd. 21); Karl Marx: Brief an V. I. Sassulitsch und die Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V. I. Sassulitsch. (MEW Bd. 19). Vergleiche auch Wolfgang Eichhorn/Wolfgang Küttler: Geschichte in möglichen Perspektiven denken. Formationsentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. (Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät. Jg. 1999. H. 7). Kurzer, aber inhaltsschwerer Überblick bei Joachim Herrmann: Vorkapitalistische Gesellschaftsformationen und historische Epochen. (Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät. Jg. 1999. H. 7)

12 In: MEW Bd. 19. S. 397.

13 Karl Marx: Das Kapital Bd. 3. In: MEW Bd. 25. S. 454

14 Ebenda S. 457

on“ zwischen „mittelalterlicher Gesellschaft“ und „proletarischer Revolution“ verortet wird[15], wobei auch Engels auf den Zusammenhang mit den Konflikten und Krisen der kapitalistischen Entwicklung verweist.[16]

Hier zeichnen sich Präzisierungen des formationstheoretischen Konzepts ab, die teilweise geradezu paradigmatisch genannt werden können. Wenn man das nicht berücksichtigt, kann es passieren, dass man gegen Türen angeht, die gar nicht da sind. Das Nachdenken über gesellschaftliche Veränderungen muß hier von der Dynamik der Prozesse, vom Transitorischen, von den Bewegungsmöglichkeiten des darin enthaltenen Widerspruchs ausgehen. Die grundlegende Frage einer progressiven Entwicklung oder gar einer Gesellschaftstransformation ist, wie in den verhängnisvollen Konfliktzusammenhang von Produktiv- und Destruktivtendenzen, also in die Entwicklung und Entwicklungsrichtung der Produktivkräfte, bewußt gestaltend einzugreifen ist. Das Problem wird heute noch dadurch verschärft, daß die Wissenschaft nicht mehr vom Rande her und an einzelnen Punkten auf den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß umgestaltend einwirkt, sondern daß heute von der Wissenschaft unausgesetzt und direkt technisch-ökonomische Innovationen, neue Produktionsanlagen und -ketten, neue Wirtschaftszweige, ganze Industrien und neue Organisationsformen von Verkehr und Handel ausgehen – und das wachsend in globalen Maßstäben. Es ist also die geschichtliche Aufgabe, in die verhängnisvolle produktiv-destruktive Doppeldynamik, wie wir es nannten, einzugreifen und sie zu durchbrechen. Destruktionstendenzen müssen rechtzeitig aufgedeckt werden. Es gilt, für ökonomische Prinzipien, Regulierungsmöglichkeiten, für politische Rahmenbedingungen, kulturelle Potenzen, Bildungssysteme, Einstellungen, Weltbilder zu wirken, die es ermöglichen, eine zukunftsorientierte, nachhaltige und allseitige Entwicklung der produktiven Kräfte der gesellschaftlichen Arbeit zu gewährleisten, eine Entwicklung also, die langfristig im Einklang steht mit den Perspektiven einer friedlichen, gedeihlichen, humanen Zukunft der Menschheit. Und das ist, wie mir scheint, der Kern dessen, was wir unter Sozialismus verstehen können.

15 Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: MEW Bd. 19. S. 227 f.

16 Übrigens argumentiert Lenin mehrfach auf ähnliche Weise. So verweist er auf die planwirtschaftlichen Momente in der monopolkapitalistischen Profitwirtschaft, wodurch die Kapitalisten „in eine Art neue Gesellschaftsordnung“ hineingezogen, „die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet“, hineingezogen würden. (Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: LW Bd. 22. S. 209)

Natürlich muß hier noch vermerkt werden, daß damit zugleich eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Herrschaftsstrukturen angesprochen ist. Ebenso macht der Problemzusammenhang deutlich, dass der Übergang zu einer höheren formationellen Gestaltung über die kapitalistische Produktionsweise hinaus ein langwieriges komplexes Geschehen ist, in dem Eigentumsformen und Formations- und Transformationsstufen ganz unterschiedlichen Charakters aufeinanderstoßen und einander beeinflussen.

Wir können dieses Problem hier nicht detaillierter verfolgen. Es muß aber daran erinnert werden, dass eine politische Strategie einer solchen sozialistischen Gesellschaftstransformation vor mehr als acht Jahrzehnten in Gestalt der Leninschen Neuen Ökonomischen Politik erarbeitet wurde. Sie enthielt das Konzept einer auf die Entwicklung der Produktivkräfte für soziale und sozialistische Zielsetzungen gerichteten Marktwirtschaft mit einer Pluralität von Eigentumsstrukturen, darunter auch privat- und staatskapitalistischen Wirtschaftsformen, ein Konzept, das sich erklärtermaßen auf sozialistische und bürgerliche Organisationsprinzipien gründen sollte. Das Schicksal dieses Konzepts in der Sowjetunion ist bekannt. Sein Schicksal in China, wo es bewußt aufgegriffen wurde und nun realisiert und zugleich weiterentwickelt und verändert wird, verdient es, von uns aufmerksam verfolgt zu werden.

* * *

Ich komme noch einmal auf die These zurück, die von Marx konstatierte Beziehung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen hätte sich in ihr Gegenteil verkehrt. Wenn Meißner damit sagen will, daß die Produktionsverhältnisse keine passive, der Produktivkraftentwicklung lediglich folgende Rolle spielen, sondern eine aktive, formende, interessensetzende, richtungsbestimmende, dann ist dieses Anliegen zu akzeptieren, nicht aber die These. Denn die Idee einer allgemeinen, sich in komplexen Wechselbeziehungen realisierenden Abhängigkeit der Produktionsverhältnisse von den Produktivkräften begründet ein historisches Erklärungs- und Deutungsmuster, auf dem man nach meiner Meinung bestehen muß. Es leistet zumindest zweierlei. Es macht deutlich, daß Produktionsverhältnisse (und damit überhaupt alle gesellschaftlichen Verhältnisse, die gesellschaftliche Entwicklung schlechthin) nicht aus reinen Ideen fließen oder Ergebnisse willkürlicher politischer Entscheidungen sind; sie haben ihre Gründe und ihre Kriterien letztlich in der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion des Lebens, die sich ja mehr und mehr als umfassender Komplex ineinandergreifender Gesellschafts- und Naturprozesse darstellt, also auch in dieser Hinsicht als be-

wegter und bewegender Widerspruch aufzufassen ist. Daraus folgt wiederum, daß die Produktionsverhältnisse und damit gesellschaftliche Formen, Strukturen und Entwicklungsstadien generell geschichtlich bestimmt und veränderlich sind. Es gibt prinzipiell keine ewige, naturgegebene oder endzeitliche Ordnung, ob man sich diese als gegenwärtig bereits erreicht vorstellt (etwa in Gestalt einer „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“) oder als ideale Zukunftsgesellschaft. Wer also das Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen generell umkehren will, wie das in dem Vortrag vorgeschlagen wird, der muß angeben können, wie er der Gefahr, durch Theorie den realen Boden und die reale Geschichte unter den Füßen zu verlieren, entgehen will.

97(2008), 142–144 *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin*

Christa Luft

Kein Ende der Geschichte

Marxens Voraussage, dass die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sich als Fessel für die Entwicklung der Produktivkräfte erweisen werden und es deshalb zum Zusammenbruch des Kapitalismus kommen wird, hat sich bis jetzt nicht bewahrheitet. Bedeutet das aber, dass seine Prophezeiung sich ein für alle Mal erledigt hat? Mir scheint Zurückhaltung angeraten. Ich glaube nicht daran, dass der Kapitalismus das letzte Wort der Geschichte ist.

Auf drei Probleme will ich aufmerksam machen, die mich in dieser Auffassung bestärken.

1. Für die Entwicklung des Menschen als Haupt-Produktivkraft hat das profitorientierte System längst Grenzen gesetzt. Man bedenke nur, wie selbst in hochentwickelten Industriestaaten geistiges Potential von zig Millionen Menschen ungenutzt bleibt und verkümmert. Von hunderten Millionen, ja vielleicht Milliarden Menschen in Entwicklungsländern ganz zu schweigen. Kinderarmut schreitet voran und vernichtet Lebenschancen. Der Kurs auf die finale Privatisierung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge grenzt immer mehr Menschen aus vom Zugang zu bezahlbaren Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrsleistungen. Wachsender Reichtum auf der einen und sozialer Abstieg auf der anderen Seite, wie lange halten Gesellschaften das aus?

2. Der Kapitalismus betreibt Raubbau nicht nur mit dem Arbeiter, sondern auch mit der Natur und untergräbt damit die Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums, beobachtete Karl Marx. Diese Feststellung wird von Tag zu Tag aktueller. In naher Zukunft drohen durch die voraussehbaren Zerstörungen der Natur jährliche Verluste in Höhe von 5 bis 20 Prozent des Welt-Bruttoinlandsprodukts, sofern keine Umkehr erfolgt.[1] Diese Mittel wären insbesondere für Entwicklungsprojekte in der dritten Welt nicht verfügbar. Wenn Marx wohl die Lernfähigkeit des Kapitalismus unterschätzte, so erkannte er doch, dass der vom Ressourcenverzehr lebt, vor allem von immer

1 Stern, Nicholas: The Economics of climate Change. New York 2006

mehr Energieverbrauch. Der Treibstoff des Wachstums sind im Kapitalismus die fossilen Energieträger, also Kohle, Öl, Gas. Was wird passieren, wenn dieser Treibstoff in den nächsten Dekaden zur Neige geht? Nachhaltigkeit, Entschleunigung, Verringerung von Transportwegen, Ressourcenschonung, Regionalisierung statt forcierter Globalisierung schmecken ihm nicht. Plausibel scheint mir der Schluß, zu dem Oskar Lafontaine kommt: Die Endlichkeit der Ressourcen, der Klimawandel, Naturkatastrophen, damit verbundener Hunger von Milliarden Menschen stellen die Systemfrage. Besonders der Klimawandel überfordert offensichtlich die interessengeleitete „Intelligenz" des Kapitalismus. Der zielt mit seiner Philosophie des „immer höher, immer schneller, immer weiter" auf eine Effizienzrevolution, um nichts an seiner Funktionswiese ändern zu müssen. Die Konflikte um Ölreserven werden nicht nur auf dem Markt, sondern auf politischem Terrain ausgetragen: als Kampf um Ölfördergebiete, um Pipelines oder Tankerrouten, als Auseinandersetzung um die Preisbildung und die Währung, in der Ölrechnungen ausgestellt werden. Auch Kriege sind nicht ausgeschlossen. Irak- und Afghanistan-Aggression sind aktuelle Beispiele. Die Kosten dafür fressen allein in den USA Billionen Dollar, die für zivile Zwecke nicht zur Verfügung stehen. Ob Gebote zur Milderung der Klimakatastrophe und zur Rettung der Umwelt nun dazu führen, dass der aus dem Lot geratene Kapitalismus noch einmal die Kurve kriegt, wird sich zeigen. Ein Ende des ressourcenhungrigen Kapitalismus muß man jedenfalls denken, wenn die Zivilisation eine Zukunft haben soll. Kapitalismus funktioniert nur so lange, wie genügend Nachfrage und ausreichend Ressourcen da sind.

3. Im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus der Gegenwart beginnt die Spekulation die Investitionstätigkeit zu dominieren und mit ihren unmäßigen Renditeerwartungen die Produktions- oder Realwirtschaft zu strangulieren. Der New Yorker Immanuel Wallerstein (78), der zu den profiliertesten Theoretikern der kapitalistischen Wirtschaft zählt, urteilt so: "Ich sage, dass der Kapitalismus sich in der Krise befindet, weil er den Kapitalisten nicht mehr die unendliche Kapitalakkumulation gewährleisten kann. Das rührt daher, dass sie in Schwierigkeiten mit der "reellen Rentabilität" geraten sind. Diese Schwierigkeiten hatten sie in den ersten 500 Jahren seines Bestehens nicht. Sie waren immer in der Lage, zeitweilige Krisen dank einer Reihe von Mechanismen zu überwinden, die sie nutzten, um den ganzen Prozess erneut in Bewegung zu setzen. Diese Mechanismen sind an ihre Grenzen gestoßen und tatsächlich nicht mehr verfügbar. Das führt dazu, dass der Kapitalist vor einem gravierenden Problem steht, das er nicht lösen kann. Er ist gezwungen,

Wege zu finden, um Gewinne jenseits der warenproduzierenden Sphäre zu realisieren, durch die Spekulation. Seit einiger Zeit findet genau das statt.“[2] Zu welchem Ende das führen wird, vermag heute niemand vorauszusagen.

„Alles auf Erden findet in den Grenzen von Raum und Zeit statt. Auch der Kapitalismus hat einen Anfang und folglich auch ein Ende“[3], meint Elmar Altvater. Und er ergänzt: „Der Kapitalismus verschwindet nicht von einem Tag auf den anderen wie der real existierende Sozialismus im Verlaufe einer „samtenen Revolution,“ aber er wird ein anderer Kapitalismus werden als der, den wir kennen.“[4] Der historische Pessimismus vom Ende der Geschichte ist jedenfalls nicht gerechtfertigt.

2 Zitiert in: Kraetke, Michael: Ein Gottesgeschenk für den Währungsfonds. „Freitag“ 18. 04 2008
3 Altvater, Elmar: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Münster 2005, S. 171
4 ebenda, S. 182

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *97(2008), 145–147*

Gerd Friedrich

Anmerkungen zum Vortrag von Herbert Meißner

Im Zentrum der Ausführungen von Herbert Meißner steht die Frage, in welchem Verhältnis die Marxsche Theorie von der widerspruchsvollen Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zur realen gesellschaftlichen Entwicklung der letzten 150 Jahre steht, warum die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht zu „Fesseln der Produktivkräfte" wurden und welche Kräfte und Entwicklungen dazu führten, dass die von Marx und Engels für früher oder später vorausgesagte „proletarische Revolution" so nicht stattfand (und so wohl auch nicht stattfinden wird). Mit den Hauptaussagen von Herbert Meißner stimme ich überein und beschränke mich daher auf ergänzende Bemerkungen.

Meine erste Ergänzung bezieht sich auf das historische Umfeld, das Marx bei seinen Aussagen vor allem vor Augen hatte – es ist der Übergang von Feudalismus zum Industriekapitalismus: Hier wurde sehr deutlich, wie die Schranken des feudalen Eigentums zu Fesseln für die Entwicklung der Produktivkräfte wurden, wie sich die Elemente der neuen Produktionsweise im Schoße der alten Gesellschaft entwickelten und wie schließlich diese Fesseln durch die bürgerliche (französische) Revolution gesprengt wurden.

Das war für Marx die „klassische Form" des Übergangs zu einer neuen, höheren Produktionsweise. Natürlich wusste Marx, dass die historische Entwicklung in einzelnen Ländern, in verschiedenen Regionen und in unterschiedlichen historischen Perioden durchaus davon abweichend verliefen – in vielen Ländern setzte sich der Kapitalismus gegenüber dem Feudalismus über den Weg von Reformen und nicht über Revolutionen durch (mit dem Ergebnis, dass diesen Gesellschaften die „feudalen Eierschalen" ihrer Entwicklung noch lange anhafteten – Preußen/ Deutschland ist ein herausragendes Beispiel dafür); in anderen Ländern wurden Entwicklungen „von außen", durch militärische Interventionen fremder Mächte eingeleitet; in der „asiatischen Produktionsweise" stagnierten nicht wenige Länder über Jahrhunderte in ihrer gesellschaftlichen Entwicklung ohne dass es zur Sprengung der alten Produk-

tionsverhältnisse kam; in kolonial unterworfenen Ländern wurde in vielen Fällen jede eigenständige ökonomische Entwicklung verhindert; im Übergang von der (römischen) Sklaverei zum Feudalismus „siegte" eine Produktionsweise, die zum Zeitpunkt des Sieges der besiegten Produktionsweise in Bezug auf den Entwicklungsstand der Produktivkräfte unterlegen war, erst zu einem späteren Zeitpunkt neue, höhere Produktivkräfte entwickelte ... kurzum, die historische Entwicklung vollzieht sich nicht nach einem festen Schema und es ist auch nicht eine einfache, gradlinige Entwicklung von niederen zu höheren Produktivkräften. Was mir aber noch bedeutsamer erscheint, ist die Tatsache, dass aus der historischen Entwicklung heraus keine eindeutiges Urteil zu Gunsten von „Revolutionen" oder „Reformen" als Geburtshelfer beim Übergang zu einer neuen Produktionsweise gefällt werden kann – das ist von den konkreten politischen und ökonomischen Machtverhältnissen und von Verhalten der beteiligten Akteure abhängig.

Die zweite Bemerkung bezieht sich auf die Anlässe revolutionärer Veränderungen: Man kann m.E. die revolutionären Umwälzungen im 20. Jahrhundert nicht direkt aus dem Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und dem Charakter der Produktionsverhältnisse ableiten – es waren politische und soziale Spannungen im Gefolge von Kriegen, als Ergebnis kolonialer Unterdrückung und unerträgliche Notlagen, die die Massen „auf die Straße trieben". Das erklärt auch, warum es eher in der „Peripherie" als in den imperialistischen Zentren zu revolutionären Erhebungen kam: Die Lage der Unterschichten ist hier unvergleichlich elender, als in den Zentren.

Die bekannte Feststellung von Marx, dass auf einer gewissen Stufe der Entwicklung die materiellen Produktivkräfte in Widerspruch zu den herrschenden Produktionsverhältnissen geraten und nun eine Epoche sozialer Revolutionen eintrete, verkürzt das Ganze etwas – der „soziale Frieden" wird dann, und nur dann, gestört, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse der Masse, oder zumindest einem großen Teil der Bevölkerung nicht mehr gestatten, ihre natürlichen und gesellschaftlichen Bedürfnisse in einem angemessenen Maße zu befriedigen.

Die dritte Bemerkung bezieht sich darauf, dass in gewisser (makabrer) Weise der Untergang des „Realsozialismus" in Europa die Marxschen Thesen von der widersprüchlichen Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bestätigt: Da der „Realsozialismus" nicht in der Lage war, höhere Produktivkräfte, eine höhere Arbeitsproduktivität zu entwickeln, als sein kapitalistisches Umfeld – im Gegenteil, er fiel mehr und mehr hinter das Niveau kapitalistischer Länder zurück, d.h. er wurde zur Fessel der Entwicklung der

Produktivkräfte – verlor er die Unterstützung vieler Menschen, die über ihre materielle Lebenslage enttäuscht waren. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse wurden so in Folge einer „Konterrevolution" durch die Wiederherstellung kapitalistischer Produktionsverhältnisse „gesprengt".

Dass am Untergang des Realsozialismus in hohem Maße das administrative Wirtschaftssystem beteiligt war, mit dem es nicht gelangt, die erforderlichen Triebkräfte für ein höheres Niveau des Wirtschaftens zu entwickeln, beweist im Umkehrschluss die Entwicklung der Volksrepublik China: Hier gelang es, durch marktwirtschaftliche Reformen eine erstaunliche wirtschaftliche Entwicklung einzuleiten, mit steigendem Wohlstand großer Bevölkerungsteile, leider auch mit wachsenden sozialen Widersprüchen, aber immerhin auch mit dem Erfolg Millionen von Menschen aus der „absoluten Armut" herausgeführt zu haben, eine Entwicklung, von der man heute nicht mit Gewissheit sagen kann, ob sie in sozialistischen Bahnen verlaufen wird – aber, und davon bin ich überzeugt, ohne diese Reformen hätte China früher oder später das Schicksal der europäischen sozialistischen Länder geteilt.

Mit der vierten Bemerkung möchte ich ausdrücklich die Position von Herbert Meißner unterstreichen, dass gegenwärtig in der kapitalistischen Welt kein Widerspruch der Gestalt absehbar ist, dass die Produktionsverhältnisse die Entwicklung der Produktivkräfte hemmen. Aber die Produktionsverhältnisse lenken die Produktivkräfte in Richtungen, die sich als sehr verhängnisvoll erweisen können – Umweltzerstörung, maßlose Vernutzung von Naturressourcen, Vorbereitung militärischer Abenteuer ... ohne das Wirtschaftswachstum auf eine ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung auszurichten, kann es zu Katastrophen unabsehbaren Ausmaßes kommen. Ohne einen Politikwechsel herbei zu führen, durch den die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung und nicht die Profitinteressen einer relativ kleinen Oberschicht ins Zentrum der weiteren Entwicklung gestellt werden, wird es keine Lösung der existenziellen Menschheitsprobleme geben – und hier wird der Kampf um eine humanistische Perspektive zu einem Kampf, der über die Interessen einzelner Klassen und Schichten hinaus auf die Sicherung einer gedeihlichen Menschheitsentwicklung insgesamt ausgerichtet ist.

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *97(2008), 149–151*

Horst Bredekamp

Die Unebenheit des Mondes und der Schmutz der Sonne. Forschungskampagnen der Jahre 1610-12

Kurzfassung des Vortrags im Plenum der Leibniz-Sozietät am 10. April 2008

1. Galileis Mondzeichnungen

Der Vortrag ging von dem 2007 publizierten Buch *Galilei der Künstler* aus, um dann neuere Forschungen vor allem auf dem Gebiet der Sonnenfleckenforschung zu erörtern. Der erste, kürzere Teil widmete sich dem Umstand, daß Galilei zu seinen epochalen Monderkundungen durch sein Studium der Mathematik und Perspektive im Umkreis der Florentiner Kunstakademie prädestiniert war. Dort hat er auch seine zeichnerische Begabung geschult.

Nachdem er Ende des Jahres 1609 sein Fernrohr auf den Mond gerichtet hatte, begriff er bekanntlich auf den ersten Blick, daß die Licht- und Schattengebilde des Mondes mit dessen unebener Oberfläche zu tun hatten. Seine Zeichnungen bestechen nicht nur hinsichtlich ihrer Genauigkeit, sondern auch in der Technik, die plastische Mondoberfläche mit den Mitteln des Pinsels wiederzugeben. In einem vor Jahren aus New Yorker Privatbesitz aufgetauchten Exemplar des *Sidereus Nuncius*, des *Sternenboten* von 1610, in dem Galilei seine Teleskopblicke veröffentlicht hat, befinden sich Zeichnungen, die als Modelle der dann gedruckten Stiche identifiziert werden konnten.

Die Analyse der Zeichnungstechnik leitete zu einem Vergleich mit den seit mehr als hundert Jahren bekannten, in der *Biblioteca Nazionale Centrale* von Florenz bewahrten Mondzeichnungen Galileis. Diese zeigen in der Gegenüberstellung, daß sie nicht, wie bislang immer angenommen, für den Erstdruck des *Sidereus Nuncius*, sondern für eine zweite Fassung gedacht waren, die allerdings nicht zustande kam.

2. Adam Elsheimers Mond

Der zweite Teil des Vortrages galt einem Vergleich zwischen Galileis Mondbetrachtungen und der *Flucht nach Ägypten* des Frankfurter Malers Adam

Elsheimer, dem vor drei Jahren eine monographische Ausstellung in der Münchener Alten Pinakothek gewidmet worden ist.

Der über dem Horizont stehende Vollmond erhellt eine der enigmatischsten jemals dargestellten Nachtszenen. Für die Münchner Ausstellung haben Astronomiehistoriker des Deutschen Museums behutsam die ältere Vermutung bekräftigen können, daß Elsheimer bereits im Sommer 1609, als er in Rom weilte, ein Fernrohr benutzt habe. Galilei dagegen habe - was zutrifft - erst Monate später, im Dezember 1609, das von ihm konstruierte Teleskop auf den Mond gerichtet, um dessen Unebenheit zu erkennen.

Nicht erkannt wurde, daß Elsheimers Mond auf dem Kopf steht, was folgern läßt, daß Elsheimer mehrere Monate, bevor Galilei seine Mondblicke betrieb, ein Instrument benutzt hat, das auf dem Kopf stehende Bilder erzeugte, wie es Keplers im Jahre 1613 erfundenes Teleskop produzierte. Eileen Reeves Publikation *Galileo's Glaswork* (2008) läßt die Hypothese zu, daß Elsheimer auf ein aus konkavem Spiegelglas gefertigtes Teleskop zurückgreifen konnte, wie es im Umkreis der römischen *Accademia dei Lincei* getestet wurde. Da sich Elsheimer über den deutschen Arzt und Naturforscher Johann Faber im Umkreis von Girolamo della Porta bewegte, auf den diese Experimente zurückgingen, ist möglich, daß er den Mond nicht durch das niederländische Fernrohr, sondern durch den Konkavspiegel della Portas beobachtet hat, der auf dem Kopf stehende Bilder produzierte. Dies würde erklären, warum Elsheimer einen solchen Mond in seine *Flucht nach Ägypten* projiziert hat.

3. Die Erforschung der Sonnenflecken

Andreas Thielemann, Kunsthistoriker der Bibliotheca Hertziana in Rom, hat in einer noch unveröffentlichten Untersuchung nahegelegt, daß Elsheimers im Braunschweiger Herzog Anton Ulrich Museum befindliches Gemälde *Aurora* mit seiner subtilen Analyse der Sonnenstrahlen im ersten Morgenlicht auch einen Hinweis auf die Erforschung eines weiteren Phänomens erlaubte: die Erforschung der Oberfläche der Sonne. Ihr galt der dritte Teil des Vortrages.

Bis in die Antike gehen Berichte über die Beobachtung von Sonnenflekken zurück, aber erst Keplers Verwendung einer Camera Obscura im Mai 1607 ließ erstmals eine kontrollierte Analyse zu. Im März 1611, also kurz nachdem Elsheimer seine *Aurora* gemalt hatte, richtete Johannes Fabricius in der ostfriesischen Stadt Osteel sein Fernglas gegen die Sonne. Seine über mehrere Tage durchgeführten Untersuchungen führten zur ersten Publikation über das Phänomen der Sonnenflecken und die Technik ihrer Beobachtung. Wie auch alle anderen Forscher danach setzte sich Fabricius auch mit den

Schmerzen auseinander, welche die Sonnenstrahlen für die Augen bedeuteten.

Der jesuitische Forscher Christoph Scheiner betrachtete auf Grund eines spontanen Einfalles mit seinem Teleskop ebenfalls erstmals im März 1611 von Ingolstadt aus die durch Nebel gedämpfte Sonne, um dort seinerseits Sonnenflecken zu entdecken. Seine Publikation vom 5. Januar 1612 kam mitsamt einem Kupferstich heraus, der ihm den Nachruhm eingebracht hat, als Erster die Sonnenflecken analysiert zu haben.

Galilei machte diesen Rang jedoch für sich selbst geltend. Er hat von seinem Haus in Florenz aus zumeist morgens und abends in die Sonne zu blicken versucht, und er hat vermutlich zunächst farbige Linsen verwendet. Der Eintrag des ersten Kreises vom 12. Februar bietet drei Flecken, die Galilei nummeriert und zudem durch eine Beischrift kurz charakterisiert hat. Galilei hat dann aber im selben Zug, in dem er die inkonsistente Beschaffenheit der Sonnenflecken erkannte, eine feinere Feder und dann den Pinsel zur Wiedergabe genutzt, bis er im Mai 1612 zu einer Serie gelangte, die einen Höhepunkt in der naturwissenschaftlichen Visualisierung überhaupt bedeutet. Er selbst hat sie das "Endgericht" des Aristotelismus genannt, weil sie im Gegensatz zu Scheiners Darstellungen zeigten, daß die Sonnenflecken nicht aus in sich konsistenten Sternenschwärmen bestanden, die zwischen Sonne und Erde vorbeizogen, sondern daß es sich um ein von der Sonne selbst produziertes Phänomen handelte. Auch die Sonne war wandelbar geworden.

Seine Forschungen vollzog Galilei in enger Partnerschaft mit seinem Künstlerfreund Ludovico Cigoli, der zu diesem Zeitpunkt die Papstkapelle von Santa Maria Maggiore in Rom freskierte und seinerseits mit einigen anderen Künstlern eigene Forschungskampagnen anstellte. Auch hier zeigt sich, daß es der Leistung Galileis nichts nimmt, wenn er als Teil einer Naturforscher wie Künstler umspannenden, in ganz Europa aktiven Gruppe bestimmt wird, die zwischen 1609 und 1612 mit Hilfe des Teleskopes den Himmel betrachtete. Naturforscher und Künstler waren gleichermaßen beteiligt. Die Sonderrolle Galileis lag darin, daß er beide Sphären vollgültig in sich selbst verband.

Literatur

Adam Elsheimer. Die Flucht nach Ägypten, Ausstellungskatalog, München, Alte Pinakothek 2005

Horst Bredekamp, Galilei der Künstler. Der Mond. Die Sonne. Die Hand, Berlin 2007

Eileen Reeves, Galileo‘s Glassworks. The Telescope and the Mirror, Cambridge und London 2007

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *97(2008), 153–176*

Herbert Hörz

Zur Balance zwischen rationaler und ästhetischer Aneignung der Welt

Anmerkungen zur Klimadebatte[1]

1. Problemstellung: Erlebte Komplexität

Die Musikakademie Rheinsberg hat mit dem Thema „Klima – Balance – Klimabalance" ein interessantes aktuelles Problemfeld für die Pfingstwerkstatt ausgewählt, das Künstler und Wissenschaftler gleichermaßen beschäftigt. Es wird ständig in den Massenmedien behandelt und dringt damit in die Köpfe vieler Menschen. Wegen der eventuell katastrophalen Auswirkungen von Klimaveränderungen auf die natürlichen Lebensbedingungen der Menschen ist es politisch brisant und zugleich wissenschaftlich umstritten. Die Beiträge der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften dazu bewegen sich mit den Vorträgen des Astronomen und des Meteorologen zwischen Kosmos und Klima. Dazwischen agiert der Philosoph. Was kann die Philosophie zur Klimadebatte beitragen? Als Brücke zwischen Wissenschaft und Weltanschauung (Hörz 2007) ist Philosophie Welterklärung, Ideenprovokation und weltanschauliche Lebenshilfe. Die Themenstellung regt deshalb dazu an, über die rationale und ästhetische Aneignung der Wirklichkeit durch die Menschen, die in unterschiedlicher Art und Weise geschieht, nachzudenken.

Wir haben es in der Wirklichkeit stets mit Störungen des Gleichgewichts zu tun. Neues entsteht nur, wenn bisherige Balancen durchbrochen werden. Menschen sind Naturwesen und damit den Naturgesetzen unterworfen. Doch zugleich gestalten sie die natürliche Umwelt, indem sie in natürliche Kreisläufe eingreifen und deren Selbstorganisation stören. Das hat globale und regionale Auswirkungen. Auf sie ist, auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse, mit ökonomischen und politischen Mitteln zu reagieren. Es

1 Bearbeiteter Vortrag zum Kolloquium der Musikakademie Rheinsberg und der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin am 10. Mai 2008 zur Rheinsberger Pfingstwerkstatt „Klima– Balance – Klimabalance"

geht um die konkret-historische globale und regionale Lösung des ökologischen Grundwiderspruchs, um das Umweltsyndrom im Interesse der Menschen durch effektive und humane Gestaltung der Natur zu beherrschen. (Hörz 1986) Wie das in der DDR geschehen ist, zeigen neuere Untersuchungen. (Umweltschutz in der DDR 2007)

Zugespitzt kann man sagen: Der irdische Mensch ist ein Schmutzeffekt kosmischer Evolution, denn die Natur kann ohne ihn auskommen, doch Menschen nicht ohne sie. Das dürfte unseren Hochmut dämpfen. Schon Friedrich Engels betonte im 19. Jahrhundert, wir sollten uns nicht so sehr mit den menschlichen Siegen schmeicheln, denn für jeden dieser Siege räche sie sich an uns. (Engels 1973, S. 453) Man könnte fast von einem Rachefeldzug der Natur überzeugt sein, wenn man die vielen Meldungen über Naturkatastrophen gewaltigen Ausmaßes verfolgt. Immer bleiben die Fragen: Was ist naturbedingt und was vom Menschen verursacht? Welche Maßnahmen sind erforderlich, damit die natürlichen Lebensbedingungen erhalten bleiben? Welche Interessen verhindern globale und regionale Lösungen? Wie ist das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie zu gestalten, damit Folgenverantwortung von den Verursachern ökologischer Schäden übernommen werden muss? Wissenschaft hat Antworten zu geben. Doch werden verschiedene Interessengruppen sie unterschiedlich aufnehmen. Auch das ist zu zeigen.

Die Komplexität des Mensch-Natur-Verhältnisses erfassen wir auf verschiedene Weise. Wir eignen sie uns ästhetisch und rational an. Das machte die Uraufführung von „Klima gefilde, vermessen“, Musiktheater von Susanne Stelzenbach und Ralf Hoyer, die hier teilnehmen, im Schlosstheater Rheinsberg am 9. Mai 2008 deutlich. Jeder Mensch reagiert unterschiedlich auf die erlebte Komplexität. Musik, Gesang, Video, schauspielerische Gestaltung und Texte wirken auf einen ein. Ich wollte die mit Wörtern erzählten Ereignisse verstehen und die im Video gezeigten wunderbaren Fraktale aufnehmen, Musik bedrängte mich und manches von den schauspielerischen Aktivitäten versuchte ich in die Geschichten einzuordnen. Ich war ästhetisch und rational gefordert. Als Wissenschaftler bin ich von ästhetischen Empfindungen beeindruckt und versuche sie dann zu analysieren, um mir verständlich zu machen, worum es geht. So reagiert jeder individuell auf Erlebnisse. Damit sind wir bei dem Balancegedanken, den der Philosoph nun weiter verfolgen will.

Zuerst geht es mir generell um das Verhältnis von rationaler und ästhetischer Aneignung der Wirklichkeit, sowohl um Balance, als auch um Balancestörungen. Ein Problem, mit dem sich auch Denker in der Vergangenheit

immer wieder beschäftigt haben, worauf ich in einem weiteren Abschnitt „Philosophisches zur menschlichen Ausgeglichenheit“ an einigen ausgewählten Beispielen verweise. Diese Erkenntnisse gilt es zu nutzen, um die Klimadebatte philosophisch in ihrer Widersprüchlichkeit zu betrachten. Dazu stelle ich Thesen auf, die mit Ereignissen aus der letzten Zeit belegt werden. Das betrifft den Film „Unsere Erde“, initiiert von Al Gore, die Auseinandersetzungen um den Weltklimabericht, die unterschiedliche kommerzielle Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse zum Klima und die politischen Machtspiele. Kurze Schlussfolgerungen schließen sich an.

Ich will damit anregen, über das Klimaproblem weiter nachzudenken, um nicht in der Informationsfülle unterzugehen. Wir haben zu lernen, in der Informationswelt die „vorbeihuschenden Wahrheiten“ zu ergreifen. Das ist nicht leicht. Massenmedien und das Internet bieten viele Möglichkeiten zur Demokratisierung des Wissens, zu einer umfassenden Berichterstattung. Doch zugleich sind sie Mittel der Manipulierung und der Instrumentalisierung. Kritisches Denken, angeregt durch Philosophie, kann helfen, sich besser zurechtzufinden.

Die Wahrheit als Übereinstimmung von Information und Sachverhalt ist wegen der raum-zeitlichen Verkürzung, mit der wir Nachrichten aus der ganzen Welt erhalten, schwer zu überprüfen. Sie ist ästhetisch aufbereitet, moralisch beladen und rational kaum zu durchschauen. Erkenntnistheoretisch bietet es sich an, unterschiedliche Berichte über das gleiche Ereignis miteinander zu vergleichen, um Widersprüche herauszufinden und sie kritisch zu betrachten. Das Ergebnis ist in umfassendere Zusammenhänge einzuordnen, um Emotionen rational zu begreifen und rationale Erkenntnisse emotional aufzunehmen. Dabei spielt für die Suche nach der Wahrheit auch die Bewertungsinstanz eine Rolle, die uns die schon von ihr bewertete Information übermittelt. Es geht um komplexe Eindrücke, die wir zu verarbeiten haben. So ist etwa eine Dokumentation im Fernsehen eine Einheit von Wörtern, Bildern, Symbolen und auch Geräuschen, untermalt mit Musik. Bisherige Erfahrungen mit den Übermittlungsinstanzen gehen in das ein, was ich an wahren Informationen daraus entnehme, da ich eventuell schon weiß, welchen Grad von sauberer Recherche und von Sicherheit ich erwarten kann. Mein Vertrauen in den Informationsübermittler spielt eine wichtige Rolle für die Glaubwürdigkeit dessen, was mir suggeriert werden soll.

Es geht beim komplexen Erleben eines Konzerts, einer Theateraufführung oder einer Nachrichtensendung in der Einheit von rationaler und ästhetischer Wahrnehmung um rationale Analyse des Aufgenommenen, um emotionales

Erleben, also auch um die Erziehung der Gefühle in der Einheit von rationaler Emotionalität und emotionaler Rationalität. Beides ist eben so wenig voneinander zu trennen, wie die damit zusammenhängende rationale und ästhetische Aneignung der Wirklichkeit, auf die nun einzugehen ist.

2. Zum Verhältnis von rationaler und ästhetischer Aneignung (Balance und Störungen)

Unter Balance verstehen wir das Gleichgewicht entgegengesetzter und sich ergänzender Kräfte. Ausgeglichenheit ist Grundlage für die Stabilität von Systemen. Das gilt auch für die Menschen. Sie sind Vernunft-, Moral-, Genuss- und Gestaltungswesen. Die Aneignung der Wirklichkeit durch sie umfasst sowohl praktisches Gestalten der Umwelt und des eigenen Lebens als auch Erkenntnis der Welt sowie der Determinanten des eigenen Erkennens und Wirkens. Hier soll auf zwei Arten der Aneignung eingegangen werden, auf die rationale und die ästhetische, die beide auf der Grundlage der gegenständlichen Aneignung existieren.

Die rationale Aneignung verlangt die Sprache als Widerspieglung und Mittel der Kommunikation. In ihr werden unsere Begriffe als Zusammenfassung von Erfahrungen mit Namen belegt. Sie sind Basis unserer Theorien zur Welt- und Verhaltenserklärung, für die Antizipationen zukünftiger Zustände und damit für unsere Verhaltensprogrammatik. In der menschlichen Arbeitsteilung hat sich die rationale Aneignung ihr eigenes Gebiet erobert, die Wissenschaft. Sie ist ein historisches Produkt, das seine Funktionen als Human-, Kultur- und Produktivkraft nach und nach entwickelt hat und gegenwärtig sowohl mit einer Krise des Wissens als auch mit den Möglichkeiten einer neuen Aufklärung konfrontiert ist, was eine prinzipielle Bildungsreform verlangt, die kaum angegangen wird. (Hörz 1999) Wissenschaft ist erkenntnis- und erfolgsorientiert, was eine bewusste Gestaltung der Wirklichkeit erst ermöglicht, wobei Gesetzmäßigkeiten, Zufälle und Risiken zeigen, dass immer Differenzen zwischen Plänen und ihrer Realisierung auftreten, denn eine risikofreie Planung gibt es nicht. Die Zukunft ist offen, doch mit Trendaussagen gestaltbar. (Hörz 2007b)

Die ästhetische Aneignung ist Grundlage unseres Daseins, weil wir uns in der Wirklichkeit auf unsere Sinne zur Orientierung verlassen, die uns Bilder und Symbole liefert, mit denen wir Gefahren erkennen, Lebensmöglichkeiten finden und auf die wir bewusst, unterbewusst und unbewusst reagieren. Sie entfaltet sich über Kunst und Literatur durch Wirkungen auf das Lebensge-

fühl und durch emotionalen Genuss als Wertevermittler und Motivationsauslöser. Zu beachten sind dabei die Erweiterung der technischen Möglichkeiten, die sich auch in der Neuen Musik ausdrücken, und die wachsende Aufnahmefähigkeit der Menschen für neue ästhetische Erlebnisse.

Wissenschaft und Kunst haben Gemeinsamkeiten. Im Aufdecken von Problemfeldern und dem Erahnen von Lösungen gibt es keinen Unterschied. Sie suchen beide in der sinnlichen Anschauung, die Grundlage jeder Empirie ist, auch wenn Wissenschaft sie durch komplizierte Experimentalanordnungen und feine Messgeräte erweitert, das darin enthaltene Wesen. Die Wissenschaft nutzt es, um Gesetze zu erkennen, die Kunst, um es zu individualisieren. Deshalb haben beide beim Erahnen dieses Wesens, beim Auffinden neuer Beziehungen gemeinsame Erkenntnisgrundlagen, die dann verschieden weiter geführt werden. Hermann von Helmholtz meinte dazu: „Nur der erste erfinderische Gedanke, der der Wortfassung vorausgehen muss, wird bei beiden Arten der Thätigkeit immer in derselben Weise sich bilden und auftauchen müssen; und zwar kann das zunächst nur in einer der künstlerischen Anschauung analogen Weise, als Ahnung neuer Gesetzmäßigkeit geschehen." (Helmholtz 1896, S. 348) Der Nobelpreisträger für Physik Werner Heisenberg betonte außerdem das Streben nach harmonischen Ordnungen, das beiden zukomme. „Selbst dort, wo es sich zunächst nur um die Anwendung wissenschaftlicher Methoden auf praktische, durch den äußeren Nutzen vorgeschriebene Ziele handelt, wird der Erfolg häufig dem künstlerischen Menschen zuteil, dem sich auch in den unwichtigen Einzelheiten geheime (d. h. nicht trivial zugängliche) Ordnungen erschließen – während der allzu aktive Mensch häufig der Gefahr erliegt, den Schmetterling der Erkenntnis mit so rauher Hand zu greifen, daß das bunte Muster auf seinen Flügeln zerstört ist, bevor er es sehen und in sich aufnehmen konnte." (Heisenberg 1984, S. 289)

Wissenschaft orientiert sich jedoch dann auf den Begriff. Sie sucht nach Regularitäten und formuliert objektive Gesetze mit ihren Bedingungen. Sie entwickelt Modelle im Sinne von als-ob-Theorien und als-ob-Objekten und treibt die Erkenntnis bis zur mathematischen Modellierung voran. Ästhetik geht auf Veranschaulichung und emotionales Erleben. Kurz: Wissenschaft arbeitet mit Begriffen, Kunst mit anschaulichen Symbolen. Wörter und Symbole erregen Emotionen, sind Motivationsauslöser.

Die Balance menschlichen Verhaltens drückt sich dabei in zwei Aspekten aus:

Erstens geht es um die Herstellung von Harmonie (Gleichgewicht) zwischen unterschiedenen, eventuell gegensätzlichen Kräften. Für den Men-

schen ist das die innere Harmonie, auch zwischen den Aneignungsweisen (gegenständliche, rationale, ästhetische), und die äußere Harmonie (Sozialstrukturen und Naturgestaltung). Zweitens gehört dazu die Suche nach dem richtigen Weg zwischen Irrwegen und Abweichungen. Da Balancen immer wieder gestört werden, ist es nicht leicht, den richtigen Weg zur Herstellung von innerer und äußerer Harmonie zu finden.

Zu berücksichtigen ist außerdem die Individualität der Menschen. Wir können in unserem Zusammenhang von einer durch genetische Prädispositionen und deren konkret-historischer Ausformung bedingten Gleichverteilung im Sinne der Gaußschen Glockenkurve ausgehen, wenn wir die rationale und ästhetische Aneignung der Wirklichkeit durch Individuen betrachten. Auf der einen Extremseite finden wir wenige Exemplare des Ratioroboters, der die Wirklichkeit und sein Leben nach strengen Regeln ordnet, wobei die ästhetische Aneignung mehr Mittel zum Zweck, denn Selbstzweck als Genuss ist. Die andere Seite bestimmt als Extrem der voll auf die Sinne orientierte, übersensible, oft überempfindliche Mensch, der jedoch ohne Rationalität nicht leben kann. Zwischen diesen Extremen bewegen sich alle Individuen mit mehr oder weniger ausgeprägten rationalen und ästhetischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Neigungen. Diese Gleichverteilung verschiebt sich unter konkret-historischen globalen und regionalen Bedingungen nach der einen oder anderen Seite. So ist anzunehmen, dass während der Pfingstwerkstatt in Rheinsberg Aktive und Gäste sich mehr der ästhetischen Aneignung zuneigen, Verständnis für Neue Musik zeigen und doch der rationalen Debatte über die Musikwerke sich nicht verschließen.

Durch Veränderungen innerer und äußerer Art erleidet jedes natürliche und soziale System, auch das Individuum, Störungen der Balance, die zu positiven oder negativen Ergebnissen führen können. Sie treffen beide Aspekte: die Bedingungen und das Wirken in ihnen und die Orientierung. Auf einige Störungen möchte ich verweisen:

- Schon bei der angenommenen Gleichverteilung habe ich auf individuelle Einseitigkeiten verwiesen. Spezialisten entwickeln als Facharbeiter, als Organisatoren, als Theoretiker, als Künstler ihre spezifischen Fähigkeiten, was den gesellschaftlichen Gesamtorganismus bereichert. Individualität hebt die Einheit von rationaler Emotionalität und emotionaler Rationalität nicht auf. Problematisch wird es bei einseitiger Entwicklung, wenn das generelle Menschsein dem Spezialistentum in irgendeiner Weise geopfert wird. So könnte man die Frage nach dem Unterschied zwischen einem Bürokraten und dem Menschen stellen und müsste

antworten: Es gibt keinen, doch nicht jeder Bürokrat weiß und merkt das.

- Aus der Werbung für bestimmte Produkte wissen wir, wie die emotionale Komponente dabei über das Unterbewusstsein genutzt wird. Mit der fortschreitenden Kommerzialisierung wird vor allem das Unbewusste angesprochen. Bilder und Symbole ersetzen die rationale Erklärung. Das Bewusstsein bleibt bewusst unterbelichtet, um Vorzüge der Produkte herauszustreichen und kritische Fragen zu unterdrücken.
- Problematisch sind einseitige Bildungsstandards als Ausdruck von Balancestörungen. Nicht selten wird ästhetische Aneignung auf das rationale Verständnis reduziert. Man redet über das ästhetische Erleben, analysiert seine Strukturen und bewegt sich dann oft auf der rationalen Metaebene, statt Kunstgenuss herauszufordern. So erfahren manche Schüler das Malen als regelgerechtes Zeichnen, die Literatur als zergliedertes Kunstwerk, die Musik als analysierte Musiktheorie. Ästhetische Aneignung der Wirklichkeit ist jedoch mehr als in Wörter gefasste Sinnlichkeit. Durch diese Art der Rationalisierung der Kunst wird einem das geforderte Lesen von Büchern, das Lernen von Gedichten und das Hören von Musik direkt verleidet.

Ein interessantes Beispiel für die mögliche Überwindung von Balancestörungen durch die Einheit von rationaler und ästhetischer Aneignung in der Bildung brachte die Sendung OZON vom 12.11.2007 im rbb unter dem Titel: „Kinder im Orchester – warum Musizieren schlau macht". Die Berliner Fritzlar-Homberg-Grundschule als musikbetonte Ganztagsschule mit Kindern aus mehr als 20 Nationen entwickelte das Konzept „Mit Musik gegen Gewalt", was sich sehr positiv auf das Leben in und um die Schule auswirkt. Seit 30 Jahren setzt man hier auf „musikbetonte Pädagogik" mit kostenlosem Instrumentalunterricht, zahlreichen Musik-AGs und einem Schulorchester. Kinder zeigen deutlich weniger Aggressionen als anderswo. Vandalismus unterbleibt. Das musikalische wird zum sozialen Miteinander. Langeweile kommt nicht auf. Ein weiterer Effekt ist: Der Fleiß und die Disziplin, die das Erlernen eines Instrumentes erfordert, übertragen sich auch auf die übrigen Schulleistungen. Viele der Kinder und Jugendlichen sind konzentrierter, zielstrebiger. Sebastian Jentschke vom Max-Planck-Institut für Kognitions- und Neurowissenschaften, Leipzig, meinte dazu: „Wir haben festgestellt, dass Kinder mit musikalischem Training musikalische Struktur sehr viel besser und effizienter verarbeiten, als Kinder ohne musikalisches Training. Darüber hinaus haben wir festgestellt, dass auch die Verarbeitung sprachlicher Struktur bei diesen Kindern verbessert ist. Dies zeigt uns zum einen, welch enge Bezie-

hung es gibt zwischen der Verarbeitung von Musik und Sprache im Gehirn. Und zum anderen, dass musikalisches Training zu einer Reihe von Transfereffekten führen kann – unter anderem auch im sprachlichen Bereich.“ Die Forscher glauben, dass übergeordnete Hirnprozesse für den klaren Gleichschritt musikalischer und sprachlicher Kompetenz verantwortlich sind. Prozesse, die das Verstehen von Regeln und Strukturen ganz allgemein ermöglichen. Wer ein Instrument lernt, trainiert diese Prozesse. Und genau deshalb kommt die Beschäftigung mit Musik der Gesamtintelligenz zugute. Jentschke bemerkte dazu: “Zwar sind das keine dramatischen Zuwächse. Das sind so Zuwächse im Bereich von zwei bis fünf IQ-Punkten. Aber immerhin: Es sind Effekte, die wir sehr deutlich beobachten. Deswegen können wir sagen, dass musikalisches Training die Entwicklung von Kindern fördert und dass es für Kinder sehr, sehr sinnvoll sein kann, ein Instrument zu lernen.“

Es ist also möglich, bei Balancestörungen Wege zur Überwindung zu finden, wenn sie denn gesucht und nicht durch das Jammern über ungünstige Umstände überdeckt werden. Es wäre sicher auch für die Leibniz-Sozietät interessant, dieses Problem unter den Aspekten der kognitiven Psychologie weiter zu verfolgen.

3. Philosophisches zur menschlichen Ausgeglichenheit

Mit Balance, Harmonie, Ausgeglichenheit beschäftigte sich der antike Denker Mark Aurel. Er betonte**: „**So wie Deine ganze Persönlichkeit der integrirende Theil eines politischen Organismus ist, so soll auch jede Deiner Handlungen das gemeinschaftliche Handeln dieses Organismus ergänzen. Thut sie dies nicht, ist sie mehr oder weniger dieser Tendenz fern, so zerstükkelt sie Dein Leben, hindert seine Harmonie, ist aufrührerisch wie ein Mensch, der im Volke seine Partei dem Zusammenwirken mit den andern entfremdet.“ (Mark Aurel‘s Meditationen, S. 119). Ihm geht es um die soziale Balance. Sie spielt in dem erwähnten Musiktheater insofern eine Rolle, als nicht nur das natürliche, sondern auch das Arbeits- und zwischenmenschliche Klima angesprochen ist. Stets geht es um innere und äußere Harmonie, wobei zu der äußeren sowohl die von Mark Aurel angesprochene Rolle des Einzelnen im politischen Organismus eine Rolle spielt, als nun auch immer mehr die effektive und humane Gestaltung der Natur durch die Menschen. Humane Zukunftsorientierung ist m.E. das Ideal einer Assoziation freier Individuen mit sozialer Gerechtigkeit und ökologisch verträglichem Verhalten.

Baruch Spinoza (1632–1677) verweist in seiner Ethik berechtigt auf die Individualität und den inneren Zusammenhang von Erkenntnis und Sinnlich-

keit: „Denn obgleich die menschlichen Körper in vielem übereinstimmen, so weichen sie doch in sehr vielem voneinander ab. Darum erscheint oft etwas dem einen gut, dem andern schlecht, diesem geordnet, jenem verworren, dem angenehm, jenem unangenehm, und dasselbe gilt von dem übrigen; doch gehe ich hier darüber hinweg, weil einerseits hier der Ort nicht ist, den Gegenstand eingehend zu behandeln, anderseits jeder darüber Erfahrung genug besitzt. Sind doch in aller Mund die Sprüchwörter: ‚Soviel Köpfe, soviel Meinungen', ‚Jeder hat genug an seinem eigenen Kopf', ‚Die Geschmäcke sind so verschieden als die Köpfe'. Diese Redensarten zeigen zur Genüge, daß die Menschen je nach dem Zustand ihres Gehirns über die Dinge urteilen und daß sie die Dinge weniger erkennen als sinnlich vorstellen." (Spinoza, S. 77f.) Erkenntnis geht nach Spinoza auf das Allgemeine, während Sinnlichkeit spezifisch für die Individuen ist. Doch zugleich ist zu berücksichtigen, dass die Menschen in ihren sozialen Systemen sich zu Interessengruppen zusammenschließen, deren weltanschauliche Ausrichtung mit ihrer sozialen Stellung in den Systemstrukturen verbunden ist. Wer kein Geld hat, kann noch so ästhetisch ambitioniert sein. Manche Erlebnisse kann er sich nicht leisten. Der von Spinoza angesprochene Zustand des Gehirns, nach dem Individuen urteilen, ist von der angebotenen Bildung abhängig. Unwissenheit kann ein individueller Mangel sein, muss es jedoch nicht, wenn die Bildungschancen von Geburt, Geld und Beziehungen abhängen.

Leibniz (1646–1716) erkannte in der besten aller möglichen Welten die prästabilierte Harmonie in den Monaden, die das Gesetz ihrer Entwicklung in sich selbst haben. Leonard Euler (1707–1783) übte daran berechtigte Kritik, denn diese vorgegebene Harmonie lasse keine Freiheit zu. (Hörz 2008). Freiheit ist das auf sachkundigen Entscheidungen beruhende verantwortungsbewusste Handeln der Menschen unter konkret-historischen Bedingungen. Die von der Wissenschaft aufgedeckten objektiven Gesetze, Regularitäten und wesentliche Kausalbeziehungen geben uns mit Möglichkeitsfeldern und ihrer bedingt zufälligen wahrscheinlichen Verwirklichung von bestimmten Möglichkeiten einen Handlungsspielraum. Existiert eine vorherbestimmte Harmonie, dann wird die Existenz von Möglichkeitsfeldern und Zufällen, also möglichen Ereignissen, geleugnet und Freiheit zur Einbildung. Neues erreichen wir, wenn Harmonien gestört werden. Unsere Entscheidungen sind dabei nie allein durch wissenschaftliche Erkenntnis geprägt, worauf Spinoza aufmerksam machte. Wertvorstellungen spielen eine Rolle. Sie drücken das Verständnis von Individuen und Gruppen darüber aus, welche Bedeutung Sachverhalte für sie haben, ob sie als nützlich, sittlich und ästhetisch anzuse-

hen sind oder abgelehnt werden. Über die sozialen Werte gehen immer auch ästhetische Urteile in die freien Entscheidungen ein.

Der Aufklärer Moses Mendelssohn betonte im 18. Jahrhundert die Rolle rationalen Denkens für das Wirklichkeitsverständnis: „Kann der Ursprung einer Sache aus ihren eignen Wirkungen erkläret werden? – Auf keinerley Weise. – Ordnung, Ebenmaß, Harmonie, Regelmäßigkeit, überhaupt alle Verhältnisse, die ein Zusammennehmen und Gegeneinanderhalten des Mannigfaltigen erfordern, sind Wirkungen des Denkungsvermögens. Ohne Hinzuthun des denkenden Wesens, ohne Vergleichung und Gegeneinanderhaltung der mannigfaltigen Theile ist das regelmäßigste Gebäude ein bloßer Sandhaufen, und die Stimme der Nachtigall nicht harmonischer, als das Aechzen der Nachteule. Ja ohne diese Wirkung giebt es in der Natur kein Ganzes, das aus vielen außer einander seyenden Theilen bestehet; denn diese Theile haben ein jedes sein eignes Daseyn, und sie müssen gegen einander gehalten, verglichen, und in Verbindung betrachtet werden, wenn sie ein Ganzes ausmachen sollen. Das denkende Vermögen, und dieses allein in der ganzen Natur, ist fähig, durch eine innerliche Thätigkeit Vergleichungen, Verbindungen und Gegeneinanderhaltungen wirklich zu machen: daher der Ursprung alles Zusammengesetzten, der Zahlen, Größen, Symmetrie, Harmonie u.s.w. in so weit sie ein Vergleichen und Gegeneinanderhalten erfordern, einzig und allein in dem denkenden Vermögen zu suchen seyn muß.“ (Mendelssohn, S. 7076) Für Mendelssohn gibt es keine ästhetische Aneignung ohne rationale. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir die Aneignungsweisen eben nur in Gedanken voneinander absondern können. Sie gehören immer zusammen, können jedoch verschieden stark ausgeprägt sein. Das gilt auch für Kunst und Wissenschaft. Die Betonung der Rationalitätskriterien für die Erkenntnis hebt die emotionale Wirkung wissenschaftlicher Einsichten nicht auf, wie auch Kunst Erkenntnisse vermitteln kann.

Zur Ästhetik äußerte sich Kant an verschiedenen Stellen. In der „Kritik der reinen Vernunft“ begründete er Ästhetik als Wissenschaft von allen Prinzipien der Sinnlichkeit: „Eine Wissenschaft von allen Prinzipien der Sinnlichkeit a priori nenne ich die transzendentale Ästhetik … In der transzendentalen Ästhetik also werden wir zuerst die Sinnlichkeit isolieren, dadurch, daß wir alles absondern, was der Verstand durch seine Begriffe dabei denkt, damit nichts als empirische Anschauung übrig bleibe. Zweitens werden wir von dieser noch alles, was zur Empfindung gehört, abtrennen, damit nichts als reine Anschauung und die bloße Form der Erscheinungen übrig bleibe, welches das einzige ist, das die Sinnlichkeit a priori liefern kann. Bei dieser Untersuchung

wird sich finden, daß es zwei reine Formen sinnlicher Anschauung, als Prinzipien der Erkenntnis a priori gebe, nämlich Raum und Zeit“ (Kant, S. 494) An anderer Stelle fasst er noch einmal den Unterschied zwischen Ästhetik und Logik zusammen: „Daher unterscheiden wir die Wissenschaft der Regeln der Sinnlichkeit überhaupt, d.i. Ästhetik, von der Wissenschaft der Verstandesregeln überhaupt, d.i. der Logik.“ (Kant, S. 537)

Eine solche Trennung ist, wie schon betont, nur gedanklich möglich. Die Regeln der Sinnlichkeit sind bei Kant mit den Anschauungsformen Raum und Zeit verbunden. Es sind eben nur Regeln und nicht das, was wir als ästhetische Aneignung bezeichnen, die zwar in Raum und Zeit vor sich geht, doch konkrete sinnliche Bezüge herstellt. Kant meinte in der „Einleitung zur Kritik der Urteilskraft“: „Seit geraumer Zeit aber ist es Gewohnheit geworden, eine Vorstellungsart ästhetisch, d.i. sinnlich, auch in der Bedeutung zu heißen, daß darunter die Beziehung einer Vorstellung nicht aufs Erkenntnisvermögen, sondern aufs Gefühl der Lust und Unlust gemeinet wird … Eben darum, weil alle Bestimmungen des Gefühls bloß von subjektiver Bedeutung sind, so kann es nicht eine Ästhetik des Gefühls als Wissenschaft geben, etwa wie es eine Ästhetik des Erkenntnisvermögens gibt … das objektive Urteil wird vielmehr immer nur durch den Verstand gefällt, und kann sofern nicht ästhetisch heißen. Daher hat unsere transzendentale Ästhetik des Erkenntnisvermögens wohl von sinnlichen Anschauungen, aber nirgend von ästhetischen Urteilen reden können, weil, da sie es nur mit Erkenntnisurteilen, die das Objekt bestimmen, zu tun hat, ihre Urteile insgesamt logisch sein müssen. Durch die Benennung eines ästhetischen Urteils über ein Objekt wird also so fort angezeigt, daß eine gegebene Vorstellung zwar auf ein Objekt bezogen, in dem Urteile aber nicht die Bestimmung des Objekts, sondern des Subjekts und seines Gefühls verstanden werde.“ (Kant, S. 2443ff.) Man könnte Kants gelehrte Ausführungen so zusammenfassen: Kunst ist eine Sache des individuellen Geschmacks. Deshalb konnte Kant die Regeln der Sinnlichkeit auf Raum und Zeit reduzieren. Alles was darüber hinausgeht, unterliegt zwar der subjektiven Auffassung und dem Gefühl, doch ist es nicht mit Urteilen über ein Objekt zu fassen.

Die erforderliche Balance von ästhetischer und rationaler Aneignung der Wirklichkeit verlangt Konsequenzen für die Bildung. Einige davon will ich kurz benennen:

1. Wenn gedanklich Zusammenhänge aufzudecken sind, dann ist das nicht allein durch das Lernen bestimmter Stoffeinheiten zu schaffen. Der Übergang von der Lern- zur Denkschule geht jedoch nur zögerlich vor sich. Es

ist zu klären, was lehrenswert und was im Internet nachlesbar ist. Sicher können keine Methoden ohne Inhalt vermittelt werden, doch der methodische Aspekt im Umgang mit Wissen sollte im Vordergrund stehen, wobei das kreative Denken zu fördern ist.

2. Durch die wachsende Komplexität von Aufgaben und Entscheidungssituationen ist in der Wissenschaft Inter-, Multi- und Transdisziplinarität gefordert. Diese Sicht über das Fachgebiet hinaus vermitteln nur wenige Lehrpersonen an Schulen und Hochschulen. Dazu ist eine Abstimmung des lehrenden Personals erforderlich, die nur selten erfolgt, oft nicht einmal gewünscht wird.
3. Wissenschaftskritik hat zu der Frage geführt: Ist das, was wissenschaftlich möglich, technisch-technologisch durchführbar und ökonomisch machbar ist, auch gesellschaftlich wünschenswert und human vertretbar? Sie ist nicht allein mit Fachwissen zu beantworten. Humanistische Bildung schließt deshalb Zukunftsvisionen ein. Da wir nicht, wie Leibniz meinte, in der besten aller möglichen Welten leben, sind diejenigen, die heute Bildung als Jugendliche erlangen, Gestalter einer besseren Zukunft. Doch ohne Gesellschaftskritik wird es ihnen nicht gelingen, eine humane Programmatik zu entwickeln.
4. Das Ästhetische ist nicht auf das Rationale zu beschränken. Wir brauchen eine Erweiterung des Verständnisses von ästhetischer Bildung, damit wir keine Ratioroboter erziehen.

Schon Rousseau bemerkte in „Emile“: „Diese Erziehung geht von der Natur, oder von den Menschen, oder von den Dingen aus. Die innere Entwicklung unserer Fähigkeiten und unserer Organe ist die Erziehung der Natur; die Anwendung, welche man uns von diesen entwickelten Fähigkeiten und Organen machen lehrt, ist die Erziehung der Menschen, und in dem Gewinn eigener Erfahrungen in bezug auf die Gegenstände, welche auf uns einwirken, besteht die Erziehung der Dinge. … Jeder von uns wird also durch dreierlei Lehrer gebildet. Der Schüler, in welchem sich ihre verschiedenen Lehren entgegenarbeiten, wird schlecht erzogen, und wird nie zu einer inneren Harmonie gelangen. Derjenige dagegen, bei welchem sie alle auf die nämlichen Punkte gerichtet sind und die nämlichen Zwecke erstreben, erreicht allein sein Ziel und lebt in voller Harmonie. Dieser allein ist gut erzogen.“ (Rousseau, S. 8992)

Was tun wir für eine gute Erziehung? Warum ist es so schwer, allgemeine Wissensstandards zu formulieren? Wo sind die auf individuelle Besonderheiten zugeschnittenen differenzierten Bildungsangebote?

4. Anmerkungen zur Klimadebatte

Das Verhältnis von rationaler und ästhetischer Aneignung der Wirklichkeit ist auf unterschiedliche Weise mit der Klimadebatte verknüpft. So gibt es Versuche, mit Musik, Bildern und Symbolen Menschen zu mobilisieren, um gegen die verschiedenen Formen menschlicher Einwirkungen auf das Klima, die sich schädlich auf unsere natürlichen Lebensbedingungen auswirken, vorzugehen, Politiker zum Handeln zu zwingen und die Wirtschaft in die humane Pflicht zu nehmen. Der Zusammenhang von Biospritproduktion, Abholzen von Urwäldern, Lebensmittelverteuerung wird ebenso thematisiert, wie die Auswirkungen des CO_2-Ausstoßes auf die Atmosphäre. Verschiedene Szenarien werden von Wissenschaftlern vorgeschlagen, um die negativen Auswirkungen menschlichen Handelns zu begrenzen. Hier geht es nur um die Möglichkeiten, die geforderte Balance herzustellen. Mit fünf Thesen, die belegbar sind, mache ich auf die prinzipiellen Aspekte dabei aufmerksam.

4.1 Thesen

1. Globale Probleme, wie die durch normales Handeln der Menschen mögliche Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen, speziell durch die Auswirkungen auf das Klima, stellen sowohl die soziale Balance als auch die Balance zwischen Mensch und Natur in Frage. Diese Balance entspricht nicht nur dem Harmoniebedürfnis der Menschen. Sie ist notwendig zum Überleben. Kurz: Die Einheit von rationaler und ästhetischer Aneignung der Wirklichkeit ist eine Strategie der Menschen zum Überleben.
2. Es gibt keine individuelle Erfahrung, die Naturzerstörung im globalen Ausmaß verdeutlicht. Regionale Erfahrungen können über globale Zyklizitäten täuschen. Deshalb ist es wichtig, die Balance zwischen rationaler und ästhetischer Aneignung zu nutzen, um damit Handlungsmotivationen auszulösen, wobei Gefahren der Fehleinschätzung, Manipulierung, und Instrumentalisierung zu beachten sind.
3. Die gestaltende Kraft der Menschen ist zielgerichtet zur Lösung des globalen Problems einzusetzen. Die Zukunft ist offen, doch gestaltbar. Erkenntnisse sind emotional aufzunehmen und als Motivationsauslöser zu nutzen. Die ästhetische Aneignung ist ein Mittel, um wichtige wissenschaftliche Einsichten so plausibel zu machen, dass Initiativen gefördert werden.
4. Den gangbaren Weg zwischen Panikmache und Abwiegeln, beides aus bestimmten Interessen heraus, zu finden, ist schwer und vor allem von der Wissenschaft zu leisten, die jedoch Unterstützer braucht. So sind erfolgverspre-

chende Projekte zu finanzieren, die wissenschaftlichen Resultate ernst zu nehmen und programmatische Lösungen zu entwickeln.
5. Humane Lösungen der globalen, regionalen und lokalen Probleme sind gegen zeitweilige, regionale und Teilinteressen durchzusetzen, wobei Wege zu finden sind, die weiter vor sich gehende Globalisierung auf der Grundlage von Profitmaximierung so zu kanalisieren, dass ökologische Schäden ökonomische Nachteile für die Verursacher mit sich bringen. Insofern ist umfassender das Prinzip der Folgenverantwortung durchzusetzen.

4.2 Fallbeispiele

Mit einigen Fallbeispielen möchte ich die Komplexität der Problematik, wie sie in den Thesen ausgedrückt wird, aufzeigen. Es geht um die Rolle von Bildern, von Symbolen, von Wörtern, die Angst machen, um Musik, die erregt.

4.2.1 Fallbeispiel 1: Al Gore und der „Klimatismus“

Nehmen wir als erstes Fallbeispiel für die in den Thesen genannten Aspekte das Buch von Al Gore: „Earth in the Balance – Wege zum Gleichgewicht“ und den Film „Unsere Erde“. Al Gore hat mehrere Schriften zum Umweltschutz veröffentlicht und hält weltweit Vorträge zu diesem Thema. Aus seiner Multimediapräsentation über die globale Erwärmung ist die mit dem Oscar ausgezeichnete Dokumentation „An Inconvenient Truth“ (dt.: Eine unbequeme Wahrheit) hervorgegangen. Er hat das GLOBE-Programm gestartet und die Konzertreihe Live Earth initiiert. Mit dem Weltklimarat bekam er den Friedensnobelpreis. Sein Buch hat 1992 die New York Times Bestsellerliste erreicht. Als Vize-Präsident der USA während Clintons Amtsperiode setzte Al Gore 1993 die Einführung einer Kohlesteuer durch, um die Ausschöpfung der fossilen Brennstoffe einzuschränken und somit den Treibhauseffekt zu reduzieren. 1997 half er bei der Durchsetzung des Kyoto-Protokolls, nach dem der Ausstoß an Treibhausgasen zu verringern ist. Die USA haben den Vertrag zwar unterzeichnet, ihn aber nicht ratifiziert. Al Gore wollte das durchsetzen. Seine Überzeugung, die globale Erwärmung sei die wichtigste Herausforderung überhaupt, brachte ihn dazu, einen Film zu machen. Dieser Film „Unsere Erde“ wird als spektakuläre Naturdokumentation über das Wunder des Lebens und die atemberaubende Schönheit unserer Erde gesehen. Die Schöpfer des Films meinen, dass viele Bilder in zehn oder zwanzig Jahren wegen der fortschreitenden Naturzerstörung nicht mehr gemacht werden könnten. Sie sind tatsächlich beeindruckend, doch zugleich stellt sich die Frage: Machen im Eis einbrechende Eisbären das Problem der Klimaerwärmung klar?

Welche Folgen hat das für die Menschen? Ohne die Balance von rationaler und ästhetischer Aneignung sind die Probleme für die menschliche Existenz, ihre Folgen und die erforderliche Programmatik nicht zu verstehen.

Umweltminister Gabriel startete den Film „Unsere Erde“ am 5.2.08 und dpa meldete: „Im Kampf gegen den Klimawandel setzt Bundesumweltminister Sigmar Gabriel auf Verhaltensänderung der Menschen. Ich glaube, dass wir das hinkriegen, sagte Gabriel am Abend in Berlin bei der Deutschlandpremiere,“ In den „Ruhr-Nachrichten.de“ hieß es unter dem Titel „Die zerbrechliche Heimat“ am 5.2.08 über die beiden Dokumentarfilmer Alastair Fothergill und Mark Linfeld: „Ohne dass sie auch nur einmal den Zeigefinger erheben müssten, schaffen die beiden Filmemacher mit ihren atemberaubenden Bildern von Karibuherden, Amur-Leoparden, weißen Haien und Eisbären ein Bewusstsein für das zerbrechliche Gleichgewicht der Natur. Die Menschen und ihre Zivilisation sind nicht präsent, trotzdem spürt man die ganze Zeit über ihren bedrohlichen Schatten.“

Viele lobende Worte gab es zum Film. Der Friedensnobelpreis für Al Gore ist ebenfalls eine hohe internationale Anerkennung seines Wirkens für den Klimaschutz. Interessant ist es nun, dass auch die Frage auftaucht, ob wir es mit einer neuen Religion, dem „Klimatismus“ zu tun haben. Die „Zeit” schrieb am 18. 10. 2007: „Zwei Jahrtausende nach Jesus, 1400 Jahre nach Mohammed, beginnt ein neuer Glauben die Herzen und Hirne der westlichen Welt zu ergreifen. Diese Religion, der ‘Klimatismus‘, erscheint ohne Moses und Paulus, sozusagen im Wikipedia-Stil: Jeder ein Schriftgelehrter, jeder ein Erleuchteter. Ein neuer Glauben? Hellhörig machte die Bemerkung eines klugen Kollegen, der sagte: ‘Dass es einen menschengemachten Klimawandel gibt, das bezweifelt doch niemand mehr.‘ Der Verdacht verstärkte sich, als der ‚Klimaleugner‘ auftauchte, der eine moderne Version des ‚Ketzers‘ abgibt (und wegen der verbalen Verwandtschaft zum ‚Holocaust-Leugner‘ an Infamie nicht mehr zu toppen ist). Die Vermutung, dass hier eine neue Religion entstanden war, begann sich zur Gewissheit zu verdichten, als folgende Nachricht aus Kalifornien, genauer aus dem Napa Valley nordöstlich von San Francisco kam. Da hatte das Gaia Hotel die Bibel, die seit Jahrzehnten in amerikanischen Hotel-Nachttischen liegt, durch ‘An Inconvenient Truth‘ , den Weltbestseller des früheren Vizepräsidenten Al Gore, ersetzt. Paulus und Mohammed haben damals auch ganz klein angefangen. Heute erobert, was in Kalifornien eingeführt wird (zum Beispiel der Katalysator), erst Amerika, dann die ganze Welt.” Zwischen Gottesglauben und ‚Klimatismus‘ werden psychostrukturelle Gemeinsamkeiten ausgemacht. Weiter heißt es dann:

„Wie funktioniert eine Religion, sagen wir, die jüdisch-christliche? Sie braucht vorweg ihre Propheten, die wie Jesaja Feuer und Schwefel regnen lassen, die Sünde anprangern, Buße und Umkehr fordern. ‘Weh dem sündigen Volk, der schuldbeladenen Nation’, rief Jesaja. Lauschen wir nun Al Gore: ‘Wir Amerikaner haben gesündigt… wir müssen Buße tun, indem wir unsere Bequemlichkeiten opfern.‘ Im nächsten Schritt muss eine Religion die Apokalypse beschwören. Siehe zum Beispiel die ‘Offenbarung des Johannes’, wo ‘das Feuer fiel vom Himmel‘. Aber es muss nicht unbedingt der Endkampf zwischen den Kindern des Lichts und der Finsternis, zwischen Gog und Magog sein. Entscheidend ist, dass die Religion die Urängste bedient, die schon zu Moses Zeiten die Seelen der Menschen packten: Flut (‘Sintflut’), Dürre (Joseph in Ägypten), Waldbrand (das Flammenschwert des Erzengels, Sodom und Gomorra). Die Zutaten der modernen Apokalypse des Klimatismus sind keine anderen: anschwellende Meeresspiegel; was verheerende Fluten verschonen, wird von Dürre geplagt; den Rest verwüsten Hurrikane. Jetzt aber folgen, drittens, Hoffnung und Erlösung. Nachdem besagtes Feuer vom Himmel gefallen war, ‘verzehrte’ es die satanischen Kräfte. In den ‘Feuersee’ geworfen wurde nur, ‘wer nicht im Buch des Lebens verzeichnet war’, also Gnade durch Läuterung erfahren hatte. Gottgefälligkeit im Judentum ist die Unterwerfung unter Gottes Gesetz (siehe Jesaja et alii), im Katholizismus entgeht der Hölle, wer seine Sünden gebeichtet, Umkehr gelobt und die Buße auf sich genommen hat. Und im »Klimatismus«? Da kommt die Erlösung aus dem Verzicht, was in Wahrheit auch ein religiöser Topos ist. Wie grollt doch Jesaja? ‘Ihr habt den Weinberg geplündert, eure Häuser sind voll von dem, was ihr den Armen geraubt habt.‘ Die moderne Entsprechung ist die ‘Ausbeutung der Dritten Welt’. Übt euch in Demut, ‚jeder Mann muss sich beugen‘, sonst wird euch der ‚Herr den Schmuck wegnehmen, die Armspangen‘, warnt der Prophet.“

Am 13. 12.07 berichtete die „Tagesschau“ über die Weltklimakonferenz in Bali. Al Gore erklärte dort: „Ich spreche jetzt mal eine unbequeme Wahrheit aus. Mein Land ist hauptsächlich dafür verantwortlich, dass Fortschritt hier blockiert wird.“ Er rief die Teilnehmer der Konferenz auf, sich ungeachtet der US-Position auf klare Ziele für den neuen Weltklimaschutzvertrag zu verständigen. Denn die Haltung der US-Regierung werde sich nach den Wahlen im nächsten Jahr ändern. Wir werden sehen?

Man kann tatsächlich in dieser Weise im „Klimatismus“ eine neue Religion ausmachen, die mit Propheten, der Apokalypse und der Forderung nach Buße auftritt. Doch das bedeutet keineswegs, dass die Warnungen verkehrt

sind. Wiederum zeigt sich, dass Ästhetik als sinnliches Erleben nicht ausreicht, um die Gefahren für die Menschen wirklich zu begreifen. Wissenschaftliche Analysen sind erforderlich.

4.2.2 Fallbeispiel 2: Weltklimabericht und Debatten um den Klimaschutz

Wissenschaft ist herausgefordert, doch selbst nicht einig. FAZ.Net meldete am 5.4.07 von Augusto Mangini unter dem Titel: „Ihr kennt die wahren Gründe nicht“: „Die Berichte des Weltklimarats IPCC erschüttern die Menschen und Politiker in allen Erdteilen. Wenn, wie in dem morgen erscheinenden Teilbericht der zweiten Arbeitsgruppe, viele hundert, ja am Ende Tausende Wissenschaftler gemeinsam zu so besorgniserregenden Ergebnissen und Prognosen kommen, dann muss das stimmen, oder? Ich bin einer der Klimaforscher, die trotzdem skeptisch bleiben. Ich halte den Teil des IPCC-Berichts, den ich als Experte wirklich beurteilen kann, nämlich die Rekonstruktion des Paläoklimas, für falsch. Das lässt sich an einigen der bedeutendsten kulturhistorischen Entwicklungen, etwa am Aufstieg und Untergang Trojas, leicht nachvollziehen. Die Behauptung, dass die jetzt stattfindende Erwärmung des Klimas nur mit der Erwärmung vor 120.000 Jahren vergleichbar ist, stimmt einfach nicht. Wir verfügen über Daten, die zeigen, dass es während der letzten zehntausend Jahre Perioden gab, die ähnlich warm oder sogar noch wärmer waren als heute. Ebenso ist es falsch zu behaupten, dass die jetzige Erwärmung sehr viel schneller abläuft als frühere Erwärmungen. Tatsache ist, dass es während der letzten zehntausend Jahre erhebliche globale und vor allem genauso schnelle Klimawechsel gegeben hat, die die Menschen sehr stark beeinflussten.“

Die „Tagesschau“ meldete am 18.11.2007: „Nach der Vorlage des abschließenden Weltklimaberichts durch den Weltklimarat IPCC gibt es Uneinigkeit über die Schlussfolgerungen des Dokuments. Die USA betonten anlässlich der Vorstellung des Berichts im spanischen Valencia, es gebe keine eindeutige wissenschaftliche Definition der Risiken des Klimawandels. Die Chefin der US-Delegation, Sharon Hays, zitierte US-Forscher, denen zufolge ‘belastbare Urteile‘ über die Gefahren des Klimawandels noch ausstünden. Ein weiteres Mitglied der Delegation, Harlan Watson, nannte die Schlussfolgerungen des Berichts ‘eine politische Entscheidung’. Doch betonte der Berater des Weißen Hauses für Umweltfragen, Jim Connaughton, trotz der fehlenden wissenschaftlichen Definition seien die USA der Meinung, dass gehandelt werden müsse. EU-Umweltkommissar Stavros Dimas erklärte, der Report zeige, dass dringend der Ausstoß von Treibhausgasen gesenkt werden

müsse. ‘Die gute Nachricht ist, dass er auch zeigt, dass weitgehende Emissionseinschnitte sowohl technisch möglich als auch wirtschaftlich tragbar sind’, fügte er hinzu. In Deutschland wurde der Weltklimabericht als Warnsignal an Politik und Gesellschaft gewertet. Umweltverbände und Politiker forderten, rasch Konsequenzen aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen zu ziehen.“

Der Philosoph stellt hier die Frage an die Klimaforscher: Welche Zyklizitäten sind zu beachten? Offensichtlich gibt es langfristige globale und regionale Schwankungen, aus denen Prognosen nicht einfach abzuleiten sind. Doch wenn wir überleben wollen, sollten wir die Warnungen ernst nehmen und das tun, was wir tun können, um uns selbst zu schützen.

„Die Welt-online“ stellte Schlagworte zum Klimawandel zusammen, wie sie nach dem G8-Gipfel in Heiligendamm, der sich mit dem Thema Klimaschutz befasste, geäußert wurden. So erklärte Edgar Gärtner, Hydrobiologe, am 09.09.2007: „Warum versuchen in Europa ‚Experten‘ den Menschen einzureden, nicht die Abkühlung, sondern die Erwärmung der Erde stelle die größere Bedrohung dar? Es muss einen Grund haben, dass sie bekannte Zusammenhänge buchstäblich auf den Kopf stellen.“ Außenminister Steinmeier betonte am 27.8.2007: „Der Wettlauf um die Region rund um den Nordpol hat begonnen. Wo Rohstoffe und Bodenschätze verborgen liegen, geht es um harte ökonomische Interessen. Wo es um Interessen geht, drohen internationale Verteilungskonflikte. Um das zu verhindern, brauchen wir in der globalen Klima- und Energiepolitik neue Allianzen.“ Ulrich Clauß, Politredakteur, meinte am 24.7.2007: „Globalisierung, Klimawandel, Kernkraft – wer die Hauptkampflinien im Erregungsbiotop der vergangenen zwölf Monate inspiziert, kann sich des Eindrucks grassierender Massenverblödung nicht erwehren.“ Dagegen sagte Michael Müller am 1.7.07: „Mittlerweile wissen wir sicher, daß der Klimawandel eine ernsthafte Bedrohung ist. Die schon jetzt zu spürenden Folgen sorgen für Leid und Elend in manchen Teilen der Welt. In anderen Teilen aber nimmt man das Ganze weniger ernst. In Grönland z.B. freut man sich über das Schmelzen des Eises und hofft auf einen lebendigeren Tourismus.“ Dieter Walch, Meteorologe, hob am 1.7.07 hervor: „Wetter ist nicht gleich Klima. Ein heftiges Gewitter oder ein neuer Temperaturrekord ist nicht notwendig dem Klimawandel anzulasten. Die Erderwärmung indes ist eine Tatsache. Nach Antworten darauf, wie wir mit ihren Folgen umgehen, sollten wir schon jetzt suchen.“ Auf gegensätzliche Meinungen wird verwiesen, wenn es heißt: „UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon meint, die zunehmende Dürre sei an dem Völkermord in Darfur schuld. Die Potsdamer

Klimafolgenforscher prognostizieren jedoch eine ganz andere Zukunft für das Gebiet." Die Diskussion geht weiter. Bundeskanzler Alfred Gusenbauer eröffnete am 17.4.2008 gemeinsam mit Umweltminister Josef Pröll den zweiten Klimaschutzgipfel der Bundesregierung Österreich. Gusenbauer stellte einleitend fest, dass „die Trendwende in Österreich noch nicht gelungen ist, auch wenn seit dem ersten Klimagipfel im vergangenen Jahr wichtige Schritte in die richtige Richtung gemacht wurden." Vor allem mit dem Klima- und Energiefonds sei ein wesentliches, innovatives Instrument geschaffen worden, um die Ziele im Klimaschutz zu erreichen. Im vergangenen Jahr sei die Weltöffentlichkeit durch die Wissenschaft wachgerüttelt worden. Gleichzeitig hätte es auch „Zeichen der Hoffnung gegeben, wie den Frühjahrsgipfel der EU und die Konferenz in Bali", sagte Gusenbauer. Für den im Jahr 2009 geplanten Gipfel in Kopenhagen wünsche er sich ein Ergebnis mit „globalen Vereinbarungen zum Klimaschutz". Die EU würde sich als eine „Avantgarde des Klimaschutzes" verstehen. Um diesem Anspruch auch gerecht zu werden, müssten alle Mitgliedstaaten ihren Beitrag leisten.

Wie unterschiedlich Bewertungen von Ereignissen sind, zeigt das Lob für den Frühjahrsgipfel der EU durch Gusenbauer und die Bemerkungen von Mitarbeitern der Gesellschaft für auswärtige Politik, über die „Die Welt-online" im September 2007 berichtete: „Die Klimapolitik stand im Mittelpunkt des EU-Frühjahrsgipfels. Ein Erfolg war er nur auf den ersten Blick. Bei genauerem Hinsehen offenbaren sich eine Reihe energiepolitischer Schwächen. Bedroht ist vor allem die Balance zwischen Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit."

Streit unter Wissenschaftlern ist normal. Welche Gründe sind es, die jemand gegen die Meinung der Mehrheit auftreten lassen? Werden Macht- und Kapitalinteressen vertreten? Geht es um Profilierung? Sind wissenschaftliche Gegenargumente vorhanden? Ohne umfangreiche wissenschaftliche Debatten um das Für und Wider wird es nicht gehen. Dabei ist klar: In der Politikberatung werden die Stimmen gehört, die mit den Interessen der Politiker übereinstimmen. Ob damit dem Überleben der Menschheit gedient wird, ist fraglich.

4.3 Medienstrategien, Kommerzialisierung und politische Machtspiele

Massenmedien nutzen die Einheit von ästhetischer und rationaler Aneignung der Wirklichkeit um ihrem Bildungsauftrag gerecht zu werden. Zugleich geht es darum, viele Zuschauer zu gewinnen. „Klima" ist dabei ein wesentliches Thema Nummer 1 in den Medien. Mit neuen Medienstrategien soll dafür ge-

sorgt werden, dass es nicht so schnell wieder verschwindet wie Waldsterben oder Ozon in den 80er und 90er Jahren. Wissenschaftler unter der Leitung von Prof. Dr. Werner F. Schulz an der Universität Hohenheim entwickelten, wie man im Internet erfahren kann, gemeinsam mit dem Wissensmagazin „Welt der Wunder" „Ecotainment", und sie haben die neue Kommunikationsform bei RTL2 getestet. Umweltthemen müssen emotional positiv wirken, Schreckensszenarien und Fakten stoßen schnell auf Ablehnung. Außerdem sind Lösungen zum Schutz des Klimas viel beliebter als die ständige Darstellung des Problems. Die Forscher untersuchten knapp 70 Nachhaltigkeitsbeiträge in dem TV-Magazin „Welt der Wunder", das sonntagabends im Umfeld von Hollywood-Filmen und Serien bei RTL2 läuft. Sie überprüften das Abschaltverhalten der Zuschauer: Ob solarbetriebene Boote, alternative Antriebe für Autos, nachhaltige Waldwirtschaft, Bio-Babynahrung oder die zukünftige Ernährung der Weltbevölkerung, ökologische und soziale Themen sind bei RTL2-Zuschauern so beliebt wie Mystery-Themen oder faszinierende Weltraumgeschichten. Die Untersuchungen wurden im Rahmen der „balance-Studie" durchgeführt, seit 2003 eines der weltweit größten Projekte zur Medialisierung der Nachhaltigkeit, gefördert vom Bundesforschungsministerium. Intensive Zuschauerbefragungen und Gruppendiskussionen zu den Beiträgen bei RTL2 bestätigten, wie man mit positiv emotionalen und lösungsorientierten Darstellungen den Massengeschmack trifft. Das Forscherteam nennt den neuen Kommunikationsansatz „Ecotainment", und Prof. Dr. Clemens Schwender von der Jacobs University Bremen hat innerhalb der balance-Studie den Ecotainment-Index entwickelt, um die kognitiv-emotionale Beteiligung eines Zuschauers an Nachhaltigkeitsbeiträgen zu messen. Während erste TV-Macher auf Nachhaltigkeitskurs sind, zeigt die balance-Studie große Defizite der Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkommunikation in der Werbung und dem Produktmarketing auf. Die Universität Hohenheim und die Jacobs University untersuchten 700 Werbespots innerhalb einer Woche auf acht Sendern während der Prime time: Umwelt- und Nachhaltigkeitsargumente fanden die Forscher lediglich in 5,3 Prozent der Spots. Extrem große Unsicherheit beim Umgang mit nachhaltigen Innovationen in der Produktkommunikation stellte parallel der Praxispartner Dr. Martin Lichtl fest, dessen Beratungsgesellschaft im Rahmen von balance knapp 40 Experteninterviews in führenden Markenartikelunternehmen unterschiedlicher Branchen durchführte. Entweder fühlte sich das Produktmarketing für das Thema nicht zuständig und delegierte es an die Abteilung Unternehmenskommunikation, oder die Marketingentscheider dachten in stilistischen Kategorien des

Umweltmarketing der 80er und 90er Jahre; Ecotainment oder andere innovative nachhaltige Kommunikationsstrategien waren ihnen fremd, denn umweltfreundlich, Ressourcen schonend oder sozial gerecht, werden von den Unternehmen nicht als überzeugende Kaufargumente und als geeignete Motive für die Werbung eingestuft. Es gehe deshalb darum, sie richtig zu kommunizieren. Der Geschäftsführer von balance, Martin Kreeb von der Universität Hohenheim, sieht als Zwischenergebnis des Großversuches, der bis Ende 2008 vom Bundesministerium verlängert wurde: „Unsere umfangreichen interdisziplinären Analysen und Experimente mitten im Dschungel des quotenorientierten Privatfernsehens zeigen, dass jedes nachhaltige Thema sowohl im redaktionellen Teil wie in der Werbung für den Mainstream geeignet ist und aufbereitet werden kann. Die Masse der Zuschauer interessiert sich für nachhaltige Zusammenhänge und Themen. Jetzt liegt es an den Medienmachern und Marketingentscheidern, ihre tradierten Vorstellungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitskommunikation aufzubrechen und innovative Strategien, wie etwa Ecotainment, umzusetzen."

Letzten Endes geht es um die Nutzung eines mit ästhetischen Mitteln den Menschen nahe gebrachtes globales Problem durch Erkenntnisverwertung für Kommerzialisierung und Machterweiterung. Nehmen wir dazu einen weiteren Beleg für die Thesen aus dem Internet seit Beginn des Jahres. Genutzt wird der Reklamewert der Klimawarnungen. Die Forderungen nach Balance verbindet man mit der lobenswerten Unterstützung für Hilfsorganisationen. So wird unter dem Titel „WORLD IN BALANCE – ratiopharm geht einen neuen Weg" über die Verkaufsstrategien berichtet. „Mit WORLD IN BALANCE wird das traditionelle gesellschaftliche Engagement von ratiopharm zum bestimmenden Inhalt für das gesamte Unternehmen. Damit stellt ratiopharm sein Kerngeschäft, die Herstellung von erstklassigen und preiswerten Medikamenten, ganz ins Zeichen eines zeitgemäßen Engagements: WORLD IN BALANCE will deutliche Signale setzten, das Bewusstsein der Menschen schärfen und unterstützt mit finanziellen Mitteln konkrete Projekte. Der erste Partner von WORLD IN BALANCE ist die Stiftung ‚Menschen für Menschen', die vor 25 Jahren von Dr. Karlheinz Böhm ins Leben gerufen wurde. Zum Start und als Basisfinanzierung stellte ratiopharm der angesehenen Hilfsorganisation rund 1,7 Millionen Euro zur Verfügung – das entspricht einem Cent pro verkaufter Arzneimittelpackung." Wenn dabei tatsächlich Hilfe für notleidende Menschen herauskommt, ist nichts gegen diese Strategie einzuwenden.

Ein weiterer Beleg für die von mir aufgestellten Thesen sind Meldungen über politische Machtspiele. Jeder möchte dabei der bessere Klimaschützer sein. So wird aus dem Österreichischen Bundesministerium für Finanzen am 31. Januar 2008 berichtet: „Nach seinem Treffen mit der US-Menschenrechtsaktivistin Bianca Jagger betonte Vizekanzler Finanzminister Wilhelm Molterer Österreichs Vorreiterrolle bei den Themen Klimaschutz, erneuerbare Energie und zukunftsweisende Umwelttechnologien. ‚Ökonomie und Ökologie sind kein Widerspruch. Wir müssen trachten, eine gute Balance zwischen diesen beiden Polen zu finden. Österreich ist hier auf einem guten Weg und bei Zukunftstechnologien gut aufgestellt. Das ist eine Zukunftschance – vor allem auch in Hinblick auf Wachstum und Beschäftigung. Auch der Klima- und Energiefonds leistet hier einen wichtigen Impuls', sagte der Vizekanzler. Bianca Jagger zeigte sich bei dem Treffen interessiert am österreichischen Modell der ökosozialen Marktwirtschaft und lobte Österreichs Beitrag zu einer aktiven Klimapolitik weltweit."

Es konnte hier nur auf einige Aspekte aufmerksam gemacht werden, die in der Klimadebatte eine Rolle spielen. Sie reichen von umstrittenen wissenschaftlichen Erkenntnissen über deren weltanschauliche Deutung aus Gruppeninteressen bis zur Kommerzialisierung und politischen Auseinandersetzungen. Daraus ergeben sich einige Folgerungen, auf die nun zu verweisen ist.

5. Folgerungen

1. Wissenschaftliche Erkenntnisse zur Klimaproblematik sind weiter auszubauen. Dabei sollten solche Projekte gefördert werden, die Möglichkeiten bieten, schädliche Einwirkungen durch menschliches Handeln auf das Klima zu reduzieren. Die Stichhaltigkeit mancher Theorien ist auch unter dem Aspekt möglicher globaler und regionaler Zyklen zu prüfen. Tendenzen zunehmender Erwärmung oder Abkühlung weisen eventuell auf solche Zyklen hin, die Gegentendenzen nicht ausschließen. Vor allem ist weiter der Weg zu beschreiten, das herauszufinden, was Menschen verursachen und Programme zu entwickeln, um negative Folgen des normalen Handelns durch prinzipielle Verhaltensänderung einzuschränken. Da es sich um komplexe Prozesse handelt, sind die Probleme wissenschaftlicher Reduktionen in vereinfachten Modellen kritisch aufzudecken, um nicht in philosophischen Reduktionismus zu verfallen, der einseitig bestimmte Faktoren hervorhebt, ihre Verflechtung vernachlässigt und Grundlage dafür ist, erforderliche strategische Programme durch taktische Manöver zu

ersetzen, was manchen Politikern sicher entgegenkommt.

2. Wissenschaft sollte immer mehr zur Grundlage der Politikberatung werden. Dabei sind interessengeleitete Erkenntnisse in den weltanschaulichen Auseinandersetzungen zu analysieren und ihr Vorhandensein zu berücksichtigen. Sozial- und Geisteswissenschaften können sich mit den historischen und aktuellen Determinanten für das Handeln bestimmter sozialer Gruppen befassen, ihre Wertvorstellungen analysieren, ihre Interessen aufdecken, um in den auf die Menschen einstürmenden Nachrichten, Symbolen, Bildern eine Ordnung aufzuweisen. Die innere und äußere Balance von Mensch und Natur ist auf Einsichten und Erkenntnisse angewiesen, um den richtigen Weg zu finden.
3. Politische, regionale und wirtschaftliche Interessen von sozialen Gruppen sind dabei in die Analyse einzubeziehen. Hier reicht es nicht mehr aus, nur Wissenschaftler um humane Expertisen zu bitten. Beteiligte und Betroffene sind mit ihren Erfahrungen gefragt.
4. Die ästhetische Aneignung der Wirklichkeit als Wertebildner und Motivationsauslöser erweitert die Problemsicht, die Liebe zur Natur, die Suche nach Problemlösungen. Sie regt auf und an, sich für die Erhaltung der natürlichen Lebensbedingungen einzusetzen, wenn die Schöpfer von Kunstwerken ihrer humanen Verantwortung gerecht werden.
5. Die Kommerzialisierung von wichtigen Themen, darunter der Klimawandel, schreitet weiter voran. Dagegen kann man sich nicht wehren. Wissenschaftliche Einsichten und das Unbewusste, einschließlich der Angst vor Katastrophen, werden vermarktet. Man muss es wissen, um sich gegen Manipulierung von Meinungen und Verhaltensweisen zu wappnen. Eine neue Aufklärung tut not.
6. Politische Maßnahmen auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene sind wichtig, um Gefahren für die Menschheit abzuwenden. Insofern können Konferenzen, trotz des Vetos mächtiger Gruppen, zur Einleitung wichtiger Maßnahmen beitragen. Auch hier gilt: Steter Tropfen höhlt den Stein. Zugleich ist eine Wirtschaftspolitik erforderlich, die, besser als bisher, Ökologie und Ökonomie verbindet. Wenn ökologische Straftaten aus der Portokasse bezahlt werden können, werden sie im Interesse des Maximalprofits weiter begangen.

Gefordert sind also generell ein kritisches Sozialbewusstsein und Engagement für eine humane Gestaltung der Zukunft.

Literatur

Engels, Friedrich (1973), Dialektik der Natur, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 20, Berlin: Dietz-Verlag

Heisenberg, Werner (1984), Ordnung der Wirklichkeit (1942), in: W. Heisenberg, Gesammelte Werke, herausgegeben von W. Blum, H.-P. Dürr, H. Rechenberg, Abt. C: Allgemeinverständliche Schriften, Band I , Physik und Erkenntnis 1927 - 1955, München, Zürich: Piper

Helmholtz, Hermann von (1896), Goethe's Vorahnungen kommender naturwissenschaftlicher Ideen, in: H. v. Helmholtz, Vorträge und Reden, Band II, Braunschweig: Friedrich Vieweg und Sohn

Hörz, Herbert (1986), Philosophie und Ökologie, Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, 5 N 1986, Berlin: Akademie-Verlag

Hörz, Herbert (1999), Wissenschaft als Aufklärung? – Von der Postmoderne zur Neomoderne. Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Jg. 1999, Bd. 28, H. 1, Berlin: trafo Verlag

Hörz, Herbert (2007a), Wahrheit, Glaube und Hoffnung. Philosophie als Brücke zwischen Wissenschaft und Weltanschauung. Berlin: trafo Verlag

Hörz, Herbert (2007b), Triebkräfte und Tendenzen gegenwärtiger Gesellschaftsentwicklung, in: Berichte 17. Jg., Nr. 174/175, Berlin: Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik, S. 90 – 111

Hörz, Herbert (2008), Freiheit als Stein des Anstoßes in der Philosophie, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin, Band 94, S. 117 - 143

Kant, Immanuel (2005), Werke, Berlin: Directmedia

Mark Aurel's Meditationen (1875), Aus dem Griechischen von F. C. Schneider. Dritte verbesserte Auflage, Breslau: Eduard Trewendt

Mendelssohn, Moses (2004), Phaedon oder über die Unsterblichkeit der Seele, in: Quellen Philosophie: Empirismus, Skeptizismus, Rationalismus, Französische Aufklärung, Berlin: Directmedia

Rousseau, Jean-Jacques (2004), Emile oder Über die Erziehung, in: Quellen Philosophie: Empirismus, Skeptizismus, Rationalismus, Französische Aufklärung, Berlin: Directmedia

Spinoza (1975), Ethik. Aus dem Lateinischen von Jakob Stern. Herausgegeben von Helmut Seidel, Leipzig: Philipp Reclam jun.

Umweltschutz in der DDR (2007), Institut für Umweltschutz und Regionalentwicklung e.V. (Hrsg.), 3 Bände, München: oecom Verlag

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *97(2008), 177–183*

Herbert Hörz

Komplexität und Interdisziplinarität
Peter Jörg Plath, Ernst Christoph Haß (Hrsg.), Vernetzte Wissenschaften. Crosslinks in Natural and Social Sciences. Berlin: Logos Verlag 2008, 316 S.

Komplexe Forschungsobjekte fordern die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen heraus. Das ist es, war wir oft kurz als „Interdisziplinarität" bezeichnen. Es ist das Anliegen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften diese in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen. Dabei geht es um mehr, als nur um die Bearbeitung eines Themenkomplexes durch die Vertreter von zwei oder mehr Fachgebieten. Durch die wachsende Komplexität von Aufgaben und Entscheidungssituationen bei der Erhaltung und Gestaltung der natürlichen Umwelt, der humanen Organisation sozialer Prozesse, der Erschließung neuer Problemfelder für die Wissenschaft usw. ist Multidisziplinarität als Grundlage transdisziplinären Wirkens gefragt, wenn es um das Verständnis konkret-historischen menschlichen Handelns unter bestimmten Bedingungen in seinen natürlichen, gesellschaftlichen, rechtlich-moralischen und mentalen Aspekten geht. Herausgefordert ist eine Synthese der durch einzelne Disziplinen analysierten Wesensmomente, in deren Ergebnis wissenschaftlich begründete Antworten auf die komplexe Frage zu finden sind: Ist das, was wissenschaftlich möglich und technisch-technologisch realisierbar ist, wenn es ökonomisch machbar erscheint, auch gesellschaftlich wünschenswert und durchsetzbar? Das Verlangen nach interdisziplinärem Zusammenwirken darf deshalb diesen übergreifenden Aspekt der Transdisziplinarität nicht aus dem Auge verlieren, denn dabei geht es um die Einheit von Mathematik, Natur-, Technik-, Lebens-, Sozial- und Geisteswissenschaften. Theorien der Selbstorganisation können uns dabei helfen, komplexe Systeme in ihrem Verhalten besser zu erklären, ihre Regulationsmechanismen zu erkennen und mögliche Steuerungsprozesse zur humanen Gestaltung aufzudecken.

In diesem Sinne hat unser Mitglied Peter Plath das „Flowing Institute“ zur Durchführung des Projekts „Selbstorganisation und Synergetik in Natur und Gesellschaft“ gegründet, das mit Mitteln des Berliner Senats zusätzlich gefördert wurde. In seinem Rahmen fand das 17. Winterseminar in Galtür zum Thema „Vernetzte Wissenschaften“ statt. Extended Abstracts sind in Leibniz Online 3/2007 nachzulesen. Mit diesem Buch werden nun ausführliche Beiträge zu verschiedenen, auf dem Seminar behandelten, Themen publiziert. Sie stellen sich aus unterschiedlicher Sicht und mit konkreten Themen der Herausforderung nach vernetzter Wissenschaft. Die Herausgeber wollten, wie sie im Vorwort betonen, Autoren zu Wort kommen lassen, die „interdisziplinäre Fragestellungen oder neue Techniken und ungewöhnliche Anwendungen grundlagenorientierter Forschung“ erörtern. (S. VIII) So ergibt sich ein breites Themenangebot, das von den Werten als Ordnungsparametern in Natur und Gesellschaft über synergetische Forschungen zum Materialverhalten, mathematische, linguistische und kognitionspsychologische Erkenntnisse und Überlegungen zur interdisziplinären Wissensproduktion bis zur Gesellschaftskritik reicht.

Interdisziplinarität setze Disziplinarität voraus, so heißt es im Vorwort. Das ist zu unterstützen, macht jedoch zugleich deutlich, dass der Rezensent als Wissenschaftsphilosoph nicht in der Lage ist, sich zu der wissenschaftlichen Relevanz der aufgeworfenen fachspezifischen Probleme und über ihre Lösungen zu äußern. So geht es z.B. um solche Themen wie „Synergetic Description of the Catalytic CO-Oxydation“, „ Dielectrophoresis – Bridging the scale in modelling and application“. Hinzu kommen dynamische und fraktale Charakteristiken des Metallverhaltens, chemischer Prozesse, von Puder und Blasen. Majorisation und Irreversibilität werden ebenso behandelt, wie die Relevanz einer dynamischen Systemtheorie für die kognitive Linguistik. Interessante Ergebnisse über das Zusammenwirken von Kognitionspsychologie, Mathematik und Neurophysiologie gibt es zum Thema „Memory Psychophysics – an interdisciplinary approach“. Für dieses umfangreiche Angebot kann man nur die Empfehlung geben, selbst lesen und urteilen. Das gilt auch für die Kritik am Programm der Forschungen, wie sie am Large Hadron Collider in Genf durchgeführt werden, die O.E. Rössler in seinem Beitrag „Abraham Solution to Schwarzschild Metric Implies that CERN Miniblack“ ausführt.

Die unterschiedlichen Problemfelder, die im Buch behandelt werden, fordern dazu auf, weiter über die Probleme nachzudenken. Sie sind eine Denkprovokation. Das ist ihr Vorzug. Er ist direkt verbunden mit den Intentionen

des von Peter Plath seit Jahren organisierten Winterseminars in Galtür, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus unterschiedlichen Fachgebieten zur gemeinsamen Diskussion mit Studenten und jungen Wissenschaftlern zusammen zu bringen. Doch zugleich wird deutlich, dass der rote Faden, Synergie und Selbstorganisation in den Mittelpunkt zu stellen, noch nicht ausreicht, um ein Konzept für das transdisziplinäre Wirken der Sozietät zu entwickeln, das langfristige Programmlinien umfassen könnte, die soweit zu verfolgen sind, bis sie sich in empfehlenden, auch politikkritischen, Stellungnahmen niederschlagen. Auf drei Arbeiten sei deshalb kurz eingegangen, um anzuregen, das Thema „Vernetzte Wissenschaft" in der Sozietät weiter zu verfolgen.

In einem weiteren Beitrag entwickelt Rössler „A Theory of Beaming". Er stellt seine Überlegungen zur „smile bomb" als Diskussion mit Peter Plath dar, beginnend mit den Worten „Peter Plath can make people beam." (S. 243) Hinweise auf die chemischen Grundlagen des Lachens, auf die „exchange symmetry" in der Beziehung zwischen Mutter und Kind werden mit Überlegungen klassischer Denker ebenso verbunden, wie mit dem Evolutionspfeil von Teilhard de Chardin, der zum Punkt Omega führt. Es ist gewissermaßen ein Rundumschlag gegen diejenigen, die historisch erarbeitetes Wissen vergessen, die den Planeten Erde zu Grunde richten, die uns mit einseitigen Informationen manipulieren. Rössler stellt fest: „The fact that the majority of adults have learned to repress their knowledge about the power of the smile is the hidden catastrophe on the planet." (S. 259) Der ernste Hintergrund ironischer Bemerkungen wird im Beitrag immer wieder deutlich. Nimmt man die mehr autobiographischen Anmerkungen zur Arbeit mit C.F. von Weizsäcker, Konrad Lorenz und anderen dazu, dann kann man die Ausführungen als ein Plädoyer für interdisziplinäres Zusammenwirken als Grundlage wissenschaftlicher Kreativität verstehen.

Zugleich sind die Überlegungen von Rössler eigentlich erst der Beginn einer Debatte um Wissenschaft, Philosophie, Religion, Tradition und Kunst, die noch zu führen wäre. Mit seinen Ausführungen könnte er dazu anregen, doch dazu sollte der umfangreiche Katalog der genannten Probleme strukturiert werden, um ihn gezielt abarbeiten zu können. Dabei könnte es dann auch um folgende Fragen gehen: Wie hängen die chemischen Grundlagen des Lachens bei Mutter und Kind mit der genetischen Konstitution, den unter familiären Bedingungen, soziokulturell bedingten Wertvorstellungen und konkret-historischen gesellschaftlichen Umständen realisierten genetischen Prädispositionen und dem Charakter der Mutter zusammen? Welche gesell-

schaftsverändernde Funktion hat das Lachen? Worin bestehen die Triebkräfte wissenschaftlichen Handelns? Welche Forschungsprogramme werden warum und unter welchen Umständen besonders gefördert? Da Humanismus m. E. Zielvorstellung, Handlungsaufforderung und Bewertungsmaßstab unseres Handelns sein sollte, stellt sich die Frage: Welche Konsequenzen haben die Überlegungen zur „smile bomb" für das Wirken unserer Wissenschaftsakademie? Auf Antworten des unkonventionellen Denkers kann man gespannt sein.

Die Herausgeber greifen in einem ihrer Beiträge das Thema „Interdisziplinarität oder vernetzte Wissenschaft" auf. Berechtigt wird auf „Interdisziplinarität" als einem politischen Kampfbegriff zur Umstrukturierung der Universitäten aufmerksam gemacht, mit der die Aufhebung der Disziplinen verbunden werde, wobei eine „wissenschaftsimmanente Begründung" fehle. (S. 154f.) Dazu untersuchen nun die Autoren die Dynamik des Wissens mit Formalisierungen als Grundlage mathematischer Darstellung. Das ist lobenswert, macht jedoch aus meiner Sicht einige Anmerkungen erforderlich. So wird der Terminus „interdisziplinäre Wissenschaft" (S. 155) benutzt und die Materialwissenschaften werden als Beispiel genannt. Später wird festgestellt: „Interdisziplinarität kann zu einer merklichen Erhöhung der Kenntnisse und der Probleme führen." (S. 167) In meinen Arbeiten zur Interdisziplinarität habe ich aus Erfahrungen, verbunden mit wissenschaftstheoretischen Argumenten, stets drei Aspekte hervorgehoben:

Erstens ist Interdisziplinarität die Keimform der Disziplinarität. Das gilt z.B. für die von Helmholtz u.a. begründete „organische Physik" ebenso wie für viele weitere Disziplinen, für die in unserer Zeit Lehrstühle existieren. Damit umfasst eine wissenschaftliche Disziplin nicht nur ein definiertes Problemfeld als Objekt, entsprechendes akkumuliertes Wissen darüber und kompetente Fachleute, sondern ist schon in die Fächernomenklatur aufgenommen und als Forschungs- und Lehrgebiet ausgewiesen. Man kann zwar wissenschaftliche Disziplinen als interdisziplinäre Projekte darstellen, doch eine Unterscheidung in eine „disziplinäre" und eine „interdisziplinäre" Wissenschaft erscheint mir problematisch, da dafür Kriterien angegeben würden müssten, die schwer zu finden sind. Selbst die „disziplinärste" Wissenschaft, die theoretische Physik, ist ohne Mathematik nicht zu haben.

Zweitens kann man den Grad der Komplexität des Forschungsfelds als Gegenstand einer Disziplin zugleich als Kriterium nutzen, um erforderliche Disziplinen zu erkennen und zu benennen, die als problemliefernde Gruppe, wie es die Autoren nennen (S. 168), oder allgemeiner, als wissensliefernde

Gruppe, fungieren sollten, um den komplexen Gegenstand erfolgreich bearbeiten zu können. Das hebt den Disziplincharakter, wenn wir die genannten Merkmale für eine wissenschaftliche Disziplin beachten, zwar nicht auf, macht jedoch auf das erforderliche Zusammenwirken der Vertreter verschiedener Disziplinen, einschließlich der Integration anderer Spezialisten in die disziplinäre Arbeit, aufmerksam.

Drittens möchte ich aus Erfahrung auch die Gegenthese zum von den Autoren genannten Wissensgewinn durch Interdisziplinarität formulieren: Die Niveaulosigkeit einer an einem interdisziplinären Projekt beteiligten Disziplin wird zur potenzierten Niveaulosigkeit in der interdisziplinären Arbeit. Das gilt deshalb, weil sich die Ergebnisse der Forschung nur dann auf hohem Niveau halten lassen, wenn alle Beteiligten an der vordersten Front ihrer eigenen Disziplin wirken. Ein Beispiel für Niveausenkung sind Gefälligkeitsgutachten für komplexe Projekte und deren Ergebnisse, die an bestimmten Interessen ausgerichtet sind und mit Teilwahrheiten argumentieren, wobei die komplexe Wahrheit als Komplexion analysierten Wissens auf der Strecke bleibt (bleiben soll?).

Werner Ebeling behandelt „Konkurrenz und Wert als bestimmende Faktoren der Selbstorganisation und Evolution komplexer Systeme“, ein interessantes Thema, und kommt zu vielen heuristischen Hinweisen und Handlungsorientierungen, über die weiter zu reden sein wird. Er betont, dass immer mehr sozioökonomische Probleme in die Theorien der Selbstorganisation einbezogen würden. Im Zusammenhang mit Selektionswerten ginge es auch um technische und ökonomische Prozesse. (S. 1) Sicher reiche für die komplexen Prozesse in der uns umgebenden Welt physikalisches Herangehen nicht aus, doch es gäbe eine Beziehung zwischen den Gesetzen für das Elementare und für das Komplexe, die er im Beitrag auflistet. Im Punkt 3 heißt es dazu: „Die Gesetze der Dynamik komplexer Systeme bilden einen Kegel von Einschränkungen, den ‚Gesetzeskegel‘. Mit steigender Komplexität wächst die Menge der gesetzmäßigen Einschränkungen.“ (S. 3) Damit wird die Sicht vom Fundamentalen auf das Komplexe beschrieben. Eigentlich handelt es sich weniger um einen „Gesetzeskegel“, als um einen einschränkenden „Bedingungskegel“. Die Einschränkungen sind dadurch bedingt, dass Prozesse und Beziehungen, die nach den fundamentalen Gesetzen noch möglich sind, durch neue Bedingungen, d.h. strukturelle Beziehungen in komplexen Systemen, nun nicht mehr möglich sind. Am Gesetz ändert sich nichts, doch die mit ihm gegebenen Möglichkeitsfelder werden eingeschränkt.

Zugleich könnte man jedoch wegen der existierenden und sich weiter entwickelnden Differenzierung komplexer Systeme eine Erweiterung als dialektische Gegentendenz zur Einschränkung konstatieren, denn es existieren auf anderen, neuen und höheren qualitativen Niveauebenen Systemgesetze mit neuen Möglichkeitsfeldern. Das wird deutlich, wenn wir die behandelte Konkurrenz- und Wertproblematik für gegenwärtige Gesellschaftsanalysen fruchtbar machen wollen, was im Beitrag auf allgemeiner Ebene angedeutet wird. So gibt es im Beitrag Schlussfolgerungen für Steuermechanismen, und es wird z.B. auf die Gefahr der Übersteuerung verwiesen. (S. 10) Eine solche differenzierte Analyse würde m.E. verlangen, Werte als Bedeutungsrelationen von Sachverhalten für die Menschen, die Nützlichkeit, Sittlichkeit und Schönheit umfassen, in ihrer Widersprüchlichkeit, wie sie in verschiedenen Kulturkreisen und unterschiedlichen sozialen Organisationsformen auftreten, aufzudecken. Eine allgemeine Wertbestimmung ist in ihrer konkreten gegensätzlichen Ausprägung zu zeigen, um als Erklärung historisch-konkreten Konkurrenzverhaltens und als Orientierung des Handelns im Streit soziokultureller Einheiten dienen zu können. Werte werden in Normen umgesetzt, deren Einhaltung zugleich als Wertmaßstab gilt. Die Forderung nach neuen Formen der Selbstorganisation menschlichen Zusammenlebens, um eine lebenswerte Zukunft zu gestalten (S. 11), erfordert m.E. dann die weitere prinzipielle Differenzierung der Werte in humane und antihumane. Ein Wert der Ehre, der einen Mord wegen der Normverstöße gegen den eigenen Sittenkodex verlangt, ist antihuman.

Wir brauchen eine Wertehierarchie, an deren Spitze die Erhaltung der menschlichen Gattung und ihrer natürlichen Lebensbedingungen, die friedliche Lösung von Konflikten und die Erhöhung der Lebensqualität aller Menschen durch gesellschaftliche und wissenschaftlich-technische Entwicklung steht. Diese Werte sind dann in spezifischer, mit der Tradition soziokultureller Identitäten im Einklang stehender, Weise zu präzisieren. Das bedeutet, die humanen Traditionen zu fördern und intolerant gegen jede Art geforderter antihumaner Intoleranz zu sein.

Theoretisch bedeutet der hier kurz erörterte Zusammenhang von fundamentalen elementaren und strukturierten komplexen Prozessen für das von Ebeling behandelte Verhältnis von Gesetzen fundamentaler und komplexer Systeme: Es gibt eine Hierarchie von Gesetzen, die sowohl die Prozesse im unerschöpflichen Kosmos, als auch das menschliche Leben in seinen sozialen Existenzformen in einem kleinen Teil des Kosmos regulieren. Der vom Kosmos bestimmte Gesetzeskegel enthält Einschränkungen bis zum Untergang

der Menschheit durch Selbstverschulden, ökologische oder andere Katastrophen. Der von den Überlebensinteressen der Menschheit bestimmte Gesetzeskegel erweitert sich durch Differenzierung, etwa zu Systemgesetzen sozialer Organisation, in Abhängigkeit von den konkret-historischen Bedingungen. So dürften auf der einen Seite der geforderten Durchsetzung neuer Formen der Selbstorganisation menschlichen Lebens, gemessen an Humankriterien, in einer auf Profitmaximierung orientierten Gesellschaft erhebliche Barrieren entgegengesetzt werden, falls sich etwas nicht rechnet. Andererseits könnte eine Vereinfachung des hierarchischen Gesetzessystems mit differenzierten gesellschaftlichen Gesetzen in der weiteren Entwicklung der Gesellschaft dann eintreten, wenn sich die Menschheit zu einer Assoziation freier Individuen mit sozialer Gerechtigkeit und ökologisch verträglichem Verhalten entwickelt.

Der Hinweis auf Probleme in den herausgegriffenen drei Beiträgen zeigt, wie interessant es sein könnte, weiter über die im Buch behandelten Themen in der Sozietät zu diskutieren, um dem Alleinstellungsmerkmal „Interdisziplinarität“ noch besser gerecht zu werden.

97(2008), 184–186 *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin*

Ulrich van der Heyden

Justesen, Ole (Ed.): Danish Sources for the History of Ghana 1657–1754, vol. 1.: 1657–1735; vol. 2: 1735–1754 (= Historiskfilosofiske Skrifter 30), Copenhagen 2005, pp. XXXVIII, 1058

Der an der University of Copenhagen lehrende Ole Justesen hat eine gewaltige, mehrere Jahre in Anspruch nehmende akademische Editionsaufgabe mit Bravour bewältigt. Er hat die dänischen Quellen zusammengetragen, die Auskunft über die frühe europäische Besiedlung und Kolonisierung der westafrikanischen Küste, insbesondere derjenigen an der so genannten Goldküste, im heutigen Ghana, geben. Selbst unter Fachleuten ist kaum bekannt, dass neben Portugiesen, Franzosen, Engländern und Niederländern auch kleinere europäische Staaten wie Brandenburg-Preußen, Kurland und eben auch Dänemark und Schweden in Westafrika Kolonialbesitz im 17. und 18. Jahrhundert hatten.

Die Kolonialbesitzungen aller genannten europäischen Mächte, im eigentlichen Sinne Handelskolonien, erstreckten sich in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts in der Regel auf die unmittelbar an der Küste gebauten, zum Teil imposanten Festungsanlagen – und, wie es heißt – auf jenes Territorium in Richtung Landesinnere, soweit die Kugeln der Kanonen, die auf den Bastionen der europäischen Festungsanlagen postiert waren, flogen. Die bekanntesten dänischen Festungen waren Königsstein und Prinzenstein an der Voltamündung, Friedensborg, Augustansborg und vor allem Christiansborg, das wohl eindrucksvollste Festungsbauwerk der Nordeuropäer in Afrika, der heutigen Residenz des ghanaischen Staatsoberhauptes in der Hauptstadt Accra.

Gebaut wurde die Anlage allerdings im Jahre 1652 von den Schweden, die sie 1658 an die Dänen verloren. Diese wiederum mussten die Festung 1680 an die Portugiesen abtreten. Auch die anderen steinernen Monumente einstigen Kolonialbesitzes, die nicht immer mit Kanonen bestückte Wehranlagen sein mussten, sondern auch kleinere Handelsstützpunkte, befanden sich in der

Regel nur kurzfristig für einige Jahre im Besitz des dänischen Königshauses oder von privaten dänischen Handelskompanien.

Selbst das heute neben El Mina bekannteste Mahnmal für den transatlantischen Sklavenhandel an der ghanaischen Küste, welches auf der UNESCO-Liste des Weltkulturerbes steht, Cape Coast Castle, befand sich von 1659 bis 1663 in dänischem Besitz.

Wie auch die anderen europäische Staaten, die in Westafrika koloniale Handelsstützpunkte unterhielten, beteiligten sich die Dänen nicht weniger an der „Schande der Menschheit", wie die UNESCO des brutalen Menschenhandel über den Atlantik einstmals nannte. Dieser wurde begünstigt oder erst möglich, weil die Dänen in der Karibik ebenfalls über Kolonialbesitz verfügten.

Wohl nicht zuletzt, weil die Stimmen der Nachfahren der nach Amerika verschleppten Sklaven immer lauter wurden und die Europäer immer drängender aufforderten, sich den Verbrechen ihrer Vorfahren zu stellen, sahen sich unmittelbar nach dem „Afrikanischen Jahr" 1960, also dem Jahr der staatlichen Unabhängigkeit der meisten vormaligen Kolonien auf dem afrikanischen Kontinent, europäische wissenschaftliche Institutionen veranlaßt, etwas im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Aufbereitung der schmachvollen Vergangenheit zu tun. Denn damals wurden noch keine monetären Wiedergutmachungsforderungen von Afrikanern an Europa gestellt. Vielmehr wurde von Politikern und Wissenschaftlern aus dem Süden gefordert, die in Europa lagernden historischen Quellen, die für sie so wichtig aber oftmals unerreichbar waren, zu bewahren, zu veröffentlichen und/oder zu bearbeiten. So entstand 1962 ein internationales Editions- und Publikationsprojekt, in dessen Ergebnis ausgewählte relevante Quellen zur Geschichte des subsaharischen Afrika kritisch ediert werden sollten.

Einiges ist bisher seitdem geleistet worden. Neben Quelleneditionen sind vor allem Bibliographien und Übersichten von relevanten Beständen in europäischen Archiven veröffentlicht worden.

Das internationale Projekt steht unter der Schirmherrschaft der Union Academique Internationale. Im Jahre 1982 wurde von der Royal Danish Academy of Sciences and Letters ein Danish National Committee eingesetzt, um die dänischen Quellen zur Geschichte Westafrikas aufzufinden, zu sichten und zu editieren. Was lag näher, als sich zunächst den Archivalien zuzuwenden, die sich mit der dänischen Kolonialgeschichte befassen?

In zeitaufwändiger akribischer Arbeit hat sich Ole Justesen dieser Aufgabe gestellt und nunmehr die beiden voluminösen Bände vorgelegt. Hier wer-

den insgesamt 461 Dokumente ediert, die von offiziellen königlichen Erlassen bis hin zu Berichten, Tagebüchern und Briefen, die von Angehörigen von Handelsgesellschaften, wie vornehmlich der West India and Guinea Company sowie von Seeleuten stammen, reichen. Dabei handelt es sich in inhaltlicher Hinsicht nicht nur um Darstellungen kolonialer oder handels- bzw. wirtschaftspolitischer Aktivitäten, sondern der Herausgeber hat vor allem solche Dokumente ausgewählt, die ebenso – wenn auch oft nur selektiv – Auskunft über Kultur, Religion und Lebensweise der afrikanischen Bevölkerung geben. Auch zum Anteil der Dänen am transatlantischen Sklavenhandel geben einige Dokumente beredt Auskunft.

Erstaunlich ist, wie intensiv die Qualität der Informationen von ethnischen Gemeinschaften aus dem Landesinneren ist und dass sich diese in ihrem Quellengehalt unterschiedlich zu bewertenden Dokumente nicht nur auf die Küstenbevölkerung konzentrieren. Am ausführlichsten sind indes die Informationen über das Königreich Fetu.

Selbstverständlich sind die Texte der hier zum Abdruck gelangten Schriftstücke um Unwichtigkeiten gekürzt. Wie in fast jeder kritischen Edition muß der Leser dem Herausgeber dahingehend vertrauen, dass wirklich nur Unbedeutendes keinen Eingang in den Abdruck gefunden hat. Es fällt indes nicht schwer, das notwendige Vertrauen gegenüber dem Herausgeber aufzubringen, zeugen doch seine kompetenten Erläuterungen mit weiterführenden Literaturangaben zu fast jedem Dokument von seinem akademischen Sachverstand. Nicht zuletzt wird diese Einschätzung durch die sorgfältig bearbeiteten Ergänzungen und Hilfsmittel bestätigt. Dazu gehört ein kurzes Glossar sowie historische Kartenskizzen und nicht zuletzt ein Orts-, ein Personen- und ein Themenindex und eine, allerdings einige Lücken aufweisende, Bibliographie.

Da die beiden Bücher auch in einer buchbinderisch hervorragenden Qualität vorliegen, kann diese zweibändige Edition durchaus als beispielhaft für andere nationale Projekte zur Thematik angesehen werden. Leider ist zu Zeiten der Existenz der DDR-Akademie nie bis in die für solche Vorhaben zuständigen Institute eine Mitarbeit an diesem internationalen Projekt gefordert oder ermöglicht worden.

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *97(2008), 187–188*

Armin Uhlmann

Über Thermodynamische Gleichgewichte. Arbeiten von Max Planck, herausgegeben und eingeleitet von Werner Ebeling und Dieter Hoffmann. Ostwalds Klassiker der exakten Wissenschaften, Band 299. Wissenschaftlicher Verlag Harri Deutsch, GmbH, Frankfurt 2008, ISBN 978-3-8171-3299-7

In diesem Jahr wird der 150-te Geburtstag von Max Planck in zahlreichen Artikeln und Artikelchen gewürdigt. Aber mit der Herausgabe seiner thermodynamischen Schriften haben W.Ebeling und D.Hoffmann etwas Bleibendes geleistet. Plancks wissenschaftliche Karriere fällt in eine Zeit grandiosen Aufschwungs fast aller Wissenschaften. In der Klassischen Thermodynamik wurde mit der Formulierung des ersten und zweiten Hauptsatzes Fundamentales hervorgebracht. In ihren einleitenden Kommentaren haben die Herausgeber der Entdeckung der Entropie, der Methode der Kreisprozesse und der Stellung des Zweiten Hauptsatzes in den Arbeiten Planck besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Aber auch die Darstellung seiner persönlichen Entwicklung, seiner Beziehungen zu Kollegen und zu seinen wissenschaftlichen Vorbildern findet angemessen Platz.

Das bleibend Neue in Plancks Dissertation ist nach W.Ebeling und D.Hoffmann die Deutung des Zweiten Hauptsatzes als universelles Naturgesetz, das für alle physikalischen (natürlichen) Prozesse gilt. Sie können dabei auf eine Folge Planckscher und anderer Arbeiten verweisen, die Schritt für Schritt, zu immer neuen und anspruchsvolleren Anwendungen fortschreiten und, zumindest für Planck, mit einer Theorie der Elektrolyte ihren Höhepunkt erreicht. Und wenn auf Plancks Hauptleistung, die Entdeckung des Wirkungsquantums zur Erklärung der Hohlraumstrahlung, verwiesen wird, die beiden Hauptsätze spielten dabei als zu bewahrende Invarianten eine erhebliche Rolle. In der Tat, bis heute gibt es keinerlei Evidenz für ihr Versagen. Und auch der Verweis auf ihre neueren Anwendungen in der Kosmologie ist völlig berechtigt. S.Weinberg folgerte am Ende seines Buches „Die ersten drei Minuten“, dass es nicht der Fehler der Physiker gewesen sei, ihren Theo-

rien zu sehr vertraut zu haben, im Gegenteil, sie hätten sie nicht ernst genug genommen. Max Planck wäre eine solche Mahnung wohl höchst überflüssig vorgekommen. Und vielleicht darf ich noch ein Zitat anführen, das mir beim Blättern und Lesen in den aufgenommenen Arbeiten in den Sinn kam und das, möglicherweise, die befriedigende Konsequenz ihrer Abfolge beleuchtet. Es stammt von P.A.M.Dirac, der in einem Vortrag (Budapest 1977) zur quantenmechanischen Transformationstheorie sagte (freie Übersetzung): „Ich denke, dass mich diese Arbeit unter allen Arbeiten, die ich während meines Lebens ausführte, am meisten erfreute. Sie erfreute mich, weil sie nicht einem glücklichen Zufall entsprang, sondern dem logischen Denken, das mich Schritt für Schritt zu genauerer Erkenntnis und zur jeweils nächsten Frage führte, die wiederum untersucht und gelöst werden konnte."

Das Buch beginnt mit einem Bild Max Plancks. Nach dem Inhaltsverzeichnis folgen Plancks Lebensdaten, und, von den Herausgebern verfasst, Vorwort und Einleitung. Es wurden 12 Originalarbeiten aus den Jahren 1880-1903 und 8 aus den Jahren 1927-1935 aufgenommen. Dem Verlag Harri Deutsch sei für die gute und solide Ausführung gedankt. In der verdienstvollen Fortführung der Reihe „Ostwalds Klassiker der exakten Naturwissenschaften" ist das vorliegende Buch sehr gut aufgehoben.